Donnerstag, 22. Mai 1986 - D * * *

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 — Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 116 - 21.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr. Frankreich 7,00 F. Griechenland 150 Dr. Großbritannien 65 p Italien 1500 L. Jugoslawien 560,00 Din. Luxemburg 28,00 lfr. Niederlande 2,20 hfl. Norwegen 7,50 nkr. Österreich 14 öS. Portugal 150 Esc. Schweden 8,00 skr. Schweiz 2,00 sfr. Spanien 170 Pts. Kanarische Inseln 185 Pts. Türkei 750 TL

POLITIK

Albanien: Verbesserte Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Albanien waren Thema eines Gesprächs, das der bayerische Ministerpräsident Strauß während eines Privatbesuchs in Tirana mit dem albanischen Regierungschef Carcani geführt hat. (S. 10)

C-Waffen: Die UdSSR besitzt nach Auskunft des Vorsitzenden des NATO-Militärausschusses, General de Jager, gewaltige Lager an C-Waffen, wodurch die Bedrohung des Westens weiter gewachsen sei. Die Sowjets hätten mehr als 80 000 Soldaten in chemischer Kriegsführung ausgebildet. In Brüssel tagen heute die Verteidigungsminister der Allianz.

Flüchtlinge: Zwei Männer und eine Frau aus der CSSR sind im Hafen von Gdingen festgenommen worden, als sie sich auf einem in den Westen fahrenden polnischen Schiff verstecken wollten. Sie wurden nach einer regelrechten Menschenjagd im Hafengelände von der Polizei gefaßt.

Schtscharanski: Der aus der Sowjetunion ausgereiste Regimekritiker wird möglicherweise Mitglied der israelischen UN-Delegation. Er soll zugestimmt haben. Die UN-Vollversammlung will im November die Lage der Juden in der Sowjetunion diskutieren.

SDI: Eine Gruppe von 80 US-Wissenschaftlern hat sich hinter das SDI-Projekt des Präsidenten gestellt. Das „Komitee für eine sichere Welt" betont, SDI sei geeignet, einen Atomkrieg auf der Erde zu verhindern. (S. 10)

Sacharow: US-Präsident Reagan, die Bundesregierung und eine Gruppe von 65 britischen Parlamentariern haben für den sowjetischen Bürgerrechtler Bewegungsfreiheit gefordert. Reagan nannte Sacharow, der am Mittwoch 65 Jahre alt wurde, einen „Giganten des 20. Jahrhunderts". Er rief zu weltweitem Kampf für die Menschenrechte auf.

Kernenergie: Die CDU-Fraktion im Stuttgarter Landtag strebt „den Abbau der Kernenergie" an. Dies sollte mit verstärkter Forschung für eine raschere Entwicklung alternativer Energieformen, für Energie-Einsparung und eine umweltschonende Kohle-Verstromung geschehen.

Botschafter: Der US-Botschafter beim Vatikan, William Wilson, ist zurückgetreten. Er war nach Terroranschlägen und der Verkündung der US-Sanktionen gegen Libyen auf eigene Faust mit Oberst Khadafi zusammengetroffen und deshalb von US-Außenminister Shultz gerügt worden.

Heute in der WELT

Wie unsere WM-Elf fit gemacht wird

Kapitän Karl-Heinz Rummenigge ist 14 Tage vor dem Fußball-WM-Spiel gegen Uruguay immer noch verletzt. Wie die Spieler fit gemacht werden, erläutert Mannschafts-Arzt Professor Heinz Liesen in einem Interview, das WELT-Redakteur Ulrich Dost mit ihm in Mexiko führte. Seite 9

Was der Kernkraft-Ausstieg bedeutet

SPD und Grüne propagieren einen Ausstieg aus der Kernenergie. Aber: Ist ein solcher Verzicht rechtlich und wirtschaftlich überhaupt zu vertreten? Würde sich die Industrie-Nation Deutschland durch einen Ausstieg von der Zukunft verabschieden? Hans Baumann gibt dazu Antworten. Seite 4

WIRTSCHAFT

DIW: Die Einwohner der Bundesrepublik verdienen im Durchschnitt noch immer doppelt so viel wie die Bewohner der „DDR". Dies zeigt das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) auf anhand seines jüngsten Wochenberichts über das Kaufkraft-Verhältnis zwischen D-Mark und Mark der „DDR". (S. 11)

Börse: An den Aktienmärkten kam es auf fast allen Marktgebieten zu einer Kurserholung. Auch der Rentenmarkt war gut behauptet. WELT-Aktienindex 271,50 (271,38). BHF-Rentenindex 106,514 (106,377). BHF Performance Index 103,964 (103,802). Dollarmittelkurs 2,2465 (2,2195) Mark. Goldpreis pro Feinunze 338,90 (338,70) Dollar.

Aktienindex der WELT
31.12.1964=100
290
280
270
260
12. 13. 14. 15. 16. 20. 21. 22. 23. 26.
Mai 86
DIE WELT

KULTUR

Zusammenarbeit: Eine Diskussion zu „Hegel und die antike Dialektik" in Nürnberg hat über dies Thema hinaus den Blick gelenkt auf die verdienstvolle Tätigkeit des „Istituto Italiano per gli Studi Filosofici", das deutsch-italienische Zusammenarbeit vorbildlich prakiziert. (S. 20)

Goldener Westen: Ein Klassiker des amerikanischen Musiktheaters – „Die Ballade von Baby Doe" – ist jetzt auch in Deutschland auf der Bühne. Ein „Denver" unserer Großeltern, der in Bielefeld allerdings musikalisch bieder geriet. Man greift vielleicht doch besser zur Platte ... (S. 21)

SPORT

Fußball: Der private Fernsehsender SAT 1 wird auch das Entscheidungsspiel um den Einzug in die Bundesliga zwischen Borussia Dortmund und Fortuna Köln live übertragen. Das Spiel findet am Freitag (20 Uhr) statt; beide Klubs hatten ihre Heimspiele mit zwei Toren Differenz gewonnen.

Tennis: Die deutsche Mannschaft verlor beim Team World Cup in Düsseldorf auch ihr zweites Spiel. In den Einzeln gegen Argentinien unterlag zunächst Hansjörg Schwaier dem 35 Jahre alten Guillermo Vilas 2:6, 2:6 und danach Andreas Maurer gegen Martin Jaite mit 2:6 und 5:7. (S. 9)

AUS ALLER WELT

Jugend: Bundespräsident Richard von Weizsäcker (Foto) hat die Jugend zum lebendigen Dialog mit den Politikern aufgerufen. Es müsse alles getan werden, um der jungen Generation eine lebenswerte Zukunft zu sichern, betonte er bei einem „Jugend-Empfang", zu dem 1 200 Mädchen und Jungen geladen waren. Ohne großes Echo blieb der Versuch einer Gruppe der Gewerkschaftsjugend, Bundeskanzler Kohl als „Müllsack" zu diffamieren. (S. 22)



Oscar Niemeyer: Brasiliens berühmtester Architekt, trotz seiner 78 Jahre rüstig und unternehmungslustig, will eine letzte große Herausforderung meistern: Die Erneuerung der Metropole Sao Paulo von Grund auf. (S. 22)

Entlastung für Kohl: Koblenz stellt die Ermittlungen ein

Auch Bonner Gerichte hielten einen Tatverdacht für nicht gegeben

GÜNTHER BADING/DW. Bonn

Die Staatsanwaltschaft Koblenz hat das Ermittlungsverfahren gegen Bundeskanzler Kohl wegen des Verdachts uneidlicher Falschaussage vor dem Untersuchungsausschuß in Mainz eingestellt. Ein hinreichender Tatverdacht sei nicht gegeben, heißt es in der Begründung.

Der Grüne Otto Schily hatte in der Anzeige bei der Koblenzer Behörde den Vorwurf erhoben, Kohl habe als Zeuge vor dem Mainzer U-Ausschuß wahrheitswidrig verneint, in seiner Amtszeit als Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz davon gewußt zu haben, daß „Staatsbürgerliche Vereinigung 1954 e.V." der Geld- und Spendenbeschaffung für Parteien diente. Das „Nein" des Kanzlers war die Antwort auf eine zusammengefaßte „Doppelfrage" des Vorsitzenden im U-Ausschuß. Die Staatsanwaltschaft stellte bei ihren Ermittlungen jetzt fest, daß Kohl diese Frage nicht hätte verneinen dürfen, weil er gewußt habe, daß Parteien über die „Staatsbürgerliche Vereinigung" Spenden erhielten. Da der Kanzler aber gegenüber der Staatsanwaltschaft betonte, er habe seine Vernehmung vor dem U-Ausschuß ausschließlich unter dem Gesichtspunkt der steuerlichen Unzulässigkeit derartiger Spendenabwicklung gesehen, schließt die Staatsanwaltschaft ein „Mißverständnis" bei der Beantwortung der Doppelfrage nicht aus.

Bei der Bekanntgabe des Einstellungsbeschlusses in Koblenz verwies Oberstaatsanwalt Hans Seeliger darauf, daß die Behörde verpflichtet sei, jeden strafrechtlich relevant erscheinenden Sachverhalt zu erforschen. Ein Ermittlungsverfahren dürfe deswegen auch nicht als etwas Ehrenrühriges angesehen werden.

SEITE 3:
Dokumentation

Die Bonner Staatsanwälte haben eine solche Einstellungsverfügung bisher dem Anwalt des Kanzlers nicht zugesandt, obwohl sie nach Informationen der WELT ihre Entscheidung zur Einstellung der Ermittlungen schon vor mehr als zwei Wochen an den Generalstaatsanwalt Schmitz in Köln übergeben haben. Zu dieser Verzögerung erklärte der CDU/CSU-Fraktionsgeschäftsführer, Friedrich Bohl, der „Bild"-Zeitung: „Der Verdacht hat sich erhärtet, daß es sich um ein politisches Komplott handelt." Die Bonner Staatsanwälte stellten während der Ermittlungen beim Amtsgericht Bonn Antrag auf einen Durchsuchungsbefehl für mehrere Parteibüros der CDU. Dies wurde jedoch am 17. April vom Bonner Amtsgericht abgelehnt. Die am 21. April von den Staatsanwälten eingelegte Beschwerde beim Landgericht wurde am 28. April verworfen. In der Begründung ist im Beschluß des Amtsgerichts von dem „zu Unrecht beschuldigten" Bundeskanzler Kohl die Rede. Auch das Landgericht sah keinerlei Tatverdacht. Dies veranlaßte die Bonner Staatsanwälte dem Vernehmen nach, mit Hinweis auf den Paragraphen 344 der Strafprozeßordnung (Verfolgung Unschuldiger) gegenüber der Generalstaatsanwaltschaft zu erklären, sie sähen sich nicht in der Lage, noch weiter zu ermitteln, da schon die Gerichte keinerlei Tatverdacht festgestellt hätten.

DER KOMMENTAR

Zu Unrecht beschuldigt

MANFRED SCHELL

Bundeskanzler Helmut Kohl ist zu Unrecht verdächtigt worden. Ihm kann im Zusammenhang mit dem Parteispenden-Schlamassel keine Falschaussage zur Last gelegt werden. Für den Kanzler, der die wochenlangen Ermittlungen mit ihren anstößigen Begleiterscheinungen stillschweigend ertragen hat, ist diese Entscheidung der Staatsanwaltschaft Koblenz ein persönlicher und ein politischer Erfolg. Er wird nicht nur Kohl helfen, sondern auch beruhigend auf das bürgerliche Lager wirken, das sich durch Verdächtigungen und Spekulationen leicht aus dem Gleichgewicht bringen läßt.

Der Erfolg des Kanzlers liegt darin, daß nunmehr die von politischer und publizistischer Seite betriebene Strategie, Kohl in dem Ruch von Verdächtigungen zu halten und die Justiz gegen ihn in Stellung zu bringen, zusammengebrochen ist. Gescheitert ist damit das Vorhaben, den Kanzler, der bedeutende Erfolge vor allem in der Wirtschafts- und Finanzpolitik vorzuweisen hat, in seiner moralischen Integrität zu treffen, ihn gewissermaßen über die Justiz zu erledigen. Helmut Kohl will sich erst öffentlich äußern, wenn auch die Entscheidung der Staatsanwaltschaft Bonn vorliegt. Es ist kein Geheimnis mehr, daß auch diese Behörde ihr Ermittlungsverfahren einstellen wird. Sie wollte es ja gar nicht eröffnen, wurde aber dann durch den Kölner Generalstaatsanwalt dazu gezwungen. Er ist politischer Beamter und gegenüber der Regierung Rau weisungsgebunden.

Die Frage stellt sich, warum die intern gefallene Entscheidung in Bonn nicht bekanntgegeben wird? Wer ist dafür verantwortlich? Hier keimt wieder der Verdacht auf, daß parteipolitische Gründe mitspielen, nach dem Motto, je länger Vorwürfe in der Schwebe bleiben, desto bestimmter bleibt etwas davon hängen. Ein Bonner Richter hat aufgrund der Unterlagen der Staatsanwaltschaft schon am 17. April festgestellt: Kohl ist ein „zu Unrecht Beschuldigter". Es wäre im Interesse der politischen Kultur, wenn Rau seinen Generalstaatsanwalt in Köln anweisen würde, dieses Ermittlungsergebnis jetzt der Öffentlichkeit mitzuteilen.

Libyer wurde in Ost-Berlin ermordet

Kannte der frühere Diplomat die Täter von „La Belle"? / Schießerei im „Volksbüro"

WERNER KAHL, Bonn

Bei einem Attentat in Ost-Berlin ist der 42jährige frühere Angehörige der libyschen Botschaft in Bonn, Mohammad Ashour, offenbar von Landsleuten aus politischen Gründen erschossen worden. Das teilte gestern ein Sprecher der Generalunion libyscher Studenten in der Bundesrepublik Deutschland der WELT mit.

Außerdem ist es im Zusammenhang mit jüngsten Auseinandersetzungen unter Libyern wegen der Rolle der „Volksbüros" bei terroristischen Anschlägen im Westen an Pfingsten im Gebäude der diplomatischen Vertretung Libyens bei der Regierung der „DDR" zu einer Schießerei gekommen.

Zu diesen Vorgängen nahmen die Sicherheitsbehörden in der Bundesrepublik amtlich nicht Stellung; inoffiziell wurden die Angaben der WELT jedoch bestätigt. Der Tod des Libyers, der in der Nacht vom 2. zum 3. Mai in einem Ostberliner Park erschossen worden war, wurde unter strenger Geheimhaltung von den Behörden in beiden Teilen der Stadt untersucht. Ashour war als Doktorand für politische Wissenschaften an der Freien Universität in West-Berlin tätig.

Bei den Ermittlungen nach den Motiven für den Mord gehen die Behörden auch der Frage nach, ob der Libyer aufgrund seiner Kontakte zu Landsleuten beim „Volksbüro" in Ost-Berlin etwas über die Täter des Bombenanschlages auf die Westberliner Diskothek „La Belle" wußte. Bei dem Anschlag waren im vergangenen Monat zwei Gäste getötet und etwa zweihundert Besucher zum Teil schwer verletzt worden. Die Urheber des Anschlages werden in Kreisen von Anhängern des libyschen Revolutionsführers Khadhafi vermutet.

Die jetzt bekanntgewordene Schießerei im libyschen Volksbüro, das seinen Sitz nahe dem sowjetischen Hauptquartier in Berlin-Karlshorst hat, ist möglicherweise durch einen Streit mit Anhängern einer oppositionellen Strömung ausgelöst worden. Dabei geht es um die Frage, ob die Ost-Berliner Vertretung als logistische Zentrale für terroristische Anschläge gegen Einrichtungen von Staaten genutzt werden soll, die als Feinde des Regimes Khadhafi angesehen werden. Einige Funktionäre wollen offenbar ihre diplomatische Tätigkeit nicht beeinträchtigt wissen, etwa durch Mitwisserschaft oder Beihilfe zu Attentaten und Sprengstoffanschlägen. Die Anhänger revolutionärer Kommandos halten es dagegen für unabdingbar, auch die „Volksbüros" als Ausgangspunkt für gewaltsame Aktionen zu nutzen.

Ähnliche Auseinandersetzungen um die Rolle einer diplomatischen Vertretung scheint es auch bei der syrischen Botschaft in Ost-Berlin zu geben. Nach den Geständnissen von mehreren Arabern, die vor kurzem in West-Berlin festgenommen worden waren, laufen auch dort Fäden terroristischer Anschläge zusammen. Aus der syrischen Botschaft soll der Sprengstoff für den Anschlag auf die Diskothek „La Belle" nach West-Berlin geschafft worden sein.

„Prawda" spricht von Schlamperei

Bürokratische Gleichgültigkeit bei Evakuierung gerügt / Spitze gegen Schtscherbitzkij

DW. Moskau

Der Graben zwischen Moskau und der Parteiführung in der Ukraine wird offenbar immer tiefer. Darauf deutet ein Bericht in der „Prawda" hin, der sich mit den Problemen bei der Umsiedlung der sowjetischen Bevölkerung aus der Umgebung des Unglücksreaktors von Tschernobyl kritisch auseinandersetzt.

Die Parteizeitung spricht in diesem Zusammenhang von „Schlamperei" und „bürokratischer Gleichgültigkeit". Sie macht vor allem die Gebietsverwaltung in Kiew für die Schwierigkeiten verantwortlich und kritisierte damit indirekt die ukrainische Parteispitze und deren in Moskau schlecht angesehenen Chef Schtscherbitzkij.

Nach dem Zeitungsbericht suchten ehemalige Bewohner des Sperrgebietes immer noch nach Familienangehörigen, die sie während der Evakuierung aus den Augen verloren hätten. Ein Mann zum Beispiel habe erst jetzt seine Frau, seinen sechsjährigen Sohn und seine einen Monat alte Tochter wiedergefunden.

Wie viele der insgesamt 92 000 Umgesiedelten von ihren Verwandten getrennt worden sind, wurde in dem Artikel allerdings nicht mitgeteilt. Sie werden auch voraussichtlich in diesem Jahr nicht mehr in ihre Heimatorte zurückkehren können. Die Behörden haben inzwischen mit den Vorbereitungen für den Bau von 10 000 Winterquartieren begonnen.

Im sowjetischen Fernsehen wurde auch eingeräumt, daß unter den Arbeitern im Kernkraftwerk nach dem Unglück Panik ausgebrochen sei. Mitglieder der Belegschaft, die interviewt wurden, gaben zu, daß mehrere Arbeiter ihre Posten fluchtartig verlassen hätten.

Als Reaktion auf die Katastrophe in der Ukraine will Jugoslawien jetzt ein zweites Atomkraftwerk-Projekt – den Bau der Anlage nahe der Stadt Backa Topola – erst einmal fallenlassen. Zuvor hatte bereits die Provinz Kroatien Pläne für einen Atommeiler storniert.

Auch in Polen wird die Fertigstellung des Atomkraftwerks Zarnowitz hinausgeschoben. Regierungssprecher Jerzy Urban kündigte an, die Pläne für den Reaktorbau, rund 50 Kilometer von Danzig entfernt, würden überarbeitet, damit der Atommeiler internationalen Sicherheitsbestimmungen entspreche. Die Regierung sah sich zu dieser Stellungnahme gezwungen, nachdem Bewohner aus dem Nordosten Polens eine von 3000 Menschen unterzeichnete Petition übergeben hatten, in der das Ende der Bauarbeiten gefordert wird.

Nach Ansicht der verbotenen Gewerkschaft „Solidarität" hat das Unglück von Tschernobyl die „Abhängigkeit Polens auf internationaler Ebene von der UdSSR" deutlich gemacht. In der Untergrundzeitung „Tygodnik Mazowsze" kritisieren die Oppositionellen, daß die Informationspolitik der polnischen Regierung „unannehmbar" gewesen sei. Sie habe gezeigt, daß Umweltfragen eng mit der Organisations- und Informationsfreiheit verbunden seien.

Bundesbank nimmt Sparer in Schutz

cd. Frankfurt

Die in jüngster Zeit immer häufiger erhobene Forderung nach einer Quellensteuer auf Zinseinnahmen gründen sich nach Ansicht der Bundesbank auf falsche Berechungen. In ihrem gestern vorgelegten Monatsbericht betont sie, daß die meisten Zinseinkünfte der Deutschen unter oder nur geringfügig über den Freigrenzen lägen. Die Bundesbank nimmt mit ihrem Bericht auch die Sparer in Schutz: Sie sind keine Steuerhinterzieher.

Seite 11: Keine Steuerhinterzieher

Konsequenzen aus Wackersdorf

DW. Bonn

Bundesinnenminister Zimmermann zieht eine neuerliche Änderung des Demonstrationsrechtes in Betracht. Vor dem Bundeskabinett sagte er zu den Ausschreitungen in Wakkersdorf, daß erst anhand der polizeilichen Erfahrungsberichte geprüft werden könne, ob die Änderung des Demonstrationsrechts wirklich den Erfordernissen der polizeilichen Praxis entspreche. Die Ausschreitungen hätten ein „seltenes Ausmaß an Härte und Brutalität" gezeigt.

Seiten 2 und 10: Weitere Beiträge

USA „entschärfen" Waffengeschäft

DW. Washington

Die USA und Saudi-Arabien haben sich gestern darauf geeinigt, das zwischen beiden Ländern umstrittene Waffengeschäft zu „entschärfen". Von den geplanten Lieferungen der USA werden die Stinger Luftabwehr-Raketen ausgenommen. Präsident Ronald Reagan hofft, so die Hürden, mit denen der amerikanische Kongreß das Waffengeschäft bisher abgeblockt hat, ausräumen zu können.

Seite 5: Poker

Den Haag: Hohe Wahlbeteiligung

DW. Den Haag

Bei den niederländischen Parlamentswahlen hat sich gestern am frühen Abend in allen Teilen des Landes eine rege Wahlbeteiligung abgezeichnet. Das niederländische Fernsehen meldete, die Gesamtbeteiligung werde voraussichtlich bei 87 Prozent liegen. In der Hauptstadt Den Haag hatten um 14.00 Uhr bereits 42,5 Prozent der Stimmberechtigten gewählt. Ein ähnliches Bild gab es auch in Amsterdam, Rotterdam, Utrecht und Vlissingen.

Strahlenunfall in Frankreich

DW. Paris

Bei einem Strahlenunfall in der französischen Wiederaufarbeitungsanlage für atomare Brennstoffe in La Hague waren fünf Arbeiter nach Angaben der Betreiberfirma (Cogema) einer überhöhten Dosis radioaktiver Strahlung ausgesetzt. Das Unglück ereignete sich bei Reinigungsarbeiten. Die Strahlendosen für die fünf Männer lagen zwischen 0,7 und 18 Rem. Nach einer medizinischen Untersuchung waren sie nach Hause geschickt worden.

Bonn kritisiert Botschaftsbesetzer

D.G. Bonn

Die Pfingsten in Nicaragua von Gegnern des Sandinisten-Regimes entführten acht Deutschen sind bis gestern nachmittag noch nicht freigelassen worden. Ein Sprecher des Auswärtigen Amtes teilte mit, man habe aber Informationen erhalten, wonach sich die acht wohlbehalten noch im Lande befänden. Die Besetzung der deutschen Botschaft durch 70 Sympathisanten der Entführten behindere jedoch die Bemühungen um deren Freilassung.

Für Reagan ist Sacharow ein „Gigant des 20. Jahrhunderts"

Westen attackiert Moskau / Frau Bonner kehrt in UdSSR zurück

DW. Washington/Bonn

US-Präsident Ronald Reagan, die Bundesregierung sowie unter anderem britische Parlamentarier haben Bewegungsfreiheit für den sowjetischen Bürgerrechtler Andrej Sacharow gefordert. Reagan nannte den Atomphysiker und Friedensnobelpreisträger, der gestern 65 Jahre alt wurde, einen „Giganten des 20. Jahrhunderts". Die Menschenrechtssituation in der UdSSR bezeichnete er als „schrecklich" und wies darauf hin, daß Sacharow nach wie vor gezwungen werde, in der Stadt Gorki in Verbannung zu leben. Reagan rief zum weltweiten Kampf für die Menschenrechte auf.

Die Bundesregierung appellierte an Moskau, Sacharow ein Leben „in Würde und Gesundheit in einer von ihm selbst gewählten Umgebung" zu ermöglichen. Regierungssprecher Ost erklärte, Sacharow sei in der Bundesrepublik Deutschland „stets ein gern gesehener Gast". Sein Geburtstag sei Anlaß, die Verdienste eines Menschen zu würdigen, dessen Name wie kein anderer mit dem Eintreten für Frieden, Menschlichkeit und Gerechtigkeit verbunden sei.

Sacharows Frau Jelena Bonner fürchtet nach ihrer Rückkehr in die Sowjetunion einen erneuten Abbruch aller Kommunikationsverbindungen mit dem Westen, so wie dies bereits 1985 der Fall war. Das berichtete der Sohn Frau Bonners, Alekei Semionow, im Anschluß an einen Abend zu Ehren des 65. Geburtstages des Bürgerrechtlers in New York. Während der Veranstaltung, die vor größtenteils russischen Emigranten in einem New Yorker Theater stattfand, bezeichnete Frau Bonner ihren Mann als „geistigen Führer unserer Zeit". Ein hoher Beamter des Washingtoner Außenministeriums verlas eine Erklärung von US-Präsident Reagan, in der er den 21. Mai zum „Andrej-Sacharow-Tag" erhebt. Frau Bonner, die im vergangenen Dezember ein Ausreisevisum der sowjetischen Behörden erhalten hat, um sich in Italien und den USA medizinisch behandeln zu lassen, wird am kommenden Sonntag in die Sowjetunion zurückkehren.

Grüne Forderungen an Hessens SPD

dg. Wiesbaden

Die hessischen Grünen haben von der SPD eine Änderung der Koalitionsvereinbarung verlangt. Wie der grüne Landtagsabgeordnete Messinger erläuterte, wolle es seine Partei nach dem Reaktorunglück von Tschernobyl bei dem 1983 festgeschriebenen „Dissens" mit der SPD über den Ausstieg aus der Kernenergie nicht mehr bewenden lassen. Die bei den Koalitionsgesprächen am Dienstag in Kassel von den Grünen erhobenen Forderungen zielten auf „konkrete Schritte zur Stillegung des Kernkraftwerks Biblis, Blöcke A und B". Bisher habe sich die SPD unter Hinweis auf die Koalitionsvereinbarung strikt geweigert, darüber zu verhandeln. Die Grünen verlangten jetzt von der Landesregierung politische Initiativen auf Bundesebene sowie rechtliche Schritte zum Ausstieg aus der Kernenergie. Der „Fortbestand der Koalition" hänge von „konkreten Sachentscheidungen" ab.

Fernseh-Streik in Frankreich

DW. Paris

In Frankreich haben gestern die staatlichen Rundfunk- und Fernseh-Stationen mit einem 24stündigen Streik begonnen. Anlaß sind die Pläne der konservativen Regierung, den populären, aber finanziell in Schwierigkeiten geratenen Sender TF-1 zu privatisieren. Gewerkschaften und Opposition werfen der Regierung vor, mit TF-1 eine öffentliche Dienstleistung verkaufen zu wollen.

In der Pariser Nationalversammlung kam es am Dienstag abend bei der Einbringung des Regierungsentwurfs für das Ermächtigungsgesetz zu einem schweren Zwischenfall, als Innenminister Pasqua der Linken vorwarf, während des Zweiten Weltkriegs mit den Deutschen kollaboriert zu haben. Der frühere sozialistische Außenminister Dumas sagte: „Ich würde Ihnen ins Gesicht schlagen, wenn Sie nicht auf der Regierungsbank säßen."

Seite 2: Chiracs Risiko

Betriebsräte gegen SPD-Forderung

DW. Düsseldorf

Als politischen Unsinn haben die im Aktionskreis Energie zusammengeschlossenen Betriebsräte deutscher Energieunternehmen die Forderung der SPD nach einem Ausstieg aus der Kernenergie bezeichnet. Die Betriebsräte erklärten, ein nationaler Ausstieg könnte die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie erheblich schwächen. Auch unter Sicherheitsaspekten sei eine Stillegung der deutschen Reaktoren sinnlos, da rund 100 der insgesamt 300 Kernreaktoren in europäischen Nachbarländern stünden und bei einem Unfall auch die Bundesrepublik betroffen wäre. Die Wiederinbetriebnahme und Umrüstung alter Kohlekraftwerke würde eine höhere Umweltbelastung bedeuten; zudem reichten die heimischen Kohlevorräte dafür nicht aus. Ein Verzicht auf Kernkraft verteuert nach Ansicht der Betriebsräte den Strom und schwächt die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie.

F

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Wer eine Maske hat

Von Ralph Lorenz

Das im vergangenen Jahr neu gefaßte Demonstrationsrecht hat den Test in Wackersdorf nicht bestanden. Im nachhinein müssen sich diejenigen Kritiker bestätigt sehen, die darauf hingewiesen haben, daß die Einstufung der sogenannten „passiven Bewaffnung" und der Vermummung als Ordnungswidrigkeit eine Verharmlosung des Tatbestandes ist: Wenn Demonstranten von vornherein mit Maske auftauchen, führen sie etwas im Schilde. In der Regel treibt sie nicht die verfassungsrechtlich geschützte Absicht, sich friedlich unter freiem Himmel zu versammeln, sondern die Lust auf Gewalt und aufs Randalieren.

Es sind Kriminelle mit geschärftem Sinn für Massenpsychologie und gleichzeitig Selbstdarstellungskünstler – sie sind so manches, nur keine „Chaoten". Dazu ist ihr Vorgehen zu planmäßig und zu gezielt gegen das System unserer Gesellschaft gerichtet.

Es ist eine Frage der Entschlossenheit, dagegen etwas zu unternehmen. Den Polizisten in Wackersdorf und an der Startbahn West kann nicht zugemutet werden, sich mit den Folgen eines in der Praxis nicht umsetzbaren Demonstrationsrechts herumzuschlagen. Mit anderen Worten: Der Gesetzgeber muß über das Thema neu nachdenken. Die Gewaltaktionen vorgeblicher Demonstranten sind keine dem Falschparken vergleichbare Ordnungswidrigkeit (sogenanntes Verwaltungsunrecht).

Nach Wackersdorf muß sich das Augenmerk auf die Frage richten, wie die Polizei künftig verstärkt schon im Vorfeld Demonstranten mit friedlichen Absichten von Gewalttätern trennen kann – wobei das Brokdorf-Urteil des Verfassungsgerichts Grenzen zieht. Dazu muß das Instrument des „Meldedienstes gewalttätiger Störer" verbessert werden. Wenn es denn so ist, daß SPD-regierte Bundesländer nur halbherzig ihre Daten aus dem Bereich Landfriedensbruch an das Bundeskriminalamt weitergeben, stellt sich weniger die Frage nach der Effizienz als vielmehr nach der Bereitschaft, nicht nur in Worten, sondern auch mit Taten die innere Sicherheit zu garantieren.

Es sollte also nicht – wie vom Saarland gewünscht – um die Abschaffung dieses Frühwarnsystems gehen, sondern eher um die Zusammenarbeit in einer Frage, die sich Parteiengezänk entziehen muß. Sollte es wirklich auch auf dem Gebiet der inneren Sicherheit so etwas wie ein Süd-Nord-Gefälle geben, dann wäre Wackersdorf nur eine Zwischenstation auf einem abschüssigen Weg.

Republik ohne Frauen

Von Peter M. Ranke

Lange ist es her, da feierten die deutschen Botschaften den 17. Juni als „Tag der Einheit". Aber da Bonn Wert darauf legte, daß Ostblock-Diplomaten zu den Empfängen erscheinen, bitten nun die Botschafter um den 23. Mai herum zum „Jahrestag der Verkündigung des Grundgesetzes" zum Empfang. Der Tag der Republik wird mit trockenen Sandwiches und dünnem Whisky festlich begangen, und auch die Ostblock-Diplomaten kommen.

Die Sache hat nur einen Haken. Das Auswärtige Amt soll sparen, und daher laden die Botschafter mit wenigen Ausnahmen nur Männer zu den Empfängen ein, ob Deutsche oder Ausländer. Die Damen haben zu Hause zu bleiben. Ausgenommen sind „weibliche Funktionsträger", also etwa eine fremde Botschafterin oder eine Professorin des Goethe-Instituts.

Diese Sortierungen rufen Kopfschütteln und Verärgerung hervor. Schließlich sorgen auch die Ehefrauen dafür, daß ein Diplomat, ein Geschäftspartner oder ein deutscher Industriekaufmann erfolgreich ist. Diese Herren-Empfänge weisen die deutsche Republik als frauenfeindlich aus.

Man braucht ja nicht Hunderte von Deutschen und Ausländern einzuladen, dann könnten die Ehefrauen mit dabeisein, und dem Sparwillen des Auswärtigen Amtes wäre Genüge getan. Eine Brüskierung einflußreicher ausländischer Gäste wäre vermieden.

Daß auch dem Amt selbst nicht wohl bei der Sache ist, kann man daran erkennen, daß zum Beispiel die Botschaft in Washington zum Empfang mit Damen lädt. Auch in der Pariser Botschaft sind am 21. Mai die Damen dabei. Unter anderem Barbara Genscher. In den kleineren Missionen aber, so scheint es, ist dem Amt diese Höflichkeit nicht so wichtig.

Chiracs Risiko

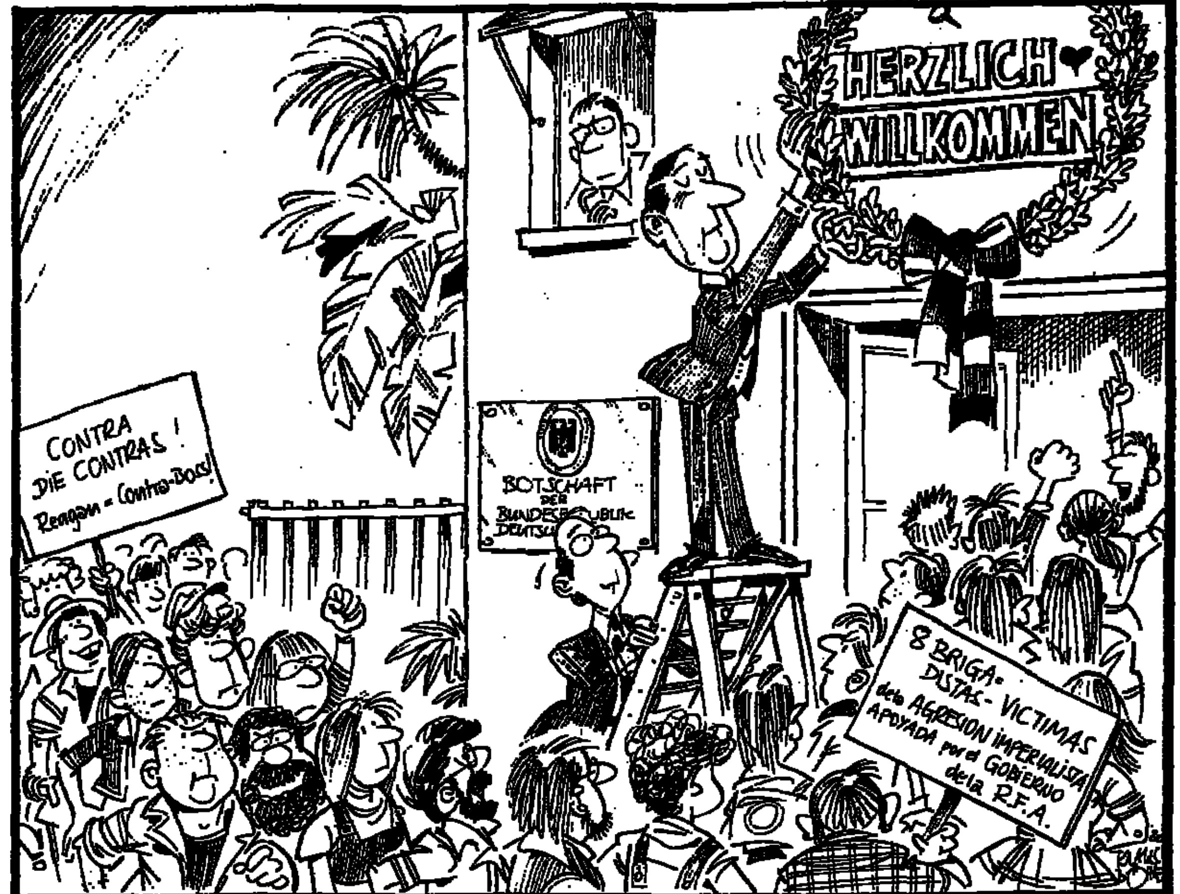
Von Jürgen Liminski

Jetzt wird es in Frankreich wieder spannend. Premierminister Chirac hat erneut die Vertrauensfrage gestellt, diesmal, um die Reform des Wahlrechts so schnell wie möglich über die institutionellen Hürden zu bringen. Für diese Abstimmung braucht er jede Stimme. Denn die nationale Front Le Pens, die sich bei der letzten Vertrauensabstimmung enthalten hatte, widersetzt sich dieser Reform, weil sie die großen Parteien begünstigt. die kleineren aber gefährdet. Ohne Le Pen hat die bürgerliche Koalition eine Mehrheit von nur zwei Stimmen.

Zwar haben die Bürgerlichen Le Pens Formation einige Funktionen in den Parlamentsausschüssen zugestanden; Le Pen ist damit im Gesetzgebungsmechanismus präsent. Wird das Wahlrecht aber geändert und kommt es zu Neuwahlen, könnte sich die Nationale Front rasch wieder vor den Pforten des Palais Bourbon und somit im außerparlamentarischen Raum wiederfinden.

Chirac andererseits muß das Risiko auf sich nehmen, solange die Partner in der Koalition noch den Wählerdruck zur Einheit der Bürgerlichen spüren, das Eisen also heiß ist. Schon regt sich bei den Liberalen verhalten Unmut über die Weise, wie Innenminister Pasqua und seine Experten die Wahlkreise auf die Bedürfnisse des größeren Koalitionspartners, der Gaullisten, zurechtschneiden. Da kann es passieren, daß der eine oder andere Abgeordnete das Schicksal der Koalition gegen das seines Mandates abwägt.

Der schnelle Verschleiß von Regierungen ist eine Eigenart von französischer Politik. Bürgerkönig Louis Philippe, der in zehn Jahren elf Regierungen verbrauchte, sagte: „In Frankreich ist alles möglich und nichts von Dauer." Ähnlichen Gedanken mag der republikanische Monarch im Elysée nachgehen. Zwar weiß auch er, daß die Linke 1981 mit fast dem gleichen Prozentanteil der Stimmen wie die Bürgerlichen im vergangenen März damals eine bequeme absolute Mehrheit erhielt, wovon die Bürgerlichen jetzt nur träumen. Aber wenn es um die Macht geht, kennt Mitterrand kein Pardon. Eine Niederlage der Bürgerlichen im Parlament würde den Präsidenten zum Schiedsrichter der Politik in Frankreich machen. Und davon träumt er.



Die Botschaft hör' ich wohl . . . KLAUS BÖHLE

Bruchstellen der Einheit

Von Wilfried Hertz-Eichenrode

Am feurigsten wird die Einheitsgewerkschaft beschworen, wenn sie in Gefahr ist. Auf dem DGB-Kongreß, der am 25. Mai beginnt, wird man das wieder erleben. Der DGB wird den Begriff „Einheitsgewerkschaft" wie ein Plakat vor sich hertragen, undifferenziert, und zwar aus diesem Grund: der Begriff ist mehrschichtig, ist mehrdeutig.

Unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg galt die Einheitsgewerkschaft als eine Errungenschaft aus leidvoller Erfahrung des europäischen Widerstands gegen den Nationalsozialismus. Eine folgenschwere Schwäche des Widerstands war die gewerkschaftliche Zersplitterung in weltanschauliche Richtungsverbände gewesen. Deshalb sollten die nach 1945 neu zu gründenden Gewerkschaften alle demokratischen Parteien einbinden.

Mehr als ein geistiges war die Idee der Einheitsgewerkschaft ein politisches Prinzip mit einem harten Kern. Angestrebt wurde ein Bündnis zwischen den Sozialdemokraten und der im Widerstand erstarkten kommunistischen Richtung. Dafür ist kennzeichnend, daß die erste gewerkschaftliche Neugründung in Deutschland auf dem Befehl der sowjetischen Militärverwaltung vom 10. Juni 1945 beruht. Der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund (FDGB) sollte die kommunistische, die sozialdemokratische und christlich-demokratische Richtung aufnehmen. Gesamtdeutsch angelegt, war der FDGB als Vehikel einer parteipolitischen Etablierung der Kommunisten in ganz Deutschland vorgesehen.

Der sozialdemokratisch-kommunistische Einheitstraum dauerte nur bis 1948. In Deutschland zerbrach er an der 1946 von den Sowjets erzwungenen Vereinigung der SPD und der KPD zur Sozialistischen Einheitspartei (SED). Der FDGB entwickelte sich zur kommunistisch beherrschten Einheitsgewerkschaft im SED-Staat der sowjetischen Besatzungszone.

Auch international strandete die Bewegung zur politischen Einheitsgewerkschaft. Die freiheitlichen Gewerkschaften Westeuropas spalteten sich vom 1945 in Prag gegründeten Weltgewerkschaftsbund ab und organisierten sich 1949 im antikommunistischen Internationalen Bund Freier Gewerkschaften.

Unter diesem Vorzeichen stand der Münchener Gründungskongreß des DGB im Oktober 1949. Da der politische Kern eines Bündnisses zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten zertrümmert war, rückten das geistige und organisatorische Prinzip der Einheitsgewerkschaft in den Vordergrund.

Das geistige Prinzip verlangt: pluralistische Struktur, Überparteilichkeit, Kooperation in der Tarifpartnerschaft, Mitwirkung an einer staatlichen Ordnung der Grundrechte, des Mehrparteiensystems, des Parlamentarismus, der kulturellen Freiheit.

In der – zeitweise äußerst konfliktreichen – Praxis hat sich im DGB eine Balance zwischen Kräften der Veränderung (Mitbestimmung) und der Bewahrung (Verfassungsstaat) herausgebildet, die das liberale Gesellschaftssystem des Grundgesetzes stabilisiert.

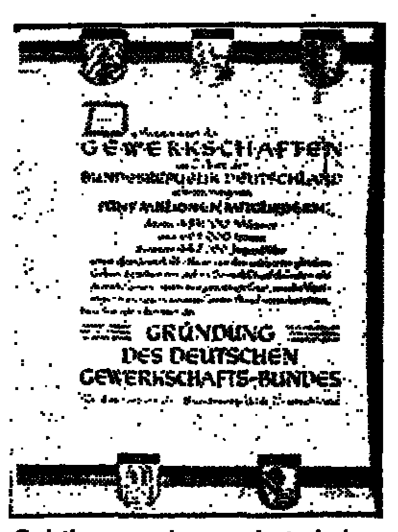
Das organisatorische Prinzip der Einheitsgewerkschaft besteht im Aufbau nach Industriegruppen, wie er sich in den 17 Einzelgewerkschaften des DGB widerspiegelt. Von der Reinheit der Idee aus beurteilt, stellt der DGB eine Rumpf-Einheitsgewerkschaft dar. Das politische Einheitspostulat konnte 1949 nur halb vollzogen werden: national auf den freien Teil Deutschlands begrenzt, im demokratischen Mehrparteiensystem verkürzt auf die Einbindung der katholischen Arbeiterbewegung in einen deutlich sozialdemokratisch geprägten Gewerkschaftsbund. Allerdings ist immer wieder zu spüren, daß es keine Abspaltung der Kommunisten gegeben hat.

Das geistige Einheitspostulat der Pluralität erlitt schweren Schaden, als der DGB im Wahlkampf 1953 für die SPD Partei nahm, ohne Konrad Adenauer den Wahlsieg entwinden zu können. Als Folge splitterte 1955 die „Christliche Gewerkschaftsbewegung Deutschlands" vom DGB ab. Sie schloß sich 1959 im „Christlichen Gewerkschaftsbund Deutschlands" (CGB) zusammen.

Das organisatorische Einheitspostulat war auch vorher schon durchbrochen worden, als sich die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft DAG selbständig machte und als 1950 sich der Deutsche Beamtenbund etablierte. Die Integrationskraft des DGB bestätigte sich noch einmal, als 1978 die Gewerkschaft der Polizei eingegliedert wurde, sie reichte aber nicht aus, um zu verhindern, daß sich eigenständige Vereinigungen der leitenden Angestellten bildeten.

Der DGB kann nur mit Einschränkungen als Einheitsgewerkschaft bezeichnet werden. Dennoch sollte niemand seine einheitsgewerkschaftlichen Merkmale geringschätzen. Sie befähigen die DGB-Gewerkschaften, ihre Rolle innerhalb der Tarifautonomie mit Rücksichtnahme auf das Gemeinwohl zu erfüllen. Das wiederum ist die Voraussetzung für den sozialen Frieden.

Allein der DGB entscheidet darüber, wie ernst er es mit der Einheitsgewerkschaft meint. Zur Zeit ist er wie 1953 dabei, sich ungehemmt als Wahl-Kampfverband der SPD in Szene zu setzen. Wenn der großen Einheitsgewerkschaft überhaupt Gefahr droht, dann durch die parteipolitische Einseitigkeit der im DGB herrschenden Sozialdemokraten.



GEWERKSCHAFTEN

GRÜNDUNG DES DEUTSCHEN GEWERKSCHAFTS-BUNDES

Geistiges und organisatorisches Prinzip der Einheitsgewerkschaft: *DGB-Gründungsurkunde, im Oktober 1949 in München unterzeichnet* FOTO: DGB

IM GESPRÄCH Robert Packwood

Der Steuer-Revolutionär

Von Fritz Wirth

Vor einem Jahr rief Ronald Reagan die „zweite Revolution" für die USA aus. Das war ein kühnes Wort für die geplante Steuerreform. Für zwölf Monate trudelte diese Reform durch die Instanzen, bis sie plötzlich einen Revolutionär fand, der sie vielleicht zu einer der größten innenpolitischen Erfolgsstories dieses Jahres macht. Der Mann heißt Robert Packwood und kommt aus dem Staate Oregon, den er seit 1968 im Senat vertritt.



Leitet den Finanzausschuß im US-Senat: Packwood FOTO: CAMERA PRESS

Unter allen Senatoren, von denen man erwarten konnte, daß sie sich mit dieser Reform profilieren würden, ist Bob Packwood der unwahrscheinlichste. Denn erst Anfang dieses Jahres hatte er wissen lassen, daß er eigentlich mit dem gegenwärtigen Steuersystem, das Reagan einen Dschungel nannte, zufrieden sei. Packwood wird heute nicht mehr gern an diese Äußerung erinnert.

Was seine plötzliche Bekehrung zur radikalsten Steuerreform der letzten vier Jahrzehnte auslöste, ist noch nicht ganz klar. Eine Rolle spielte gewiß dabei die Tatsache, daß die 15 verschiedenen Besteuerungsgruppen unendlich viele Schlupflöcher boten, mit denen er als Vorsitzender des Finanzausschusses im Senat nicht länger identifiziert werden mochte. Statt dessen legte er ein neues Konzept von fast wunderbarer Schlichtheit vor: Es reduzierte die 15 Gruppen auf 2 mit Steuersätzen von 15 und 27 Prozent.

Der Plan war so radikal, daß Reagan vom Wirtschaftsgipfel in Tokio einen spontanen Glückwunsch an Packwood schickte. Und der Finanzausschuß akzeptierte den Plan mit 20 zu null Stimmen. So viel Einmütigkeit bei einem so umstrittenen Thema ist seit vielen Jahren nicht mehr im Senat registriert worden. Dabei spielte eine wichtige Rolle, daß der demokratische Senator Bill Bradley dem Republikaner Packwood volle Rückendeckung gab.

Packwood hat allen Grund, auf diese letzten 14 Tage mit Zufriedenheit zurückzuschauen. Gestern gewann er in Oregon die „Vorwahl" zum Kandidaten für den Sitz im Senat, den er im November zum vierten Mal verteidigt. Er befindet sich mit seinen 53 Jahren auf dem Höhepunkt seiner Karriere.

Er hat es in seinem bisherigen politischen Leben nicht leicht gehabt, nicht einmal unter politischen Freunden. Denn in der republikanischen Partei führt er seit Jahren das Dasein eines zwar geachteten, aber doch irgendwie unberechenbaren Einzelgängers. Er habe sich auf zu viele Trittbretter geschwungen und sei damit zu einem Champion der Minderheiten und Sonderinteressen geworden, sagen seine Gegner in der Partei. Packwood ließ sich durch diese Kritik nicht einschüchtern und warf vor wenigen Jahren Reagan vor, eine Politik zu betreiben, die Farbige, Juden und Frauen von der republikanischen Partei entfremde. Das trug nicht dazu bei, seine Karriere zu fördern.

Offene Feindschaft jedoch hat ihm unter Republikanern sein Eintreten für das Recht auf Schwangerschaftsabbruch eingetragen. Bei den „Primaries" in Oregon, wo ein republikanischer Baptist und entschiedener Gegner des Schwangerschaftsabbruchs sein Gegner war, trug ihm diese Politik den Schimpfnamen „Senator des Todes" ein.

Packwood ist dickhäutig genug, solche Tiefschläge zu überstehen. Er ist – und in der Parteiführung schätzt man es – einer der besten Profis im Staate Oregon. Und deshalb steht auch seinem Wahlsieg im Herbst kaum etwas im Wege. Seine glanzvolle Rolle bei der großen Steuer-Revolution wird ihm dabei behilflich sein. Er selbst hat für diesen überraschenden Erfolg eine einfache Erklärung: „Wer nicht an Wunder in der Politik glaubt, ist kein Realist."

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Frankfurter Allgemeine

Sie kritisiert Genscher:

Einer der beklemmendsten Sätze, der im Anschluß an die Katastrohpe von Tschernobyl gesagt wurde, stammte vom Bundesaußenminister. Er lautete: Wir sollten die Sowjetunion deswegen nicht auf die Anklagebank setzen.

RHEINISCHE POST

Die Düsseldorfer Zeitung erinnert an deutsche Reparationen:

Wenn die Sowjetunion eher zurückhaltende Schadensersatzansprüche aus Bonn mit der Behauptung „unverschämt" pauschal ablehnt, dann erscheint das an sich schon befremdlich. Der darüber hinausgehende Hinweis jedoch, daß Hitler vor knapp 45 Jahren die Sowjetunion überfallen habe (und wir uns deshalb offenbar nicht über gen Westen treibende radioaktive Wolken beschweren dürften), kann nicht hingenommen werden . . . Wenn schon Tass eine Verbindung zwischen dem verbrecherischen Krieg vor 45 Jahren und der Reaktorkatastrophe herstellt, dann muß in Erinnerung gerufen werden, daß der damalige Verursacher, das Deutsche Reich, nach 1945 materielle Güter im Werte von Hunderten von Milliarden Mark an die östliche Siegermacht herausgeben mußte.

Allgemeine Zeitung

Das Mainzer Blatt kommentiert die Benzinpreise:

Gleich zweimal innerhalb einer Woche haben die Ölmultis den Preis für Super- und Normalbenzin um fünf Pfennig angehoben . . . Das Ritual dabei erinnert an die Echternacher Springprozession: zwei Schritte vor, einen zurück. Zu diesem Ritual gehört auch, daß die Konzerne die Preise stets im Gleichschritt verteuern, genauso übrigens wie sie beteuern, man habe sich dabei nicht abgesprochen.

BERLINER MORGENPOST

Sie sucht nach Gründen der Beliebtheit der Grünen:

Die seltsame Anziehungskraft der Grünen, vornehmlich auf junge Leute, hängt damit zusammen, daß sie so ziemlich alles, was die Älteren seit 1945 aufgebaut haben, in Frage stellen – ob es sich um das Wiedervereinigungsgebot, um die freie Marktwirtschaft, um die Rechts-, die Bündnis- oder die Energiepolitik handelt.

Wer ließ die Botschafts-Besetzer nach Managua kommen?

Anmerkungen zu den deutsch-nicaraguanischen Beziehungen / Von Detlev Ahlers

Gastgeber der Pressekonferenz am Dienstag in der deutschen Botschaft in Nicaragua waren die Besetzer – „der Botschafter wurde nicht gefragt", sagt das Auswärtige Amt. Deutsche Diplomaten waren offenbar nicht mehr Herr im Hause. So konnten die Besetzer ihr politisches Programm in die surrenden Kameras liefern. Und das sah so aus: Eine junge Frau, eine von den freiwilligen „Brigadisten", die den Enführern entkommen konnte, verlas stotternd eine Erklärung. Sie durfte nicht einmal selbst erzählen, was sie erlebt hatte – von ihrer Angst und von der Gewalt, die angewendet wurde. Irgend jemand schrieb es ihr im wahrsten Sinne des Wortes vor. Eine Frau ist mutig genug, in einem Kriegsgebiet freiwilligen Arbeitsdienst zu leisten, aber sie nimmt es offenbar als selbstverständlich hin, daß ihre Worte zensiert werden.

Weniger selbstverständlich ist allerdings, daß sie für ihre Teilnahme an der Besetzung, also der Freiheitsberaubung gegenüber dem diplomatischen Personal, zur Rechenschaft gezogen wird. Das Auswärtige Amt („Ein schwerwiegender Bruch des Rechts") wird, wie es gestern bekanntgab, die Regierung in Managua auffordern, Ermittlungen gegen die Besetzer einzuleiten. Da jedoch zwei frühere Botschafts-Besetzungen des gleichen Personenkreises – der freiwilligen deutschen Helfer, der sogenannten Sandalistas – von der sandinistischen Regierung zumindest mitgesteuert waren, ist fraglich, wie eifrig die dortigen Behörden ermitteln. Einige Namen von Besetzern sind in Bonn einschlägig bekannt. Gegen sie hat das Auswärtige Amt aber bisher noch keine Anzeige in Deutschland erstattet. Das wäre möglich. International unüblich wäre es hingegen, daß deutsche Beamte zwecks Ermittlung in die Botschaft reisen.

Die freiwilligen deutschen Helfer – zur Zeit sind zwischen 200 und 300 in Nicaragua – stammen aus vielen verschiedenen Sympathiekomitees. Sie arbeiten beispielsweise auf gegewerkschaftlicher, studentischer oder kirchlich-lokaler Ebene, einige Schülergruppen und Jugendzentren sind auch dabei. Ihre Reisen nach Nicaragua werden vom Informationsbüro Nicaragua e. V. in Wuppertal organisiert. Die Geldquellen dieser Institution sind verborgen; es gehen, so heißt es, viele private Spenden ein. Das Büro hat vermutlich enge Kontakte zur orthodoxen Linken.

Eine direkte staatliche Förderung von Unternehmen, an denen deutsche „Sandalistas" beteiligt sind, gibt es nach Auskunft der deutschen Städte, die mit nicaraguanischen Städten Partnerschaften eingegangen sind, nicht. Die Reise (meist mit der sowjetischen Aeroflot) zahlen die Sandalistas selbt. Vor Ort wohnen sie auf Kosten der Regierung. Funktionäre der Sandinistischen Jugend übernehmen die Leitung und begleiten ständig die Gruppen, die meist in der Landwirtschaft arbeiten. Die Annahme, daß mehr als siebzig Helfer spontan nach Managua in die Botschaft pilgern, ohne daß die sandinistische Führung zumindest über die Pläne Bescheid weiß, ist unrealistisch.

In einigen der Projekte, in denen die Deutschen helfen, leben Einheimische, „die vor den Contras fliehen mußten", wie der offizielle Sprachgebrauch ist – in vielen Fällen eine Umschreibung für Zwangsumsiedlung. Die meisten deutschen Helfer sind Idealisten, die vom Informationsbüro vor der Abreise politisch vorbereitet werden.

Einige dieser Helfer kommen aus Evangelischen Studentengemeinden. Daß Kirchensteuergelder für diese Art tätiger Revolutionshilfe verwendet werden, wird bestritten. Die evangelische Kirche leitet ihre Hilfe vor allem über Cepad, das nicaraguanische evangelische Entwicklungskomitee. Es ist der protestantische Arm der sandinistischen Revolution, geleitet von Sixten Ulloa, der enge Verbindungen zu der Einparteienregierung hat. Die evangelische Kirche sagt, daß ihre Gelder nicht für Projekte ausgegeben würden, an denen „Sandalistas" beteiligt sind. Die Kirche arbeitet jedoch, wie eine Pressekonferenz der Wirtschaftsstelle evangelischer Missionsgesellschaften in der vergangenen Woche in Frankfurt zeigte, direkt mit der sandinistischen Regierung zusammen.

Die Pressekonferenz vor den Fernsehkameras – zur besten Sendezeit, versteht sich – war wohl das Hauptanliegen der Besetzer. Die deutsche Regierung sollte jetzt der Frage nachgehen, inwieweit die Regierung Nicaraguas an diesem propagandistischen Rechtsbruch beteiligt war. Sie darf ihre Diplomaten nicht dem internationalen Spott aussetzen. Daß irgendwelche Friedensfreunde derart mit einer einer französischen Botschaft verfahren könnten, ist schwer vorstellbar. Die Eskalation zur Gewalt gegen die deutsche Botschaft wäre vielleicht durch ein klares Wort schon nach den ersten beiden Besetzungen verhindert worden.



Die Staatsanwaltschaft Koblenz stellt das Ermittlungs-Verfahren gegen Bundeskanzler Helmut Kohl ein

„Nach den Ermittlungen war ein Tatverdacht zu verneinen“

In einem Schreiben an Otto Schily, der die Anzeige gegen Bundeskanzler Helmut Kohl erstattet hatte, begründete der Leitende Oberstaatsanwalt Braun die Entscheidung, das Ermittlungs-Verfahren einzustellen:

Betr.: Ermittlungsverfahren gegen Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl wegen Verdachts der falschen uneidlichen Aussage

Bezug: Ihre Strafanzeige vom 29. Januar 1986

Sehr geehrter Herr Rechtsanwalt!

Das Ermittlungsverfahren habe ich gemäß Paragraph 170 Abs. 2 StPO eingestellt.

Sie werfen Bundeskanzler Dr. Kohl vor, er habe am 18. Juli 1985 als Zeuge vor dem Untersuchungsausschuß des Landtages Rheinland-Pfalz wahrheitswidrig verneint, seinerzeit als Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz davon gewußt zu haben, daß die „Staatsbürgerliche Vereinigung 1954 e. V.“ der Geld- und Spendenbeschaffung für Parteien diente.

Bundeskanzler Dr. Kohl weist den Vorwurf der falschen uneidlichen Aussage zurück. Er stellt nicht in Abrede, in der Zeit als Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz von der Zuteilung von Geldern an politische Parteien über die „Staatsbürgerliche Vereinigung 1954 e. V.“ und andere Vereinigungen gewußt zu haben. Er habe das für steuerlich legal gehalten. Seine Vernehmung vor dem Untersuchungsausschuß des Landtages Rheinland-Pfalz habe er ausschließlich unter dem Gesichtspunkt der steuerlichen Unzulässigkeit derartiger Spendenabwicklungen gesehen. In diesem Bewußtsein habe er die als „Doppelfrage“ zusammengefaßten Fragen des Vorsitzenden so verstanden, daß er sich zu seinem Wissensstand habe äußern sollen, den er bezüglich *steuerlich nicht* korrekter Spendenbeschaffungen für politische Parteien über die „Staatsbürgerliche Vereinigung 1954 e. V.“ in seiner Zeit als Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz gehabt habe. So seien seine verneinenden Antworten zu erklären.

Die Staatsanwaltschaft ist davon überzeugt, daß für den Untersuchungsausschuß ebenfalls „bedeutsam war, ob Bundeskanzler Dr. Kohl den tatsächlichen Ablauf der Spendenbeschaffung durch die „Staatsbürgerliche Vereinigung 1954 e. V.“ auch in den Jahren bis 1976 kannte. Denn so fragte der Vorsitzende unter anderem, ob ihm „bekannt“ gewesen sei beziehungsweise ob er „etwas davon gewußt“ habe, daß die „Staatsbürgerliche Vereinigung“ der Spendenbeschaffung „diente“. Die Verwendung der Begriffe „bekannt“, „gewußt“, „Spendenbeschaffung“, „dienen“, läßt die Zielrichtung der Frage im eingangs erörterten Sinne nicht zweifelhaft erscheinen. Nach seinen eigenen Angaben hatte aber Bundeskanzler Dr. Kohl in seiner Amtszeit als Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz gewußt, daß politische Parteien über die „Staatsbürgerliche Vereinigung 1954 e. V.“ Spenden erhielten. Er hätte die Frage des Vorsitzenden mithin nicht verneinen dürfen, sondern bejahen müssen.

Es war daher zu prüfen, ob Bundeskanzler Dr. Kohl in Anbetracht der Gesamtumstände einem Mißverständnis unterliegen konnte. In diesem Falle ließe sich der Vorwurf der falschen uneidlichen Aussage nicht aufrechterhalten; denn dieser Tatbestand ist nur bei vorsätzlicher Begehung strafbar. Nach dem Ergebnis der Ermittlungen ist seine Einlassung nicht zu widerlegen.

Vorab ist festzustellen, daß nach dem Inhalt des über seine Vernehmung im Untersuchungsausschuß geführten Wortprotokolls ein Mißverständnis denkbar ist. Ein Teil der Fragen und auch Antworten ließ die wünschenswerte Klarheit und Genauigkeit vermissen. Wiederholt wurde, vereinzelt sogar mit widersprüchlichen Ergebnissen, darüber diskutiert, was der „Kern“ einer Frage sei. Für dieselben Sachverhalte wurden teilweise unterschiedliche Begriffe und Formulierungen verwendet. Hierbei kam es sogar zu sachlichen Unrichtigkeiten, ohne daß diese erkennbar bemerkt worden wären. Mehrere beweiserhebliche Gesichtspunkte wurden zwar angesprochen, aber dann nicht vertieft und zu Ende erörtert. Andererseits wurde Nebensächlichkeiten breiter Raum gewidmet. Schließlich fällt auf, daß naheliegende und geeignete Vorhalte unterblieben.

Ferner stützen folgende Umstände die Einlassung Bundeskanzlers Dr. Kohl:

Mit Schreiben vom 13. Mai 1986 wandte sich der Direktor des Landtages *Rheinland-Pfalz an den Bundeskanzler* und bat entprechend einem Beschluß des Untersuchungsausschusses um die Beantwortung einzelner Fragen. Hierbei führte er einleitend aus, der Landtag Rheinland-Pfalz habe am 13. September 1984 beschlossen, einen Untersuchungsausschuß einzusetzen,

> „zur Aufklärung des Verhaltens der Landesregierung, einzelner Mitglieder der Landesregierung sowie leitender Mitarbeiter des Landes im Zusammenhang mit der steuerlichen Veranlagung und Prüfung von Organisationen und Personen, die in die Geldbeschaffung für Parteien verwickelt waren“.

Der Direktor des Landtages nahm gleichzeitig Bezug auf den diesem Schreiben von ihm beigefügten Untersuchungsauftrag, der unter Nr. I. 1. lautet:

> „War der Landesregierung, einzelnen Mitarbeitern der Landesregierung sowie leitenden Mitarbeitern des Landes bekannt, daß die genannten und mit ähnlicher Zielsetzung tätigen Vereinigungen oder Personen zur Geld- und Spendenbeschaffung für Parteien dienten? Oder hätte Ihnen dies bei Beachtung ihrer Amts- und Dienstpflichten bekannt sein müssen?“

Insbesondere durch die Verwendung des Wortes „verwickelt“ konnte der Eindruck entstehen, als sei es allein um die Klärung gegangen, ob die Landesregierung von Rheinland-Pfalz bei der steuerlichen Behandlung der „Staatsbürgerlichen Vereinigung 1954 e. V.“ und ähnlicher Einrichtungen nicht ordnungsgemäß gehandelt und Amts- und Dienstpflichten verletzt habe.

Deshalb erscheint es nicht ausgeschlossen, daß Bundeskanzler Dr. Kohl die Frage nach seinem Kenntnisstand darüber, ob die „Staatsbürgerliche Vereinigung 1954 e. V.“ der Geld- und Spendenbeschaffung gedient habe, lediglich auf steuerlich unzulässige Vorgänge bezog. In dieser Vorstellung konnte er sich auch dadurch bestärkt sehen, als der Vorsitzende des Untersuchungsausschusses mit dieser Frage eine weitere verband, nämlich, ob die Tätigkeit dieser Vereinigung als gemeinnützig beziehungsweise ihre Behandlung als Berufsverband unterstützt oder ermöglicht worden sei, eventuell durch unzulässige Einflußnahmen auf steuerliche Behandlungen. Es hätte angesichts der Sach- und Rechtslage nahegelegen, wenn seitens des Untersuchungsausschusses spätestens nach der uneingeschränkten Verneinung dieser Frage durch Bundeskanzler Dr. Kohl klargestellt worden wäre, was der Ausschuß unter dem Ausdruck „zur Spendenbeschaffung diente“ versteht. Statt dessen wurden die „Staatsbürgerliche Vereinigung 1954 e. V.“ und ähnliche Einrichtungen in dem sich anschließenden Dialog als „Spendenwaschanlage“ und „Spendenbeschaffungsanlage“ bezeichnet. Beides sind gängige Ausdrücke für steuerrechtlich unzulässige Spendensammeleinrichtungen.

Bedeutsam erscheint auch, daß Bundeskanzler Dr. Kohl bei seiner Befragung nach der „Staatsbürgerlichen Vereinigung“ u. a. erklärte, wenn er es „richtig verstehe“, sei ja „die Spendenpraxis und inwieweit das steuerlich relevant war oder nicht“, der „Kern Ihrer Frage“. Der Vorsitzende des Untersuchungsausschusses antwortete daraufhin „ja“. In ähnliche Richtung weisen auch folgende weitere Erklärungen der Mitglieder des Untersuchungsausschusses:

Vors. Abg. Schnarr:

> „... Es geht nicht um die Spendenbeschaffung einer Partei, sondern es geht darum, ob ... steuerliche Behandlung unzulässig ...“

Abg. Scharping:

> „... Wir gehen der Frage nach, ob es Kenntnisse darüber gibt, daß das, salopp formuliert, am Finanzamt vorbeiging ...“

> „... Es geht um die Frage, ob dem Zeugen bekannt war, daß es die Problematik der Vorbeischleusung von Parteispenden vorbei an Finanzämtern mit Hilfe von Berufsverbänden oder vergleichbaren Einrichtungen gegeben hat ...“

> „... Wir gehen der Frage nach, welche Kenntnisse Sie von der Spendenpraxis für Parteien hatten und welche Rolle das in Rheinland-Pfalz gespielt hat ...“

> „... Meine Frage ist, ob Sie eine Erinnerung daran haben, ob Sie überhaupt im Zusammenhang mit solchen – wie wir das hier so schön nennen – Parteispenden-Waschanlagen Geld in Empfang genommen ... haben ...“

Abg. Dr. Weyrich:



Gute Nachricht aus Koblenz: Bundeskanzler Helmut Kohl

FOTO: SVEN SIMON

> „... Es geht mir um die Frage der steuerlichen Relevanz ...“

Zugunsten des Bundeskanzlers Dr. Kohl war schließlich seine Aussage vor dem 1. Untersuchungsausschuß des Deutschen Bundestages der 10. Wahlperiode vom 7. November 1984 zu werten. Dort hatte er auf Ihren Vorhalt bekundet, gewußt zu haben, daß „das Haus Flick über die Staatsbürgerliche Vereinigung wie andere“ Spenden zur Verfügung stellte. Diese Aussage steht im Widerspruch zu seinen Angaben vor dem Untersuchungsausschuß in Mainz. Obwohl diesem die Protokolle des sog. Flick-Untersuchungsausschusses vorgelegen haben, unterblieb – aus welchen Gründen auch immer – ein entsprechender Vorhalt. Dieser würde zur alsbaldigen Klärung des Widerspruches geführt haben.

Die Staatsanwaltschaft hat auch geprüft, ob Bundeskanzler Dr. Kohl bereits in seinem Amt als Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz gewußt hatte, daß die Weiterleitung von Spenden Dritter durch die „Staatsbürgerliche Vereinigung 1954 e. V.“ an politische Parteien steuerlich unzulässig war. Träfe dies zu, hätte er insoweit falsch ausgesagt.

Bundeskanzler Dr. Kohl behauptet, das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 24. Juni 1958 (NOW 1958/S. 1131 ff.) nicht gekannt und sich daher mit diesem in seiner Amtszeit als Ministerpräsident auch nicht auseinandergesetzt zu haben. Zur Klärung der Frage, ob er seinerzeit dennoch wußte, daß die Spendenabwicklung über die „Staatsbürgerliche Vereinigung 1954 e. V.“ steuerlich unzulässig war, wurden folgende Unterlagen gesichtet:

- Akten in dem Strafverfahren gegen v. Brauchitsch u. a. vor dem Landgericht Bonn (50 Js 36/82 – 27 F 7/83),

Akten in den Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft Bonn gegen Verantwortliche

- der „Staatsbürgerlichen Vereinigung 1954 e. V.“ (40 Js 114/81)
- der Firma Flick (42 Js 657/82)
- der Firma Henkel KGaA (42 Js 659/82)
- der Firma Robert Bosch GmbH (40 Js 114/81 SH 209)
- der Firma Daimler-Benz AG (40 Js 114/81 SH 76)
- des Arbeitskreises Private Versicherer (42 Js 119/83)
- der Firma Henkell & Co. (40 Js 114/81 SH 60).

Die Auswertung erbrachte keine sachdienlichen Erkenntnisse.

Zur weiteren Sachaufklärung hätten möglicherweise der ehemalige *Geschäftsführer und persönlich haftende* Gesellschafter der Firma Flick KG, Rechtsanwalt Eberhard v. Brauchitsch, und der frühere faktische Geschäftsführer und Wirtschaftsprüfer der „Staatsbürgerlichen Vereinigung 1954 e. V.“, Dr. Hans Buwert, beitragen können.

Rechtsanwalt Eberhard v. Brauchitsch hat sich zur Zeit vor dem Landgericht Bonn auch wegen des Vorwurfs der Steuerhinterziehung zu verantworten. Dort wird er beschuldigt, in der Zeit von 1973 bis 1982 fortgesetzt handelnd, Körperschafts- und Gewerbesteuer hinterzogen zu haben. Diesen Vorwurf leitet die Staatsanwaltschaft Bonn unter anderem daraus her, daß er an der Gewährung von Spenden u. a. an die „Staatsbügerliche Vereinigung 1954 e. V.“ zur Finanzierung politischer Parteien mitgewirkt habe. Aus diesem Grunde hat er umfassend von seinem Auskunftsverweigerungsrecht gemäß Paragraph 55 StPO Gebraucht gemacht.

Der im 89. Lebensjahr stehende Dr. Hans Buwert ist ausweislich eines fachinternistischen Gutachtens der Albert Schweitzer Klinik in Königsfeld vom 11. Februar 1986 weder verhandlungs- noch vernehmungsfähig.

Die weiterhin als Zeugen vernommenen Walther Leisler Kiep (Bundesschatzmeister der CDU), Dr. Uwe Lüthje (Generalbevollmächtigter des Bundesschatzmeisters), Rechtsanwalt Dr. h. c. Otto Theisen (Schatzmeister der CDU des Landes Rheinland-Pfalz und früherer Justizminister des Landes), Johann Wilhelm Gaddum (früher Finanzminister des Landes Rheinland-Pfalz) sowie Hans Terlinden (seit 1966 hauptamtlicher Geschäftsführer der CDU des Landes Rheinland-Pfalz) haben übereinstimmend ausgesagt, mit dem damaligen Ministerpräsidenten des Landes Rheinland-Pfalz, Dr. Kohl, über steuerliche Probleme bei der Abwicklung von Spenden über die „Staatsbürgerliche Vereinigung 1954 e. V.“ *nicht* gesprochen zu haben.

Nach dem Ergebnis der Ermittlungen war auch insoweit ein Tatverdacht zu verneinen.

Hochachtungsvoll

gez. Braun

(Braun)

Leitender Oberstaatsanwalt

In Bonn hat der Staatsanwalt noch nicht entschieden

Bei der Staatsanwaltschaft in Bonn ist das Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der uneidlichen Falschaussage noch nicht abgeschlossen. Doch schon im April haben das Amtsgericht Bonn und (als Beschwerdeinstanz) die 1. Strafkammer des Landgerichts Bonn unabhängig voneinander in einem Beschluß den Tatverdacht der falschen uneidlichen Aussage gegen Helmut Kohl ausdrücklich verneint, *als sie Anträge der Bonner Staatsanwaltschaft zurückwiesen,* im Zusammenhang mit dem Kohl-Verfahren die Räume der CDU-Bundesgeschäftsstelle in Bonn sowie Geschäftsstellen in Mainz, Neustadt/Weinstraße und Ludwigshafen durchsuchen zu lassen. Im Beschluß des Amtsgerichts vom 17. April 1986 *(AZ 50 Gs 348/86)* wird Kohl sogar als ein „zu Unrecht Beschuldigter“ bezeichnet.

Wörtlich heißt es darin unter anderem: „Irgendwelche Anhaltspunkte dafür, daß der Beschuldigte etwa vor dem Untersuchungsausschuß vorsätzlich die Unwahrheit gesagt hätte, liegen nämlich überhaupt nicht vor. Denn der Beschuldigte hat vor dem Untersuchungsausschuß entgegen dem Vorwurf (der Staatsanwaltschaft, die Red.) bei unvoreingenommener, verständiger Würdigung seiner Aussage gar nicht etwa bestritten, möglicherweise solche Spendenzahlungen erhalten zu haben, sondern vielmehr glaubhaft erklärt, sich an die lange zurückliegenden einzelnen Spendenzahlungen und -daten nicht mehr zu erinnern, und deutlich gemacht, daß er insoweit überhaupt nur aufgrund von ihm eingeholter und ihm erteilter Auskünfte Angaben machen könne und mache.“



Erstattete die Strafanzeigen: Otto Schily

FOTO: JUPP DARCHINGER

Weiter heißt es: „Hinzu kommt überdies, daß der zu Unrecht Beschuldigte nach Nachforschungen aufgrund eingeholter Auskünfte bereitwillig über empfangene, im demokratischen Staat grundsätzlich auch keineswegs anstößige, sondern erwünschte Parteispenden berichtet und dabei als seinerzeitiger Oppositionsführer und insbesondere die damalige Regierungsverantwortung im Zusammenhang mit der Flick-Steuerbefreiung weder tragender, noch aus einer damaligen Regierungspartei beeinflussender Politiker den Umständen nach keinerlei Anlaß hatte, einzelne Spenden zu verschweigen.“

Auch der Beschluß der 1. Strafkammer des Landgerichts vom 28. April (AZ 31 Qs 73/86) formuliert, der Tatverdacht einer Falschaussage lasse sich nicht feststellen. Wörtlich heißt es: „Dabei ist zu berücksichtigen, daß ein Zeuge dem Gericht beziehungsweise hier dem Untersuchungsausschuß lediglich Tatsachen mitzuteilen hat. Er kann seine Wahrheitspflicht nur verletzen, wenn er solche falsch wiedergibt. Bewertungen oder Urteile abzugeben ist nicht seine Aufgabe.“ In diesem Falle habe der Beschuldigte jedoch erkennbar „nicht Tatsachen aus eigener Erinnerung“ geäußert, sondern „Schlußfolgerungen aus Rekonstruktionen Dritter“ gezogen.

Weiter heißt es unter anderem: „Es ist zwar einzuräumen, daß einige Äu*ßerungen – aus dem Zusammenhang* gelöst – als Bekundung eigener Erinnerung erscheinen könnten. So zum Beispiel die Antwort auf die Frage des Abgeordneten Schily (Protokoll Bl. 50/176): ‚Sie meinen, das ist eine Zahlung, die haben Sie zum Teil in 1978 und zum Teil in 1979 erhalten?‘ Dr. Kohl: ‚Das meine ich nicht so, das ist so.‘

Im Gesamtzusammenhang – und so ist jede Zeugenaussage zu werten – scheidet diese Betrachtungsweise jedoch aus ... Daß dieser Gesamtzusammenhang nicht immer hinreichend deutlich geworden ist, sondern sich in der Vernehmung Bekundungen aus eigener Erinnerung und die Wiedergabe von Drittwissen beziehungsweise Rekonstruktionen teilweise schwer unterscheidbar mischen, mag darauf zurückzuführen sein, daß insoweit die erforderliche Klarstellung durch präzise Vorhalte weitgehend unterblieben ist; zum anderen kann diese Unschärfe unter anderem auf die – wie an den protokollierten Zurufen erkennbar – teilweise gereizte Atmosphäre zurückzuführen sein, wie sie bei einer Sachverhaltsfeststellung durch ein politisches Gremium zu politischen Zwecken (vgl. von Münch, Kommentar zum GG 2. Aufl., 1983, Artikel 44, Rdnr. 39) leicht entstehen kann. Gerade dieser Umstand zwingt nach Überzeugung der Kammer in besonderem Maße dazu, die Aussage in ihrem Gesamtzusammenhang zu werten, und nicht an einzelnen Formulierungen zu haften.“ *JOACHIM NEANDER*

Stoltenberg will Subventionen überprüfen

DW. Frankfurt

Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg (CDU) hat sich dafür ausgesprochen, eine „kritische Sonde" an staatliche Subventionen zur Forschungsförderung anzulegen. Als Beispiel für Bereiche, in denen staatliches Engagement im nationalen Interesse sinnvoll sei, nannte Stoltenberg die Luft- und Raumfahrtindustrie. Nachdem die Aufbauphase dieser Industrie abgeschlossen sei, müsse jedoch der Anteil staatlicher Hilfen wieder verringert und die private Risikobereitschaft erhöht werden, sagte der Finanzminister vor der Senckenbergischen Naturforschenden Gesellschaft *in Frankfurt*.

Aus dem Reaktorunfall in Tschernobyl müsse die Erkenntnis gezogen werden, daß nationale Antworten oder Lösungen nicht genügten. Nötig seien internationale verbindliche Vereinbarungen, um den höchstmöglichen Stand an Reaktorsicherheit festzuschreiben.

Einsatz für Israel „ein Lebensziel"

D. D. *Berlin*

In Berlin, dem Gründungsort, feierte die Deutsch-Israelische Gesellschaft (DIG) ihr zwanzigjähriges Bestehen. An dem Festakt im Rathaus Schöneberg nahm auch der israelische Botschafter in Bonn, Yitzhak Ben-Ari, teil. Er betonte bei seinem Grußwort, daß die DIG wesentlichen Anteil an den freundschaftlichen Beziehungen zwischen Israel und der Bundesrepublik habe.

Die Aufgabe der Gesellschaft, Begegnungen zwischen den Menschen beider Völker und Kontakte auf den verschiedensten Gebieten zu fördern, nannte DIG-Ehrenpräsident Ernst Benda auch eine Perspektive für die Zukunft. „Die von der Gesellschaft erreichten Erfolge beruhen auf dem Idealismus ihrer Mitglieder", sagte Benda. „Viele sahen und sehen in ihrem Einsatz für Israel ein Lebensziel." Benda erinnerte daran, daß die Gesellschaft 1966 nach Ausbruch des Sechstagekrieges im Nahen Osten in kürzester Frist zur Unterstützung Israels rund drei Millionen Mark gesammelt *und dem Land zur* Verfügung gestellt hat.

Remedur beim „Stern": Streit um Inhalte

U. B. Hamburg

Am Dienstagvormittag dieser Woche um zehn Uhr begann die Redaktionskonferenz der Hamburger Illustrierten „Stern" mit einer leicht veränderten Sitzordnung und einer völlig veränderten Situation in der Spitze des Bilderblattes: Wo sonst der an diesem Tag nicht erschienene Chefredakteur Rolf Winter (58) Platz zu nehmen pflegte, ließ sich nun der Vorstandsvorsitzende des Verlagshauses Gruner + Jahr, Gerd Schulte-Hillen, *nieder*. Der Top-Manager machte die Redaktion mit einem Tatbestand bekannt, der sich kurz vor den Pfingstfeiertagen ergeben hatte: Chefredakteur *Rolf Winter* war zu der Auffassung gelangt, daß eine gedeihliche Zusammenarbeit zwischen ihm und der Verlagsspitze nicht mehr möglich sei, und hatte seinen Rücktritt erklärt, damit einem Wunsch des Hauses durchaus entsprechend. Die Redaktion vernahm Schulte-Hillens Mitteilung mit Betroffenheit, aber auch Erleichterung – Winters Rückhalt in der „Mannschaft" war bei seinem Amtsantritt vor zwei Jahren groß, inzwischen jedoch permanent geschrumpft.

Peinliche Entgleisung

Mißhelligkeiten und Auseinandersetzungen um Konzeption und Inhalt des Blattes, eine peinliche Entgleisung des Chefredakteurs wie sein „Nachruf" auf den Verleger Axel Springer, von dem sich eilends die G + J-Gründungsverleger und auch Schulte-Hillen distanzierten, zudem aber Aktualitätsdefizite der Illustrierten insbesondere im wöchentlichen Konkurrenzkampf mit dem „Spiegel" und der „Bunten Illustrierten" hatten in den vergangenen Monaten im G + J-Vorstand zunehmende Irritationen ausgelöst und schließlich zu der Einsicht geführt: Winter muß weg, ein Blattmacher muß her.

Das Faß zum Überlaufen brachte in der vergangenen Woche der „Stern"-Titel der Nummer 21 „Verliebt in Frankreich" statt eines Kernkraft-Titels – eine Planung, die Schulte-Hillen und seine Vorstandskollegen mit zusammengebissenen Zähnen und dem Entschluß zur Kenntnis nahmen, *für Remedur zu sorgen.*

Der Vorgang macht die prinzipiellen Meinungsverschiedenheiten über die Blattkonzeption zwischen Winter und Schulte-Hillen deutlich: Der Chefredakteur plädierte insbesondere angesichts der Konkurrenz der elektronischen Medien energisch für Themen eigener Wahl und deren Veröffentlichung nach eigenem Gutdünken, losgelöst von Aktualitätszwängen. Im Vorstand hingegen sah man die Gefahr, in einen nicht mehr aufholbaren Rückstand gegenüber der Konkurrenz zu geraten.

Zunächst wird die „Stern"-Redaktion nun von Dieter Gütt geleitet, bis die Nachfolge geklärt ist. Das soll Anfang der kommenden Woche geschehen sein. Manches deutet darauf hin, daß die vom Verlag angekündigte Lösung aus dem eigenen Haus dem Trio der jetzigen geschäftsführenden Redakteure um den linksliberalen Heiner Bremer entnommen wird.

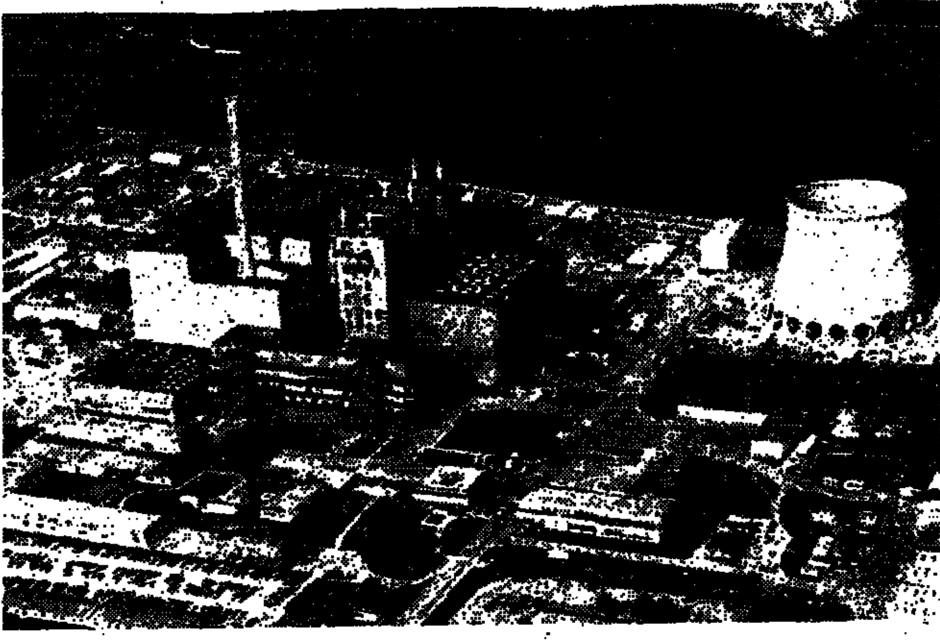
DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

„Es geht weiter, weil wir dazu verpflichtet sind"

Die deutschen Elektrizitätswerke sehen bei einem Ausstieg aus der Atomkraft die Energieversorgung nicht mehr gewährleistet

Von HANS BAUMANN

Nun erbost sich auch schon das Ausland über *den deutschen* Atomzirkus, mit dem die SPD und die Grünen auf Stimmenfang durch die Republik ziehen. Wilfried Martens, Ministerpräsident der Belgier, schreibt an Helmut Kohl, daß der Kanzler sich bitte für die Fertigstellung des Schnellen Brüters in Kalkar einsetzen möge. Belgien habe schließlich in diese zweite Generation fortschrittlicher Reaktortechnik 500 Millionen Mark gesteckt.



Briten, Franzosen, Holländer und Belgier sind an dem Projekt Kalkar beteiligt. Es bestehen internationale Verträge über den Bau des Schnellen Brüters. Jetzt steht die Inbetriebnahme in Frage. Sind die unter einer SPD-Regierung entstandenen Abkommen bald nur noch Makulatur?

KRUG-LUFTBILD, Freigabe RP Karlsruhe Nr. 216/791

Kalkar ist ein internationales Projekt, an dem neben den Deutschen auch Briten, Franzosen, Holländer und Belgier beteiligt sind. Sie müssen sich fragen, ob internationale Verträge von deutschen Politikern aus wahltaktischen Gründen kurzerhand zerrissen werden dürfen, ob auch die Konvention von 1973 nur noch Makulatur ist, in der diese Staaten übereinkamen, nach dem Brutreaktor Super-Phenix in Frankreich, der noch in diesem Sommer als größter Brüter der Welt mit voller Leistung ans Netz geht, in der Bundesrepublik Deutschland einen Nachfolgereaktor für Kalkar mit einer Kapazität von 500 Megawatt zu bauen. Die deutsche Seite hat dafür bereits Planungsmittel von 70 Mill. Mark bereitgestellt.

Diese Entwicklung von fortgeschrittenen Reaktoren ist von einer SPD-Regierung mit einem SPD-Kanzler Schmidt eingeleitet worden mit der Zielsetzung, die Abhängigkeit von Energieeinfuhren zu verringern und als Industrienation mit dem technischen Fortschritt schrittzuhalten. Wenn nun die gleiche SPD fordert, aus dem betriebsbereiten Brüter in Kalkar eine Wahlkampfruine zu machen, die immerhin sieben Milliarden Mark gekostet hat, so wird sie das dem Steuerzahler erklären müssen.

Antworten erwartet der Bürger bisher auch vergebens auf die Fragen, wie es denn ohne Kernkraft weitergehen soll, wenn – nach Forderung der Grünen – sofort die Kernkraftwerke abgeschaltet werden sollen, was dann mit den Arbeitsplätzen geschieht, die damit nicht nur bei den Stromerzeugern, sondern auch bei den Anlagebauern auf der Strecke bleiben. Was heißt „Kernenergie als Übergangslösung"? Übergang wohin? Wo sind die „Alternativenergien", von denen immer wieder gesprochen wird?

Fragen über Fragen, deren seriöse Antworten Auskunft über die Zukunft der Menschen in der Bundesrepublik geben müssen. Bisher blieben sie aus. Nur eines ist sicher: In der Bundesrepublik wurden bisher in die Kernkraftwerke und deren Umfeld rund 100 Milliarden Mark investiert. Der Vorteil der Kernkraft beschert einen Kostenvorteil Jahr für Jahr von sechs Milliarden Mark. Kapitalisiert man diesen Vorteil, so errechnen sich weitere 100 Milliarden Mark. Nicht zu übersehende Summen stehen auf dem Spiel, in die die Politik eingreifen müßte, wollte sie das Spektakulum vom „Ausstieg" zu Ende spielen. Ein solcher Eingriff aber verstieße gegen Paragraph 14 des Grundgesetzes, und der Steuerzahler würde zur Kasse gebeten.

Zur Zeit sind in der Bundesrepublik 19 Kernkraftwerke in Betrieb. Sie liefern 35 Prozent der Elektrizität. Weitere sieben Kernkraftwerke befinden sich in Bau, von denen Mülheim-Kärlich und Brokdorf unmittelbar vor der Einschaltung ins Netz stehen. Geplant sind weitere neun Blöcke, für die auch schon erheblich finanziell vorgeleistet wurde.

Die WELT fragte den Hauptgeschäftsführer der Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke (VDEW), H. Magerl, ob es denn trotz dieser lauten Wahlkampfdrohungen mit der Kernenergie in der Bundesrepublik weitergeht, oder ob sich diese Industrienation von der Zukunft verabschiedet.

Magerl: „Es geht weiter, weil wir dazu verpflichtet sind; das Atomgesetz ist doch in Kraft." Und was geschähe, wenn die Bundesrepublik dennoch „ausstiege"? Von dem technischen Rückschlag für eine Industrienation, von den nicht absehbaren arbeitsmarktpolitischen Auswirkungen und von den nicht abschätzbaren Regreßansprüchen abgesehen sei „die Versorgung *mit* Elektrizität nicht mehr gesichert". Und Magerl fragt zurück: „Aussteigen, ohne daß sich rund um die Bundesrepublik etwas in der Anwendung der Kerntechnik ändert?"

Eine *längerfristige* Perspektive eröffnet die Feststellung, daß der Betrieb von Kernkraftwerken „nicht dem Eigennutz der Stromwirtschaft *dient*, daß heute schon daran gedacht werden muß, welche Technologie wir unseren Kindern und Enkeln übergeben müssen, damit sie ihren Energiebedarf decken und in einer fortschrittlichen Industrienation leben können".

Kernkraft als Übergang? „Wohin?", fragt Magerl. Kernfusion liegt in zu weiter Ferne. Und mit den Grünen wäre auch sie kaum zu nutzen. „Weit und breit ist keine Alternative zu sehen zur Kernkraft, die die Versorgung für die nächste Generation sichern könnte", lautet die Antwort. Mit dem Wort „Übergang" wird nur die Szene vernebelt, bis der Wahlkampf vorüber ist. Dann werde auch wieder Sachlichkeit in die energiepolitische Diskussion einkehren, ver*mutet man in der Energiewirtschaft.*

Schlagmann Bangemann bringt FDP auf Vordermann

DIETHART GOOS, Hannover

Für den gewichtigen Parteivorsitzenden geht es um die eigene Person und die Zukunft der Liberalen. Vor 15 Monaten wurde Martin Bangemann auf dem Sonderparteitag in Saarbrücken mit 89 Prozent der Delegierten-Stimmen Nachfolger Hans-Dietrich Genschers. Bei seiner Wiederwahl auf dem morgen beginnenden Kongreß ist solch Traumergebnis unwahrscheinlich, Bangemann macht sich keine Illusionen. Aber respektabel sollte die Mehrheit sein.

Um immer wieder geäußerte Zweifel an seiner Loyalität gegenüber dem neuen Vorsitzenden auszuräumen, hat Genscher in einem gestern veröffentlichten Brief an seinen FDP-Kreisverband Wuppertal erklärt, Bangemann benötige „gerade in diesem entscheidenden Wahljahr die geschlossene und vertrauensvolle Unterstützung der ganzen Partei". Ausdrücklich unterstrich Genscher Bangemanns Position zur Nutzung der Kernenergie, die nicht *„die letzte Antwort"* auf die Probleme der Energieversorgung bleiben könne. Wer die Perspektive der Energiesicherung *jenseits der Kernenergie* ausschließe, betreibe „Fortschrittsverweigerung". Genscher schrieb diesen Brief gezielt auf den Bundesparteitag in Hannover und in der Absicht, seinem Nachfolger ein respektables Stimmenergebnis bei dessen erster Wiederwahl im Parteivorsitz zu ermöglichen. Das Verhältnis zwischen den beiden FDP-Spitzenpolitikern wird in der Umgebung Bangemanns als überaus fair und absolut vertrauensvoll bezeichnet.

Ist es ein gutes oder schlechtes Omen, daß die FDP in der hannoverschen Niedersachsenhalle tagt, wo die Grünen Pfingsten ihren Aufstand gegen Staat und Gesellschaft inszenierten? Zwar werden die Grünen nach Bangemanns Überzeugung eher der SPD und nicht gerade der FDP die dringend benötigten Wählerstimmen abjagen. Aber furchterregend sei diese Radikalität schon, meint der FDP-Vorsitzende auf dem Wege von Bonn zum Wahlkampfeinsatz in Wunstorf bei Hannover.

Pfingsten hatte er nach dreiwöchiger *Abwesenheit daheim* im württembergischen Metzingen verbracht. Bei seiner Frau und den fünf Kindern konnte er endlich die vom Wirtschaftsgipfel *in Tokio* und von Tschernobyl aufgezwungene Hektik abstreifen, Kräfte für die entscheidende Endrunde in Niedersachsen sammeln.

Nicht nur den Parteitag hat Bangemann zur persönlichen Bewährungsprobe hochstilisiert, auch das Wählervotum am 15. Juli ist ihm ureigene Sache. Alles oberhalb von 5,1 Prozent bedeutet Sieg. Die Grenze des Machbaren setzt Bangemann bei 5,6 bis 5,8 Prozent an. Bleibt gleichzeitig das von manchen befürchtete CDU-Desaster aus – der FDP-Vorsitzende zählt nicht zu den Pessimisten – wäre in Niedersachsen nach Berlin die zweite Landesregierung im Bonner Strickmuster perfekt, ein wichtiger Prestigegewinn für Bangemann.

Doch bis zu diesem wichtigen Etappenziel auf dem steinigen Weg zum realisierbaren Erfolg der Bonner Koalition bei der Bundestagswahl im Januar 1987 hat Bangemann noch ein gewaltiges Pensum zu absolvieren. Bei der frühsommerlichen Nachbarschaftsparty im stattlichen Anwesen seines hannoveraner Parteifreundes Detlef Kleinert erzählt der routinierte Wahlkämpfer aus Bonn schicken Frauen und einflußreichen FDP-Sympathisanten – vom Richter am Bundesverfassungsgericht bis zum Vorstandschef des größten deutschen Reifenherstellers –, was er unter Siegeswillen versteht: Schlagmann war er damals im Schülerachter auf dem Maschsee in Hannover. Einen stattlichen Vorsprung hatte seine Crew herausgerudert, aber eine Boje fälschlich als Ziellinie angesehen und damit den Sieg verschenkt. Voll Mut habe sich spontan eine neue Mannschaft im ungeübten Doppelvierer formiert und eine grandiose Revanche erkämpft.

Heute liegen die Dinge für Bangemann und seine FDP in Niedersachsen anders. Der große Flächenstaat ist von den Blau-Gelben organisatorisch kaum zu erfassen. Vieles bleibt dem Zufall und auch dem Unvermögen örtlicher Kandidaten überlassen. So entwickelt sich eine in Goslar angesetzte Pressekonferenz mit dem FDP-Chef für die ortsansässige Zeitung zum Exklusivinterview, weil der zuständige Wahlkreiskandidat andere Journalisten nicht eingeladen hat. Jürgen Lauterbachs naive Entschuldigung „die kommen ja doch nicht" bringt Bangemann so richtig in Rage. Sein Zorn ist erst verraucht, als ihn später beim trinkfesten Kleinert an der liberalen Sache interessierte Wähler und Wählerinnen umschwärmen.

Schröder meidet Diskussion um Kernkraftwerke

mj. Hannover

Schlüssige Antworten auf die Frage nach den Aussichten für ein rot-grünes Bündnis in Niedersachsen weiß SPD-Spitzenkandidat Gerhard Schröder weiterhin konsequent zu vermeiden. *Da er scheinbar* keine andere Erwartung hegt als diejenige auf eine SPD-Alleinmehrheit nach der Landtagswahl am 15. Juni, wahrte er auch gegenüber seinen Parteifreunden, den SPD-Länderchefs, den Anschein, als ob er eine landespolitische Druckkulisse der Grünen mit dem Ziel „Stillegung aller Atomanlagen" ernsthaft nicht in Erwägung ziehen müsse. Auf ihrem von lautem Wortradikalismus gekennzeichneten Pfingstkongreß in Hannover habe die Grünen-Bundespartei, meinte Schröder, für den eigenen Hausgebrauch „das Thema Kernkraft wahltaktisch aufgezogen".

Der Spitzenkandidat fand noch eine andere Formulierung: Man solle den Grünen-Parteitag „nicht zu wichtig nehmen". Schröders hintergründiges Lächeln nahm der Deutung, es könne sich schlicht um Verlegenheitsfloskeln handeln, die Wahrscheinlichkeit.

Seitens der niedersächsischen Grünen, deren Kandidatenliste auf den vorderen Rängen mehrheitlich von „Realos" besetzt ist, wurde noch am Wochenende als Wertung des Bundeskongresses verbreitet, mit dessen Beschlüssen könnten sie im Hinblick auf die Bündnisfrage nach der Wahl „leben". Tatsächlich hat die Bundesversammlung dem autonomen Landesverband dafür die – letztlich nur empfehlende – *„Auflage"* mitgegeben, der SPD ein „konkretes Ausstiegsszenario" abzufordern. Da gibt es Spielräume.

„*Schnellschüsse* sind von Übel", erklärte Schröder und es werde auch „keine Diskussion über einzelne Kraftwerke" (die bereits in Betrieb oder genehmigt sind) geben.

Jacoby für „totale Unabhängigkeit von Kernenergie"

UR. Saarbrücken

Die saarländische Bevölkerung ist trotz der „Entwarnung" der Bundesregierung vier Wochen nach dem Reaktorunfall von Tschernobyl nach wie vor verunsichert. „Darf ich wieder Gemüse aus dem Garten essen? *Dürfen* meine Kinder wieder im Sandkasten spielen?" lauteten die Fragen an den Chef der Strahlenschutz-Kommission, Professor Ober*hausen*. Der Experte *trug zum Abbau* der Unsicherheit bei und erklärte den mehr als 300 Zuhörern eines „Expertenforums" der Saar-CDU in Heusweiler, ein „*akutes Strahlenrisiko*" habe für sie nie bestanden.

Der rheinland-pfälzische Umweltminister Klaus Töpfer (CDU) machte *deutlich, daß er an einen Ausstieg aus* der friedlichen Nutzung der Kernenergie nicht denke, sprach sich jedoch gleichzeitig für eine offene Dis*kussion über die die Intensivierung* der Erforschung alternativer Energieträger aus.

Saar-CDU-Chef Peter Jacoby prä*zisierte seine Haltung zur Frage* der Nutzung von Kernenergie: Die Abhängigkeit vom Atom müsse verringert werden mit dem Ziel einer „totalen Unabhängigkeit *von der* Kernenergie".

Labour läuft Sturm gegen die „Festung" Falkland

Altes Thema aufgewärmt / Verhandlungen mit Argentinien

SIEGFRIED HELM, London

Vier Jahre nach dem Falklandkrieg und zwei Jahre vor der nächsten Parlamentswahl in Großbritannien hat die Labour-Opposition Falkland wieder zum Thema gemacht. Der außenpolitische Parlamentsausschuß der Partei unterbreitete dem „Schattenkabinett" einen Report mit Leitlinien für die Falklandpolitik einer künftigen Labour-Regierung. Auffällig dabei ist, daß die für Premierministerin Thatcher sakrosankte Souveränitätsfrage wieder Gegenstand von Verhandlungen mit Argentinien sein soll.

Frau Thatcher hatte auf der Welle nationaler Euphorie über den gewonnenen Krieg auch die Wahlen 1983 gewonnen. Inzwischen ist der „Falklandfaktor" politisch verbraucht. Der Labour-Abgeordnete George Foulkes, *Südamerikaexperte seiner* Partei, griff als Autor des Reports das Stichwort auf: „Von jetzt bis zu den Wahlen werden wir versuchen, die britische Bevölkerung und die Bewohner der Falklandinseln zu überzeugen, daß das Konzept „Festung Falkland" keine Zukunft hat und daß es einen Wandel geben muß."

Zwei Milliarden Kosten

Die finanzielle Bürde für den britischen Steuerzahler, die rund 1900 Inselbewohner auf einer „Festung" abzuschirmen, zu der ein aufwendiger Flughafen und die Bindung von See-, Luft- und Landstreitkräften mit kostspieligen Versorgungswegen gehören, wird zunehmend als unzumutbar empfunden. Der Report stellt fest: Die Haltung der Regierung zu den Falklandinseln und Argentinien kostet Großbritannien jährlich umgerechnet zwei Milliarden Mark und ist eine Belastung für die Verteidigungsverpflichtungen. Ein Wink mit dem Zaunpfahl, daß Englands europäische NATO-Partner die Frage „Malvinas oder Falkland" als Schattenboxen ansehen. Foulkes vergaß nicht den Hinweis, daß der Status quo die Beziehungen Londons zu den südamerikanischen Staaten unnötig belaste. Labour will, von Meinungsumfragen ermutigt, die für eine Wiederaufnahme von Beziehungen zu Buenos Aires ausfielen, einen neuen „Falkland-Faktor" schaffen.

UNO als Treuhänder

Bei Verhandlungen sollen vier Punkte Gesprächsgrundlage sein: Die Unterstellung der Inseln unter die Vereinten Nationen als Treuhänder und ihre gemeinsame Verwaltung, die Übertragung der Souveränität an London und Buenos Aires, doppelte Staatsangehörigkeit mit der Unterscheidung von Souveränität über Völker und über Territorium und Rückverpachtung.

Unverzichtbar sind für Labour lediglich wirksame Garantien zur Sicherung des „Way of Life" der Inselbewohner. Der Falklandkrieg ist – so Labour – nicht um die Souveränität ausgetragen worden, „sondern um das Prinzip, daß sich Aggression nicht auszahlt". Den Falkländern dürfe man ebensowenig ein Veto zubilligen wie London das bei Hongkong getan habe.

Untätigkeit der Regierung in der Falklandfrage birgt Labour zufolge eine Gefahr für die junge Demokratie unter Präsident Raoul Alfonsin und seinen gemäßigten Kurs.

Bei den Falkländern können Labours Vorschläge nur auf taube Ohren stoßen. Dort ist die Erinnerung an die Besatzungszeit und das Blutvergießen noch so frisch, daß Labour-Funktionäre, die dort „politische Bildung" betreiben sollen, mißtrauisch als Ausverkäufer und Verräter empfangen werden dürften.

Labours Eröffnungszug wird Folgen haben: Die Angst, daß britische Soldaten umsonst gestorben sein könnten, muß über kurz oder lang der Eigengesetzlichkeit von Geographie und Staatsfinanzen weichen. (SAD)

Im Poker um Waffen für die Saudis macht Reagan einen Überraschungszug

Das Luftabwehrsystem „Stinger" wird ausgeklammert / Stimmung im Kongreß gegen Riad

FRITZ WIRTH, Washington

Das beabsichtigte Waffengeschäft der Reagan-Administration mit Saudi-Arabien hat sich zu einem mühsamen politischen Fortsetzungsroman entwickelt. Um das gesamte Unternehmen vor einem jähen Ende zu bewahren, einigten sich beide Handelspartner gestern praktisch in letzter Minute, das Geschäft zu entschärfen und das umstrittenste Waffensystem in diesem Geschäft, die Stinger-Luftabwehrraketen, aus dem Handel auszuklammern. Präsident Reagan hofft mit diesem Schachzug, die unerwartet hohen Hürden, die der Kongreß aufgerichtet hat, überwinden zu können.

Beide Häuser des Kongresses hatten das Waffengeschäft vor 14 Tagen mit klaren Mehrheiten abgelehnt. Der Präsident war von Anfang an entschlossen, dieses Votum nicht als endgültig zu akzeptieren und ein Veto dagegen einzulegen. Der Kongreß wiederum kann dieses Veto mit einer Zweidrittel-Mehrheit in beiden Häusern überstimmen.

Ablehnung auch im Senat

Die Frist für dieses Veto des Präsidenten lief in der Nacht zum Donnerstag ab. Ronald Reagan hatte sich bei dem Bemühen, die Entscheidung des Kongresses zu seinen Gunsten umzudrehen, ganz auf den Senat konzentriert, wo vor 14 Tagen 22 Senatoren für das Waffengeschäft gestimmt hatten. Um das nötige Drittel der Senatoren hinter das Waffengeschäft zu bringen, benötigte Reagan noch zwölf weitere Stimmen. Als im Laufe des Dienstag klar wurde, daß er dieses Ziel nicht erreichen würde, nahm man das Stinger-Waffensystem aus dem Geschäft heraus.

Dieses Luftabwehrsystem hatte in den vorausgegangenen Debatten eine bedeutende Rolle gespielt. Zahlreiche Kongreßmitglieder fürchten, daß es in die Hände arabischer Terroristen fallen könnte, die es gegen Passagier-Flugzeuge mit katastrophalen Folgen einsetzen könnten. Wie das Weiße Haus mitteilte, hat die saudi-arabische Seite selbst vorgeschlagen, die Stinger-Rakete aus dem Geschäft herauszunehmen. Der gesamte Waffenhandel reduziert sich dadurch von 354 auf 264 Millionen Dollar. Der saudi-arabische Botschafter in Washington, Prinz Bandar, erschien selbst vor der Presse im Weißen Haus, um diesen arabischen Rückzieher bekannt zu geben. Er verbarg dabei nicht seine Enttäuschung.

Die gesamte komplizierte Geschichte dieses Waffengeschäfts spiegelt deutlich die wachsende anti-arabische Stimmung wider, die sich seit der Libyen-Affäre in Washington ausgebreitet hat. Die große Mehrheit der Kongreß-Mitglieder verübelt Saudi-Arabien, daß es sich nach dem amerikanischen Bombenangriff gegen Libyen auf die Seite Khadhafis gestellt hat. Man lastet Saudi-Arabien außerdem an, Terrorgruppen wie die PLO zu finanzieren und die Bemühungen um eine Friedenslösung im Nahen Osten nicht unterstützt zu haben. Das Weiße Haus und das State Department dagegen sehen Saudi-Arabien langfristig als einen wichtigen und einflußreichen Gesprächspartner der USA im Nahen Osten.

Die Staatsräson

Sie halten den Dialog mit Riad für wichtig, weil er den Bewegungsspielraum der USA im Nahen Osten erweitert. Präsident Reagan und Außenminister Shultz werden dabei vom Vorsitzenden des außenpolitischen Ausschusses im Senat, Richard Lugar, und vom Führer der republikanischen Senatsmehrheit, Robert Dole, unterstützt, der gestern erklärte: „Wir müssen die politische Isolierung der USA im Nahen Osten verhindern. Wir brauchen in diesem Gebiet außer Israel noch jemand, mit dem wir sprechen können."

Die weitere palamentarische Prozedur um dieses Waffengeschäft: Wenn Präsident Reagan sein Veto noch frühzeitig genug ausspricht, könnte der Senat das Thema noch am gleichen Tag diskutieren. Wenn er mit diesem Veto bis zum Ablauf dieser Frist um Mitternacht wartet, wird die Senatsentscheidung erst nach dem 2. Juni fallen, da der amerikanische Kongreß heute bis zu diesem Termin in die Ferien gehen wird.

London gibt dem Projekt Nimrod die letzte Chance

Entwicklung eines Frühwarnsystems bisher glücklos

REINER GATERMANN, London

Nationalstolz, nicht eindeutig verteilte Kompetenzen und großzügige Zahlungsbedingungen haben Großbritannien vor ein militär- und finanzpolitisches Dilemma gestellt. In Konkurrenz zu den Amerikanern begannen die Briten 1977 mit der Entwicklung eines eigenen fliegenden Frühwarnsystems (Nimrod), das die Luftwaffe 1982 übernehmen sollte.

Die Nimrods stehen jedoch immer noch auf dem Boden. Mitte dieses Jahres wird das Kabinett zu entscheiden haben, ob das gesamte Projekt abgeschrieben werden muß, um dann doch ein amerikanisches System zu kaufen, oder ob die Briten ein letztes Mal versuchen, Nimrod doch noch in die Luft zu bringen.

„Die ernsten Probleme, die während der Entwicklung des Radars für das Nimrod AEW (*airborne early warning*) aufgetreten sind, haben die Inbetriebnahme eines leistungsfähigen AEW-Systems immer wieder verzögert", schreibt Verteidigungsminister Younger im kürzlich veröffentlichten Verteidigungsweißbuch.

Nun stellte er der für die Elektronik, die schwächste Stelle des Projekts, zuständigen GEC Avionics Ltd. ein Ultimatum: Bis Juli muß sie zu Festkosten und mit festen Lieferfristen ein Produkt vorlegen, das den Anforderungen der Royal Air Force entspricht. Die bis dahin anfallenden Entwicklungskosten, die umgerechnet 170 Millionen Mark nicht übersteigen dürfen, werden nur zur Hälfte von der Regierung gedeckt. Bisher wurden sie ohne Begrenzung voll von ihr getragen.

Als vor neun Jahren beschlossen wurde, in ein britisches System zu investieren, war die Regierung nicht so sehr überzeugt davon, daß die USA in der Lage sein würden, in gleicher Zeit Gleichwertiges zu leisten.

Der „British is best"-Glaube ist teuer geworden. Auch wenn niemand das Wort Blamage hören will, bleibt es ein Faktum, daß beim Nimrod-Projekt von Anfang an so ungefähr alles in die falschen Wege geleitet wurde.

Die Comet als fliegende Frühwarnstation konnte das als notwendig erachtete Arbeitsprogramm mit den vom Verteidigungsministerium genehmigten Computerkapazitäten nicht bewältigen. „An uns wurden *immer neue Forderungen gestellt*, ohne daß wir einen größeren Computer bekamen", behauptet die GEC. Dagegen sagen die Militärs, die von vornherein ein amerikanisches System kaufen wollten: „Die GEC ist nicht in der Lage, den Anforderungen zu entsprechen."

Bevor Younger der GEC die „letzte Chance" bot, hieß es, diese brauche weitere drei Jahre und etwa 400 Millionen Pfund, um die von der RAF geforderte Mindestleistung zu erbringen. Für diese Summe hätte man sechs amerikanische Awacs, die schon seit Jahren zuverlässig ihren Dienst verrichten, kaufen können.

Alfonsin herausgefordert

Attentat vereitelt / Demokratieverständnis der Militärs

WERNER THOMAS, Miami

Die Bombe auf dem Garnisonsgelände der Stadt Cordoba wurde entdeckt, kurz bevor Präsident Raul Alfonsin einen Besuch abstattete. Argentinische Regierungsbeamte bestätigen aber erst jetzt den Verdacht: Alfonsin sollte ermordet werden. Hinter dem Attentatsversuch standen vermutlich rechte Militärs.

Das Verteidigungsministerium hat Untersuchungen angeordnet, die auch andere Zwischenfälle der letzten Tage einschließen werden: In zehn Parteilokalen der regierenden radikalen Bürgerunion waren Sprengstoffpakete explodiert. Die Explosionen richteten Sachschaden an und verletzten ein Kind.

„Es gibt Leute, die aus den Erfahrungen der Vergangenheit nicht lernen wollen", sagte Armeechef General Hector Rios Erenu. Er befürchtet, diese in den eigenen Reihen zu haben. Politische Beobachter in Buenos Aires denken vor allem an Vertreter des Geheimdienstmilieus.

Zweieinhalb Jahre nach dem Ende der Militärherrschaft können sich diese Kräfte noch *immer nicht mit* der demokratischen Situation abfinden. Die Verhältnisse haben sich nachhaltig verändert, die Uniformträger verloren viele Privilegien. Sie mußten ihren Gürtel enger schnallen, der Austeritätskurs erfaßte auch das Budget der Streitkräfte. Schließlich erfolgte auf Druck der neuen Regierung eine schmerzliche Vergangenheitsbewältigung.

Ex-Präsidenten in Haft

Die Menschenrechts- und Falkland-Prozesse waren bisher beispiellose Ereignisse in der Geschichte Lateinamerikas. Nachdem ein Militärgericht Ende vergangener Woche nun die Urteile im Falkland (Malvinas)-Verfahren gefällt hat, müssen insgesamt neun frühere Junta-Mitglieder Gefängnisstrafen verbüßen, unter ihnen die Ex-Präsidenten Videla, Viola und Galtieri.

Der blutige Krieg gegen den linken Untergrund in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre, der mehr als 9090 Todesopfer forderte, scheint jedoch nicht so schnell bewältigt zu sein wie der Konflikt mit den Briten um die kargen Südatlantik-Inseln 1982. Niemand weiß, wie weit nach unten die Strafverfolgung noch gehen wird. Die Regierung will diese Entscheidungen den Gerichten überlassen.

Kontakt zur Bundeswehr

Der Präsident hat bereits viele Schritte unternommen, um den Militär-Apparat in das demokratische System *einzugliedern*. Als er 1983 an die Macht kam, mußten etwa 50 Generale in den vorzeitigen Ruhestand gehen. Er veränderte die Kommando-Strukturen. Die Kommandeure bei den drei Waffengattungen wurden abgeschafft, weil diese Männer nach einem Staatsstreich gewöhnlich die neue Junta bildeten.

Heute stehen Stabschefs an der Spitze der Armee, Marine und Luftwaffe. Der deutschstämmige Luftwaffengeneral Teodoro Waldner avancierte zum Generalstabschef – kein Zufall.

Waldner unterhält enge Kontakte zur Bundeswehr, die besonders gute Erfahrungen in Sachen Demokratisierungsprozeß besitzt. Graf Baudissin („Bürger in Uniform") besuchte auf Einladung Wagners bereits Argentinien und hielt Vorträge vor dem Offizierkorps. Wagner bereiste 1985 die Bundesrepublik.

Die Sprengstoffanschläge und die entschärfte Attentatsbombe haben alarmierende Schlagzeilen geliefert. Die Bevölkerung reagierte beunruhigt. Die Meinung ist weit verbreitet, daß Argentiniens junge Demokratie herausgefordert, aber nicht gefährdet ist. „Die demokratischen Fundamente sind stabil", schrieb die Zeitung „La Nacion".

Ernennung kam „überraschend"

dpa, Moskau

Die Ernennung des sowjetischen Diplomaten Jurij Dubinin zum künftigen UdSSR-Botschafter in Washington ist nach Einschätzung westlicher diplomatischer Kreise in Moskau „völlig überraschend" gekommen. Die Auswahlkriterien seien jedoch vollkommen unklar. Dubinin war erst vor wenigen Wochen als Chef der sowjetischen UNO-Mission nach New York geschickt worden. Bis dahin hatte er keine unmittelbare Berührung mit dem angelsächsischen Bereich gehabt. Bislang galt der erste stellvertretende Leiter der Internationalen Abteilung des Zentralkomitees, Wadim Sagladin, als aussichtsreicher Kandidat für den Washingtoner Posten. An der Spitze dieser Abteilung steht jetzt der langjährige sowjetische Botschafter in Washington, Anatoli Dobrynin.

Kreml legt Kabul Rückzugsplan vor

rtr, Wien

Anatolij Dobrynin, einer der Sekretäre des KPdSU-Zentralkomitees, hat erklärt, daß die sowjetische Führung den Rückzug ihrer Soldaten aus Afghanistan „in naher Zukunft" wünscht. Dies schrieb Dobrynin gestern in der tschechoslowakischen Parteizeitung „Rude Pravo". „Ein Zeitplan für ihren stufenweisen Abzug ist mit der afghanischen Seite bereits abgesprochen", hieß es weiter. Dobrynin nannte in dem Artikel keine Bedingungen für den Abzug. Die von der UNO vermittelten Genfer Friedensgespräche zwischen Afghanistan und Pakistan seien in einer entscheidenden Phase, schrieb Dobrynin. Die UdSSR arbeite an einer politischen Lösung des Konflikts, um der bewaffneten „Einmischung" in die inneren Angelegenheiten Afghanistans ein Ende zu setzen.

Werden Manöver der NATO in die Türkei verlegt?

rmc. Bonn

Die Manövertätigkeit der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten NATO-Landstreitkräfte kann in Zukunft offenbar erheblich verringert werden. Diese Aussicht eröffnet sich durch das Angebot der Türkei, für den Bau eines NATO-Übungsplatzes in Anatolien das notwendige Gelände zur Verfügung zu stellen.

Mit diesem Thema haben sich gestern in Brüssel die Verteidigungsminister der europäischen NATO-Mitgliedsstaaten im Rahmen der Sitzung der „Eurogroup" beschäftigt. Interesse an diesem Projekt zeigen neben der Bundesrepublik auch die USA, Großbritannien, Italien und die Niederlande, die ihre *auf deutschem Boden* stationierten Verbände dann zu Übungen in die Türkei verlegen würden.

Forciert wird diese Planung vor allem von Bonn. Die Bundesregierung verspricht sich davon eine geringere Belastung der deutschen Bevölkerung durch Lärm beim Schießen mit scharfer und Manövermunition. Darüber hinaus haben die Türken auch Unterstützung dafür zugesagt, einen Teil der Tiefflüge der alliierten Luftwaffen aus Mitteleuropa nach Anatolien zu verlagern.

Konkrete Ergebnisse der derzeitigen Überlegungen werden für die Herbstsitzung der „Eurogroup" erwartet. Ankara erhofft sich vom Bau von NATO-Übungsanlagen eine erhebliche Aufstockung der alliierten Verteidigungshilfe sowie die Schaffung einer bedeutenden Zahl neuer Arbeitsplätze.

„Heimgekehrter" Tumanow prangert Schtscharanskij als „CIA-Spion" an

Vor 20 Jahren in den Westen abgesetzt, jetzt Moskaus Kronzeuge der Verleumdung

R.-M. BORNGÄSSER, **Moskau**

Das internationale Presse-Echo auf das Treffen von Präsident Reagan mit dem sowjetischen Bürgerrechtler Anatolij Schtscharanskij in Washington war noch nicht über den Ozean verhallt, als man aus den Schubladen der sowjetischen Propagandastellen in Moskau bereits die vorbereiteten Texte hervorzog. „Lockspitzel des CIA" tickerte Tass auf den Fernschreibern. Und nach altgewohntem Schema rollt nun eine Verleumdungskampagne an. Man ist auf diese Art von Polemik spezialisiert.

Als „Kronzeuge" dient in diesem Fall der „heimgekehrte" Oleg Tumanow, der zuletzt als Chefredakteur für den russischen Dienst von Radio Liberty gearbeitet hat. Vor drei Monaten verschwand er plötzlich aus München. Der einstige Marinesoldat, der sich vor zwanzig Jahren in den Westen absetzte, wurde in Moskau der internationalen Presse vorgeführt, wo er wie alle „Rückwanderer" – wie etwa der Journalist Bitow oder der KGB-Offizier Jurtschenko – bis an den Rand der Selbstverleugnung getrieben wurde.

Plump geführter Kampf

Die öffentliche Vorführung auf der Pressetribüne des Außenministeriums am Subowskij-Boulevard allerdings richtete sich gegen die Veranstalter selber. Die Stoßrichtung war zu offensichtlich. Moskau zielte zu vehement gegen Radio Liberty und Radio Free Europe in München sowie auf die in Moskau berichtenden westlichen Korrespondenten, die Tumanow als Werkzeuge amerikanischer Geheimdienste pauschal diffamierte.

Der so plump geführte ideologische Kampf gegen „internationale Klassengegner" verpuffte in Gelächter und Kopfschütteln. Für Oleg Tumanow, dem einstigen Chefredakteur im Dienste „amerikanischer Subversion" (nach eigenen Worten), war der Auftritt noch nicht zu Ende.

Schtscharanskij, der Fürbitter von 400 000 sowjetischen Juden, die auswandern möchten, wurde zu seinem neuesten Diffamierungsopfer. Sowjetischen Journalisten offenbarte Tumanow nun den „wahren" Charakter dieses Sowjet-Juden, der nach neun Jahren der Tortur sowjetischer Arbeitslager im Westen freigetauscht wurde.

Tumanow beschuldigte ihn via Moskau, „seine Rolle für eine antisowjetische Kampagne im Westen von Radio Liberty aus gespielt zu haben". Er sei „CIA-Agent in Moskau" gewesen. Die Verantwortlichen in den USA waren naiv genug gewesen zu glauben, „daß es schwierig für Moskauer Stellen wäre, etwas gegen Schtscharanskij, den Bürgerrechtler, aufgrund des Helsinki-Abkommens zu unternehmen."

Wie eine „Bombe" hätte die Nachricht eingeschlagen, Schtscharanskij wäre als Spion der CIA festgenommen worden, so die Enthüllungen von Tumanow. *Man* wäre „blaß" geworden über die „Pleite" der eigenen Leute in Moskau. Nun werde man im Westen alles daran setzen, um Schtscharanskij als „Unschuldigen", als „Held der Menschenrechte" darzustellen.

Selbst im Weißen Haus hätte man ihn empfangen, ereifert sich Tumanow. Aber die Wahrheit bleibe bestehen: Schtscharanskijs Spionagetätigkeit wurde unter der Camouflage „Dissident" verborgen, doch das Stigma bleibt.

Juden als Zielscheibe

Und noch einmal inszeniert er sein Enthüllungsstück, erzählt, daß die US-Botschaft in Moskau, ferner München als CIA-Umschlagplätze dienen. Zielscheibe dieser Verleumdungen sind nun die auswandernden Juden in den Westen. Jeder jüdische Auswanderer würde in Rom und Wien eindringlich verhört und einer Untersuchung unterzogen, suggeriert Tumanow. Alles würde zusammengefaßt und analysiert und zwar von der „US-Militär-Aufklärung" über die Münchner Sender.

Tumanow, der sich nicht scheut, den Klassiker Turgenew zu zitieren – Rußland kann ohne jeden von uns auskommen, keiner von uns indes ohne Rußland –, behauptet, immer mit Blickrichtung auf Schtscharanskij, der Münchner Sender, die Abteilung Samisdat-Verlag, stünde mit Dissidenten in Direktverbindung.

US-Gericht sperrt Marcos-Bankkonto

AFP, **Washington**

Ein Gericht in Kalifornien hat ein Bankkonto des gestürzten philippinischen Präsidenten Ferdinand Marcos mit einem Guthaben von 785 000 Dollar gesperrt.

Wie Gerichtskreise in Los Angeles am Mittwoch mitteilten, gilt die Maßnahme bis zum 10. Juni dieses Jahres. Bis dahin will das Gericht über einen Antrag der philippinischen Regierung unter der Präsidentin Corazon Aquino befinden, die Gelder Manila zurückzuerstatten. Die neue Regierung in Manila vertritt den Standpunkt, daß Marcos dieses Vermögen dem philippischen Volk „gestohlen" habe.

Theodorakis verläßt Parlament in Athen

rtr. **Köln**

Seinen formellen Austritt aus dem griechischen Parlament hat der griechische Komponist Mikis Theodorakis in Köln angekündigt. Aus der praktischen Arbeit des Parlaments *habe er sich bereits vor einigen Mona*ten zurückgezogen, sagte Theodorakis, der die kommunistische Partei seines Landes im Parlament vertritt. Als Künstler wolle er nicht weiter „am Spiel der Macht teilnehmen". Nach seiner Auffassung würden die Völker heute von einer neuen herrschenden Klasse aus Bürokraten und Technokraten unterdrückt. *Die* Bevölkerung werde zum steuerzahlenden Stimmvieh degradiert.

Jenninger besucht Norden Israels

dpa, **Haifa**

Das Präsidium des deutschen Bundestages hat gestern, am vorletzten Tages seines Aufenthaltes in Israel, das Technion-Institut in Haifa sowie landwirtschaftliche Genossenschaften *im* Norden Israels besucht. Jenninger betonte am Dienstagabend bei einem Empfang für den Präsidenten des israelischen Parlaments, Schlomo Hillel, alle Bundestagsparteien stimmten darin überein, daß antisemitischen Äußerungen energisch entgegengetreten werden muß. Jenninger versprach, die Bundesrepublik Deutschland werde *sich auch für die* Freiheit der Juden in der Sowjetunion einsetzen.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Bund und Außenpolitik

„WELT-Serie: Die ‚Außenpolitik' der Länder

Das auswärtige Engagement von Länderchefs (besonders solchen, die eigentlich der jetzigen Bonner Regierung nahestehen) hat in den letzten Jahren oft Erstaunen und Kritik ausgelöst. Ein föderativer Staat ist gut, aber die Einhaltung der abgegrenzten Zuständigkeiten auch. Außenpolitik verträgt keine Vieldeutigkeiten, hier geht es um Friedenspolitik im weitesten Sinne, um unsere Stellung und unser Ansehen in der Welt. Deshalb ist auch der Bundestag seit jeher hier am stärksten – wenn auch nicht immer erfolgreich – um Gemeinsamkeit bemüht.

Ministerpräsidenten, deren Länder ja oft größer sind als manche Staaten, besuchen selbstverständlich andere Staaten, zumal es gemeinsame Interessen gibt. Es ist auch *nichts* gegen Büros einzuwenden, wenn sie aus, aber nicht von den Ländern unterhalten werden. Ein knappes Dutzend Ländervertretungen neben unserer bundesdeutschen Botschaft würde aber eine berechenbare, eindeutige Außenpolitik unseres Staates nicht erleichtern. Unklare oder fehlerhafte Außenpolitik hat aber oft schwerwiegende Folgen.

Auf der anderen Seite haben die Länder recht mit ihrem Wunsche nach gründlicher *Abstimmung* mit Bonn, dort, wo es, wie bei der EG, um einschneidende, die Länder durchaus berührende Beschlüsse geht. Die hier seit 1951 vorgebrachten Klagen *ma*chen sich jetzt erneut an der Luxem-



Antje Huber, MdB, SPD
FOTO: JUPP DARCHINGER

burger EG-Novelle fest. Das Auswärtige Amt sollte hier kooperationsbereit sein.

Wenn die Rezepte stimmen, wächst das Vertrauen zum Küchenchef.

Antje Huber, Mdb. SPD
Stellvertretende Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses

Grundlose Beamtenschelte

„Schröder nennt Mitarbeiter des Verfassungsschutzes ‚Idioten'"; WELT vom 9. Mai

Die maßlosen Vorwürfe und beleidigenden Äußerungen von Gerhard Schröder können nicht unwidersprochen bleiben. Deshalb hat sich der niedersächsische Innenminister Dr. Egbert Möcklinghoff gleich am Erscheinungstag des Artikels vor diese Mitarbeiter des niedersächsischen Verfassungsschutzes und ihren Leiter, Dr. Peter Frisch, gestellt.

Es ist nach Ansicht des Innenministers erschreckend, wie leicht es sich ein Spitzenkandidat einer großen Partei macht, wenn er verdiente Beamte in der Öffentlichkeit beschimpft und den Leiter der Abteilung Verfassungsschutz im Ministerium als „total unqualifiziert" bezeichnet. Die Mitarbeiter der Verfassungsschutzabteilung nehmen ihre schwere Aufgabe pflichtbewußt wahr und sind sich auch bewußt, daß ihre Tätigkeit in diesem sensiblen Bereich stets kritisch beurteilt wird.

Das ist, wenn es sachlich geschieht, auch gut so. Ausfälle und Verunglimpfungen nach Schröderscher Manier haben sie jedoch überhaupt nicht verdient.

Im übrigen hält Innenminister Möcklinghoff den Leiter der Abteilung Verfassungsschutz, Peter Frisch, für einen besonders qualifizierten Beamten, der mit Hilfe seiner Mitarbeiter stets mit großer Hingabe die Aufgaben *seines schwierigen* Amtes bewältigt und sich nicht gefallen lassen muß, so beschimpft zu werden.

Mit freundlichen Grüßen
Jürgen Wittenberg,
Referat für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit im niedersächsischen Innenministerium, Hannover

Korrektur

„Leserbrief: Das Moment des Tragischen"; WELT vom 20. Mai

Durch einen Übertragungsfehler wurde in meinem Leserbrief im ersten Absatz eine Zahl verwechselt. Richtig heißen muß es: „... (ihr ‚Trumpf-As' Walter Lippmann am 21. 3. 1952 in der ‚New York Herald Tribune')".

Mit freundlichem Gruß
Horst Groepper,
Botschafter a. D., Bonn 2

Kernenergie

Kernkraftwerke – gleich welchen Reaktortyps – sind residual unsicher. Technologisch *aufwendige* Sicherheitsvorkehrungen können diese latenten Risiken nur mindern, nie aber hundertprozentig eliminieren. So zum Beispiel nichtmenschliches Versagen (sogenannte Operator-Fehler). Letzteres führte bekanntlich zum Three-Mile-Island-Zwischenfall.

Weiter ist auf eine andere Gefahr hinzuweisen. Bei Ausbruch eines konventionellen Krieges wären Erdoberflächen-Atommeiler eines der er*sten Bombardierungs-Angriffsziele* des Gegners. Darüber besteht bei Militärstrategen kein Zweifel.

Was tun? Beabsichtigt man den Bau *neuer* Atomkraftwerke, sollte man sich für die folgende, sichere Bauweise entscheiden: Die Atomreaktoren der Kernkraftwerke müssen tief und sicher verbunkert in die Erde. Bei eventuellen Unfällen ließe sich so eine radioaktive Verseuchung der Atmosphäre vermeiden. Selbst im Bombardierungsfalle würden nur die *nach* wie vor an der Erdoberfläche verbleibenden Kraftwerke ausgeschaltet. Erd- und Gesteinsmassen verschütten die Reaktorzugänge und -verbindungen. Die Verseuchungsgefahr wäre gebannt. Auch in Friedenszeiten ließen sich bei Ende der Reaktornutzung sämtliche Zugänge ähnlich versiegeln. Was spricht gegen diesen neuen Konstruktionsansatz? Höchstens ein etwas höherer Strompreis.

Dr. Helmut R. Kollai,
Nürnberg 1

*

Sehr geehrte Damen und Herren,
die von der Bundesregierung, der *Strahlenschutzkommission* und einigen Sachverständigen und Institutionen angenommenen Schwellen und Toleranzen für eine vermeintliche Strahlenverträglichkeit beziehen sich nur auf Menschen, die als gesund bezeichnet werden. Hingegen bedeutet für alle, die ohnehin schon mit Krankheiten oder ihren Erregern zu schaffen haben, jede *zusätzliche* Belastung ein unvorhersehbares Risiko. Das gilt besonders für junge und alte Bürger. Aus dieser Sicht erscheint es unverantwortlich, hier irgendwelche Rahmenwerte aufzustellen oder gar Schätzungen über zusätzliche Tote anzustellen.

Das stets zur Bestätigung der eigenen Meinung zitierte, sonst kritisierte Bundesverfassungsgericht hat beim Betrieb von Atommeilern ein „Restrisiko" bestätigt. Ein solches müßte der Bürger jedoch im Rahmen der „Sozialadäquanz" hinnehmen.

Es ist ein Jammer, daß Lebens- und Überlebensfragen weitgehend parteipolitisch *reglementiert* und nach Fraktionszwang abgehandelt werden. Ist das noch zeitgemäß – und verantwortbar?

Mit besten Grüßen
Dr. Dr. Klaus Sojka,
Hamburg 61

Wort des Tages

„Macht neigt dazu, zu korrumpieren, und absolute Macht korrumpiert absolut."

Lord John Dalberg-Acton, englischer Historiker (1834–1902)

Personen

GEBURTSTAGE

Hugo Schnell, der frühere Präsident des Lutherischen Kirchenamtes der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirchen Deutschlands (VELKD), feierte gestern in Hannover seinen 75. Geburtstag. Schnell, der aus Bayern stammt und bereits 1956 als Oberkirchenrat in das Lutherische Kirchenamt in Hannover berufen wurde, war von 1967 bis 1976 dessen Präsident.

*

Der Verfechter einer „anderen Weltsicht", der Kartograph und Historiker Dr. **Arno Peters**, wird heute 70 Jahre alt. Den Geburtstag nimmt die Bremer Landesregierung (Senat) zum Anlaß, dem seit 20 Jahren in der Hansestadt lebenden Privatgelehrten den Professorentitel zu verleihen. Neben der „synchronoptischen Weltgeschichte sei vor allem die neue Peters-Weltkarte als epochemachendes Werk hervorzuheben", heißt es in der Senats-Würdigung. Der Beitrag des Landkar-



Arno Peters

ten-Reformers zu einer „neuen geographischen Weltsicht, die die Europazentrik überwindet", erscheine als „geistige Leistung von hoher persönlicher Unabhängigkeit und fortwirkender Fruchtbarkeit, die das Bewußtsein ganzer Kontinente zu ändern imstande ist".

UNIVERSITÄT

Dr. **Bernd Radig** (41), Professor für systembezogene Informatik an der Universität Hamburg, ist auf den *neugeschaffenen Lehrstuhl für* Praktische Informatik der Technischen Universität München berufen worden. Gleichzeitig wurde er zum Mitglied der kollegialen Leitung des Instituts für Informatik bestellt.

MEDIEN

Der Chefredakteur des Hörfunkes von Radio Bremen (seit August 1983), Dr. **Volker Mauersberger**, geht Anfang September wieder als ARD-Hörfunkkorrespondent nach Madrid, wo er schon vor seiner Bremer Zeit sechs Jahre als Korrespondent gearbeitet hatte. Mauersberger wird Nachfolger von **Hans-Roland Fäßler**.

EHRUNGEN

Der Kölner Architekt **Anton Goergen** ist in Salzburg mit der höchsten Auszeichnung des Ritterordens vom Heiligen Grab zu Jerusalem *geehrt worden. Der Deutsche* Statthalter, Dr. **Johannes Binkowski**, überreichte dem 70jährigen Goergen die Ernennung zum Großkreuzritter al merito. Der Kardinal-Großmeister der Deutschen Statthalterei, Kardinal **Maximilian Fuerstenberg**, würdigte die Verdienste Goergens um den Kirchenbau im Heiligen Land.

*

Der mit 10 000 Mark dotierte Ernst-Jünger-Preis für Insektenkunde ist erstmals vergeben worden. Er ging an **Hans-Georg Amsel**, den ehemaligen Leiter der entomologischen Abteilung der Landessammlung für Naturkunde in Karlsruhe. Die Auszeichnung soll alle drei Jahre verliehen werden.

VERANSTALTUNG

Die schwedische Königin **Silvia** wird am 30. Mai eine stachellose Edel-Rose in einer feierlichen Zeremonie auf den Namen ihrer achtjährigen Tochter, „Kronprinzessin Victoria", taufen. Mehrere hundert Bürger aus der pfälzischen „Rosenstadt" Zweibrücken reisen dazu nach Göteborg und überbringen der Königin die in Obererdingen bei Karlsruhe gezüchtete Rose. Zweibrücken, das mit mehr als 2000 Rosensorten und über 60 000 Rosenstöcken einen der größten Rosengärten Europas *besitzt, will mit*



Königin Silvia

der Aktion die historischen Beziehungen zu Schweden erneuern. Das Herzogtum Zweibrücken gehörte von 1698 bis 1719 zum Königreich Schweden unter König **Karl XII.**

WAHL

Der 38jährige Betriebswirtschaftler **Thomas Nickel** ist zum neuen Diözesanvorsitzenden der Katholiken im Erzbistum Köln gewählt worden. Er löst Dr. **Bernd Petermann** ab, der nach 14 Jahren an der Spitze des Diözesanrats nicht mehr kandidierte.

GESTORBEN

Die Schauspielerin und Regisseurin **Margrit Weiler** ist in München im Alter von 79 Jahren gestorben. Die gebürtige Wienerin war Ende 1939 in die USA gegangen und dort von **Erwin Piscator** an seinen Dramatic Workshop an der New York School for Social Research verpflichtet worden, wo sie spielte, inszenierte und unterrichtete. *Zu ihren Schülern* gehörten neben **Marlon Brando** auch **Harry Belafonte**, **Tony Curtis**, **Walter Matthau** und **Rod Steiger**. 1947 kehrte sie nach Europa zurück, *um in* Hamburg, Frankfurt am Main und München, wo sie ab 1963 wohnte, zu arbeiten.

Das aktuelle Fachbuch

Von Spaltstoffen und Dosimetern

Der korrekte Gebrauch von relevanten Begriffen zum Thema Kernenergie liegt nach dem Desaster von Tschernobyl noch immer im argen. Die Sprache der Wissenschafter bleibt oft unklar, der Laie tut sich mit der Fachterminologie schwer. Da kommt dieses Taschenlexikon gerade recht. 184 kurze Kapitel behandeln grundlegende Gebiete wie Atomgesetze, Entsorgung, Kernfusion, Reaktoren, Kernkraftwerke, Strahlenwirkung und Strahlenschutz. Teilbereiche wie Isotopentechnik, Kernwaffen, Nuklearmedizin runden das Bild ab. Bei aller gebotenen Kürze wird die Betonung auf eine in die Tiefe gehende Erklärung der Begriffe und Zusammenhänge gelegt. Auch der geschichtliche Hintergrund kommt nicht zu kurz. Zahlen erscheinen nur da, wo sie angebracht sind, komplizierte Formeln fehlen, dafür gibt es viele kleine, erläuternde Zeichnungen. Ein besonderer Vorzug besteht in dem ausführlichen Stichwortverzeichnis, welches das schnelle Auffinden von Erklärungen erleichtert.

D.T.

„Taschenlexikon Kernenergie", von Rudolf Weber; Olynthus-Verlag, Aarau, 291 S., DM 19,90

Wie flink ist der Gelbrandkäfer?

Das Erstaunen beim ersten Durchblättern schlägt schon bald in unverhohlenes Interesse um: Den Leser erwartet eine geballte Anhäufung von interessanten, in dieser Zusammenstellung noch nie angetroffenen Zahlentabellen. Die Vielzahl vergleichender Auflistungen mit einer Datenfülle aus Zoologie, Botanik, Mikro- und Humanbiologie gibt einen eindrucksvollen Überblick über verblüffend anmutende Sachverhalte. Daten, die man sich – weil meist mühsam verstreut – aus Lehrbüchern und Nachschlagewerken zusammensuchen mußte, sind hier in übersichtlicher, tabellarischer Form zusammengestellt. Die optimale Synthese aus Stoffauswahl und Information ist zugleich eine Fundgrube wissenswerter Fakten: Wie alt werden Schildkröten – Welchen Fettgehalt hat eine Walnuß? – Wie ist ein Hühnerei zusammengesetzt? – Welchen Blutdruck hat der Tintenfisch?

D.T.

„Biologie in Zahlen – Eine Datensammlung in Tabellen mit über 9000 Einzelwerten", von Prof. Rainer Flindt; Gustav Fischer Verlag, Stuttgart, 1986; 280 S., DM 39,-.

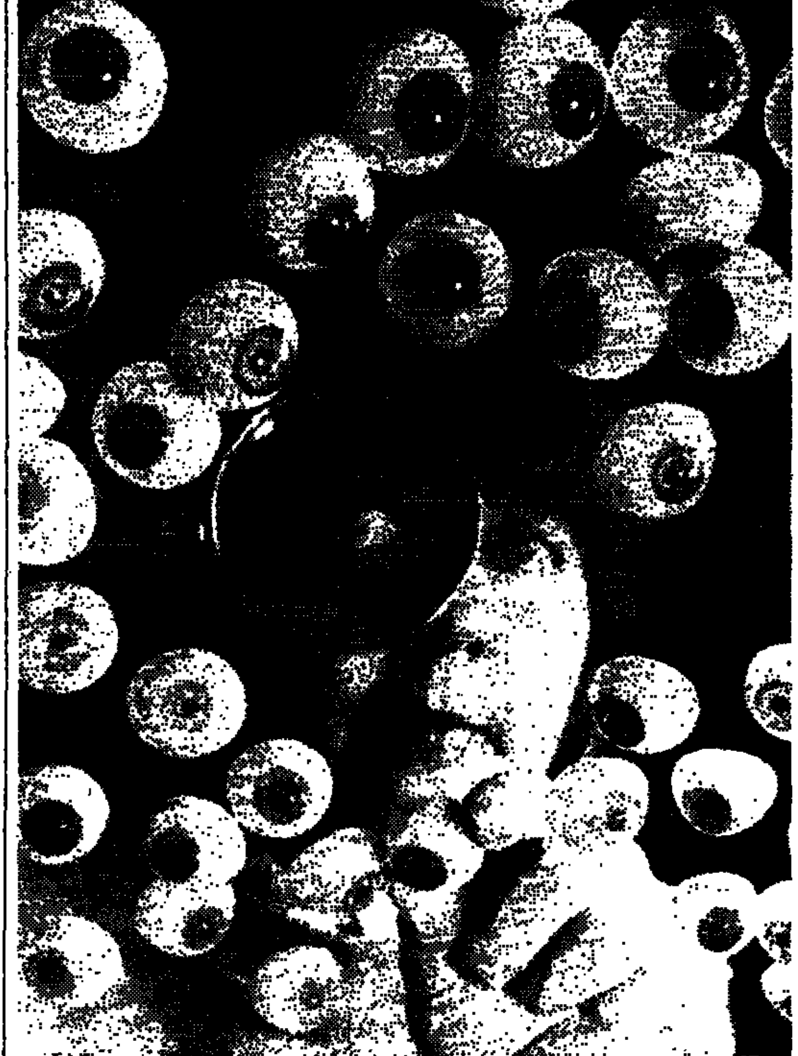


FOTO: DIE WELT

Kunst-Augen als Heilmittel

In vielen Gebieten der Erde grassieren Augenkrankheiten. Durch Mangelernährung werden sie noch verschlimmert. Denn diese setzt die Widerstandskraft gegen Krankheiten herab, so daß oft eine Infektion von einer Augenhöhle auf das andere Auge übergreift. Durch das Ausfüllen der leeren Augenhöhle mit einer hygienisch gefertigten Augenprothese wird das Infektionsrisiko gemindert, da das Vorhandensein der Prothese die Absonderung von Tränenflüssigkeit anregt, die eine aseptische Wirkung hat. Aus England wurden jetzt einige Dürregebiete Äthiopiens mit kostengünstigen Augenprothesen-Ausrüstungen beliefert.

Schlummertrunk – ade?

Alkohol ist als Einschlafhilfe ein untaugliches Mittel

VERA ZYLKA, Bonn

Abends nicht einschlafen zu können, nachts mehrfach aufzuwachen und am nächsten Morgen das Gefühl, „todmüde" zu sein, können das Leben zur Qual machen. So klagt – nach den Worten des US-Psychiaters Milton K. Erman – in den USA jeder dritte über Schlafprobleme; zehn Millionen Amerikaner konsultieren pro Jahr ihren Arzt wegen entsprechender Schwierigkeiten.

Die Dunkelziffer derjenigen, die versuchen, sich selbst zu behandeln, liegt aber weit höher. In dieser Situation versprechen sich viele Betroffene von der „Droge" Alkohol Abhilfe, nicht wissend, daß der Griff zur Flasche vor dem Schlafengehen geradezu Gift für einen gesunden Schlaf ist.

Das Problem der Schlaflosigkeit wird durch Alkohol eher verschlimmert, als daß es ihm abhilft. Viel zu wenig bekannt ist, daß Alkohol Schlafstörungen geradezu auslöst und begünstigt. Nicht nur die Schlafqualität wird nachhaltig gestört, es sind unter Umständen sogar lebensbedrohliche Komplikationen zu befürchten.

Wissenschaftler haben ermittelt, daß schon relativ geringe Alkoholkonzentrationen im Blut den sogenannten REM-Schlaf (REM= rapid eye movement) unterdrücken. Dieses Stadium der „schnellen Augenbewegungen" tritt beim Gesunden vier- bis fünfmal pro Nacht auf und ist zum Beispiel für die psychische Verarbeitung von Tagesereignissen wichtig. Verhindert man den Ablauf der REM-Phasen, dann sind schwerste Störungen bis hin zu psychotischen Zustandsbildern die Folge.

Wenn Luft-Schadstoffe auf Wanderschaft gehen

Erste Zwischenbilanz des Umwelt-Großprojektes „Tulla"

Von HANS KRUMP

Mit der Regulierung des Oberrheins Anfang des 19. Jahrhunderts galt der Ingenieur und Gründer der Universität Karlsruhe, Johann Gottfried Tulla, als Leitfigur für ein wissenschaftliches Großprojekt. Es ist wohl keine schlecht gewählte Namensgebung, wenn das großräumige Experiment, mit dem in einem Bundesland erstmals Erkenntnisse über den Schadstofftransport über bis zu 200 Kilometer Entfernung gewonnen werden sollen, ebenfalls „Tulla" heißt.

Das Kürzel steht für „Transport und Umwandlung von Luftschadstoffen im Lande Baden-Württemberg und aus Anrainerstaaten". Die Daten für den vom Kernforschungszentrum Karlsruhe koordinierten Großversuch wurden vom 18. bis 29. März 1985 erfaßt.

Professor Franz Fiedler vom Karlsruher Institut für Meteorologie und Klimaforschung, der das Experiment federführend betreute, charakterisiert den Versuch so: „Mit Tulla soll die Gesamtkette der Prozesse von der Schadstoff-Quelle bis zur Ablagerung am Boden und auf den Pflanzen erfaßt werden. Nur wenn Erkenntnisse über die komplexen Vorgänge von der chemischen Reaktion bis hin zu den meteorologischen Einflüssen vorliegen, können über Wirkungen von Schadstoffen verläßliche Aussagen gemacht werden."

An dem drei Millionen Mark teuren Großversuch zwischen Bodensee und Neckar waren mehr als 20 Forschergruppen aus Europa und den USA beteiligt. Für das Experiment wurden Meßflugzeuge, Ballonsonden, bis zu 200 Meter hohe Gittermasten und Ballons eingesetzt. Ein Netz von 24 Meßstationen und sechs Meßfahrzeugen erfaßte die Immissionen. Für eine Fläche von 35 750 Quadratkilometern (Baden-Württemberg) wurden bei „Tulla" erstmals die Emissionsdaten in einer einstündigen und räumlichen Auflösung von ein mal ein Kilometer ermittelt.

Modellrechnungen sollen jetzt überprüft werden

Hauptziele des flächenübergreifenden Großversuchs: Für den Schadstoff Schwefeldioxid, der als wichtiger Faktor für den sauren Regen gilt, soll eine Massenbilanz für Baden-Württemberg ermittelt werden. Die Transportschneisen der Schadstoffe sollen im Zusammenhang mit bodennahen Luftströmungen bestimmt werden. Es sollen Beobachtungsdaten gewonnen werden, mit denen komplexe Modellrechnungen überprüft werden können. Nach über einjähriger Auswertung der Messungen hat Professor Fiedler jetzt eine Zwischenbilanz von „Tulla" vorgelegt. Die wichtigsten Ergebnisse sind:

- Baden-Württemberg exportiert mehr Schwefeldioxid in andere Länder, als in das Bundesland importiert wird.
- Hauptbelastungsgebiete beim Schwefeldioxid sind das Dreieck Mannheim–Karlsruhe–Stuttgart und der gesamte Oberrheingraben. Während hierfür im Dreieck die Zusammenballung von Industrie und Kraftwerken verantwortlich ist, wirkt im Oberrheingraben von Basel bis Frankfurt die sehr starke Bündelung der Strömungsrichtungen zwischen den Gebirgen.
- In Baden-Württemberg ist der Einfluß der Topographie auf den Schadstoff-Transport relativ groß; ein wesentlicher Anteil der Schadstoffe umströmt die höheren Mittelgebirge. So ist das Phänomen zu erklären, daß trotz Westwinden Schadstoffe im Oberrheingraben nordwärts transportiert werden und damit die Emissionsgebiete im Norden zusätzlich belasten.

Niedrige Schadstoffwerte am Nachmittag gemessen

- Die Schadstoffkomponenten Schwefeldioxid, Stickoxid und Stickstoffdioxid sind in der Fläche sehr unterschiedlich verteilt, was mit den punktuellen Quellen (Industrie, Verkehr) und den meteorologischen Ausbreitungsbedingungen zusammenhängt.
- Die punktuellen Konzentrationsunterschiede beim Schwefeldioxid gehen oberhalb von 1000 Metern über dem Boden sehr stark zurück. Ursache ist die Vermischung der Schadstoffe mit anderen Luftschichten in größerer Höhe.
- Bei zeitlich gleichwirkendem Schadstoffausstoß sind unter 100 Metern die Konzentrationen in den frühen Morgenstunden am größten. Die niedrigsten Schadstoffwerte wurden am Nachmittag gemessen. Ursache: Das Vermischungsvermögen der Atmosphäre ist einem starken Tagesgang unterworfen. Dagegen sind die Konzentrationen bei Quellen unter 100 Metern, die zeitlich unregelmäßig Emissionen verursachen, in den frühen Nachmittagsstunden am höchsten.

Dies hängt mit den Prozeßabläufen in der Industrie und im Hausbrand zusammen, die in dieser Zeit am intensivsten sind. Die tagesperiodischen Quellvorgänge sind für die Forschung deshalb interessant, weil potentielle „Empfänger" von Schadstoff-Ablagerungen selbst auch im tageszeitlichen Rhythmus arbeiten.

Bei den Datenauswertungen, die noch mindestens ein Jahr dauern, werden u. a. folgende Punkte geklärt: Auf welchen Gebieten Baden-Württembergs wird der Großteil der Emissionen abgelagert? Sind die Hauptablagerungsgebiete für Schadstoffe auch die Regionen, wo die Pflanzen am meisten geschädigt sind?

AUS LABORS UND INSTITUTEN

Neues Raumschiff

Moskau (AP) – Die Sowjetunion hat gestern eine unbemannte Raumkapsel des neuen Typs Sojus-TM auf eine Umlaufbahn um die Erde geschickt. Wie die Nachrichtenagentur TASS meldete, erfolgte der Start um 12.22 Moskauer Zeit (10.22 Uhr MEZ) vom Kosmodrom in Baikonur (Kasachstan). Ziel des Raumfluges sei es, die neue Kapsel zu erproben. Dazu solle sie zuerst in einem Alleinflug getestet werden und danach an die Raumstation Mir andocken.

Auf der Spur Napoleons

Kairo (dpa) – Einer Gruppe französischer und ägyptischer Forscher ist es gelungen, ein weiteres Wrack der vor fast 200 Jahren versenkten napoleonischen Flotte vor der Mittelmeerküste Alexandrias zu orten. Wie gestern die französische Botschaft in Kairo bestätigte, hat der französische Minensucher „Levan Longh" mit Sonargeräten und Unterwasserkameras das Wrack der „Patriote" aufgespürt, die bereits einen Monat vor der Seeschlacht von Abukir 1798 versenkt wurde, in der die Briten unter Lord Nelson der napoleonischen Flotte den Garaus machten.

Stiftungsgründung

Tel Aviv (dpa) – Die Verhandlungen zwischen Israel und der Bundesrepublik über eine gemeinsame Stiftung für wissenschaftliche Forschung und Entwicklung sind abgeschlossen. Die Stiftungsgründung für das 150-Millionen-Mark-Projekt soll im Sommer in Bonn von Forschungsminister Heinz Riesenhuber und seinem israelischen Amtskollegen Gideon Patt unterzeichnet werden, teilte gestern der Staatssekretär im Bundesforschungsministerium, Hans-Hilger Haunschild, in Tel Aviv mit.

Giftiger Eisbar?

Insel Mackinac/Michigan (AP) – In Eisbären, die in ihrer noch unverschmutzten arktischen Umwelt leben, haben Wissenschaftler toxische Substanzen wie DDT und PCB gefunden. Wie Ross Norstrom von der kanadischen Behörde für wild lebende Tiere jetzt berichtete, sei bei der bisher umfangreichsten Untersuchung der arktischen Umwelt festgestellt worden, daß giftige Substanzen auch in Fischen und Seehunden enthalten seien. „Die Arktis ist mit all den Stoffen verschmutzt, die wir auch woanders auf der Erde finden", sagte Norstrom.

Samstag auf der Wissenschafts-Seite

„Wie man seine innere Uhr justiert" – Rolf H. Latusseck zur Beeinflussung des biologischen Rhythmus.

*

„Alzheimer", eine schleichende Erkrankung mit zunehmender sozialer Bedeutung – Von Vera Zylka.

*

„Jenseits der Inkompetenz" – Dieter Thierbach stellt ein nicht alltägliches wissenschaftliches Elaborat vor.

Computerschach

Köln (D. T.) – Am 11. Juni starten im Action Center der Kölner Messe die Programmier-Teams, die 23 der besten Computerschach-Programme der Welt entwickelt haben, zum Kampf um den Weltmeistertitel. Die 5. Computerschach-Weltmeisterschaft läuft im Rahmen der C '86 – Computer, Software, Elektronic – bis zum 15. Juni.

„Erweitertes Repertoire"

Neue Diagnose-Methoden helfen Pathologen bei der Arbeit

dpa, Heidelberg

Eine bessere personelle, apparative und räumliche Ausstattung der Pathologischen Institute in der Bundesrepublik hat der Vorsitzende der Deutschen Gesellschaft für Pathologie, Prof. Gerhard Seifert (Hamburg), gefordert.

Bei der Eröffnung der 70. Tagung seiner Organisation betonte Seifert gestern in Heidelberg, die Integration neuer Methoden in die Pathologie und deren qualitativer Leistungsanstieg machten solche Verbesserungen ebenso notwendig wie eine angemessene Bewertung der Leistungen in der ärztlichen Gebührenordnung. Die Gebührenordnung orientiere sich noch am Stand der 60er Jahre.

Seifert wies darauf hin, daß die Pathologie, die eine Mittlerstellung zwischen Grundlagenforschung und klinischer Medizin einnehme, durch neue Möglichkeiten der Diagnose eine Renaissance erlebe. Untersuchungen mit Tumormarkern und an Zellrezeptoren erweiterten das „Repertoire" der Pathologen, neue bildgebende Untersuchungsverfahren seien in der Entwicklung.

Notwendig ist nach den Worten Seiferts eine Differenzierung in der Pathologie, deren Hauptaufgabe die Diagnose von Krankheiten an Hand von Untersuchungen an Zell- und Gewebematerial lebender Patienten ist. Neue Methoden müßten zunächst schwerpunktmäßig an bestimmten Instituten erprobt werden, bis sie in die Routinediagnostik umgesetzt werden könnten. Dazu müßten die Zentren entsprechend ausgestattet werden.

IRMGARD VON OPEL

* 8. IV. 1907 † 20. V. 1986

NACH KURZER SCHWERER KRANKHEIT HAT UNS UNSERE GELIEBTE MUTTER, GROSSMUTTER UND URGROSSMUTTER FÜR IMMER VERLASSEN.

MARION HURLIN GEB. KÜLB-VON OPEL
MARGIT UND RAINER REVERS
MIT MATTHIAS
CARMEN KIRCHNER
NICOLE HURLIN
CARLO UND MARION VON OPEL
ALEXANDER
JEANETTE
HEINZ UND CLAUDIA-ULRIKE VON OPEL
ALINE
IVONNE
SONJA
CHRISTOPH

INGELHEIM, OPELMÜHLE

DIE TRAUERFEIER IST AM MONTAG, DEM 26. MAI 1986, UM 11.00 UHR IN DER BURGKIRCHE VON OBERINGELHEIM.
DIE BEISETZUNG ERFOLGT ANSCHLIESSEND IM ENGSTEN FAMILIENKREIS IN RÜSSELSHEIM.

Nach einem Leben voller Liebe und Güte entschlief nach kurzer, schwerer Krankheit mein lieber Mann, unser guter Vater und Großvater, Bruder, Schwager und Onkel

Edmund Helbig

* 19. September 1911 † 16. Mai 1986

Wir nehmen Abschied voller Trauer und großer Dankbarkeit.

Gertrud Helbig geb. Brammann
Ralf und Renate Helbig
Jan und Kim
Joachim und Susann Helbig
Nina und Ann Susann

Hamburg-Niendorf
Harzburger Weg 1

Trauerfeier am Dienstag, dem 27. Mai 1986, um 14 Uhr in der Niendorfer Kirche, am Marktplatz.

Am 16. Mai 1986 verstarb nach kurzer, schwerer Krankheit Herr

Edmund Helbig

Präsident der Handwerkskammer Hamburg i. R.

im 75. Lebensjahr.

Edmund Helbig war bis zu seinem Tode Ehrenvorsitzender des Iduna Versichertenbeirates des deutschen Handwerks und hat der Iduna stets seinen fachkundigen Rat und seine energische Tatkraft in vielen Gremien zur Verfügung gestellt, sei es als Mitgliedervertreter, als langjähriges Aufsichtsratsmitglied der Iduna Leben und als Beiratsvorsitzender.

Seiner Tatkraft und seiner liebenswürdigen Persönlichkeit werden wir ein ehrendes Andenken bewahren.

Aufsichtsrat und Vorstand
Iduna Vereinigte Lebensversicherung aG
für Handwerk, Handel und Gewerbe
Wäger Becker

Die Trauerfeier findet statt am Dienstag, dem 27. Mai 1986, 14.00 Uhr, in der Niendorfer Kirche, Niendorfer Marktplatz, 2000 Hamburg 61.

Die Handwerkskammer Hamburg trauert um

Fleischermeister

Edmund Helbig

Altpräsident der Handwerkskammer Hamburg
Träger der Bürgermeister-Stolten-Medaille
des Verdienstkreuzes I. Klasse des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland
der Verdienstmedaille in Gold der Handwerkskammer Hamburg
und anderer Auszeichnungen

Am 16. Mai 1986 ist er nach kurzer schwerer Krankheit im Alter von 74 Jahren verstorben. Mit ihm verliert das Hamburger Handwerk eine Persönlichkeit, die durch Würde und Fairneß, Fleiß und Durchsetzungskraft die Tugenden des Handwerks in idealer Weise verkörperte.

Von 1965 bis 1979 war Edmund Helbig Präsident der Handwerkskammer Hamburg. Zugleich bekleidete er zahlreiche Ehrenämter auf Bundes- und Landesebene.

Getragen vom Vertrauen der Meister und Gesellen hat er dem Hamburger Handwerk zu dem *Ansehen verholfen, das seinem Stellenwert in Wirtschaft und Gesellschaft entspricht.* Vor allem trug er maßgeblich dazu bei, daß das Handwerk einen wesentlichen Beitrag zur Lösung der Ausbildungsplatzprobleme in den geburtenstarken Jahrgängen leistete. Unvergessen sind *die Impulse*, die der Verstorbene *zum* Ausbau der *Handwerkskammer* als modernes Dienstleistungszentrum für Meister, Gesellen und Lehrlinge gegeben hat.

Das Hamburger Handwerk wird diesen großen Präsidenten der Nachkriegszeit nicht vergessen.

Im Namen des Vorstandes und der Vollversammlung der

Handwerkskammer Hamburg

F. Eble Präsident — **Dr. J. Hogeforster** Hauptgeschäftsführer

Die Trauerfeier findet statt am Dienstag, dem 27. Mai 1986, 14.00 Uhr, in der Niendorfer Kirche, Niendorfer Marktplatz, 2000 Hamburg 61.

STATT KARTEN

Unfaßbar.

Aus einem reich erfüllten Leben verließ mich mein lieber Mann

Dr.-Ing. August Appenrodt

Reg.-Baurat a. D.

In Trauer
Erika Appenrodt geb. Müller
im Namen aller Angehörigen

3000 Hannover 81 (Waldhausen), den 16. Mai 1986
Klagenfurter Straße 1

Die Beerdigung findet am Montag, dem 26. Mai 1986, um 11.00 Uhr von der Kapelle des Engesohder Friedhofes aus statt.

Best.-Inst. Gebr. Warnecke, Hannover-Kleefeld, Breithauptstr. 1–3 und Nußriede 16, Tel. 05 11 / 55 50 88

Tiefbewegt nimmt das Hamburger Fleischerhandwerk Abschied von ihrem

Ehrenobermeister

Edmund Helbig

Ehrenmitglied des Deutschen Fleischer-Verbandes e. V.

Er verstarb am 16. Mai 1986 im Alter von 74 Jahren.

Getragen von Pflichtbewußtsein übernahm er gleich nach Rückkehr aus der Kriegsgefangenschaft verantwortungsvolle Ehrenämter in seiner Innung, später auch im Deutschen *Fleischer-Verband und verschiedenen Sozialeinrichtungen. Entscheidende Impulse* für *die* Fleischwirtschaft in und um Hamburg gab er während seiner Amtszeit als Obermeister von 1956 bis 1969.

Bis zu seinem Tode nahm er lebhaften Anteil am Geschehen seiner Innung. Das Hamburger Fleischerhandwerk verliert mit Edmund Helbig eine Persönlichkeit, die sich um den Berufsstand verdient gemacht hat.

Die Fleischer-Innung Hamburg wird ihrem Ehrenobermeister ein bleibendes Andenken bewahren.

Fleischer-Innung Hamburg

H. Beckmann Obermeister — **J. Hönemann** Geschäftsführer

Die Trauerfeier findet statt am Dienstag, dem 27. Mai 1986, 14.00 Uhr, in der Niendorfer Kirche, Niendorfer Markt, Hamburg 61.

Am 16. Mai 1986 verstarb

Edmund Helbig

Inhaber der Bürgermeister-Stolten-Medaille
und Träger des Verdienstkreuzes 1. Klasse des Verdienstordens
der Bundesrepublik Deutschland.

im Alter von 74 Jahren.

Edmund Helbig hat sich unvergeßliche Verdienste um das Hamburger Handwerk erworben. Als Präsident der Handwerkskammer Hamburg von 1965 bis 1979 setzte er sich vor allem für die Förderung des Berufsnachwuchses im Handwerk ein. Die Einrichtung der Akademie für das Handwerk ist maßgeblich ihm zu verdanken. Er trug wesentlich zur Schaffung neuer Arbeitsplätze in Hamburg bei. Er gehörte dem Landeskomitee Hamburg für die Europa-Wahl und dem Partnerschaftskomitee Hamburg – Marseille an.

Edmund Helbig hat sich durch seine Arbeit bleibende Verdienste um Hamburg erworben. Die Stadt hat ihm 1982 mit der Bürgermeister-Stolten-Medaille gedankt.

Hamburg wird ihn dankbar erinnern.

Der Präsident des Senats
Dr. Klaus von Dohnanyi
Erster Bürgermeister

Am 16. Mai 1986 verstarb unser ehemaliger stellvertretender Präses des Verwaltungsrates, Herr

Edmund Helbig

Der Entschlafene gehörte dem Verwaltungsrat von 1966 bis 1980 an. In dieser langen Zeit hat er der Sparkasse mit seinen umfassenden Kenntnissen und reichen Erfahrungen wertvolle Dienste geleistet.

Wir werden das Andenken an den Verstorbenen in Dankbarkeit bewahren.

HAMBURGER SPARKASSE



MOTORRAD / 50. Grand Prix von Deutschland

Ein Werksfahrer vom Typ B: Anton Mang

KLAUS BLUME, Nürburg

Volles Haus auf dem Nürburgring: die Motorradfahrer kommen – voraussichtlich in Scharen. 80 000 bis 90 000 Zuschauer – zumeist auf den eigenen zwei Rädern anreisend – werden beim 50. Grand Prix von Deutschland erwartet, der heute mit den ersten Trainingsläufen beginnt und am Sonntag mit den Rennen in allen fünf Weltmeisterschafts-Klassen zu Ende geht. Die Jubiläums-Veranstaltung in der Eifel wird mit dem Rennen der Klasse bis 250 ccm voraussichtlich ihren Höhepunkt erleben, weil in dieser Kategorie gleich zwei Deutsche nach dem Weltmeistertitel greifen: Toni Mang (Honda) und Martin Wimmer (Yamaha).

Werksfahrer Wimmer also gegen Werksfahrer Mang? Ganz so einfach ist das nicht, denn im Motorradsport ist (fast) alles anders als im Automobilsport. Martin Wimmer verkörpert den klassischen Motorrad-Werksfahrer, finanziell unterstützt von einem Zigarettenhersteller (Marlboro). Das heißt, er braucht sich weder um die Team-Organisation noch um die Technik seines Motorrades zu kümmern. Nur noch ums Fahren. Alles andere erledigt für ihn der japanische Konzern.

Toni Mang, sein größter Konkurrent, ist auch Werksfahrer, gewissermaßen einer des Typs B. Er bekommt bei Honda zwar das Material wie alle angestellten Fahrer, muß sich aber als selbständiger Renn-Unternehmer um alles andere selbst kümmern. Dabei hilft ihm Honda nicht.

Die dritte Kategorie der Motorrad-Werksfahrer, die sogenannte Luxusklasse, wird vom amerikanischen Weltmeister Freddie Spencer wahrgenommen, der wegen einer noch nicht endgültig diagnostizierten Krankheit auf dem Ring nicht starten kann. Spencer ist Honda-Angestellter mit allen Annehmlichkeiten; und nur dann eigener Unternehmer, wenn es darum geht, die Person Spencer zu vermarkten.

Wobei das Geld für solche Unternehmungen auch im internationalen Motorradsport schon deshalb nicht so reichlich wie in der Formel 1 fließt, weil weitaus mehr Menschen vom aufgebrachten Gesamteinkommen leben müssen: Bei einem Formel-1-Rennen sind 24 Fahrer am Start, an einem Motorrad-Grand-Prix nehmen (zumindest) 180 Piloten teil. Der Zigaretten-Hersteller Marlboro zum Beispiel unterhält in der Formel 1 mit McLaren-Porsche ein Team mit den beiden Fahrern Prost und Rosberg und unterstützt vier weitere. Im Motorradrennsport unterhält allein Marlboro vier Fahrer und unterstützt sogar zwanzig weitere.

Außerdem ist alles im Autorennsport teurer. Ein Spitzenteam in der Formel 1 verschlingt in einem Jahr etwa 20 Millionen Mark, ein Motorrad-Team benötigt etwa 2 Millionen. Ein gut ausgerüsteter Privatfahrer kommt in einer Motorrad-Grand-Prix-Saison mit 250 000 bis 300 000 Mark erfolgreich über die Runden. Im Formel-1-Sport gehört ein Team, das ungefähr das Zehnfache dieser Summe ausgibt, von vornherein zu den Verlierern, zu jenen, die ihr Projekt in den Sand gesetzt haben.

Die krampfhaften Versuche der Autorennfahrer, in der Formel 1 einen Werks-Vertrag zu bekommen, finden im Motorradsport nicht statt. Privatfahrer und Werksfahrer sind sich nämlich im Motorradsport oftmals ebenbürtig. So galt in den letzten Jahren der deutsche Privatfahrer Manfred Herweh stets als WM-Favorit. Die Gründe: Es gibt für die Techniker wohl keinerlei Grenzen, ob sie nun in einer Garage basteln oder im Yamaha-Labor forschen. Martin Wimmer sagt: „Noch vor fünf Jahren hätte ich mit meiner heutigen 250-ccm-Maschine von Yamaha locker einen Weltmeisterschaftslauf in der Klasse bis 500 ccm gewinnen können." In der Tat: Die Rundenzeiten des ehemaligen amerikanischen Weltmeisters Kenny Roberts auf dem spanischen Grand-Prix-Kurs von Jarama in der Halbliter-Klasse waren 1982 entschieden langsamer als die der Kategorie bis 250 ccm in diesem Jahr.

Das Buhlen um Werksverträge erübrigt sich aber auch, weil es im Motorradsport mit den beiden japanischen Konzernen Honda und Yamaha *nur zwei Unternehmen gibt*, die sowohl von der Marktstrategie als auch von der Firmenphilosophie her intensiv mit dem Motorradsport beschäftigt sind. Die meisten anderen Motorrad-Hersteller sehen den Rennsport nicht als allzu notwendige Werbemaßnahme. Und so stellen sie auch keine eigenen Rennteams auf.

MEXIKO / WELT-Interview mit Mannschaftsarzt Professor Heinz Liesen

Erste Pluspunkte für die deutsche Fußball-Nationalmannschaft in Mexiko. „Diszipliniert wie die Bilderbuch-Deutschen", so vermerkt die Presse des Landes, hätten sich die Spieler bei der Zwischenlandung in Mexico City noch auf dem Flughafen einer internationalen Pressekonferenz gestellt. Kein Vergleich zu Italienern und Franzosen, die direkt verschwunden seien und die Medien-Vertreter brüskiert hätten. 300 Zuschauer sahen dann das erste Training in Morelia. Das war auch Franz Beckenbauer zu viel. Künftig gibt es vormittags nur noch „Geheimtraining". Der Team-Chef: „Wir brauchen auch mal unsere Ruhe." Und: „Die Spieler sind müde. Die meisten sind wegen der Zeitverschiebung schon wieder um 4.00 Uhr wach gewesen."

Zwei Ärzte, zwei Physiotherapeuthen, zwei Trainer kümmern sich zeitweise gleichzeitig um ihn: Karl-Heinz Rummenigge dreht weiter in Turnschuhen seine Runden und macht gymnastische Übungen. Mehr nicht, keine Sprints, keine Schüsse. Immer noch plagt ihn ein Muskelfaserriß oberhalb der Kniekehle. Rummnigge: „Das nervt mich. Aber unnötige, frühe Risiken muß ich vermeiden. Vor vier Jahren habe ich angeschlagen gespielt, zumal auch Jupp Derwall immer großen Wert auf meinen Einsatz legte. Genutzt hat es letztlich weder mir noch der Mannschaft." Beckenbauer drängt ihn keineswegs auf einen Einsatz um jeden Preis: „Wenn nicht zum Auftaktspiel gegen Uruguay am 4. Juni, irgendwann wird Kalle schon kommen."

Franz Beckenbauers Wunschmannschaft für die Spiele der Weltmeisterschaft scheint festzustehen: ohne Augenthaler, mit Herget als Libero und dem als letzten ins Aufgebot berufenen Münchner Eder. Das läßt sich leicht aus den Rückennummern ablesen, die in Morelia festgelegt wurden und die die Spieler während des gesamten Turniers auf ihren Trikots tragen werden. Das sind sie: 1 Schumacher, 2 Briegel, 3 Brehme, 4 Förster, 5 Herget, 6 Eder, 7 Littbarski, 8 Matthäus, 9 Völler, 10 Magath, 11 Rummenigge. Wenn das die Stammannschaft sein soll, folgt danach die Reserve: 12 Stein, 13 Allgöwer, 14 Berthold, 15 Augenthaler, 16 Thon, 17 Jakobs, 18 Rahn, 19 Allofs, 20 Hoeneß, 21 Rolff und 22 Immel, der dritte Torwart.

Der „International Board" des Fußball-Weltverbandes (FIFA), der – von Engländern beherrscht – über die Regeln wacht, hat eine Neuerung abgelehnt, für die sich die FIFA und vor allem die Nationaltrainer ausgesprochen hatten. Der Vorschlag: Auswechselspieler sollten aus elf Reservisten ausgewählt werden können. Sie dürfen jetzt auch alle auf der Spielerbank sitzen, doch es bleibt dabei: Die Trainer dürfen, wie bisher, nur fünf Auswechselspieler melden. Der „International Board" feiert in diesem Jahr seinen 100. Geburtstag. Franz Beckenbauers spöttischer Kommentar: „Auf derlei sinnvolle Änderungen müssen wir wahrscheinlich noch 100 Jahre oder aber so lange warten, bis alle Gründungsmitglieder gestorben sind."

Für jeden 877 Mark teure Spritzen

ULRICH DOST, Morelia

Im Juni des letzten Jahres hatte Teamchef Franz Beckenbauer zu zwei Testspielen nach Mexiko eigens einen Internisten mitgenommen, der seine Spieler vor dem gefürchteten Brechdurchfall („Montezumas Rache") schützen sollte. Doch Professor Dr. Heinz Liesen von der Deutschen Sporthochschule in Köln war machtlos: Statt zum Training oder zum Spiel rannten die deutschen Fußball-Nationalspieler auf die Toilette. Bei der Weltmeisterschaft in Mexiko droht der deutschen Mannschaft diese Infektionskrankheit erneut, die den Körper so sehr schwächt. Trotz der schlechten Erfahrungen von vor einem Jahr schenkte Franz Beckenbauer dem Kölner Mediziner weiterhin sein Vertrauen.

Die WELT sprach in Morelia, dem Trainingslager der deutschen Mannschaft, mit Heinz Liesen darüber, wie er „Montezumas Rache" diesmal bekämpfen will.

***WELT:** Der Deutsche Fußball-Bund (DFB) hat nach Morelia eigenes Essen und eigene Getränke einfliegen lassen. Es wurde eine Anlage installiert, durch die die Bakterien im mexikanischen Leitungswasser abgetötet werden, so daß selbst Eiswürfel genießbar sein sollen. Hat Montezuma bei den deutschen Spielern nun keine Chance mehr?*

Liesen: Hundertprozentig läßt sich so etwas nie ausschließen. Davor können wir Europäer nie gefeit sein.

***WELT:** Welche Erfahrungen konnten Sie aus den negativen Erlebnissen des letzten Jahres für die Weltmeisterschaft ziehen?*

Liesen: Im letzten Jahr gingen wir nach der Saison extrem schlecht vorbereitet nach Mexiko. Es gab keine Zeit zur Regeneration, so daß die Spieler anfällig waren für Infektionen. Das wird ihnen jeder Mediziner bestätigen. Doch damals wurde nach einem Sündenbock gesucht. Der war dann plötzlich ich. Auch für die WM hatten wir keine optimale Vorbereitung. Durch die vielen Spielausfälle im Winter und die gestraffte Saison war es nicht anders zu realisieren.

***WELT:** Im letzten Jahr sind Sie mit Ihren Vorstellungen – die Spieler sollten sich nach dem Spiel auslaufen, kein Bier trinken oder mit einer Mütze bei der Hitze trainieren – bei vielen auf Unverständnis gestoßen.*

Liesen: Ich war damals zum erstenmal dabei. Die Spieler kannten mich also nicht. Und ich war kein Orthopäde, sondern jemand, der für den Fußball unübliche Methoden vertrat. Sie konnten nicht verstehen, daß sie am Tag fünf Spritzen bekommen *sollten, obwohl sie sich doch* gesund und fit fühlten.

***WELT:** Hat denn ein Sinneswandel bei den Spielern stattgefunden?*

Liesen: Jetzt gibt es keine Probleme mehr. Die Spieler erwarten jetzt sogar meine Hilfestellung. Nun besteht das entsprechende Vertrauen, das Wissen, die Kenntnisse um Zusammenhänge, wie man medizinisch helfen kann, um fit zu bleiben. Selbst bei Erkrankungen erkennen die Spieler jetzt, daß das kein Versagen des Mediziners ist. Bei allen Vorsichtsmaßnahmen kann hier immer noch jemand krank werden. Wir müssen sie nur in 24 Stunden wieder gesund kriegen.

***WELT:** Was haben Sie denn als medizinische Vorbereitung auf die WM mit den Spielern unternommen?*

Liesen: Wir haben schon zu Hause große Mengen von hochspezialisierten Eiweißpräparaten gespritzt, die die Abwehrfunktion im Körper übernehmen. Diese Infusionen haben pro Spieler 877 Mark gekostet. In Mexiko verabreichten wir fünf verschiedene Spritzen mit Immunstimulantien, dazu Pflanzenextrakte, um Abwehrkörper zu bilden. Weiterhin noch Vitamine und andere Substanzen, um die Höhenanpassung besser zu vollziehen.

***WELT:** Im Trainingslager in Malente und Kaiserau haben Sie Untersuchungen vorgenommen, um über die körperliche und konditionelle Verfassung der Spieler einen Überblick zu bekommen. Inwieweit sind denn diese Erkenntnisse in die Trainingsarbeit von Teamchef Franz Beckenbauer eingeflossen? Wurden sie überhaupt berücksichtigt?*

Liesen: Die DFB-Trainer haben eine ganze Reihe von Empfehlungen ins Training umgesetzt. Zwar wurden nicht alle meine Vorstellungen realisiert, aber das kann man nicht erwarten. Das wäre auch nicht gut, da wir noch zu wenig Erfahrungswerte über Belastungen und Pausen im Fußball haben. Aber ich glaube, wir haben einen guten Kompromiß gefunden. Unsere Spieler verkraften die Aufbauphase recht gut, auch wenn sie am Ende sicherlich an der Grenze der Überbelastung waren.

***WELT:** Reichen denn aus medizinischer Sicht zwei Wochen aus, um die Mannschaft an die Bedingungen in Mexiko anzupassen?*

Liesen: Ich würde sagen, diese Zeit ist akzeptabel. Die wissenschaftlichen Erkenntnisse im Sport erfordern nun einmal viel Zeit. Man benötigt zwei bis drei Jahre Erfahrungen, um diese Dinge wissenschaftlich exakt umsetzen zu können.

NACHRICHTEN

Balesteros kommt

Hamburg (GAB) – Zur Offenen Golfmeisterschaft von Deutschland (28. bis 31. August in Hubbelrath) hat neben Titelverteidiger Bernhard Langer (Anhausen) und dem British-Open-Gewinner Sandy Lyle (Schottland) nun auch der Weltranglisten-Erste Severiano Balesteros (Spanien) zugesagt.

Wosik überraschte

Lampertsheim (dpa) – Ralf Wosik aus Düsseldorf gewann überraschend das zweite Turnier des Tischtennis-Super-Cups in Lampertsheim. Im Finale besiegte er den Jugoslawen Dragutin Surbek 21:12, 21:16. Im Halbfinale war er gegen den Engländer Douglas 21:16, 22:20 erfolgreich.

Kasparow in Frankfurt

Frankfurt (Nea) – Schachweltmeister Garri Kasparow absolviert einen Teil seines Trainingsprogramms vor der WM-Revanche gegen Anatolij Karpow (ab 28. Juli in London und Leningrad) in der Bundesrepublik. Am Samstag tritt er im Frankfurter Hotel Interconti gleichzeitig an acht Brettern gegen die deutsche Jugend-Nationalmannschaft an.

Prinz Philip verzichtet

Paris (sid) – Prinz Philip, Ehemann der britischen Königin Elizabeth II., wird nicht mehr für den Vorsitz des Weltverbandes der Reiter kandidieren. Prinzessin Anne ist bereit, die Nachfolge ihres Vaters anzutreten.

Holighaus vorne

Aalen (dpa) – Titelverteidiger Klaus Holighaus gewann bei den deutschen Meisterschaften im Segelfliegen in Aalen den ersten Wertungsflug der Offenen Klasse.

Irmgard von Opel †

Ingelheim (sid) – Irmgard von Opel ist im Alter von 79 Jahren in Ingelheim gestorben. *Die vor dem Zweiten* Weltkrieg wohl beste Springreiterin der Welt gewann 1934 (auf Nanuk) als erste Frau das Deutsche Springderby in Hamburg.

LEICHTATHLETIK

Hingsen fehlt erneut

DW./sid, Düsseldorf

Weltrekordler Jürgen Hingsen fehlt am Wochenende, wenn die internationale Zehnkampf-Elite in Götzis (Österreich) jene 8667 Punkte jagt, mit denen sein Rivale Daley Thompson über Pfingsten in Frankreich in die Europameisterschafts-Saison startete.

„Mein Saisoneinstand folgt Mitte Juni in Bernhausen oder fünf Wochen später bei den deutschen Meisterschaften in Hannover", sagt der 28jährige Uerdinger und macht eines deutlich: „Ich werde mich nicht daran beteiligen, daß in diesem Jahr wieder das Super-Duell Thompson gegen Hingsen hochgespielt wird. Ich habe gut trainiert und glaube an ein positives Zehnkampf-Jahr 1986."

Was Hingsens Start in Götzis endgültig unmöglich gemacht hat: Beim Stabhochsprung-Training am Himmelfahrtstag zog er sich eine schwere Rückenprellung zu. Bis zu jenem Zeitpunkt hatte Hingsen noch daran gedacht, eventuell doch in Götzis dabei zu sein.

INDIANAPOLIS

Ein Rennen der Rekorde

sid, Indianapolis

Das schnellste Rennen seiner Geschichte erwartet die 70. Auflage der 500 Meilen von Indianapolis am Sonntag. In der Qualifikation fuhr der zweimalige Indy-Sieger Rick Mears (USA) mit einem 800 PS starken March-Cosworth zwei neue Rekorde: 350 km/std betrug seine Durchschnittsgeschwindigkeit in einer Runde auf dem vier Kilometer langen Kurs, auf der Distanz von vier Runden erreichte er 348,88 km/h.

Der Preisgeld-Topf ist mit der Rekordsumme von 3,2 Millionen Dollar gefüllt, umgerechnet rund 7,2 Millionen Mark – das höchte Preisgeld, das je im Motorsport ausgeschüttet wurde. Allein der Sieger wird rund eine Million Mark erhalten.

Allein 250 000 Zuschauer sahen das erste Training, 400 000 werden am Sonntag von den ausverkauften Tribünen das Spektakel miterleben. Erstmals seit Jahren wird auch das amerikanische Fernsehen das Rennen von Indianapolis wieder live übertragen.

ZAHLEN

TENNIS

9. World Team Cup in Düsseldorf, 2. Spieltag, **Rote Gruppe:** Frankreich – Deutschland 3:0. – Tulasne – Maurer (Neuss) 6:2, 6:1, Leconte – Schwaier (München) 6:1, 6:3, Leconte/Forget – Maurer/Popp (Neuss) 6:2, 4:6, 6:3. – Morgen: Deutschland – USA, Frankreich – Argentinien. – **Blaue Gruppe:** Schweden – Australien 3:0. – Nystroem – Cash 4:6, 6:3, 7:5, Wilander – McNamee 6:2, 6:3, Wilander/Jarryd – Cash/Fitzgerald 6:2, 6:4. – Heute: Schweden – CSSR, Australien – Schweiz. – **Damen-Turnier in Lugano:** 1. Runde: Hanika (Deutschland) – Tanvier (Frankreich) 6:2, 6:2. – 2. Runde: Bunge (Deutschland) – Horvath (USA) 7:5, 6:3, Bonder (USA) – Meier (Deutschland) 6:3, 6:2.

RAD

Giro d'Italia, Gesamtwertung: 1. Saronni 41:17:58 Std., 2. Baronchelli 8 Sek. zur., 3. Giupponi (alle Italien) 1:03 Min. zur.

FUSSBALL

Ruhr-Pokal: Herne – Schalke 2:3, Recklinghausen – Bochum 0:3.

GEWINNQUOTEN

Lotto: Klasse 1: 888 210,50, 2: 82 624,20, 3: 6998,30, 4: 126,00, 5: 9,60. – **Toto, Elferwette:** Klasse 1: 35 645,80, 2: 1083,80, 3: 80,70. – **Auswahlwette „6 aus 45":** Klasse 1: unbesetzt, Jackpot 580 226,80, 2: 65 000,00, 3: 4500,00, 4: 67,70, 5: 7,00. – **Rennquintett:** Rennen A: Klasse 1: 297,90, 2: 303,40. – Rennen B: 249,00, 2: 198,60. (Ohne Gewähr).

TENNIS / Schwaier verlor beim World Team Cup auch gegen Vilas klar

Ausländer stehen viel höher im Kurs

dpa, Düsseldorf

Das Publikum begeistert sich an der Eleganz des Franzosen Henri Leconte, am abgebrühten Spiel des Schweden Mats Wilander, am Temperament des Australiers Pat Cash und am Kampfgeist des Argentiniers Guillermo Vilas. Die Spieler der deutschen Mannschaft liegen beim neunten World Team Cup in Düsseldorf *bisher nicht auf den vordersten Plätzen* in der Gunst der Tennisfans. Die Leistungen ausländischer Spieler stehen höher im Kurs – die Abwesenheit von Boris Becker macht's möglich.

Gestern folgte der zweite Beweis dafür, daß zwischen Becker und dem Rest der deutschen Weltranglistenspieler eine große Lücke klafft. Hansjörg Schwaier unterlag dem zwölf Jahre älteren Argentinier Guillermo Vilas (35) sang- und klanglos 1:6, 2:6. Das Spiel dauerte nur 84 Minuten, Schwaier *machte schon bei seinen* Grundlinienschlägen gravierende Fehler.

Auch das erste Spiel der deutschen Mannschaft bot keinen Anlaß zum Jubeln. Einen einzigen Satz konnten Andreas Maurer, Hansjörg Schwaier und Doppelspezialist Wolfgang Popp im Auftaktspiel gegen die Franzosen buchen. Nach den Einzeln von Maurer gegen Thierry Tulasne (2:6, 1:6) und Schwaier gegen Leconte (1:6, 3:6) stellte Popp kurz und knapp fest: „Keine Chance." Das Team um seinen Kapitän Maurer konnte nicht über sich hinauswachsen und bot nicht mehr als eifriges Bemühen.

Wie anders dagegen zum Beispiel Leconte. Der 22jährige, seit Montag erstmals unter den ersten zehn der Weltrangliste, riß die Zuschauer zu Beifallsstürmen hin. Oder Pat Cash. Der Australier, der nächste Woche 21 Jahre alt wird, stand im Spiel gegen den Schweden Joakim Nyström dicht vor der ersten Überraschung der 500 000-Dollar-Veranstaltung und unterlag dem Sandplatzspezialisten nur hauchdünn.

Nach dem abschließenden Doppel, *das Maurer/Popp in drei Sätzen* gegen Leconte/Guy Forget verloren (2:6, 6:4, 3:6), verteidigte Maurer, der aufgrund seiner Weltranglistenposition Chef im deutschen Team ist, seine Mannschaftsaufstellung: „Ich muß ja schließlich sehen, daß ich das Team aufstelle, das hier die besten Aussichten auf Erfolg hat." Für Experimente sei kein Platz, denn „ich bin ja nicht der Tester für den Daviscup". Damit spielte Maurer auch auf die Berufung seines Neusser Freundes Popp für das Doppel an.

„Wen hätte ich denn nehmen sollen? Es gibt schließlich kein deutsches Doppel, das sich durch gute Leistungen auf internationaler Ebene abietet." Maurer ging gleich dazu über, Kritik am Deutschen Tennis-Bund zu üben: „Was da in den letzten Jahren passiert ist, war ganz schlecht. Wenn wir das schlimme Leck beim Doppel stopfen wollen, müssen jungen Spielern finanzielle Anreize gegeben werden, sich zusammenzutun und mehr Doppel zu spielen. Außerdem müßten sie vernünftig gecoacht werden. Erst wenn sich so ein junges Paar international durchgebissen hat, *sollte es für Deutschland spielen.*" Und über jeder Diskussion schwebte der Name Boris Becker. Vielleicht wird nächstes Jahr in Düsseldorf alles besser: Der Wimbledonsieger hat angedeutet, daß er dann eventuell dabeisein wird.

Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure: Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Günter Zehm

Meinungen: Enno von Loewenstern

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke, Rüdiger v. Wolkowsky, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Fachs; Deutschland: Armin Reck (stellv.); Diethart Goos (Deutschlandpolitik); Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Bildungs- und Kulturpolitik, Geisteswissenschaften: Dr. Paul F. Reitze; Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Detlev Ahlers; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Norbert Koch, Dr. Rudolf Zewell (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt; Fotoredaktion: Bettina Rathje.

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Gieskes, Werner Kahl, Dr. Rainer Nolden, Lothar Schmidt-Mühlisch

Hamburg-Ausgabe: Knut Teske, Klaus Bruns (stellv.)

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Arnulf Gosch, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Dieter Dose, Klaus Geitel; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Michael Jach, Dominik Schmidt; Kiel: Georg Bauer; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Harald Günter, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein, Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Kopenhagen: Gottfried Mehner; Miami: Werner Thomas; Moskau: Rose-Marie Borngässer; Paris: Peter Ruge, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714 Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104 Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919 Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09 Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf 1, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main) 1, Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449 Fernkopierer (0 69) 72 79 17 Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11-13 Telex 4 185 525

7000 Stuttgart 1, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966 Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39-43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813 Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39 Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 27,10 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 37,10 einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 64 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 14 gültig ab 1. 10. 1985, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 50.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 5, gültig ab 1. Oktober 1985.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp

Kohl beschwert sich bei Kwizinskij

gba. Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl hat die „Informationspolitik der sowjetischen Behörden verantwortungslos" genannt. In einer Tischrede beim Mittagessen für den belgischen Ministerpräsidenten Wilfried Martens im Palais Schaumburg sagte Kohl, es genüge nicht, wenn die Sicherheitsanforderungen nur für unsere eigenen Reaktoren hoch angesetzt würden. „Wir müssen zu Vereinbarungen kommen, die ein Maximum an Sicherheit in allen Ländern, die solche Anlagen betreiben, gewährleisten."

Kritik an der sowjetischen Haltung hatte der Kanzler schon am Vortag im Gespräch mit dem neuen sowjetischen Botschafter Julij Kwizinskij bei dessen Antrittsbesuch geübt. Äußerungen wie die, daß die Forderung der Bundesregierung nach Entschädigung durch die Sowjets eine Unverschämtheit sei, sind dabei vom Kanzler auch nachdrücklich gerügt worden. In dem Gespräch waren sich der Kanzler und der Sowjetbotschafter allerdings auch einig geworden, daß es jetzt darauf ankomme, sich gemeinsam darum zu bemühen, die schädlichen Folgen einzudämmen und künftige Gefahren durch eine verbesserte internationale Zusammenarbeit zu vermeiden. Weiteres Gesprächsthema war die Bereitschaft Bonns zu einem intensiveren politischen *Dialog mit Moskau. Kohl* erinnerte dabei an seine brieflichen Vorschläge, die er hierzu an Generalsekretär *Gorbatschow gerichtet hatte.*

Der Vorsitzende der FDP-Bundestagsfraktion, Wolfgang Mischnick, hat sich dafür ausgesprochen, die Forderung nach Ersatz für die Schäden nach dem sowjetischen Reaktorunglück trotz der schroffen Reaktion aus Moskau politisch weiter zu verfolgen. Dies sei notwendig, um Druck auszuüben, damit zumindest in Zukunft bei ähnlichen Fällen die Schäden ausgeglichen würden. Mischnick wiederholte auch die Forderung, für Katastrophenfälle Kompetenzen aus den Bundesländern auf Bonn zu *übertragen, um einheitliche Maßnahmen* sicherzustellen.

Nach Wackersdorf wird Änderung des Demonstrationsrechts erwogen

Bayerischer Innenminister für neue Polizei-Waffen / SPD trägt „moralische Mitverantwortung"

D.G. Bonn

Nach den gewalttätigen Ausschreitungen von Wackersdorf wird nun offenbar an eine weitere Änderung des Demonstrationsrechts gedacht. Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann erklärte, daß nach Auswertung der Polizeiberichte geprüft werde, ob das Versammlungsgesetz und Demonstrationsrecht geändert werden müsse.

Vor allem das im Versammlungsgesetz enthaltene Verbot der Vermummung und „passiven Bewaffnung" sowie die Strafvorschrift über den Landfriedensbruch im Paragraph 125 des Strafgesetzbuches wären von einer Änderung betroffen. Rechtlich werde angestrebt, daß Vermummung und passive Bewaffnung nicht nur als Ordnungswidrigkeit, sondern als Straftatbestand eingestuft wird.

Gewalttaten bejubelt

Es müsse untersucht werden, ob die im vergangenen Jahr in Kraft getretenen Änderungen des Demonstrationsrechts nach den Erkenntnissen *von Wackersdorf* wirklich den Erfordernissen der polizeilichen Praxis genügen oder ob gesetzliche Änderungen *in diesem Bereich geboten* seien, sagte Zimmermann. Er betonte, wer den Grundsatz der Gewaltlosigkeit verlasse, steige aus der Rechtsordnung aus. In Wackersdorf hätten sich die Grünen nicht von den Gewalttaten der Chaoten distanziert, sondern sie noch bejubelt.

Bayerns Innenminister Karl Hillermeier plant nach einer ersten Bilanz der Ausschreitungen eine Reihe von *Maßnahmen, die der Polizei die* Bekämpfung von „Chaoten" erleichtern soll. Bayern werde außerdem prüfen, *so Hillermeier, ob es zum Schutz* seiner Polizeibeamten möglicherweise im Alleingang neue Waffen, sogenannte *„Distanzmittel", einführen* werde. Es gehe dabei um „Wirkwurfkörper", deren Entwicklung und Erprobung von der Luft- und Raumfahrtgesellschaft Messerschmitt-Bölkow-Blohm GmbH abgeschlossen sei.

Hillermeier beschuldigte die SPD, das Klima „monatelang aufgeheizt" *zu haben. Damit trug auch die* SPD „moralische Mitverantwortung" für die Ausschreitungen. Ähnlich sei auch der Terrorismus in der Bundesrepublik Deutschland entstanden. Künftig sollten alle demokratischen *Parteien und Gruppen auf Veranstaltungen in der Umgebung* des Baugeländes verzichten, meinte er.

Militante Demonstranten haben mit Steinen, Metallstücken und Stahlkugeln *sowie durch* Molotow-Cocktails insgesamt 185 Polizeibeamte verletzt. Mehrere Einsatzfahrzeuge der Polizei *wurden angesteckt.*

Lebensbedrohliche Lage

Zum Abwurf von Tränengaswurfkörpern aus einem Hubschrauber auf die Demonstranten erklärte *Zimmermann*, am Pfingstmontag sei ein Zug bayerischer Bereitschaftspolizei von gewalttätigen Störern eingeschlossen worden. Für die Beamten habe sich eine lebensbedrohliche Lage ergeben. *Eines ihrer Fahrzeuge sei durch* einen Molotow-Cocktail bereits in Brand geraten. Daher habe die bayerische Polizei aus dem Hubschrauber Reizstoff abwerfen müssen.

Die Darstellung von Augenzeugen, *daß die Gasgranaten wahllos in die* Menge und auch gezielt auf einen Sanitätsplatz des Roten Kreuzes *geworfen worden seien, wies der zuständige* Einsatzleiter, Polizeioberrat Werner Lang, zurück.

Gewalt auch in Hannover

dpa, Hamburg

Insgesamt 19 Polizeibeamte sind in der Nacht zum Mittwoch bei Auseinandersetzungen mit Demonstranten im hannoverschen Universitätsviertel verletzt worden. Wie die Polizei gestern mitteilte, hatten rund 150 Menschen gegen den bereits erfolgten Abriß eines ausgedienten Kohlenhauses für das Heizkraftwerk der Universität protestiert. Das Gebäude sollte nach den Wünschen von Bewohnern der umliegenden Häuser *zum Stadtteilkino umgebaut* werden. Während der Demonstration kam es zu Angriffen auf Polizeibeamte mit *Steinen und Molotowcocktails.* Die Beamten setzten Tränengas ein.

Zweite deutsche Städtepartnerschaft

dpa, Ost-Berlin

„DDR"-Staats- und Parteichef Erich Honecker hat gestern in Ost-Berlin in einem Gespräch mit dem bayerischen SPD-Spitzenkandidaten Karl-Heinz Hiersemann einer zweiten deutsch-deutschen Städtepartnerschaft zugestimmt.

Sie soll zwischen Erlangen in Bayern und Jena in Thüringen vereinbart werden. Das berichtete der sozialdemokratische Politiker nach der fast zweistündigen Unterredung mit Honecker *vor Journalisten.* Die erste deutsch-deutsche Städtepartnerschaft wurde im April dieses Jahres zwischen Saarlouis und Eisenhüttenstadt geschlossen.

Lafontaine: Vertrag mit Sowjetrepublik

dpa, Moskau

Der saarländische Ministerpräsident Oskar Lafontaine (SPD) ist gestern zum Auftakt seiner politischen Gespräche in Moskau vom sowjetischen Staatsoberhaupt Andrej Gromyko empfangen worden. Lafontaine sagte vor westlichen Journalisten, als Ergebnis seines Gesprächs sei eine Länderpartnerschaft zwischen der sowjetischen *Republik Georgien* und dem Saarland vereinbart worden.

Ein entsprechender Vertrag wird *nah Angaben Lafontaines noch* unterzeichnet. Bisher bestand schon eine Städtepartnerschaft zwischen Saarbrücken und der georgischen Republik-Hauptstadt Tiflis.

US-Wissenschaftler stellen sich hinter SDI

80 Forscher gründen „Komitee für eine sichere Welt"

FRITZ WIRTH, Washington

Die Debatte um das Für und Wider der Forschungen an der Strategischen Verteidigungs-Initiative für eine Raketenabwehr im Weltraum (SDI) hat sich unter amerikanischen Wissenschaftlern so verschärft, daß sich die Spaltung unter ihnen nunmehr institutionalisiert hat.

Keine Gelder aus dem SDI-Fond

Nachdem vor 14 Tagen eine Gruppe von 3700 Wissenschaftlern, unter ihnen 15 Nobelpreisträger, bekanntgegeben hatte, *daß* sie ein Versprechen zum Boykott der SDI-Forschung unterschrieben habe, wurde gestern *die Gründung einer* Gegen-Gruppe bekannt, zu deren Mitgliedern zunächst 80 führende Wissenschaftler, unter ihnen der Nobelpreisträger Eugene Wigner, gehören. Vorsitzender dieser Gruppe, die sich nachdrücklich für die Forschung am SDI-Programm einsetzt, ist Fred Seitz, der frühere Vorsitzende der amerikanischen Akademie der Wissenschaften.

Die SDI-Gegner weigern sich, bei ihren künftigen wissenschaftlichen Arbeiten irgendwelche Gelder aus dem SDI-Fond zu akzeptieren. Sie halten das SDI-Programm für gefährlich. Außerdem sei kein Verteidigungssystem möglich, das Nuklear-Waffen wirkungslos und damit hinfällig mache, wie es Präsident Reagan versprochen habe. Die Wissenschaftler äußerten darüber hinaus die Befürchtung, daß die Arbeiten an einem derartigen Raketenabwehrsystem zu einem Rüstungs-Wettlauf im All und auf der Erde führen werde. Vor einer Woche waren dem amerikanischen Kongreß die Unterschriften der 3700 *Wissenschaftler zugeleitet worden.* Die Forscher hatten den Kongreß aufgefordert, für die Forschungsarbeiten an der Raketenabwehr im Weltraum kein Geld zur Verfügung zu stellen.

Das neugegründete „Komitee für eine *sichere Welt*" weist die Argumentation der SDI-Boykotteure entschieden zurück. „Als professionelle Wissenschaftler, die mit der wissenschaftlichen Methodik ausgebildet worden *sind, glauben wir,* daß die Machbarkeit einer vielversprechenden wissenschaftlichen oder technischen Idee nicht *beurteilt* werden sollte, bevor die Forschungsphase, die Experimente und die Testversuche abgeschlossen *sind.* Wir glauben deshalb, daß die Strategische Verteidigungsinitiative nicht voreilig, unwissenschaftlich oder aus ideologischen Gründen zurückgewiesen werden sollte, bevor ihre Machbarkeit, Wirksamkeit und praktische Verwendungsfähigkeit sorgfältig geprüft worden ist. Genau das ist das Ziel der gegenwärtigen SDI-Forschung", heißt es in der Gründungserklärung der 80 Wissenschaftler, die ihren 3700 Kollegen praktisch *vorwerfen, sich* aus politischen und ideologischen Gründen oder aus schlichtem Vorurteil der Forschung zu widersetzen.

„Die nukleare Bedrohung überflüssig machen"

Zugleich appellieren die Befürworder des Reaktenabwehr-Projekts an die SDI-Boykotteure: „Ist es nicht unsere Verantwortung als Menschen und als Wissenschaftler, unsere Talente und Energien dazu einzusetzen, die militärische nukleare Bedrohung unwirksam und überflüssig zu machen?"

Die SDI-Gegner behaupten, daß die 3700 Wissenschaftler, die sich der SDI-Forschung widersetzen, 57 Prozent der Mitglieder der 20 führenden physikalischen Universitäts-Fakultäten der USA repräsentieren. General *Abrahamson*, der *Direktor* der SDI-Behörde, weist diese Berechnung zurück, und erklärte, es gebe beim *SDI-Forschungsprogramm* keinen Mangel an erstklassigen und qualifizierten Wissenschaftlern.

Auch in Europa, insbesondere in der Bundesrepublik Deutschland, haben sich prominente Wissenschaftler gegen das amerikanische SDI-Projekt ausgesprochen.

SPD-Politiker: Für Dritte Welt Geld aus dem Wehretat

HH., Bonn

Mit einem „Zukunftsprogramm Dritte Welt" sollen nach einem Vorschlag der SPD in Ost und West zusätzliche Mittel für die Finanzierung von Entwicklungsprojekten bereitgestellt werden. Die SPD-Politiker Koschnick, Holtz und Hauchler forderten die Bundesregierung auf, noch 1986 als Grundstock für dieses Programm eine Milliarde Mark aus dem Verteidigungsetat bereitzustellen.

Bonn sollte mit den Partnern in der *Europäischen Gemeinschaft* unverzüglich über die Bildung eines multilateralen Sonderfonds verhandeln, zu *dem die Industrieländer in West* und Ost beitragen. Dieser Fonds hat nach den Vorstellungen der SPD-Politiker *die Aufgabe, zusätzliche Mittel für* eine Entwicklungspolitik zu mobilisieren, „die konsequent auf die eigenständige Befriedigung der Grundbedürfnisse in den Ländern der Dritten Welt gerichtet ist".

Nach Abstimmung mit den übrigen westlichen Industriestaaten soll das Programm mit dem Ostblock und den Entwicklungsländern auf der Genfer Abrüstungskonferenz vereinbart werden. Holtz und Koschnick äußerten sich zu der Frage nach einer Beteiligung auch des Ostblocks an einem solchen Sonderfonds zuversichtlich. Der sowjetische Parteichef Gorbatschow habe sich vor einem Jahr erstmals dafür ausgesprochen, freiwerdende Mittel aus einer Abrüstung nicht nur zur Verbesserung der Lebensverhältnisse, sondern auch für die Dritte Welt einzusetzen. Diese Erklärung sei seither mehrfach wiederholt worden, ohne daß allerdings der Umfang der zusätzlichen Hilfe näher bestimmt worden sei.

Zum Volumen der Hilfe für die Dritte Welt meinten die Politiker, schon bei einer Verminderung der weltweiten Rüstungsausgaben um nur zwei Prozent ergäben sich zusätz*lich rund 15 Milliarden Dollar.* Das entspreche nahezu der Hälfte der derzeit jährlich bereitgestellten Entwicklungshilfe. Der Fonds solle nicht zum Aufbau einer neuen kostenträchtigen Bürokratie führen, sondern von einer bestehenden UN-Sonderorganisation verwaltet werden.

Tirana jetzt an Krediten aus Bonn interessiert

Strauß spricht in Albanien über diplomatische Beziehungen

DW. Tirana

Franz Josef Strauß hatte dieses Mal eigens ein *Flugzeug* geschartert, um den privaten Charakter seiner Reise zu dokumentieren. Denn Bayerns *Ministerpräsident war nicht offiziell zu* Verhandlungen nach Tirana gereist, er kam, so die regierungsamtliche Lesart, als Privatmann. Doch Strauß verstand sich, wie auch bei seiner ersten Reise nach Albanien im August 1984, als Polittourist – und wurde entsprechend gebührend empfangen.

Schon kurz nach der Landung in *der albanischen Hauptstadt* konferierte Bayerns Regierungschef nach Berichten der albanischen Nachrichtenagentur ATA mit Ministerpräsident Adil Carcani, um den Boden für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Skipetaren-Staat zu bereiten. Offizielle Beziehungen sind bisher an den Albanern gescheitert. Sie bestanden auf Reparationszahlungen von neun Milliarden Mark für Schäden aus dem Zweiten Weltkrieg. Dieser Hinderungsgrund soll mittlerweile ausgeräumt sein, hieß es. Damit könnte die Bundesrepublik den letzten „weißen Fleck" auf ihrer diplomatischen Landkarte in Europa beseitigen.

Reise heruntergespielt

Und schon kurz nachdem Strauß am Dienstag wieder nach Bayern zurückgekehrt war, erklärte das Auswärtige Amt *in Bonn, die* Bundesregierung sei zu jedem Zeitpunkt bereit, mit dem Balkanstaat diplomatische Beziehungen aufzunehmen. Im übrigen hätten bereits alle wichtigen Voraussetzungen bei dem jüngsten Sondierungsgespräch zwischen Vertretern beider Staaten im März geklärt werden können, sagte ein Sprecher aus dem Ministerium Genschers.

Albanien, der kommunistische Staat, der sich lange Zeit isolierte und sowohl mit der Sowjetunion als auch später mit seinem Protektor China brach, leitete eine Öffnung erst unter dem Nachfolger Enver Hodschas, Ramiz Alia, ein. Bemerkenswert war, daß der neue albanische KP-Chef *schon kurz nach seinem Amtsantritt* erklärte, Albanien sei ein „europäisches Land" und daher vital an den Vorgängen *auf diesem Kontinent* interessiert.

Geschäft mit Daimler?

Ausschlaggebend für das Interesse der Albaner an der Intensivierung der Beziehungen mit der Bundesrepublik sind offenbar wirtschaftliche Interessen. *Zwar ist Bonn schon jetzt* mit einem Außenhandelsvolumen von 29 Millionen Dollar der zweitwichtigste westliche Handelspartner Tiranas nach Italien. Bisher hat sich die Regierung jedoch geweigert, aus dem *Westen Kredite* anzunehmen. Auch hier zeichnet sich ein Umdenken der albanischen Führung ab. Denn wie verlautete, war in den Gesprächen, die Strauß führte, auch über einen Vertrag über wirtschaftliche Zusammenarbeit die Rede, der auch Kapitalhilfe einschließen soll.

Strauß nutzte die Konsultationen, um der bayerischen Wirtschaft bei der Anbahnung von Geschäftsbeziehungen mit Albanien Hilfestellung zu *leisten.* Der Münchener Repräsentant von Daimler Benz, Karl Dersch, sprach mit den Albanern über ein Mercedes-Geschäft.

Drängte Pro Familia zu Abtreibungen?

idea, Wetzlar

Im Streit um eine von Pro Familia in Gießen geplante „Abtreibungsklinik", in der jährlich 900 Abtreibungen vorgenommen werden sollen, (WELT v. 26.4.) hat die Evangelische Allianz der Gießener Beratungsstelle von Pro Familia vorgeworfen, seit *Jahren gegen das Recht zu verstoßen.* Briefe von Frauen an die Allianz belegten, daß die Beratungsstelle sie teilweise zu Abtreibungen gedrängt habe. In einem der Briefe heißt es: „Während des einstündigen Gesprächs bei Pro Familia betonte die Ärztin mehrmals, sie sehe für mich keine Alternative zur sozialen Indikation. Ich verweigerte dies hartnäckig. Die Ärztin gab mir keine persönliche medizinische Einschätzung, keine Beratung über frühdiagnostische Möglichkeiten und Grenzen und auch keine weiterführende Adresse."

Burt kommt zu Kulturtagen

dpa, Dortmund

Die für Juli geplanten Auslandskulturtage der Stadt Dortmund *mit* den USA, die aus Sicherheitsgründen ausfallen sollten, kommen doch zustande. Der amerikanische Botschafter Burt sagte seine Teilnahme an der Eröffnung zu. Das Festival beweise, *„daß es dem Terrorismus nicht gelingen* wird, die Kontakte zwischen unseren beiden Völkern einzuschränken". Die Stadt hatte sich gegen eine Veranstaltung „hinter verschlossenen Türen" ausgesprochen. Oberbürgermeister Samtlebe sagte nach der Entscheidung Burts, er habe immer die Überzeugung gehabt, daß die Auslandskulturtage doch noch veranstaltet würden. Von den etwa 600 Teilnehmern und Besuchern, die ursprünglich aus den USA erwartet wurden, wird aber vermutlich nur ein Drittel nach Dortmund kommen.

Wie Landwirte von Bonn jetzt Hilfe bekommen

dpa/AP, Bonn

Das Bundeskabinett hat gestern auf Vorschlag des Innenministeriums *Richtlinien für eine Soforthilfe* an Landwirte und Gemüseanbauer verabschiedet, deren Erzeugnisse Milch *und Blattgemüse von den einschränkenden* Empfehlungen der Strahlenschutzkommission und des Bundes nach dem *sowjetischen Reaktorunglück* betroffen wurden. Die Regelung stützt sich auf den Schadenersatzparagraphen 38 des Atomgesetzes.

In weiteren Gesprächen mit den Ländern soll unter deren finanzieller Beteiligung auch eine „Billigkeitsregelung" für solche Schäden gefunden werden, die durch weitergehende Regelungen einzelner Länder entstanden sind. Hierbei geht es auch um andere betroffene Gemüsearten, wie Rhabarber, Radieschen, Rettich, Kohlrabi, Schnittlauch und Petersilie. Für Milch ist ein Ausgleich von 15 Pfennig je Liter für Schäden vorgesehen, die durch Unterlassung des Weideaustriebs und der Frischgrünfütterung entstanden sind. Die Kosten hierfür werden auf bis zu 150 Millionen Mark geschätzt. Nach den Richtlinien wird auch die Vernichtung und die Beschlagnahme von Erzeugnissen ausgeglichen.

Zuständig für die Schadensregulierung und die direkte Zahlung des Ausgleichs an die Betroffenen ist das *Bundesverwaltungsamt in Köln.* Fälle einer Existenzgefährdung werden mit Vorrang behandelt. Um die Verfahren zu beschleunigen, sollen Anträge vor Ort geprüft und dem Bundesverwaltungsamt zur Entscheidung zugeleitet werden. Die Absicht von Bundesernährungsminister Ignaz Kiechle (CSU), in die jetzige Regelung für Blattgemüse auch andere betroffene Gemüsearten, wie Rhabarber, Radieschen, Kohlrabi, Schnittlauch und Petersilie einzubeziehen, stieß dem Vernehmen nach auf ernste Bedenken bei anderen beteiligten Ressorts. Es sei darauf hingewiesen worden, daß nur solche Schäden nach dem Atomgesetz ausgleichsfähig sein könnten, für die nach den Empfehlungen des Bundes Vorsorgemaßnahmen erforderlich seien.

Mädchen und die höhere Mathematik

DW. Mainz

Mädchen *sind* in Rheinland-Pfalz bei der Wahl von mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächern zu Leistungsfächern in der gymnasialen Oberstufe sehr zurückhaltend. Nach einer Statistik der Mainzer Studienstufe *im* Schuljahr 1985/86 entschieden sich 51,7 Prozent der Jungen für das Leistungsfach „Mathe", aber nur knapp ein Viertel der Mädchen. Das sei, so Landes-Kultusminister Georg Gölter (CDU), in Hinblick auf die spätere Berufswahl bedauerlich.

Über die Grenzen

Mk. – Die Verkehrsminister aus 19 europäischen Staaten schlagen sich in diesen Tagen auf ihrer Frühjahrstagung in Lausanne wieder mit dem Problem herum, wie der Verkehrsfluß auch über die Grenzen hinweg verbessert werden kann. Immerhin soll, so die Absicht, bis 1992 der EG-Binnenmarkt verwirklicht werden.

Allerdings müssen auf dem Wege zur vollen Dienstleistungsfreiheit in der EG noch zahlreiche Hürden genommen werden, die zu Teil gerade von jenen aufgetürmt wurden, die jetzt über Abbau von Behinderungen reden. So gibt es beispielsweise kaum eine Erklärung aus dem Bonner Verkehrsministerium, in dem nicht der Satz steht, weitere Liberalisierungsmaßnahmen kämen nicht ohne konkrete Fortschritte auf dem Gebiet der Harmonisierung der Wettbewerbsvoraussetzungen in Betracht. Und dabei geht es dann nicht nur um Steuern und Abgaben, sondern auch um die Sozialvorschriften, um technische Normen, um die berufliche Qualifikation der Verkehrsunternehmer oder um den Zugang zum Markt.

Gesagt wird dies, um das Güterkraftverkehrsgewerbe zu beruhigen, daß sich in diesem Naturschutzpark von Regulierungen recht gut eingerichtet hat. Wenn die Politiker diese nur halbherzig durchforsten, behält Wirtschaftsminister Bangemann Recht. Er meinte, wenn die Wirtschaftspolitiker mit dem gleichen Tempo wie die Verkehrspolitiker an den Abbau von Behinderungen herangegangen wären, dann würden sie heute noch über die Abschaffung von Bezugsscheinen diskutieren.

Atemübung

JB. – *Ein Vierteljahr hatten* die deutschen Autofahrer Anlaß zur Freude. Um insgesamt 23 Pfennige pro Liter war der Benzinpreis seit Jahresbeginn gesunken. Die vor vielen Jahren magische Grenze von einer D-Mark wurde seit Juli 1979 zum ersten Mal unterschritten. Den Preisrutsch verdankt der Verbraucher dem am Ölmarkt funktionierendem Mechanismus von Angebot und Nachfrage. Wo Wettbewerb herrscht, läßt ein Überangebot die Preise purzeln. Inzwischen schlägt das Pendel zur anderen Seite aus. Benzin wird auf den internationalen Märkten knapper. Dafür gibt es eine Reihe von Gründen. Vor allem steigt auf dem größten Benzinmarkt der Welt, den USA, zur Zeit der Bedarf stark an. Aber auch hierzulande zieht die Nachfrage in den Sommermonaten traditionell an. Die Folge: Die Preise steigen wieder. Man mag das bedauern, aber lamentieren nutzt nichts. Die Kräfte am Markt lassen sich nicht in eine Richtung kanalisieren. Ein freier Markt atmet. Mal nach oben, mal nach unten. Entsprechend ist die Reaktion der Autofahrer: Mal Ärger, mal Freude.

KAPITALBILDUNG / Auch die öffentlichen Hände leisten wieder einen Beitrag

Die Bundesbank nimmt die Sparer in Schutz: keine Steuerhinterzieher

CLAUS DERTINGER, **Frankfurt**

Die Bundesbank widerspricht der Vermutung, daß die Sparer den überwiegenden Teil ihrer Zins- und Dividendeneinnahmen der Steuer hinterziehen. In Millionen von Einzelfällen lägen die Zinserträge unter oder *nur geringfügig über den Freigrenzen, betont die* Bundesbank *in* ihrem Monatsbericht, in dem sie den einfachen Vergleich zwischen den in der Steuerstatistik nachgewiesenen Kapitaleinkünften und den in der Geldvermögensrechnung ermittelten Kapitalerträgen für unzulässig erklärt.

Bei diesem Vergleich werde übersehen, daß die Geldvermögenseinkommen der Privaten auch die Erträge aus dem Lebensversicherungssparen enthalten, die *größtenteils* von der Einkommensteuer ausgenommen sind, schreibt die Bundesbank zu der in jüngster Zeit aufgeflammten Diskussion über die angebliche Steuerunehrlichkeit der Sparer. Sie kommt zu dem Schluß, daß der überwiegende Teil der Geldvermögenserträge privater Haushalte entweder rechtmäßig unversteuert bleibt oder entsprechend versteuert wird.

Im letzten Jahr haben die privaten Haushalte nach Berechnung der Notenbank 97 (Vorjahr: 93) Milliarden Mark Zins- und Dividendenerträge aus einem Geldvermögen von schätzungsweise 2,1 Billionen Mark (Wertpapiere zu Tageskursen bewertet) kassiert, von dem gut vier Fünftel verzinslich angelegt waren. Daraus erzielten sie eine Rendite von durchschnittlich 5,5 Prozent, was nominal zwar etwas weniger war als 1984, real aber wegen der geringeren Preissteigerungsrate etwa ebensoviel. Dem privaten Geldvermögen standen im Durchschnitt des letzten Jahres 182 Milliarden Mark Konsumschulden gegenüber.

Die privaten Haushalte, die 1985 aus *ihren Einkommen 153 (148) Milliarden* Mark sparten, bevorzugten Anlagen mit sehr attraktiver Verzinsung oder der Chance hohen Wertzuwachses, die häufig mit einem Wechselkursrisiko verbunden waren. Renner waren vor allem Dollaranleihen, daneben auch europäische Währungsanleihen und DM-Auslandsanleihen, in denen mit schätzungsweise 22 Milliarden Mark anderthalbmal soviel angelegt wurden wie 1984. Ihre inländischen Rentenbestände haben sie dagegen per saldo etwas abgebaut.

Auch Aktien fanden wieder mehr Liebhaber unter Deutschlands Sparern. Die Statistik weist 3,5 (0,7) Milliarden Mark Nettokäufe aus, ein Betrag, der nach Einschätzung der Bundesbank den tatsächlichen Erwerb erheblich unterzeichnet. Das Aktienvermögen der Privathaushalte beziffert die Bundesbank auf – zu Tageskursen gerechnet – 127 Milliarden Mark per Ende 1985.

Eine gewisse Renaissance erlebte das private Kontosparen mit 34 (21) Milliarden, das, wie die Bundesbank meint, von der Aussicht auf einen wieder stabilen Geldwert profitierte. *Insgesamt wurden 51 (45) Milliarden* Mark bei Banken angelegt. An Dynamik gewonnen hat auch die 1984 etwas gesunkene Geldanlage bei Versicherungen, und zwar hauptsächlich dank mehr oder weniger automatischer Anpassungen bestehender Zuwachsversicherungen; dafür wurden 41 (35) Milliarden Mark abgezweigt. Die Einzahlungen auf Bausparkonten blieben dagegen hinter den Auszahlungen für die Finanzierung von Neubau- und Modernisierungsvorhaben zurück, so daß die Bausparguthaben um rund eine Milliarde Mark sanken.

An der gesamtwirtschaftlichen Ersparnis hatten die privaten Haushalte 1985 einen Anteil von 64 Prozent nach 70 Prozent 1984 und sogar 90 Prozent im Jahresdurchschnitt 1981/1983. In diesem Rückgang und der gleichzeitigen Zunahme der Ersparnis der Produktionsunternehmen (von 12,0 auf 12,8 Prozent) sieht die Bundesbank eine Normalisierung der Ersparnisstruktur. Erstmals seit einigen Jahren des „Entsparens" haben 1985 auch die öffentlichen Haushalte wieder einen positiven Beitrag zur gesamtwirtschaftlichen Ersparnis (fünf Prozent) geleistet. Die Wohnungswirtschaft hat, angesichts der gesamtwirtschaftlich notwendigen Strukturanpassung an Bedeutung für den Sparprozeß verloren.

WERKZEUGMASCHINEN

Vereinigte Staaten drohen mit Import-Beschränkungen

AP/AFP/nl, Washington/Stuttgart

Die schon seit längerem laufenden Bestrebungen der Reagan-Administration zur Drosselung der Einfuhr von Werkzeugmaschinen, nehmen *nunmehr konkrete Formen an: In einer* von Handelsminister Malcolm Baldrige am Dienstag verlesenen Erklärung hat Präsident Reagan die Bundesrepublik Deutschland, Japan, Taiwan und die Schweiz aufgerufen, sich beim Export von Werkzeugmaschinen in die USA freiwillig Beschränkungen aufzuerlegen.

Sein Vorgehen begründete Reagan damit, daß die Werkzeugmaschinen-Industrie ein „kleiner aber lebenswichtiger Teil der Grundlagen der amerikanischen Verteidigung" sei. Die hohen Importe könnten die Kapazität der USA, wichtige Werkzeugmaschinen herzustellen, gefährden. Nach weiteren Angaben soll der Umfang der amerikanischen Importe von Werkzeugmaschinen in den nächsten sechs Monaten „geprüft" werden. Reagan habe, wie verlautet, damit also eine Frist von einem halben Jahr gesetzt, um dann gegebenenfalls die Einführung von Importquoten zu beschließen.

Berthold Leibinger, Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses im Verein Deutscher Werkzeugmaschinen-*Fabriken (VDW), bewertet diesen* Vorgang eher gelassen. „Die Maßnahme der Amerikaner ist nicht dramatisch, paßt aber nicht in die Landschaft." Er sei zuversichtlich, daß bei den jetzt anstehenden Verhandlungen mit den Amerikanern noch ein Umdenkungsprozeß zustande komme. In den USA werde man vielleicht einsehen, daß es auch für die Wettbewerbslage anderer Industrien wichtig sei, den modernsten Maschinenpark einsetzen zu können.

Weltweit habe sich gerade im Werkzeugmaschinenbau immer mehr eine Art Arbeitsteilung herausgebildet, wobei verschiedene Länder, also die USA, Japan, die Bundesrepublik oder die Schweiz sich auf bestimmte Maschinentypen spezialisiert hätten. In der Weltrangliste der Werkzeugmaschinen-Produktion rangierte Japan in 1985 mit einem Wert von 15,5 Milliarden DM an erster Stelle, zweiter war die Bundesrepublik mit elf Milliarden DM, gefolgt von der Sowjetunion mit geschätzten 8,8 Milliarden DM, während die USA, die früher weiter vorn rangierte, mit 7,6 Milliarden DM an vierter Stelle rangiere.

Die Werkzeugmaschinen-Importe in den USA beliefen sich im vergangenen Jahr auf rund fünf Milliarden DM, das ist ein Anteil von 44 Prozent des Binnenverbrauchs. In der Bundesrepublik liegt diese Quote im Vergleich dazu bei 34 bis 35 Prozent. Größter Werkzeugmaschinen-Exporteur ist mit Abstand Japan mit einem Anteil von etwa der Hälfte aller *Importe dieser Sparte in den USA.* An zweiter Stelle folgt die Bundesrepublik mit einem Anteil von sieben- bis acht Prozent. Für den deutschen Werkzeugmaschinenbau ist der US-Markt der wichtigste Abnehmer.

SOS an der Küste

Von JAN BRECH

Die Lage in der Werftindustrie spitzt sich zu. Die Auftragsdecke ist so dünn, daß spätestens in der zweiten Jahreshälfte mit massiver Kurzarbeit gerechnet werden muß. Da die meisten Betriebe finanziell bereits jetzt kurz vor dem Ende sind, drohen der Küste Zusammenbrüche mit irreparablen Schäden.

Die Ursachen der schweren Krise sind bekannt. Es gibt riesige Überkapazitäten, die aus beschäftigungspolitischen Gründen national subventioniert und so am Leben erhalten bleiben. Ins Schlingern geratene Reedereien, die bislang über jeden Zweifel erhaben waren, haben zudem die Banken in höchstem Maße verunsichert. Für Anschlußaufträge, die die *deutschen Werften* dringend brauchen, ist eine Finanzierung kaum auf die Beine zu bringen. Der Wertverfall am Markt für Secondhand-Schiffe führt zu niedrigeren Beleihungsgrenzen. Außerdem fordern die Banken Landesbürgschaften und höhere Eigenmittel, die sich über Kommanditbeteiligungen aber nicht mehr einwerben lassen. Die Belastungen *aus Unterbeschäftigung infolge* fehlender Anschlußaufträge wirken um so schwerer, als die meisten Werften heute mit Garantien in Anspruch genommen werden, die sie in früheren Jahren eingegangen sind, um die Beschäftigung zu sichern.

Es mag unter den Werften ein paar Ausnahmen noch geben (vor allem jene, die mit Marineaufträgen versorgt sind), im Prinzip aber steht der deutsche Schiffbau vor dem Kollaps. Die Kapazitäten haben ein betriebswirtschaftliches Mindestmaß erreicht, die Reserven sind erschöpft. Die meisten Werften sind so blutleer, daß es auf Dauer auch nichts mehr nutzt, ihnen mit Landesmitteln finanziell unter die Arme zu greifen. Diese Art der Hilfen verlängert ohnehin nur die Agonie eines Betriebes in einer Region, während sie gleichzeitig den Tod eines anderen in der nächsten Region beschleunigen.

Der Schiffbau ist an einem Punkt angelangt, wo vornehmlich in den politischen Schaltzentralen die Frage beantwortet und entschieden werden muß, ob wenigstens ein Kern der deutschen Werftindustrie erhalten bleiben soll, einpendelt. Den Werften selbst fällt es schwer, in eigener Sache für ein solches Überlebenskonzept zu werben. Ihr Ruf im Binnenland ist nicht sonderlich gut. Mit dem Zusammenschweißen von Schiffen gehen sie nach weitverbreiteter Meinung einer Produktion nach, die Japan und Südkorea sowie fast jedes Entwicklungsland genauso gut und wesentlich billiger machen können.

Unter der seit Jahren anhaltenden Krise im Weltschiffbau, ist die Erkenntnis verschütt gegangen, daß Schiffahrt und Schiffbau nicht nur für die norddeutsche Küstenregion *ein bedeutender Faktor sind. Es gibt* zwar mehr Bauern als Werftarbeiter und Seeleute, aber der Beitrag, den die beiden maritimen Branchen für die Weiterentwicklung technischen Know-hows, für Innovationen, bei der Zulieferindustrie und last not least für die nationale Versorgung leisten, ist größer als in südlichen Gebieten allgemein angenommen. Im übrigen hat es sich bislang keine andere der großen Handelsnationen erlaubt, die eigenen maritimen Interessen einem von allen Seiten subventionierten Verdrängungswettbewerb zu opfern.

Im politischen Ansatz macht die Bundesregierung da keinen Unterschied. Aus handelspolitischen und auch strategischen Gründen plädiert sie seit Jahren für den Erhalt einer nationalen Flotte. Bei der engen Verzahnung von Schiffahrt und Schiffbau bedeutet das im Prinzip auch ein Ja für den Erhalt einer lebensfähigen Werftindustrie.

Die jüngste Entwicklung im Schiffbau hat Subventionen nach dem Motto aber überholt, wer den Karren am *tiefsten in den Graben gefahren hat,* bekommt am meisten. Gefragt ist ein Konzept, das die politische Willenserklärung für den Erhalt der maritimen Wirtschaft mit einheitlichen Mechanismen verbindet, die es ermöglichen, die Strukturen der Branche so zu ordnen, daß sie überleben kann. Ein guter Teil der Subventionen wäre vermutlich besser angelegt, wenn *man vor dem Bankrott stehenden Be*trieben das endgültige Ausscheiden aus dem Markt erleichtern würde, statt ihren Todeskampf zu verlängern. Das Kardinalproblem der deutschen Werften ist unverändert, daß es trotz des erheblichen Abbaus noch immer viel zu viel Kapazitäten gibt. Da dies nicht mehr für den einzelnen Betrieb gilt, sondern für die Summe der Branche, müssen nun ganze Betriebseinheiten ausscheiden.

Viel Zeit bleibt nicht mehr, um Rahmenbedingungen für einen geordneten Rückzug der Schwachen zu schaffen, der den etwas Stärkeren vielleicht helfen könnte. Die Pleitegeier sammeln sich.

AUF EIN WORT



„Wir müssen überlegen, wie wir jungen Familien den Erwerb von Wohnungseigentum aus dem Bestand ermöglichen können, was auch den Markt entlasten würde. Wir müssen die Gebrauchtimmobilie stärker fördern als bisher."

Karl Eduard Claussen, Innenminister von Schleswig-Holstein FOTO: DIE WELT

Strukturbeihilfen für Agrarregionen

Ha. Brüssel

Die EG-Kommission hat dem Wunsch der Bundesregierung entsprochen und dem Ministerrat eine Ausweitung der für Förderungsmaßnahmen in Frage kommenden benachteiligten Agrarregionen vorgeschlagen. Knapp 51 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Fläche in der Bundesrepublik sollen damit un*ter Sonderrechte gestellt werden, bis*her waren es 33 Prozent. Die geplanten Strukturhilfen sind Teil des Bonner Hilfspakets im Anschluß an die Festsetzung der europäischen Agrarpreise. Die EG würde sich ihnen mit 25 Prozent beteiligen. Der Rat will bis Ende Mai entscheiden.

SEERECHTSKONVENTION

Minister Bangemann macht der Meerestechnik Mut

A. G. Bonn

Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann hat die meerestechnische Industrie der Bundesrepublik *aufgefordert, in ihren Bemühungen,* auf dem Weltmarkt Fuß zu fassen, nicht nachzulassen. Wie Bangemann gestern abend anläßlich der Eröffnung des Symposiums „Meerestechnik und internationale Zusammenarbeit" in Wilhelmshaven erklärte, sollte sich diese Branche von der ungünstigen Ausgangsposition im internationalen Wettbewerb nicht entmutigen lassen, sondern bei der Überwindung der vielfältigen Hindernisse unter Umständen auch einmal „besondere Wege" gehen. Vielleicht könnten Joint-ventures oder andere Formen der Zusammenarbeit den Zugang zu bislang verschlossenen Märkten erleichtern.

Derweil werde sich die Bundesregierung darum bemühen, die in der Internationalen Seerechtskonvention enthaltenen Vorschriften über den Tiefseebergbau so zu verändern, daß sie allgemein annehmbar werden. Gerade wegen der Unzulänglichkeit dieser Vorschriften habe Bonn seinerzeit *auf die Unterzeichnung dieser Kon*vention verzichtet. Damit den deutschen Unternehmen in der Zwischenzeit Aktivitäten im Bereich des Meeresbergbaus nicht verschlossen blieben, habe die Bundesregierung im Dezember Lizenzen zur Aufsuchung von Meeresrohstoffen erteilt. So könnten die Arbeiten zur Erkundung der Manganknollenvorkommen in den lizenzierten Flächen fortgeführt und die notwendige Technologie fortentwickelt werden.

Außerdem will Bonn bei der neuen Verhandlungsrunde im Rahmen des Gatt – Bangemann rechnet schon bald mit dem konkreten Verhandlungsbeginn – auf eine Liberalisierung des Handels mit Dienstleistungen und die Erarbeitung eines allgemein anerkannten multilateralen Regelwerkes dringen.

DIW

Einkommen in der „DDR" nicht einmal halb so hoch

AP, Berlin

Die Bundesbürger verdienen im Durchschnitt immer noch mehr als doppelt so viel wie die „DDR"-Bürger. In seinem jüngsten Wochenbericht über das Kaufkraftverhältnis zwischen D-Mark und Mark der „DDR" schreibt das in Berlin ansässige Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), der reale Einkommensrückstand der „DDR" – gemessen am Nettoeinkommen der Arbeitnehmer- und Rentnerhaushalte – liege weiter bei etwa 50 Prozent, obwohl im anderen deutschen Staat mehr Verdiener zum Haushaltseinkommen beitragen. Berücksichtige man die Versorgungsprobleme in der „DDR", vergrößere sich dieser Abstand weiter. Das DIW warnt allerdings davor, das Niveau der Lebenshaltung in der „DDR" allein nach dem Kaufkraftvergleich zu bewerten.

Die Bundesbürger mußten dem Bericht zufolge Mitte 1985 für die gleichen Waren und Dienstleistungen etwa ein Viertel mehr zahlen als in der „DDR", legt man den „DDR"-Warenkorb zugrunde. Nach dem reichhaltigeren westlichen Warenkorb betrage die relative Kaufkraft in der „DDR" jedoch nur noch 89 Prozent. Nach wie vor gelte, daß für Waren des Grundbedarfs, für Mieten und für die meisten anderen Dienstleistungen in der „DDR" weit weniger als in der Bundesrepublik gezahlt werden müsse. Viel teurer seien in der „DDR" dagegen Genußmittel, Erzeugnisse besserer Qualität und modischer Gestaltung sowie dauerhafte Gebrauchsgüter und neue Produkte, heißt es in dem Bericht.

Die Berliner Forscher sind zum Teil auf sehr große Unterschiede bei den Konsumgüterpreisen gestoßen, die manchmal bis zu 1000 Prozent ausmachten. Vor allem wer in der „DDR" Waren der gehobenen Qualitäten erwerben will, muß tiefer in die Tasche greifen.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Bundesbank contra Länder-Initiative

Frankfurt (cd.) – Die Bundesbank sieht keine sachliche Notwendigkeit für die Initiative des Bundesrates, den Plafonds für Kassenkredite der Bundesbank an die Länder von 2,4 auf 6,5 Mrd. DM zu erhöhen. Die Kassenkredite seien als letzte ganz kurzfristige Liquiditätshilfe gedacht und nicht primär als Quelle billiger Finanzierungsmittel. Die nach den Erfahrungen mit zwei Inflationen wohlerwogene Konzeption des Bundesbankgesetzes, den Kassenkredit an öffentliche Stellen eng zu begrenzen, solle nicht um geringfügiger fiskalischer Vorteile willen in Frage gestellt werden, warnt die Bundesbank in ihrem Monatsbericht.

Forderung an Blüm

Bonn (DW.) – Zur sofortigen Aufhebung des „Beschäftigungsförderungsgesetzes" hat die Gewerkschaft *Handel, Banken und Versicherungen* (HBV) Bundesarbeitsminister Norbert Blüm aufgefordert. „Das Beschäftigungsförderungsgesetz hat in keiner Weise zur Förderung der Beschäftigung beigetragen. Es hat vielmehr dazu geführt, daß die Zahl der Vollzeitarbeitsplätze zurückgegangen ist und daß mit den Arbeitnehmern in zunehmendem Maße nur *noch Zeitverträge abgeschlossen* werden", erklärte HBV-Vorstandsmitglied Lorenz Schwegler.

Kooperation mit Ford

Rom (dpa/VWD) – Nach dem Scheitern der geplanten Kooperation zwischen dem US-Autohersteller Ford und der italienischen FIAT bahnt sich stattdessen eine Verbindung zwischen Ford und dem italienischen Staatsbetrieb Alfa Romeo an. Nach einer von Alfa Romea in Rom veröffentlichten Erklärung ist Ford bereit, „einen bedeutenden Anteil" des Alfa-Kapitals zu übernehmen. Ford sei interessiert, sich später eine Mehrheit an Alfa zu sichern.

Klage gegen Sony

Frankfurt (dpa/VWD) – Die Ringfoto GmbH, Nürnberg, hat die Sony Deutschland GmbH (Köln) wegen Nichtbelieferung mit Videokameras verklagt. Die Klage wurde vor zwei Wochen beim Landgericht Köln eingereicht und dem Bundeskartellamt in Berlin zur Kenntnis zugeleitet, teilte Geschäftführer Ferdinand Eder in Frankfurt mit.

Geldmenge steigt schneller

Frankfurt (cd.) – Das Geldmengenwachstum hat sich im April wieder beschleunigt. Die Zentralbankgeldmenge übertraf mit einer saisonbereinigten Jahresrate von gut acht Prozent (März: 6,75 Prozent) ihren Durchschnittsstand vom vierten Quartal 1985; damit bewegte sie sich deutlicher oberhalb des Zielkorridors von 3,5 bis 5,5 Prozent.

Börse kräftig erholt

Frankfurt (DW.) – Nach der kräftigen Kurserholung am amerikanischen Aktien- und Anleihemarkt hat sich gestern auch die Stimmung an den deutschen Wertpapiermärkten, unterstützt durch die Dollarbefestigung auf 2,2465, gebessert. Blue chips wie Bank-und Autoaktien gewannen zwei bis drei Prozent. Auch in vielen anderen Teilbereichen gingen die Steigerungen über ein Prozent des Kurswertes hinaus.

Korea-Anleihe

Frankfurt (cd.) – Die staatliche Korea Development Bank begibt unter Führung der Deutschen Bank eine 6,625prozentige siebenjährige Anleihe über 100 Mill. DM zum Kurs von 99,75 Prozent, die an der Frankfurter Börse eingeführt werden soll.

Wenig neue Liquidität

Frankfurt (cd.) – Die Bundesbank hat auf 16,8 Mrd. DM Gebote für neue Wertpapierpensionsgeschäfte lediglich 5,9 Mrd. DM zum Festzins von 4,35 Prozent zugeteilt. Wegen der Flüssigkeit des Geldmarktes wird der Betrag trotz Fälligkeit von 10,1 Mrd. DM Pensionsgeschäften für ausreichend gehalten.

Wochenausweis

	15.5.	7.5.	15.4.
Netto-Währungsreserve (Mrd. DM)	58,1	58,0	59,0
Kredite an Banken	94,6	99,8	97,9
Wertpapiere	4,8	4,6	4,5
Bargeldumlauf	114,3	115,3	112,6
Einl. v. Banken	46,5	49,8	46,0
Einlagen v. öffentl. Haushalten	2,4	1,6	6,3

VERKEHR

BDI für stärkere Liberalisierung

Ha. Brüssel

Zu weitergehenden Vorschlägen für eine *Liberalisierung* des Güterfernverkehrs hat der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) die EG-Kommission ermuntert. Nach Gesprächen mit dem zuständigen britischen Kommissar Clint Davis appellierte BDI-Präsidiumsmitglied Peter Schuhmacher an die EG-Exekutive, „nicht halbherzig auf dem vorgegebenen Deregulationskurs voranzuschreiten".

Kommission und Rat müßten nunmehr konsequent die Chance nutzen, sowohl im nationalen wie auch im internationalen Bereich einen freien Verkehrsmarkt zu schaffen, der integraler Bestandteil des bis 1992 geplanten europäischen Binnenmarktes sein müsse, heißt es in der Stel*lungnahme. Die deutsche* Verkehrsmarktordnung mit ihrem „hohen Maß an Regulierung und Bürokratisierung" dürfe keinesfalls Vorbild dafür sein.

Für den BDI, der in diesem Fall ausschließlich Verbraucherinteressen vertritt, bedeutet die Schaffung eines liberalisierten Verkehrsmarktes keinen Schritt ins Ungewisse. Im Gegenteil: Bei gleichzeitigem Abbau von Wettbewerbsverzerrungen würden sich für das deutsche Verkehrsgewerbe bessere Chancen bieten.

Hinter der Erklärung steht offenbar die Erwartung, daß die schrittweise Auflockerung des bilateralen Kontingentsystems im grenzüberschreitenden Verkehr die Regierungen auch zu einer Harmonisierung der häufig diskriminierenden steuerlichen Bestimmungen zwingen würde. Nach Schätzungen des BDI wendet die deutsche Industrie jährlich 40 Mrd. DM für Verkehrsleistungen auf.

FONDS FÜR LANDWIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG / Besuch des Präsidenten Idriss Jazairy in Bonn

Zurückhaltung der Opec schafft Finanzprobleme

HEINZ HECK, Bonn

Am Freitag kommt der Präsident des Internationalen Fonds für Land*wirtschaftliche Entwicklung* (Ifad), Idriss Jazairy, zu seinem ersten offiziellen Besuch nach Bonn. Ifad ist eine UN-Sonderorganisation mit 141 Mitgliedsländern, die sich auf die Unterstützung der ärmsten Bevölkerungsschichten in der Dritten Welt, vor allem in Selbsthilfeprogrammen der Ernährungssicherung, spezialisiert hat.

Ifad hat in acht Jahren bis Ende 1985 knapp 180 Projekte in 87 Entwicklungsländern mit Gesamtkosten von 9,1 Milliarden Dollar teilfinanziert. Ihr eigener Finanzbeitrag hierzu beläuft sich auf 2,1 Milliarden Dollar. Hinzu kommen rund 100 Millionen Dollar für technische Hilfe. Mit diesen Projekten wurde die jährliche Produktionskapazität um schätzungsweise 22 Millionen Tonnen Getreide (in Weizen gerechnet) erhöht.

Jazairy kommt unmittelbar vor der UN-Sondergeneralversammlung nach Bonn, die sich vom 27. bis 31. Mai mit der kritischen wirtschaftlichen Lage Afrikas befaßt. Er will bei Entwicklungsminister Jürgen Warnke für eine deutsche Beteiligung an einem Dreijahres-Sonderprogramm (1986/88) für Afrika südlich der Sahara werben. Gerade dieser von der Dürre heimgesuchten Region galt schon in der Vergangenheit das besondere Interesse der Organisation (knapp ein Drittel der bisherigen Kreditzusagen).

Seit die Ölförderung der Opec zurückgeht und die Ölpreise fallen, steckt der Ifad in großen finanziellen Schwierigkeiten. Er wurde 1977 in der Absicht gegründet, Petro-Dollar aus der Opec in die internationale Entwicklungshilfe zu leiten. Dieser Versuch kann zumindest für die ersten Jahre als geglückt angesehen *werden, denn Opec-Mitglieder* stellten zunächst über 40 Prozent der Fondsmittel. Den Rest brachten, von kleinen Beiträgen der übrigen Entwicklungsländer abgesehen, die Industrieländer auf.

Doch mit zunehmender finanzieller Anspannung in der Opec schwand auch deren Hilfsbereitschaft. Nur mit großer Mühe konnte der Ifad-Gouverneursrat Anfang des Jahres am Sitz der Organisation in Rom die sogenannte zweite Wiederauffüllung für 1985/87 mit mindestens 460 Millionen Dollar beschließen. Gemessen an früheren Geldbeschaffungsaktionen in Milliardenhöhe war dies ein deutlicher Schritt zurück. Das Programm ist formal erst unter Dach und Fach, *wenn Beitragszusagen der beiden* Hauptgebergruppen für jeweils die Hälfte der übernommenen Summen (OECD 276 und Opec 184 Millionen Dollar) vorliegen.

Vor allem die USA verhinderten im Januar ein stärkeres Engagement der Industrieländer. Um den finanziellen Rückschlag zu kompensieren, hatte der Gouverneursrat auch der Schaffung des Drei-Jahres-Programms für Afrika zugestimmt. Beiträge aus der Opec werden hierfür aus den genannten Gründen nicht erwartet. Zusagen aus Industrieländern liegen bisher in Höhe von schätzungsweise 150 Millionen Dollar mit unterschiedlichem Verbindlichkeitsgrad vor.

In Bonn ist bisher noch keine Entscheidung über eine Dotierung gefallen. Zwar werden die im Haushalt *1986 für den deutschen Ifad-Beitrag* eingesetzten Mittel nur zu knapp zwei Dritteln genutzt, doch ist eine Über*tragung auf das Sonderprogramm* aus haushaltsrechtlichen Gründen nicht möglich. Jazairy geht es bei seinem Besuch auch darum, Bonn zu einer möglichst raschen Hinterlegung der Beitragszusage zu drängen.

Mehr Investitionen im Ausland geplant

J. Sch. Paris

Die französische Sommer-Allibert-Gruppe, nach eigenen Angaben größter Kunststoffverarbeiter Europas, will ihre internationale Wettbewerbs*position durch neue Investitionen im* Ausland stärken. Konkrete Projekte liegen insbesondere für die USA und China vor. In der Bundesrepublik sind neue Produktionsanlagen für Automobilausstattungen geplant, „um den potentiellen Großkunden näher zu sein". In diesem Sektor beliefert Sommer-Allibert außerhalb Frankreichs vor allem Volvo sowie Opel, BMW und VW.

NAMEN

Konrad Wilmes, geschäftsführender Gesellschafter der Wellpappenfabrik Warburg – Kassel GmbH & Co. KG, Warburg-Nörde, feiert heute seinen 60. Geburtstag.

Dr. **Walter Schoch** (62), Vorstandsmitglied der Jagenberg AG, Düsseldorf, geht am 30. Juni 1986 in den Ruhestand. Nachfolger wird als zu*nächst stellvertretendes Vorstands*mitglied Dr. **Klaus O. K. Kamin**, der den Geschäftsführungsvorsitz bei der Tochter OKL Verpackungssysteme GmbH beibehält.

Dr. **Manfred Scholz**, Geschäftsführer der Haindl Papier GmbH, Augsburg, hat den Vorsitz des Verbandes Bayerischer Papierfabriken e. V., München, übernommen. Er ist Nachfolger von **Karl Heinz Nicolaus**, MD Papierfabriken Nicolaus & Co., Dachau.

Dr. **Heinz Sippel** wurde in den Aufsichtsrat der Deutsche Westminster Bank AG und zu deren Vorsitzenden gewählt.

Dr. **Karl-Heinz Suermondt**, langjähriger Vorstandsvorsitzender der Gödecke AG, Berlin, wurde zum Aufsichtsratsvorsitzenden bestellt. Er löst **Helmut Haeusgen** ab, der nach zwölfjähriger Tätigkeit an der Spitze des Aufsichtsrates aus diesem Gremium der Gesellschaft ausscheidet.

Ägypten beschließt Sparmaßnahmen

AFP, Kairo

Die ägyptische Regierung will als *Folge des erwarteten erheblichen* Einnnahmenrückgangs die Staatsausgaben stark reduzieren. Der jetzt vorgelegte Staatshaushalt für das Steuerjahr 1986/87 sieht unter anderem eine Reduzierung der Subventionen um rund zwölf Prozent und eine nur minimale Erhöhung der Löhne und Gehälter im öffentlichen Sektor vor. Damit sollen die durch den Erdölpreisverfall und den Rückgang der Einnahmen aus dem Suezkanalverkehr bedingten Einnahmeausfälle kompensiert werden. Die Schuldenrückzahlung erfolge planmäßig.

BÖRSE TOKIO / Stürmische Hausse vorerst beendet

Noch Luft für Kurs-Anstieg

FRED de LA TROBE, Tokio

Nach einer stürmischen Hausse an der Börse von Tokio zwischen Februar und Anfang Mai war die Entwicklung in den beiden letzten Wochen wieder rückläufig. Die Liquidität am japanischen Geld- und Kapitalmarkt ist aber nach wie vor sehr hoch, das Angebot an Mitteln übersteigt die Nachfrage der Kreditsu*chenden* bei weitem, und der Strom verfügbarer Gelder an die Börsen ist tendenziell unbehindert.

Mitte März überschritt der Nikkei-Dow-Jones-Index der 225 führenden Werte an der ersten Sektion der Tokioter Börse die 14 000-Marke, um dann schon nach zehn weiteren Tagen auch die 15 000-Linie zu überspringen. Bis Anfang Mai war schließlich der Rekord von *16 000* gefallen, inzwischen ist der Index aber auf 15 690 zurückgefallen.

Mit dem Höhenflug des Yen in den letzten Monaten nahm die Bank von Japan den Diskontsatz zweimal zurück, eine dritte Senkung wird bald erwartet. In der Folge bröckelte das Zinsniveau ab, immer mehr Anleger zogen an die Börse. Dieser Trend verstärkte sich noch dadurch, daß der bisher lebhafte Kauf ausländischer Wertpapiere wegen des Yen-Anstiegs *neuerdings riskant* erschien.

Starker Yen

Der starke Yen übt ferner einen deflationären Druck auf die Wirtschaft aus und schwächt tendenziell *die Wettbewerbsstärke der* Exportindustrien. Damit ist die Neigung zu Investitionen gesunken und weitere Beträge stehen zur Anlage frei. Seit Februar dieses Jahres nahmen auch die Nettokäufe der Ausländer beträchtlich zu. Erst in den beiden letzten *Wochen übertrafen die ausländi*schen Verkäufe wieder die Neuanschaffungen.

Die gegenwärtige Flaute an der Börse führen Marktbeobachter auf *die zunehmende Sorge vor* möglichen ungünstigen Folgen des steigenden Yen auf die von Exporten abhängige Wirtschaft und auf die Geschäftsabschlüsse vieler Unternehmen zurück. Die bisher veröffentlichten Berichte deuteten auf einen wesentlichen Rückgang der Reingewinne.

Größte Gewinner

Die größten Gewinner an der Börse während des letzten Monats waren *die Firmen* Secom (elektronische Sicherheitsvorrichtungen), Seibu Railway (Privateisenbahn), Janome Sewing Machine (Nähmaschinenhersteller, der in die Elektronik vorgestoßen ist), Arabian Oil, Tsubakimoto Machinery and Engineering (Maschinen und Roboter), Kuraray (Kunstfasern, Chemikalien), Advantest (Elektronik), Fujii (Handel), Yokohama *Matsuzakaya* (*Kaufhaus*), Kobe Kiito (Textilien) und Toyo Sanso (Chemikalien und Kunststoffe).

Da der Yen-Wechselkurs zum Dollar und auch zu den europäischen Währungen noch steigende Tendenz hat und die Zinsen weiter fallen, werden nach Ansicht von Marktbeobachtern weiterhin beträchtliche Gelder an der Börse Anlage suchen. Ein Steigen der Kurse bis auf den Indexstand von 17 000 oder sogar 18 000 bis zum Herbst halten diese Kreise für durchaus möglich. Eine Minderheit unter den Börsianern hält dagegen den gegenwärtigen Kursstand für überhöht und warnt, daß plötzliche umfangreiche Gewinnmitnahmen von institutionellen Anlegern zu beträchtlichen Kursstürzen führen könnten.

(SAD)

PATENTBILANZ / Langfristig sinkendes Defizit

Deutsche Zahlungen höher

cd. Frankfurt

Für die Nutzung von Patenten und Lizenzen haben deutsche Unternehmen auch in den beiden letzten Jahren wieder erheblich mehr gezahlt als kassiert; 1984 waren es gut 1,5 Mrd. DM, 1985 reichlich 1,7 Mrd. DM. Bei längerfristiger Betrachtung sind jedoch, wie die Bundesbank in ihrem *Monats*bericht *schreibt*, die Einnahmen prozentual stärker gestiegen als die Ausgaben. So deckten die Einnahmen 1985 gut 50 Prozent der Ausgaben, vor zehn Jahren dagegen nur knapp 40 Prozent.

Nach dem Urteil der Bundesbank sagt das Defizit in der Patent- und Lizenzbilanz aber nichts oder nur wenig über den Stand des technischen Wissens *im internationalen Vergleich* aus. Die Bilanz wird maßgeblich davon geprägt, daß deutsche Töchter ausländischer Unternehmen hohe Zahlungen für die Patent- und Lizenznutzung ihrer Mütter leisten; Unternehmen ohne maßgebliche ausländische Beteiligung erzielten dagegen stark steigende Einnahmeüberschüsse. Die wichtigsten Lizenznehmer und -geber sind die Elektrotechnik einschließlich Datenverarbeitung, Chemie und Metallindustrie einschließlich Maschinen- und Fahrzeugbau, auf die 1985 86 Prozent der Einnahmen und 70 Prozent der Ausgaben entfielen.

Knapp 90 Prozent der Ausgaben flossen in die USA (1,8 Mrd. DM), *in* die Schweiz (458 Mill. DM) und in die Niederlande (370 Mill. DM). Unter den Lizenzeinnahmen stehen die USA (29 Prozent) und Japan (11 Prozent) an vorderster Stelle. Unter den *Lizenznehmern rangiert die Bundes*republik weltweit auf dem dritten Platz nach Japan und Italien, unter den Lizenzgebern auf Platz fünf nach USA, England, Italien und Japan.

AEROSPATIALE / Konsolidierungsphase erreicht

Hoffnung auf den Airbus

J. Sch. Paris

Nach zwei schwierigen Jahren ist *Frankreichs* größter Luft- und Raumfahrtkonzern, die mit der deutschen MBB vergleichbare staatliche Aérospatiale, in eine Konsolidierungsphase eingetreten, die sich voraussichtlich bis 1988 erstrecken wird. Bei einem Umsatz von 24,6 (25,1) Mrd. Franc wird für *1985* ein Gewinn von 454 Mill. Franc gemeldet, nachdem 1984 plus 3432 Mill. Franc ausgewiesen wurden.

Ohne die aufgerechneten Vorjahresverluste wären es aber nur 51 Mill. Franc gewesen. Die Konzernverschuldung nahm auf 2,8 (2,4) Mrd. Franc zu, nachdem die Investitionen um 44 Prozent gesteigert wurden. Das *war wegen der gewaltigen Neuaufträ*ge von 34,8 Mrd. Franc (plus 73 Prozent) erforderlich. Davon entfielen *70,2* Prozent auf den Export, ein Anteil, den Konzernpräsident Henry Martre als gefährlich hoch und wegen *des starken Rüstungsanteils als weit*gehend fragil bezeichnete. Um so größere Hoffnungen setzt er auf den neuen Airbus A 320.

Von den derzeitig verfügbaren Airbussen, an deren Herstellung der *französische Konzern mit einem Drit*tel beteiligt ist, wurden letztes Jahr 125 Einheiten bestellt gegenüber erst 30 in 1984. Die gesamten Aufträge für Zivilflugzeuge erreichten bei Aérospatiale 17,9, die für Lenkwaffensysteme 7,5, für Hubschrauber 5,4 und für die Raumfahrt 4 Mrd. Franc.

ECU / Bundesbank neutral gegenüber privater Nutzung

Beliebtheit nimmt stetig zu

J. SCH./DeT. Paris/Bonn

Die am 6. April erfolgte Abwertung des französischen Franc im EWS um drei Prozent und gegenüber der gleichzeitig aufgewerteten D-Mark um sechs Prozent war zu diesem Zeitpunkt und in diesem Umfang nicht notwendig. Dies erklärte Leonard Gleske, Mitglied des Bundesbank-Direktoriums, vor der deutsch-französischen Wirtschaftspresse in Paris unter Hinweis darauf, daß die D-Mark bisher nur durch massive Interventionen innerhalb der neuen Bandbreiten gehalten werden konnte. Gleske macht dafür vor allem die Stärke des Franc an den Devisenmärkten verantwortlich.

Für deutsche Investitionen in Frankreich sieht Gleske keine Wechselkursrisiken. Die Bundesbank sei davon überzeugt, daß die Teuerung schwach bleibt.

Zum Ecu äußerte sich Gleske vorsichtig-optimistisch. Gegenüber der privaten Ecu-Verwendung nehme die Bundesbank eine neutrale Haltung ein. Im übrigen sei nicht unwahr*scheinlich, daß* sie ihre Auffassung revidiere. Er persönlich sei nicht dagegen, die Rolle des Ecu zu verstärken. Ob er als Kern für eine gemeinsame europäische Währung geeignet ist, sei aber zu bezweifeln.

In *einer Analyse des Ecu-Marktes* hat jetzt das Institut der deutschen Wirtschaft in Köln festgestellt, daß die auf den europäischen Kredit- und Kapitalmärkten steigende Beliebtheit der Kunstwährung für die stabilitätspolitischen Ziele der Deutschen Bundesbank keine Gefahr darstelle. Die Genehmigung von Ecu-Konten in der Bundesrepublik würde der Bundes*bank im Gegenteil* die Kontrolle des Ecu-Geschäfts erleichtern.

Der Ecu erfreut sich vor allem beim Interbankengeschäft zunehmender Beliebtheit. Nur rund ein Viertel der Ecu-Bankaktiva im Umfang von 54,2 Mrd. entfielen 1985 *auf* Nichtbanken. Die Vorteile bestehen vor allem in dem Ecu-Zinssatz, der als gewogener Durchschnitt der nationalen Zinssätze kalkuliert wird sowie dem verringerten Wechselkursrisiko.

Die Schlüsselposition bei der privaten Verwendung nimmt der Kapitalmarkt ein. Bereits fünf Jahre nach seiner Einführung hat der Ecu seinen Anteil am Anleihemarkt um das sechsfache vergrößert und nimmt nunmehr hinter dem US-Dollar und der D-Mark den dritten Platz ein.

OETKER / Vorstoß im Wachstumsmarkt Cerealien

Neues Werk für Müsli-Riegel

hdt. Bielefeld

Nahrungsmittel, die voll auf der Linie des gestiegenen Gesundheitsbewußtseins liegen, haben in den letzten Jahren beachtliche Umsatzsteigerungen verzeichnen können. Neben Mineralwasser und Multivitaminsäften gehören dazu auch die Cerealien, die Flocken aus Mais, Reis, Weizen oder Hafer. Das bekannteste Produkt in diesem Bereich sind die Cornflakes. Dazu haben sich in jüngster Zeit auch die Müslis gesellt. Diese Getreideflocken fristeten lange Zeit ihr Dasein fast nur in den Regalen der Reformhäuser, konnten in den letzten Jahren mit regelmäßig hohen Zuwachsraten jedoch immer neue Verbraucherkreise für sich gewinnen.

Nach neuesten Zahlen dürfte der Cerealien-Markt in der Bundesrepublik 1986 ein Volumen von etwa 290 Mill. DM erreichen, gegenüber den 237 Mill. DM von 1985 ein Plus von mehr als 20 Prozent. Verglichen mit den nur 145 Mill. DM von 1980, bedeutet das eine Umsatzverdoppelung in nur sechs Jahren. Das Segment Cornflakes verzeichnet gegenwärtig ein leichtes Wachstum, stärker nehmen die vorgesüßten Cerealien zu, überproportional jedoch das Müsli-Segment, und das bei relativ stabilen Preisen. So wird sich der Umsatz im Teilmarkt Müsli in Faltschachteln 1986 voraussichtlich von 80 auf 100 Mill. DM erhöhen, bei Müsli-Riegeln dürfte mit einem Wachstum von 39 auf 60 Mill. DM sogar die höchste Steigerungsrate zu erzielen sein.

In beiden Müsli-Segmenten ist Dr. August Oetker Nahrungsmittel, Bielefeld, seit 1984 mit einem Produktsortiment vertreten, konnte auf Anhieb erhebliche Marktanteile gewinnen und diese laufend weiter ausbauen. Der Jahresumsatz in diesem Bereich, zwei vorgesüßte Cerealien-Sorten eingeschlossen, belief sich 1985 auf rund 20 Mill. DM und soll 1986 verdoppelt werden. Der Ausbau der Produktionspalette soll dazu beitragen, besonders auch im Segment Müsli-Riegel.

Die optimistischen Erwartungen werden durch erhebliche Aufwendungen in diesem Zukunftsmarkt unterstrichen. So wurden allein 7,1 Mill. DM in die technischen Anlagen eines neuen Werkes im ostwestfälischen Oerlinghausen investiert. Dessen Fertigungskapazität liegt bei jährlich rund 60 Mill. Müsli-Riegeln, ein Hinweis auf geplante verstärkte Aktivitäten in diesem Teilmarkt, in dem auch Kelloggs und die Schwartauer Werke kräftig mitmischen.

BOEHRINGER INGELHEIM / Einstieg in die Biotechnologie eröffnet neue Chancen

Pharmageschäft in den USA ausgebaut

INGE ADHAM, Frankfurt

Als insgesamt zufriedenstellend kennzeichnet Folkert Bellstedt, Mitglied der Zentral-Geschäftsleitung von Boehringer Ingelheim, die Entwicklung der Familiengruppe im vergangenen Jahr. Bei einem Umsatzplus von weltweit 10 Prozent auf 4528 Mill. DM wuchs das Ergebnis nach Steuern um 5 Prozent auf 127 (121) Mill. DM. Vor Steuern macht es 364 (239) Mill. DM aus und wuchs damit deutlich stärker als der Umsatz. Das überproportionale Ansteigen der Steuerposition erklärt Bellstedt vor allem mit periodenfremden Steuerzahlungen, zusätzlichem Aufwand durch internen Transfer an Holding-Gesellschaften und Risikovorsorge, die man nicht steuermindernd geltend gemacht hat.

Das Zahlenwerk des Weltabschlusses zeigt nach Zurechnung des Jahresgewinns zum Eigenkapital (die Familiengesellschafter entnehmen grundsätzlich keine Gewinne) hier einen Rückgang um 30 Mill. DM auf 1628 Mill. DM *und damit einen Rückgang* der Kapitalverzinsung auf 7,7 (8) Prozent. Dies ist jedoch ausschließlich Folge von Währungskursdifferenzen bei der Umrechnung von Boehringer-Kapital, das im Ausland liegt, in D-Mark.

Diese Entwicklung wird sich bei Boehringer auch in diesem Jahr auswirken, das gilt auch für die Umsätze, obwohl Boehringer beim Pharmageschäft nur 20 Prozent der Auslandsumsätze (1985: 3122 Mill. DM) durch Export aus der Bundesrepublik erlöste, der Rest stammt aus jeweils lokalen Produktionen. Der steigende DM-Kurs wird die Zunahme des Auslandsgeschäfts (1985: plus 11 Prozent) bei Umrechnung in D-Mark überkompensieren, erwartet Bellstedt, der vor diesem Hintergrund für 1986 einen Weltumsatz etwas unter dem Vorjahr erwartet. Die ersten vier Monate geben einen Vorgeschmack: Während in Dollar gerechnet das Geschäft in den USA (mit 918 Mill. DM Pharmaumsatz 1985 größter Pharmamarkt von Boehringer) weiter um gut 27 Prozent expandierte und auch in Japan, Italien und Frankreich gute Zuwachsraten erzielt wurden, bleibt in der D-Mark-Rechnung im Auslandsgeschäft ein Minus von sieben Prozent.

Diese Entwicklung dürfte für Boehringer freilich nicht viel mehr als ein optischer Effekt sein. Denn seit Jahren hat das Unternehmen gezielt den Ausbau des US-Geschäfts forciert, ein Geschäft, das inzwischen 1600 Mitarbeiter und, für Hubertus *Liebrecht, Vorsitzender der Zentral-*Geschäftsleitung noch wichtiger, auch eine eigenständige Forschung trägt. Mit weiteren Investitionen (insgesamt sind für 1986 weltweit rund 400 Mill. DM geplant) soll das US-Geschäft zügig ausgebaut werden. Das gilt auch für Japan, nach der Bundesrepublik mit 600 Mill. DM (plus 4 Prozent) auf Platz drei als Pharmaeinzelmarkt (480 Mill. DM, plus 14 Prozent).

Liebrecht betont zwar konsequent *ein Festhalten am Forschungs- und* Produktionsstandort Bundesrepublik, erinnerte aber daran, daß die zersplitterten europäischen Märkte mit einer Unzahl von Importrestriktionen im Pharmabereich immer unattraktiver werden im Vergleich zu dem „großen und homogenen US-Markt." Auch in diesem Jahr will die Familiengruppe die Zahl der Mitarbeiter in der Bundesrepublik, wo rund 40 Prozent der weltweit gut 22 000 Beschäftigten arbeiten, weiter aufstocken und die Forschung (Quote *im Pharmabereich gut 16 Prozent)* weiter intensivieren. Ziel im Bereich der Humanmedizin sind „neue und qualitativ überlegene Präparate", betont Liebrecht, der vor allem mit dem Einstieg in die Biotechnologie neue Chancen sieht.

BADENWERK / Keine Alternative zur Kernkraft

Stromabgabe ist gestiegen

WERNER NEITZEL, Karlsruhe

Daß es im Hinblick auf den weltweit vorhandenen großen Energiebedarf keine realistische Alternative zur Kernenergie gibt, davon ist man natürlich auch bei der Badenwerk AG, Karlsruhe, einem der großen südwestdeutschen Stromversorgungs-Unternehmen, überzeugt. Vorstandsmitglied Eberhard Benz mahnt jedoch im Hinblick auf die durch das Reaktorunglück in Tschernobyl erhitzte Diskussion in der Öffentlichkeit, „daß sehr viel Besonnenheit am Platze ist". Für das Badenwerk, bei dem 1985 zwei Drittel der Strombereitstellung aus Kernkraft stammte, sei ein eventueller Ersatz von Kernenergie durch Kohlekraft schon deshalb nicht möglich, weil es an einem ausreichenden Kraftwerkspark fehle.

In den ersten vier Monaten des laufenden Geschäftsjahres 1986 verbuchte das Badenwerk einen Anstieg der gesamten Stromabgabe um etwa drei Prozent. Auch das Ergebnis habe sich besser als im Vorjahr entwickelt. Man werde auch 1986 ohne eine Strompreiserhöhung auskommen.

Im ganzen Jahr 1985 hat sich beim Badenwerk die nutzbare Stromabgabe um 7,6 Prozent auf 16,8 Mrd. kWh erhöht. Dabei vergrößerte sich freilich die Stammabgabe, also der Bedarf im Versorgungsgebiet, lediglich um 1,7 Prozent auf 13,7 Mrd. kWh, was im wesentlichen mit verminderten Stromlieferungen an die Aluminiumindustrie und dem Wegfall der Baustromlieferungen für das eigene Kernkraftwerk Philippsburg zusammenhängt. 85 Prozent der Strombereitstellung stammte aus eigener Erzeugung. Die Umsatzerlöse nahmen um 6,3 Prozent auf 2,59 Mrd. DM zu. Bei einer Verbesserung des Betriebsergebnisses um rund 10 Mill. DM und einer Verschlechterung des außerordentlichen Ergebnisses um in etwa den gleichen Betrag ergibt sich ein Geeschäftsergebnis (116,9 Mill. DM) in der Größenordnung des Vorjahres. Aus 49,8 (50,9) Mill. DM Jahresüberschuß werden elf (neun) Prozent Dividende auf die im Besitz des Landes Baden-Württemberg befindlichen 150 Mill. DM Namensaktien sowie jeweils 13 Prozent Dividende auf 75 Mill. DM Namensaktien für die Kommunen bzw. auf die breit gestreuten weiteren 74,9 Mill. DM Inhaberaktien ausgeschüttet.

Die verbesserte Ertragslage kommt in dem auf 15,08 (13,02) DM gestiegenen Gewinn je 50-DM-Aktie zum Ausdruck wie auch im auf 347,4 (298,4) Mill. DM erhöhten Cash flow. Investiert wurden im Berichtsjahr 226 (220) Mill. DM, davon gingen 53 Mill. DM in die Finanzanlagen. Für 1986 ist ein ähnlich hohes Investitionsvolumen vorgesehen.

ELEKTROHANDWERK / Chancen für die Kleinen

Sorgenkind Schwarzarbeit

GEORG BAUER, Kiel

Nach Einschätzung des Zentralverbandes des Deutschen Elektrohandwerks müssen sich die Betriebe in der Bundesrepublik Deutschland zunehmend auf die neuen Technologien einstellen. Wie auf der Jahrestagung des Verbandes in Kiel deutlich wurde, fürchtet die Branche mit ihren rund 42 000 Betrieben, daß ein „großer Teil des Elektrohandwerks verschwinden" wird, sofern sich die Betriebe nicht der neuen Techniken annehmen.

Als besonders gefährdet gelten die mittelgroßen Unternehmen mit einem Beschäftigungsstand von fünf bis 20 Angestellten, die im Gegensatz zu den größeren Branchenvertretern das notwendige Kapital für Investitionen nur unter Mühen aufbringen können. *Auch seien nicht alle zur* Finanzierung von Ausbildungskursen der Mitarbeiter in der Lage mit der Folge, daß das Know-how für die Apparaturen in den mittleren Betrieben nicht vorhanden sei. Der Präsident des Verbandes, Karl Friedrich Haas, *meinte*, der hohe Kapitaleinsatz in der Nutzung der neuen Technologien führe zunehmend zu einer Auslese, die zur Besorgnis Anlaß gebe. Bessere Chancen werden den kleineren Betrieben eingeräumt, da sie flexibler auf Marktlücken reagieren können.

Eines der größten Sorgenkinder für die Elektrobranche ist nach den Worten von Haas die Schwarzarbeit. Sie habe in so gravierendem Maße zugenommen, daß sich Betriebe bereits überlegten, nur noch in den Bereichen zu arbeiten, in denen sie nicht der illegalen Konkurrenz begegneten. Angesichts dieser Entwicklung geht das Elektrohandwerk davon aus, daß sich die Unternehmen zunehmend auf die gewerbliche Elektroinstallation konzentrieren und den Neubausektor vernachlässigen. Als Beweis für das Problem wertete Haas auch die hohe Zahl der gescheiterten Neugründungen. Bereits nach zwei Jahren seien 50 Prozent wieder vom Markt verschwunden.

Für dieses Jahr erwartet der Verband eine leichte Konjunkturbelebung, nachdem der Umsatz im vergangenen Jahr inflationsbereinigt erstmals seit mehreren Jahren wieder mit einem Zuwachs von etwa einem Prozent leicht gestiegen war. Die geringe Zuwachsrate im vergangenen Jahr begründete Haas mit der starken Abhängigkeit des Elektrohandwerks von der allgemeinen Baukonjunktur. Im Gegensatz zur Elektroindustrie sei das Handwerk mit einem „nur sehr geringen Anteil" am Exportgeschäft beteiligt. Insgesamt belief sich der Umsatz 1985 auf rund 21 Milliarden DM. Die Zahl der Beschäftigten sank geringfügig um 0,2 Prozent auf 235 000.

Zufrieden äußerte sich das Elektrohandwerk über seinen Anteil am Kabelfernsehen. Die Tatsache, daß monatlich rund 40 000 Anschlüsse geschaltet würden, ist in den Augen der Organisation ein Zeichen für das wachsende Interesse der Bevölkerung an der Verkabelung, die zu Anfang recht schleppend eingesetzt habe.

Luwa: Ertragskraft ist wiedergekehrt

wb. Frankfurt

Die Luwa GmbH, Frankfurt, Tochter des Schweizer Luft- und Filtertechnik-Unternehmens Luwa AG, hat ihren Umsatz 1985 um knapp 16 Prozent auf 74 (64) Mill. DM gesteigert. Dabei stieg der Auftragseingang um fast 19 Prozent auf 82 (69) Mill. DM. Ein wichtiges Arbeitsgebiet der deutschen Gesellschaft, die sich (ohne eigene Produktion) als Anlagenbauer versteht, ist die Reinraumtechnik für elektronische oder pharmazeutische Betriebe.

Der Konzern, der im Stammhaus *und den 11 Tochtergesellschaften* rund 1700 Mitarbeiter beschäftigt, kam ebenfalls auf kräftige Zuwachsraten. Der Umsatz stieg um 12 Prozent auf umgerechnet 324 (288) Mill. DM, der Auftragseingang um gut 10 Prozent auf 350 (317) Mill. DM. Der *Auftragsbestand von 153 (127) Mill.* DM sichert die Beschäftigung für ein rundes halbes Jahr.

Mit Angaben zum Konzernertrag hält sich das Unternehmen zurück. Die Luwa AG, Zürich, hat allerdings ihren Bilanzgewinn (nach Angaben des Unternehmens identisch mit dem Jahresüberschuß) auf 3,6 (1,6) Mill. DM mehr als verdoppelt, bei „sehr konservativer Rechnungslegung", wie Konzernchef Erich Griebel betont.

Zum Vergleich: Die deutsche GmbH kam auf einen Gewinn von 3,1 Mill. DM. Die „Rückkehr zur erfreulichen Ertragskraft" sei durch Ausdehnung des Vertriebs und eine „angepaßte" Kostenkontrolle möglich geworden.

JAGENBERG / Auftragsbestand auf Rekordniveau

Gute Konjunktur hält an

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Glatt kann die Rheinmetall-Maschinenbautochter Jagenberg AG, Düsseldorf, für 1985 die Traditionsdividende von 6 DM auch auf das erstmals voll gewinnberechtigte Aktienkapital von 60 (37,5) Mill. DM zahlen, das zu 84 Prozent der Holding Rheinmetall Berlin AG, Düsseldorf/Berlin, und mit dem Rest etwa 100 Streubesitzern gehört (HV am 2. Juli). Von den aus 1,09 (1,02) Mrd. DM Weltumsatz mit 67,5 (66,8) Prozent Auslandsanteil erzielten Jahresüberschüssen von 23,9 (17,1) Mill. DM im Konzern und 12,5 (14,4) Mill. DM bei der AG werden für die Dividende nur 7,2 (5,2) Mill. DM benötigt. Das DVFA-Nettoergebnis je Aktie des Konzerns besserte sich (vergleichbar gerechnet) auf 16,07 (15) DM, der Netto-Cash flow (vor Ausschüttung) auf 62,6 (55,5) Mill. DM.

Vorstandsvorsitzender Hans U. Brauner, zugleich Chef der Rheinmetall-Holding, sieht die Jagenberg-Gruppe, die 1985 aus nun abgeschlossener Bereinigung ihres Beteiligungskreises und der Konzentration der wesentlichsten Maschinenbau-Aktivitäten im Werk Neuss 11 Mill. DM Sonderaufwand verdaute, nun nicht nur wegen Fortfalls dieser Sonderlast auf soliden Beinen für eine weiter positive Ertragsentwicklung. Auch die günstige Konjunktur in den Haupt-Geschäftsbereichen Verpakkungssysteme (43 Prozent des Weltumsatzes) und Maschinen für Papierausrüstung und -veredelung (38 Prozent) hält an.

Auf dem großen Markt der USA, wo die Gruppe ein Viertel ihres gesamten Auslandsumsatzes erzielt, werde man vom Dollarkursabfall „eigentlich" überhaupt nicht tangiert. Denn die Konkurrenz dort komme gleichfalls aus Europa und müsse über die gleiche Währungshürde. Ende April 1986 lag der Auftragsbestand der Gruppe mit 495 Mill. DM um 9,2 Prozent über dem schon „sehr hohen" Vorjahresstand und „so hoch wie nie zuvor".

Anders als noch vor zwei Jahren teilt Brauner mit, daß man sich bei Jagenberg „vom Grundsatz her" entschlossen habe, keine Stammaktien an die Börse zu bringen. Offen bleibe, ob und wann man das genehmigte Kapital von 15 Mill. DM für die Börsen-Emission stimmrechtsloser Vorzugsaktien nutzen werde. Allfälligen künftigen Kapitalbedarf der nun auf drei Beinen Maschinenbau, Automobiltechnik (Pierburg) und Wehrtechnik (Rheinmetall GmbH) zum „Technologie-Konzern" strebenden Rheinmetall-Gruppe könnte man durch Holding-Kapitalerhöhung decken. „Des Verkaufs von Aktienanteilen an Tochtergesellschaften bedarf es dazu nicht."

Ihre Sachinvestitionen will die Jagenberg-Gruppe auch 1986 auf der jetzt erreichten Höhe von 45,7 (43,4) Mill. DM mit Schwerpunkten bei Rationalisierung/Modernisierung halten. Die Belegschaftszahl ist nur durch Bereinigung des Beteiligungskreises auf 5201 (5454) gesunken, in der heutigen Gruppe aber leicht um 0,5 Prozent gestiegen; auch diese Tendenz soll für 1986 gelten.

HANNOVERSCHE LEBEN / Direktgutschrift erhöht

Risikoversicherung gefragt

dos, Hannover

Deutlich über dem Branchendurchschnitt liegende Ergebnisse erzielte die Hannoversche Lebensversicherung a. G., Hannover, im Geschäftsjahr 1985. Nach Angaben der Gesellschaft, die ohne Außendienst arbeitet, wurden 25 500 (plus 16,1 Prozent) neue Verträge über eine Versicherungssumme von 1,74 (1,49) Mrd. DM abgeschlossen. Das entspricht einer Summensteigerung von 16,5 Prozent. Die Risikoversicherung war am Neugeschäft mit 56,5 Prozent beteiligt.

Der Versicherungsbestand erhöhte sich gleichzeitig um 14,3 Prozent auf 10,92 (9,55) Mrd. DM. Für die Branche errechnet sich demgegenüber ein Anstieg von 6,6 Prozent. Die verdienten Beiträge nahmen um 12,7 Prozent auf 321 (285) Mill. DM zu. Die schon niedrige Stornoquote sank nochmals von 1,51 Prozent auf 1,2 Prozent. Am Neugeschäft waren die Abschlußkosten noch mit 0,93 (1) Prozent beteiligt. Die laufenden Verwaltungskosten gingen auf 2,75 (2,82) Prozent zurück.

Die Kapitalanlagen stiegen im Berichtsjahr um 13,4 Prozent auf 2,84 (2,5) Mrd. DM, die Erträge daraus um 13,8 Prozent auf 224 (197) Mill. DM. Trotz gesunkener Kapitalmarktzinsen blieb die Rendite mit 7,82 Prozent nahezu stabil. Aus dem Gesamtergebnis erhielten die kapitalbildenden Versicherungen vorweg eine Direktgutschrift von 37,1 (32,6) Mill. DM. Danach ergibt sich ein Rohüberschuß von 154,7 (133,6) Mill. DM. Nach Zuweisung von 5 (4) Mill. DM in freie Rücklagen verblieben 149,7 (129,6) Mill. DM, die voll der Rückstellung für Beitragsrückerstattung zugeführt wurden. Zuversichtlich äußert sich der Vorstand zum laufenden Jahr. Der Versicherungsbestand habe 11,4 Mrd. DM erreicht. Das gute Neugeschäft lasse ein überdurchschnittliches Ergebnis erwarten.

DWS

Basisfonds mit Wertsteigerungen

cd. **Frankfurt**

Der DWS Deutsche Gesellschaft für Wertpapiersparen, der mit einem Marktanteil von gut 27 Prozent größten deutschen Investmentgesellschaft, die der Deutschen Bank nahesteht, gelang es trotz kräftiger Kurssteigerungen an den Aktienbörsen in der ersten Hälfte ihres Geschäftsjahres (30. 3.) nicht, die Kundschaft für Zertifikate von Aktienfonds zu begeistern. Wertsteigerungen von 25,2 bis 29,5 Prozent erzielten aber die Basisfonds Provesta, Intervest, Investa und Akkumula. Dennoch mußte die DWS mehr Anteile zurücknehmen, als sie gleichzeitig absetzen konnte.

Auch bei den Spezialitätenfonds, deren Wertentwicklung mit den Basisfonds nicht mithielt, schrumpfte der Anteilsumlauf. Gerade die in der Performance am erfolgreichsten Fonds waren zu Aktienverkäufen gezwungen. Das galt für den in deutschen Standardwerten investierenden Investa, dessen Anteilsumlauf von 27,4 auf 23,9 Mill. Stück sank, ebenso wie für den international anlegenden Provesta (von drei auf 1,6 Mill. Stück). Das Kaufinteresse konzentrierte sich auf den Rentenfonds Interrenta (Wertzuwachs 6,5 Prozent), dem gut 2,3 Mrd. DM zuflossen, wodurch der Anteilsumlauf von 157,7 auf 220,0 Mill. Stück stieg.

IM BLICKPUNKT / Unter Karl Heinz Krutzki zeigt das Kosmetikunternehmen Wella seit Jahren solide Zuwachsraten

„Wir fassen nur Dinge an, die wir verstehen"

Seit Jahren ein stabiles Wachstum um die zehn Prozent jährlich, seit Jahren eine ebenso solide Entwicklung der Ertragskraft, den Vorzugsaktionären der Darmstädter Wella AG macht eine solche Entwicklung die Aktie lieb und teuer. Auch in der derzeitigen Schwächephase an der deutschen Börse notiert das Papier, das im Herbst 1983 mit 340 DM Ausgabekurs je 50-DM-Aktie an den Markt kam, mit 830 DM.

Manchmal, „im stillen Kämmerlein", wird Karl Heinz Krutzki, dem Mann an der Spitze des traditionsreichen Haarkosmetik-Unternehmens, angst und bange vor der „Erwartungshaltung" der Analysten: Der geringste Rückschlag, so befürchtet er, könnte das Bewertungspendel in eine Gegenbewegung bringen. Dafür, daß sich die stille Sorge des bescheidenen Vorstandsvorsitzenden bewahrheiten könnte, ist jedoch nicht der geringste Anhaltspunkt in Sicht.

Die Wella und ihre Geschäftspolitik sind so grundsolide wie Krutzki. Seine Aussage, „mancher Gewinn *entsteht auch schon dadurch, daß* man bestimmte Geschäfte nicht macht", verrät viel von der Vorsicht, *mit der von den Wellanern Risiken* eingegangen werden. Schläfrig vor lauter Vorsicht sind sie darüber nicht geworden. Im Gegenteil, manches Länderengagement der in aller Welt operierenden Familien-AG wird von anderen Unternehmen mit Kopfschütteln betrachtet.

Der Vorstand weiß aber jeweils sehr gut, was er tut, und er beweist langen Atem, was sich das mit Eigenkapital und Liquidität gut gepolsterte Unternehmen auch leisten kann. Jahr für Jahr und bei Bedarf auch häufiger überprüfen die Wellaner anhand von weltwirtschaftlichen und volkswirtschaftlichen Daten sowie eigenen Einschätzungen, in welchen Risiken sie sich bewegen. *Die Länderrisiken* werden dabei in vier Gruppen eingeteilt. Derzeit entfallen auf die Gruppe *mit dem höchsten Risiko (dazu gehört beispielsweise Iran) nur gut ein* Prozent aller Investitionen, aber fast *62 Prozent auf Länder mit nur geringem Risiko.*

Die Internationalität hat in der Wella-Gruppe, die rund drei Viertel ihres Umsatzes im Ausland erwirtschaftet und dabei am liebsten mit Produktionen „vor Ort" ist, eine lange Tradition. Die erste Auslandsgründung reicht bis 1928 zurück. „Wella war schon auf gutem Kurs, als sich die Gründerfamilien aus dem aktiven *Management zurückzogen",* betont Krutzki, der daran erinnert, daß die Familie das Fundament gebaut hat, *auf dem sich bis heute gut arbeiten* läßt.

Von der „klugen Unternehmensführung" der Familie, die heute noch sämtliche Stammaktien (oder 84,9 Mill. DM von insgesamt 122 Mill. DM Grundkapital) hält, profitiert das Unternehmen mit gut 1,7 Mrd. DM Weltumsatz nach Ansicht von Krutzki noch heute: „Es ist sehr viel Harmonie im Unternehmen." Dabei könnte es sehr wohl Reibungspunkte geben. Einmal im Jahr überarbeitet der Vorstand mit den vier Vertretern der Familienstämme sein Strategiepapier, das die Grundzüge für die weitere Unternehmenspolitik festlegt. Aber auch dieses Gremium ist wie der Vorstand, der sich jeden Donnerstag zur Sitzung trifft, „konsensfähig". Krutzki: „Ich habe noch nie mein Vetorecht ausgeübt."

Krutzki, der in diesem Jahr seinen sechzigsten Geburtstag feiert, kennt das Unternehmen von Grund auf: Der gebürtige Essener, der ursprünglich eigentlich viel lieber Innenarchitekt geworden wäre und sein Darmstädter *Haus schon dreimal umgestaltete,* kam 1951 als kaufmännischer Lehrling zu Wella nach Darmstadt. „Danach durfte ich eine Organisationsabteilung aufbauen." Das war prägend für Krutzkis Führungsstil: Er schafft Organisationen, vereinbart mit seinen Kollegen Ergebnisse, die dann meßbar sind. Das schafft klare Zuständigkeiten und damit die Möglichkeit, Verantwortung zu delegieren, betont Krutzki, der innerhalb einer klaren Rahmenplanung auch die freien Entscheidungen in den einzel*nen Bereichen des Unternehmens ge*sichert sieht.

Karl Heinz Krutzki
ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Er hält viel von Freiraum für Entscheidungsträger auf allen Ebenen des Unternehmens, aber gar nichts von hierarchischen Strukturen: Wella ist eine „titellose Gesellschaft". Zu diesem Denken gehört auch, daß Krutzki in guten Jahren alle Mitarbeiter durch eine Sonderzahlung am guten Ergebnis beteiligt und nicht nur an Aktionäre und Tantieme-Empfänger denkt.

Der Hang zu „glasklaren" Organisationsplänen, die in minutiösen regelmäßigen Soll-Ist-Vergleichen für alle Geschäftsbereiche münden, hält die Wellaner nicht davon ab, flexibel zu bleiben. Krutzki: „Wir müssen uns beweglich halten sowohl im Denken als auch in der Durchführung." Dafür sorgt allein schon die notwendige Anpassung an die Mode, an neue Anwendungstechniken, veränderte Rohstoffsituationen und gesetzgeberische Einflüsse. Mit rund hundert *neuen Produkten pro Jahr kommt* Wella, die einen für die Branche überproportional hohen Forschungs- und Entwicklungsaufwand in eigenen Laboratorien in Deutschland und der Schweiz, aber auch in Japan betreibt, an den Markt. *Dabei hat Krutzki* mehr als einmal lernen müssen, „daß ich nicht die Zielgruppe bin". Deutlich aufgefallen ist ihm das zuletzt bei der Einführung des bis dahin unbekannten Wet-Gels, mit dem Wella, der Mode folgend, unerwartet Furore machte und das inzwischen zahlreiche Nachahmer gefunden hat. Aber der zeitliche Vorsprung hat den Darmstädtern doch einiges gebracht.

Trotz der Öffnung über die Börse ist das Unternehmen im Grunde ein Familienunternehmen geblieben. Daran soll ebenso festgehalten werden wie an dem Grundsatz, „nur Dinge anzufassen, von denen wir etwas verstehen". Und das ist vor allem Haarkosmetik und in zunehmendem Maße auch Körperkosmetik. Die weltweite Spitzenposition im Geschäft mit den Friseuren schafft dafür eine tragfähige Basis, die ständige Überprüfung der eigenen Position in allen Bereichen dient vor allem der Sicherung der Ertragskraft. Schwachstellen sollen rechtzeitig aufgespürt und entschärft werden.

Auf seinem 35jährigen Weg, der bis an die Spitze der Wella AG führte, ist Krutzki in allen Abteilungen des Unternehmens gewesen. Mit Geschwätz kann ihm deshalb niemand kommen, sehr wohl aber mit fundierter Kritik, zu der er auch schon „seine" Lehrlinge bei Kaffee und Kuchen ermuntert. Er kann gelassen und glättend seine Funktion als Vorstandsvorsitzender ausüben, zu dem er innerhalb von nur eineinhalb Jahren vom jüngsten Mitglied am Vorstandstisch aufgerückt war.

Nur manchmal noch geht das Temperament mit ihm durch: Wenn seine Frau schon wieder sehr viel besser beim Golf ist als er. Nach zwei *Jahren Golfen ist die Begeisterung* noch größer als die Leistungsfähigkeit. Aber der „Bewegungsmensch" *Krutzki wird mit steter Arbeit auch* diese Hürde nehmen und mit seiner Frau gleichziehen. INGE ADHAM

VOLKSWAGEN / AG-Überschuß kräftig erhöht

Südamerika belastet Ergebnis

dos, **Wolfsburg**

Die schwierigen Rahmenbedingungen in Südamerika und Südafrika sowie der niedrige Dollarkurs hinterlassen beim Volkswagen-Konzern deutliche Spuren. In dem jetzt vorgelegten Zwischenbericht weist VW im ersten Quartal 1986 trotz der um 6,7 Prozent auf 610 070 Einheiten gestiegenen Auslieferungen einen um 4,6 Prozent auf 12,82 (13,44) Mrd. DM verringerten Konzernumsatz aus.

Deutliche Verschiebungen werden auch beim Ergebnis sichtbar. Während der Überschuß der AG gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum um 20 Prozent auf 126 (105) Mill. DM zunahm, blieb der Gewinn im Konzern mit 143 (142) Mill. DM praktisch unverändert. Namentlich werden die Tochtergesellschaften in Südamerika, die bereits 1985 das Konzernergebnis mit 143 Mill. DM belasteten, erwähnt; sie hätten „keine positiven Ergebnisse" erzielt. Die USA-Tochter *VW of America,* die 1985 im Zuge der Bereinigung der Triumph-Adler-Aktivitäten in den USA einen Verlust *von 171 Mill. DM auswies, habe dagegen* gut gewirtschaftet.

Wesentlichen Anteil an den gestiegenen Auslieferungen hatte im Berichtszeitraum das Inland mit einem Plus von *14,4 Prozent* auf knapp 190 000 Einheiten. Auf den europäischen Exportmärkten ergab sich eine Steigerung um 6,8 Prozent auf 206 700 Fahrzeuge. In den USA nahm der Verkauf um 6,3 Prozent auf 68 000 Einheiten zu.

Die Mitarbeiterzahl im Konzern erhöhte sich weiter um *0,7 Prozent* auf 261 000. Einem Rückgang im Ausland um 2000 auf 87 000 Beschäftigte stand *eine Zunahme im Inland um 4000* auf 174 000 Personen gegenüber. Die Investitionen stiegen zugleich um 6,1 Prozent auf 756 (713) Mill. DM.

CONDEA CHEMIE / Programmangebot verbessert

Hüls neuer Texaco-Partner

JB. **Hamburg**

Bei der Condea Chemie GmbH, Brunsbüttel, wird es in den nächsten Wochen zu einem Beteiligungswechsel kommen. An dem Stammkapital von 40 Mill. DM sind gegenwärtig die Deutsche Texaco AG, Hamburg, und die Conoco Inc (eine Tochtergesellschaft der Dupont-Gruppe) mit jeweils 50 Prozent beteiligt. Den 50-Prozent-Anteil der Conoco wird die Hüls AG, Marl, übernehmen. Die Verhandlungen sind, wie zu hören ist, weitgehend abgeschlossen.

Die Condea ist vor 25 Jahren im Industriekomplex Brunsbüttel angesiedelt worden, hat dort rund 200 Mill. DM investiert und produziert Fettalkohole und -derivate vor allem für Zwischenprodukte in der chemischen, kosmetischen und Waschmittelindustrie. Sie beschäftigt rund 400 Mitarbeiter. Wie die Geschäftsführung zum Verlauf des Geschäftsjahres 1985 erklärt, ist der Umsatz zwar *um 2,2 Prozent auf* 351 Mill. DM gesunken, doch hätten sich strukturelle Verbesserungen im Programmangebot und eine *konsequente* Rationalisierung positiv im Ergebnis ausgewirkt. Der operative Gewinn liegt mit *30,1 Mill. DM sieben Prozent* über dem des Vorjahres. Der Gewinn nach Steuern stieg um zwei Drittel auf 22 Mill. DM. *Hierin schlägt sich die Auf*lösung von Preissteigerungsrücklagen aus dem Jahr 1979 nieder.

Der Reingewinn wird voll an die Gesellschafter ausgeschüttet. Die gute Ertragslage hat das Unternehmen zudem genutzt, um die Bilanzstruktur zu verbessern. Nach der Rückführung der Verbindlichkeiten um fast 30 Mill. DM ist die Eigenkapitalquote auf 49 Prozent gestiegen. Um die Effizienz des Unternehmens weiter zu verbessern, werden 35 Mill. DM investiert.

Gewinnzone bei Vögele in Sicht

dpa/VWD, **Mannheim**

Die Joseph Vögele AG, Mannheim, Hersteller von Straßenbaumaschinen und Schmieranlagen, beurteilt trotz einer Marktbelebung im In- und Ausland die langfristigen Aussichten der Baumaschinenindustrie eher skeptisch. Erhebliche Unsicherheitsfaktoren zwängen ständig zu Anpassungen, schreibt der Vorstand im Geschäftsbericht für 1985. Marktanalysen zeigten weltweit einen steigenden Neubedarf, der jedoch oft wegen der allgemeinen Finanzierungsprobleme nicht gedeckt werden könne.

Vögele hat 1985 sein Personal auf 766 (Vorjahr 930) Mitarbeiter reduziert. Bei einer positiven Umsatz- und Kostenentwicklung drückten rund 4,2 Mill. DM Aufwendungen für Abfindungen und Vorruhestandszahlungen das Ergebnis in die roten Zahlen. Nach 0,25 Mill. DM Gewinn entstand ein Jahresfehlbetrag von 2,85 Mill. DM, der auf neue Rechnung geht. Bei Fortbestand der gegenwärtigen besseren Marktlage könne das Unternehmen jedoch, wie der Vorstand erklärt, „nachhaltig" in die Gewinnzone geführt werden. Der Auftragseingang betrug 1985 91 (83) Mill. DM an. Der Umsatz stieg insgesamt auf 88,7 (77,9) Mill. DM. Das Wachstum stammte bei etwa gleichen Inlandsverkäufen ausschließlich aus dem Export. Er legte auf 54,9 (43,9) Mill. DM zu.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Karstadt bleibt bei 7 Mark

Düsseldorf (J. G.) – Die Karstadt AG, Essen, schlägt für 1985 eine konstante Dividende von 7 DM vor (HV am 16. Juli). Den Rückgang des damit komplett ausgeschütteten AG-Jahresüberschusses auf 50,4 (60,4) Mill. DM erklärt Europas größter Warenhauskonzern mit der Geschäftsstagnation im „warenhausrelevanten Einzelhandel". Hinzugekommen seien Sonderlasten aus „der Umsetzung zukunftssichernder Strategiemaßnahmen".

Frauen in Chefetagen

Stuttgart (nl.) – Frauen sollten besser geschult und mehr daraufhin ausgebildet werden, leitende Funktionen übernehmen zu können. Diese Forderung erhebt Lis Plaggemars, Vorsitzende der Landesvereinigung Württemberg der Vereinigung von Unternehmerinnen, und verweist darauf, daß rund 20 Prozent der Unternehmen in der Bundesrepublik von Frauen geführt würden. Demgegenüber seien in den Chefetagen der größeren Unternehmen lediglich etwa zwei Prozent weibliche Führungskräfte anzutreffen.

BHF-Bank: Ertragsanstieg

Frankfurt (cd.) – Die BHF-Bank hat in den ersten vier Monaten dieses Jahres ihre sehr guten '85er Ergebnisse im Zins- und Provisionsgeschäft sowie im Eigenhandel mit Wertpapieren und Devisen deutlich übertroffen. Geschäftsinhaber Klaus Subjetzki warnte jedoch auf der HV, auf der 66,7 (Vorjahr: 69,6) Prozent des Kapitals vertreten waren, vor einer Hochrechnung der Ertragssteigerung auf das Gesamtjahr.

Trendwende

***Göttingen** (dos) – Der Lehrmittel-*Hersteller Phywe AG, Göttingen, hat 1985 nach hohen Verlusten in 1983 und 1984 wieder die Gewinnzone erreicht. In einem ersten Überblick spricht der Vorstand von einem „kleinen Bilanzgewinn", der sich auf 167 000 DM beläuft. Ursächlich dafür sei die Verbesserung des Betriebsergebnisses um 10,7 Mill. DM gewesen. Zusammen mit dem Agio aus der Kapitalerhöhung um 9,4 Mill. DM auf 11,72 Mill. DM im Jahre 1985 verringere sich der Verlustvortrag auf nunmehr 2,9 Mill. DM. Die Ergebnisverbesserung sei vor allem auf den Abbau der Belegschaft um rund 25 Prozent zurückzuführen. Phywe beschäftigt derzeit 530 Mitarbeiter.

Didier erhöht

Wiesbaden (dpa/VWD) – Die Aktionäre der Didier-Werke AG, Wiesbaden, erhalten für 1985 eine von 7 auf 7,50 DM erhöhte Dividende. Das kündigte die Verwaltung des führenden deutschen Unternehmens der Feuerfestsparte an. Ihren Weltumsatz steigerte die Gruppe 1985 auf 1,24 (1,01) Mrd. DM. Am Kapital ist die Deutsche Bank mit rund 10 Prozent direkt und über die Roßma Beteiligungsgesellschaft gemeinsam mit der Commerzbank mit 25 Prozent beteiligt. Fünfzehn Prozent halten der Viag-Konzern und den Rest etwa 8000 Kleinaktionäre.

Wieder 24 Prozent

***Essen** (dpa/VWD) – Die Hochtief* AG, Essen, Deutschlands zweitgrößtes Bauunternehmen, wird aus dem *Bilanzgewinn 1985* wieder 20 Prozent Dividende und 4 Prozent Bonus auf das Grundkapital von 200 Mill. DM ausschütten. Hauptaktionäre *sind* mit knapp 40 Prozent die Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk (RWE), Essen, *sowie mit je gut einem* Viertel die von Finck'sche Industrie-Beteiligungs-KG, München, und die Francommerz Vermögensverwaltungs-GmbH.

Ohne Dividende

Hamburg (dpa/VWD) – Auch für das Geschäftsjahr 1985 erhalten die Aktionäre der New-York Hamburger Gummi-Waaren AG, Hamburg-Harburg, keine Dividende (HV am 25. Juni). 1984 hatte das Unternehmen, das Kämme, Gummi/Metall-Verbindungen und Thermoplaste herstellt, nach vier Verlustjahren erstmals wieder mit Gewinn gearbeitet. Das Grundkapital von 6 Mill. DM Grundkapital befindet sich mehrheitlich im Besitz der Elektrische Licht- und Kraftanlagen AG, Frankfurt.

Barabfindung von 580 DM

Lage (hdt.) – Aus ihrem Bilanzgewinn *von 0,36 Mill. DM will die* Lippe-Weser Zucker AG, Lage, eine Dividende von sechs Prozent zahlen. *Auf der am 21. Juni in Lemgo stattfin*denden HV soll die Übernahme des Unternehmens durch die Pfeiffer & Langen AG, Köln, beschlossen werden, wobei den bisherigen Aktionären eine Barabfindung von 580 DM pro 100-DM-Aktie angeboten wird.

Aktivitäten verbreitert

Frankfurt (cd.) – Die inzwischen mit einem Dotationskapital von 70 Mill. DM arbeitende Frankfurter Niederlassung des Banco di Sicilia berichtet über eine weitere Verbreitung ihrer Geschäftsaktivitäten. Ihre Bilanzsumme stieg von 394 auf 576 Mill. DM. Als Jahresüberschuß zeigt die Bank bei einem um neun Prozent auf 6,1 Mill. DM erhöhten Teilbetriebsergebnis einen bescheidenen Betrag von 2,7 Mill. DM.

SCHUNK / Investitionsprogramm auf Rekordhöhe

Kräftiges Wachstum geplant

wb. **Heuchelheim**

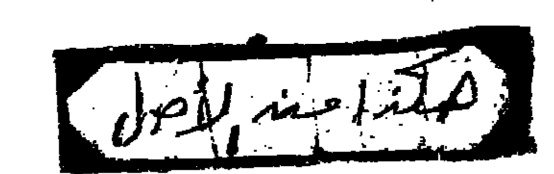
Die Firmengruppe Schunk, Heuchelheim bei Gießen, mittelständisch strukturierter Multi-Spezialist auf den Gebieten Kohlenstoffwerkstoffe, Sintermetalltechnik, Ingenieurkeramik sowie Apparate- und Maschinenbau, hat sich für 1986 ein weiteres kräftiges Wachstum vorgenommen. Die (freilich nur addierten, nicht konsolidierten) Umsätze sollen in diesem Jahr um 13 Prozent auf 707 Millionen Mark steigen, nachdem sie 1985 um 18 Prozent auf 625 (530) Millionen Mark (konsolidiert etwa 460 Millionen Mark) zugenommen hatten.

Chancen für weiteres Wachstum sieht der Geschäftsführungsvorsitzende Helmut Ritter vor allem in der Elektronik als Zielmarkt vor allem der Werkstofftechnik, im Sondermaschinenbau, der Umweltsimulation (Klimakammern) und der optischen Meßtechnik. Wo die Schwerpunkte liegen, deutet auch das Rekord-Investitionsprogramm dieses Jahres an: Von den insgesamt 59 Millionen Mark Sachinvestitionen sind 45 Millionen Mark für den Werkstoffbereich, acht Millionen Mark für Umwelt- und Meßtechnik sowie sechs Millionen Mark für den Maschinenbau bestimmt.

Bereits 1985 hatte die Gruppe ihre Investitionen kräftig um 80 Prozent auf 43 (24) Millionen Mark aufgestockt. Das Wachstum schlug sich auch in den Arbeitsplätzen nieder: Die Zahl der Mitarbeiter wuchs um 14 *Prozent auf 4250 (3715). In diesem* Jahr soll die Marke von 4400 Beschäftigten erreicht werden. Besondere *Probleme bereitet auch hier die* Beschaffung von qualifizierten Mitarbeitern.

Da nicht alle der komplizierten Arbeitsgebiete mit ihrer rasanten technischen Entwicklung mehr im Alleingang zu beherrschen sind, sucht die Gruppe die „Programmarrondierung" durch Kooperation. Im Keramikbereich fand sie den Partner Vereinigte Großalmeroder Tonwerke, in der Oberflächentechnik die Hanauer Nukem. Mit beiden Gesellschaften wurden Gemeinschaftsunternehmen gegründet.

Über die Ertragslage mag sich die Geschäftsführung nach wie vor nicht im Detail äußern. „Wir sind sehr zufrieden", räumt Ritter ein. Die Schunk-Gruppe hat eine wohl einmalige Eigentümerin: den Ludwig-Schunk-Gedächtnisverein, Nachfolger einer Gefolgschafts- und Unterstützungseinrichtung, in deren Gestalt Schunk sein Unternehmen 1947 der Belegschaft vermacht hatte.



SCHLAFHORST / Gute Textilmaschinen-Konjunktur

Rasanter Umsatzanstieg

J.G. Düsseldorf

Nochmals kräftig hat die W. Schlafhorst & Co. KG, Mönchengladbach, 1985 ihren Umsatz um 11,7 (22,4) Prozent auf 712 Mill. DM mit 87,8 (90,1) Prozent Exportanteil gesteigert. Nach nun schon drei *guten* Wachstumsjahren wird eine ähnlich schöne Plusrate für 1986 mit dem Resultat erwartet, daß sich *dann* der Umsatz seit 1982 (398 Mill. DM) verdoppelt haben wird. Frank Paetzold als Vorsitzender der Geschäftsführung dieser 102 Jahre alten Familienfirma (größter deutscher Textilmaschinenproduzent) kommentiert den rasanten Umsatzanstieg nicht nur mit der seit einigen Jahren für die gesamte Branche günstigen Kojunktur. Man leiste sich auch für ständige Innovation des nur aus zwei Typen bestehenden Programms (Spulautomaten und Rotorspinnspulautomaten) einen Entwicklungs- und Konstruktionsaufwand von reichlich fünf Prozent des Umsatzes, was sich offensichtlich auszahle.

Parallel zum Aufschwung, der 1985 den Auftragseingang sogar um 16 Prozent auf 824 Mill. DM steigerte, wurde die Beschäftigtenzahl um weitere 8,6 (5,7) Prozent auf 4501 aufgestockt. Sie soll auch 1986 wachsen, – allerdings falle es „zunehmend schwer, Facharbeiter oder gar qualifizierte Angestellte zu finden". Auch die 47,8 (31,3) Mill. DM Sachinvestitionen sollen 1986 noch auf 48,5 Mill. DM steigen. Dann werde man in drei Jahren 128 Mill. DM und „weit überdurchschnittlich" im Vergleich zum deutschen Textilmaschinenbau investiert haben.

„Überdurchschnittlich" nennt Paetzold auch für 1985 wieder den Ertrag, den die Familienfirma („das wollen wir auch bleiben") traditionell verschweigt. Einziges Indiz: Das Eigenkapital wurde um weitere 10 (15) Mill. auf 144 Mill. DM mit 36,7 (37,8) Prozent Bilanzanteil aufgestockt und deckt 135 (135) Prozent des Anlagevermögens.

Anders als in anderen Branchen wirkt sich der Dollarkursabstieg bei Schlafhorst positiv auf das aktuelle Geschäft aus. Selbst bei anhaltend guter Konjunktur rechnet Schlafhorst wegen der Konzentration auf nur zwei Maschinentypen damit, daß eine „Wachstumsschwelle" kommt. Ein vorerst kleiner Ausweg wurde im Herbst 1985 mit dem Erwerb der Familienfirma Kaiser in Bayreuth (200 Leute mit 12,2 Mill. DM Umsatz) begonnen.

DEUTSCHE TEXACO / Auch nach den Preiserhöhungen „weiter Nachholbedarf"

Ergebnis so gut wie lange nicht mehr

JAN BRECH, Hamburg

Die Deutsche Texaco AG, Hamburg, die als erste der großen Ölkonzerne ihre Bilanz für 1985 vorlegt, verdient wieder Geld mit der Verarbeitung und dem Vertrieb von Mineralölprodukten. Nachdem sich bereits 1985 die Ertragslage deutlich verbessert hatte, blieb das Ergebnis auch in den ersten vier Monaten dieses Jahres positiv. Da gleichzeitig die Chemie und der Bereich Aufschluß und Gewinnung ordentliche Erträge abwerfen, ist das Gesamtergebnis so gut wie lange nicht mehr. Vorstandsvorsitzender Armim Schram: „Es wird Zeit nach den Jahren der Verluste."

Schram macht aber an der guten Ertragsentwicklung gleich wieder Abstriche. Der Preisverfall für Rohöl und Produkte habe zu hohen Bestandsverlusten geführt. Starke Belastungen sieht Schram ferner für das Ergebnis der eigenen Aufschluß- und Gewinnungstätigkeit. Wenn die Förderabgaben nicht den sinkenden Preisen angepaßt würden, so Schram, werde es bis Ende 1986 in diesem Bereich erhebliche Einbußen geben. Zur Reduzierung der Kosten hat Texaco ohnehin bereits eine Reihe von Ölbohrungen stillgelegt, die zu einem Produktionsrückgang um 10 Prozent führen werden. Sorgen machen Schram schließlich die steigenden Benzinpreise auf den internationalen Märkten.

Trotz der jüngsten Preisrunde gebe es im deutschen Benzin-Geschäft „noch immer Preisnachholbedarf". Die Margen seien bereits wieder unbefriedigend. Während die Preise in Rotterdam nur noch 14 Pfennige je Liter unter dem Stand von Anfang 1986 liegen, sei Vergaserkraftstoff in der Bundesrepublik um 23 Pfennige je Liter billiger als zum Jahresbeginn.

Zur Absatzentwicklung im ersten Quartal erklärt Schram, daß Texaco 11 Prozent mehr verkauft habe. Diese hohe Zuwachsrate, die allerdings noch unter dem Branchendurchschnitt von 16 Prozent liegt, beruhe auf der anhaltend starken Nachfrage nach leichtem Heizöl. Die Kunden nutzten die niedrigen Preise, um ihre Tanks anzufüllen. Bei den Endverbrauchern lagerten heute rund 6,5 Mill. Tonnen leichtes Heizöl mehr als vor einem Jahr. Am Gesamtmarkt stieg der Absatz von leichtem Heizöl um 46,5 Prozent, obwohl der Verbrauch nach Schätzungen von Texaco *um vier Prozent zurückgegangen* ist.

Der Texaco-Abschluß für 1985 ist gekennzeichnet durch eine verbesserte Ertragslage im Ölbereich. Er erlitt jedoch durch hohe Bestandsverluste wieder einen beträchtlichen Verlust von 160 bis 170 Mill. DM. Diesem negativen Ergebnis standen Gewinne aus dem Bereich Ausschluß und Gewinnung sowie in der Chemie gegenüber. Einschließlich der Auflösung von 45 Mill. DM Preissteigerungsrücklagen weist Texaco einen Jahresüberschuß von 53 (27) Mill. DM aus, der für 5,30 DM Dividende verwendet wird.

Bei einem Absatz von 9 Mill. Tonnen Mineralölprodukten, davon 8,2 Mill. Tonnen im Inland, stieg der Umsatz um 5,6 Prozent auf 12,8 Mrd. DM. Die eigene Förderung von inländischem Rohöl stieg um 9,7 Prozent, die von Erdgas um 6 Prozent. An der gesamten deutschen Ölförderung ist Texaco mit 16,1 Prozent, bei Erdgas mit 2,1 Prozent beteiligt. Die Investitionen erreichten 230 Mill. DM, ein Volumen, das in diesem Jahr nur knapp unterschritten werden dürfte. Fortgesetzt hat Texaco die Straffung der Organisation und des Tankstellennetzes. Die Zahl der Stationen ging auf 2209 zurück, die Belegschaft sank zum ersten Mal unter die Grenze von 4000.

SOZIALWAHLEN / Für Informationen fehlt das Geld

Listen-Wildwuchs verwirrt

THOMAS LINKE, Bonn

Im Zentrum der Kritik an den Sozialwahlen rangiert seit 20 Jahren der Listen-Wildwuchs. So stehen allein den 18 Millionen Wahlberechtigten bei der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (BfA) 17 verschiedene Vorschlagslisten auf dem Stimmzettel zur Auswahl. Neben den Gewerkschaften sind auch „sonstige Arbeitnehmervereinigungen" vorschlagsberechtigt.

Oft führen diese Listen den Namen der Versicherung in ihrer Bezeichnung – bei der BfA etwa: „Gemeinschaft von Versicherten und Rentnern der Angestelltenversicherung e.V." oder „Freie und unabhängige Interessengemeinschaft der Versicherten und Rentner der BfA". Vor zwanzig Jahren kam es zu einem gesetzlichen Verbot, den Namen des Versicherungsträgers zu führen. Grund: „Wahlpsychologische Vorteile" bei der Identität von Listen- und Versicherungsname.

Das Bundesverfassungsgericht hat 1971 dieses Namensführungsverbot für verfassungswidrig erklärt. Stimmengewinne für die Listen waren die Folge. Die Gemeinschaft von Versicherten und Rentnern der Angestelltenversicherung erntete 1980 fast eine Mill. Kreuzchen auf dem Stimmzettel (16,39 Prozent) und damit den zweiten Platz hinter der DAG.

Kritisiert wird oft, daß kein Mensch das sozialpolitische Programm dieser Listen kennt – wenn es denn eins gibt. „Für einen richtigen Wahlkampf fehlt uns einfach das Geld", meint Günter Jaekel, Geschäftsführer der Gemeinschaft von *Versicherten und Rentner*. In den BfA-Beratungsstellen in der ganzen Bundesrepublik liegen die Adressen von den Listenverantwortlichen aus. Jaekel beantwortet jeden Tag rund 40 bis 50 Briefe mit Anfragen nach den sozialpolitischen Zielen seiner Gemeinschaft.

Da steht dann unter anderem, daß *die Liste „Gleichmacherei" ablehnt*. Die Grundrente ist also für Jaekel und seine Mitstreiter absolut kein Thema: „Wir wollen die beitragsbezogene Rente behalten." Die Eigenbeteiligung der Rentner an der Krankenversicherung sei mit rund fünf Prozent an einem Endpunkt angelangt. Vielmehr solle endlich für eine Ausgabenbegrenzung im Gesundheitswesen gesorgt werden.

Vor rund 18 Jahren wurde die Gemeinschaft gegründet: „Wir wollten die Gewerkschaften nicht alles allein machen lassen." Und auch vor der Zukunft seiner Liste ist Jaekel nicht bange. Für die nächsten Wahlen 1992 hat der Gesetzgeber die Freien Gemeinschaften reglementiert. Dann müssen alle Listen aussagefähige sozial- und berufspolitische Programme vorweisen.

LBS BREMEN / Immobilien sind nach wie vor gefragt

Baukonjunktur leicht belebt

ww. Bremen

Eine leichte Belebung der Baukon*junktur im Lande Bremen in den letz*ten Monaten stellt der Vorstand der Landesbausparkasse (LBS) Bremen fest. Der Umsatz des bremischen Bauhauptgewerbes sei deshalb bereits 1985 weniger stark gesunken als im Bundesdurchschnitt; die Neuaufträge seien sogar um 4,5 Prozent gestiegen. Dabei habe die Bauindustrie bundesweit noch einen Rückgang um zwei Prozent verzeichnet. Auch der Markt für Gebrauchtimmobilien habe bei weiter großem Angebot und entsprechend niedrigen Preisen erste Belebungen gezeigt.

Umfrageergebnisse der Bausparkassen zeigen, daß trotz des wirtschaftlich schwierigen Umfeldes bei 85 Prozent der Bevölkerung ein Wunsch nach Wohneigentum bestehe. Positiv beurteilt die LBS, daß mit dem Heranwachsen der geburtenstarken Jahrgänge in den neunziger Jahren die Zahl der Haushalte wieder größer wird.

Auch 1985 hat die LBS Bremen hinsichtlich der Bauspardichte (Bausparsummenbestand je Einwohner) mit 4809 DM ihre zweite Position hinter Baden-Württemberg behauptet. Während der Bestand auf 150 225 (1984: 151 000) Verträge zurückging, stieg die Gesamtvertragssumme um 24,1 Mill. DM auf 3,2 Mrd. DM. Sie verteilen sich auf 81 222 Bausparer. Im eingelösten Neugeschäft verzeichnete die LBS mit 18 297 Verträgen über 394,7 *Mill. DM 0,9 Prozent* Zuwachs. Die Zahl der Verträge (1536), die von jungen Leuten bis 21 Jahren abgeschlossen wurde, stieg auf über 30 Prozent. Der Gesamtgeldeingang wuchs leicht um 0,5 Prozent auf 227,6 Mill. DM. Um 1,2 Prozent auf 89,7 Mill. DM verringerten Spargeldern standen dabei um 3,9 Prozent auf 101,2 Mill. DM erhöhte Tilgungen gegenüber.

MARKT & TECHNIK VERLAG / Wachstumstempo zwingt zu Kapitalerhöhung

Mit Computerbüchern glänzend verdient

DANKWARD SEITZ, München

Spätestens im kommenden Jahr *wird die auf Computerbücher* und -zeitschriften spezialisierte Markt & Technik Verlag AG, München, an eine Kapitalerhöhung denken müssen, wenn sich – und daran ist nach Ansicht ihres Vorstandsmitglieds Otmar Weber kaum zu zweifeln – das hohe Wachstumstempo fortsetzen sollte. Das derzeitige Grundkapital von 10 Mill. DM sei jedenfalls zu knapp bemessen; vielleicht müßte das bestehende genehmigte Kapital von 5 Mill. DM sogar noch eher bei einer weiteren Firmenakquisition genutzt werden. Dies wäre denn auch die beste Gelegenheit, die seit Juni 1984 im geregelten Freiverkehr an der Bayerischen Börse gehandelten Aktien in den amtlichen Handel einzuführen.

Immerhin kann für 1986, so Weber, mit einer weiteren deutlichen Umstatzsteigerung auf einiges mehr als 100 Mill. DM in der AG bei unverändert guter Ertragslage gerechnet werden. Bereits im ersten Quartal brachte es das Unternehmen auf ein „ansehnliches" Umsatzplus von 44 Prozent auf 26,8 Mill. DM gegenüber der entsprechenden Vorjahreszeit. Und in nichts stand dem der Ertrag vor Steuern mit plus 42 Prozent auf 2,55 Mill. DM nach. Die beiden Auslandstöchter in den USA und der Schweiz sollen 1986 auf gut 20 Mill. DM Umsatz kommen.

Ein ganz beachtliches Wachstum konnte Markt & Technik im vergangenen Geschäftsjahr erzielen. Der Umsatz der deutschen AG, die 334 (251) Mitarbeiter beschäftigt, stieg um 34 (69) Prozent auf 86,9 Mill. DM. Vom expandierenden Computer- und Elektronikmarkt profitierten sowohl die Zeitschriften (plus 33 Prozent auf 48 Mill. DM) als auch der Bereich Bücher (plus 34 Prozent auf 18 Mill. DM) und der Software-Verlag (plus 39 Prozent auf 20,8 Mill. DM).

Der Außenumsatz der Gruppe überstieg 1985 erstmals die 100-Mill.-DM-Marke. Die kalifornische Tochter M & T Publishing Inc. setzte 4,5 (3,5) Mill. Dollar um und erzielte ein „leicht positives" Ergebnis. Die schweizerische Markt & Technik Vertriebs AG kam auf 3,2 (2,3) Mill. sfr Umsatz und einen „ansehnlichen" Gewinn. Hinzu wird 1986 noch mit über 3 Mill. DM das im April übernommene Nürnberger Softwarehaus Weber & Partner kommen.

Noch stärker als der Umsatz stieg 1985 bei Markt & Technik der Gewinn mit 140 Prozent auf fast 4,0 (1,6) Mill. DM. Der Cash-flow verbesserte sich auf 5,9 (4,5) Mill. DM. In Sachanlagen investiert wurden 1,6 (3,5) Mill. DM bei Abschreibungen von 1,9 (1,5) Mill. DM. Nach Einstellung von 1,8 (–) Mill. DM in die Rücklagen verbleibt ein Bilanzgewinn von 2,2 (1,7) Mill. DM, aus dem eine auf 11 (10) DM erhöhte Dividende verteilt wird.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Alsfeld: Diebau F. Dietz GmbH Fertigbau Homberg KG, Homberg; Diebau F. Dietz GmbH, Homberg; **Bad Iburg:** Gode Verwaltungsgesellschaft mbH, Bad Laer-Müschen; Firma Schuhfabrik Heinrich Gode & Söhne GmbH & Co. KG, Bad Laer-Müschen; **Bamberg:** Nachl. d. Clemens Pfeiffer; **Bochum:** Rolf Jürgen Kmieciak; **Calw:** Friedrich W. Anger GmbH, Bad Herrenalb; Friedrich Wilhelm Anger, Anlageberater, Bad Herrenalb; **Duisburg:** Martin Schneidenbach, Bauhandwerker; **Essen:** Michael Meier Betonstahlhandel u. -verarbeitung GmbH; **Hannover:** Joachim F. Kappei, Immobilien-Kaufmann; **Lüneburg:** Willmsen & Kaal GmbH & Co. Stahlbau KG; Paul Riggert, Maurermeister; **Mönchengladbach:** Nachl. d. Michael Peters; **Nürnberg:** Firma Mode Masche Duczek-Bräuer GmbH, Burgthann-Schwarzenbach; **Siegburg:** Pütz & Lülsdorf Wohnungsbau GmbH & Co. KG, Troisdorf-Oberlar; **Stuttgart:** Hilmar Beck GmbH & Co. KG Bau- u. Möbelschreinerei.

Vergleich beantragt: Bad Berleburg: Viamond-Chemie Peter Stratmann KG, **Balingen:** Josef Rapp, Holzkaufmann, Inhaber d. Einzelfirma Inbau-Karlstal Josef Rapp, Heigerloch, Karlstal; **Freiburg i. Br.:** Klaus-Dieter Birlin, Maler- u. Stukkateurmeister, Pfaffenweiler; **Gütersloh:** Rawe-Rheda-Bekleidungs-GmbH, Rheda-Wiedenbrück; Wappen Kleidung GmbH, Rheda-Wiedenbrück.

Erholung am Aktienmarkt

Ein Teil der Vortagsverluste wurde wieder aufgeholt

DW. – Nach den teilweise empfindlichen Kurseinbußen gegen Schluß der Dienstagbörse – hervorgerufen durch plötzlich eingetroffene Verkaufsaufträge aus dem Ausland – kam es am Mittwoch auf fast allen Marktgebieten zu einer deutlichen Kurserholung. Diesmal dürften die Kaufaufträge auf ausländische Rechnung überwogen haben. Auch wenn der Aufwärtstrend gegen Börsenschluß etwas erlahmte, so blieb die positive Stimmung doch erhalten. Gestützt wurde sie durch den vorangegangenen Kursanstieg an der Wall Street.

Eine gewisse Rolle spielte die Spekulation auf ein Wahlergebnis in den Niederlanden, das die Fortführung einer bürgerlichen Koalition gewährleisten würde. Träfe dies zu, dann glaubt man gewisse Parallelen zu den Verhältnissen in der Bundesrepublik ziehen zu können. Bankaktien profitierten vor allem von den stabilen Kursen am Rentenmarkt. Die bevorstehenden Dividendenausschüttungen bei der Commerzbank und der Deutschen Bank wurden als Argument für die in beiden Papieren lebhafte Umsatztätigkeit genannt. Aufgeholt hat auch Mannesmann, während sich Siemens mit der Kurserholung schwertat. Hier scheint die Kernkraftdebatte noch Wirkung zu zeigen. Hingegen konnten sich einige Elektroversorgungswerte – einschließlich Veba – kräftig erholen. Zu deutlich besseren Notierungen kamen auch die Autoaktien.

Frankfurt: Pfaff konnten um 7,50 DM vorrücken. Cassella gaben um 9,50 DM nach, während Gestra um weitere 6 DM zulegten. Agib verbesserten sich um 7 DM. Dyckerhoff ermäßigten sich um 6 DM und Holzmann um 20 DM.

Düsseldorf: Balcke-Dürr fielen um 15 DM und Bilfinger um 5 DM. DAB ermäßigten sich um 5 DM und Heinrich um 17 DM. Hagen Batterie stockten um 3,50 DM und Hochtief um 5 DM auf. Nino büßten 4 DM ein.

Hamburg: Beiersdorf gaben um 9 DM nach. Phoenix Gummi verminderten um 5 DM und HEW um 4 DM. Bremer Vulkan verbesserten sich um 1 DM. Hapag Lloyd gaben 10 DM ab.

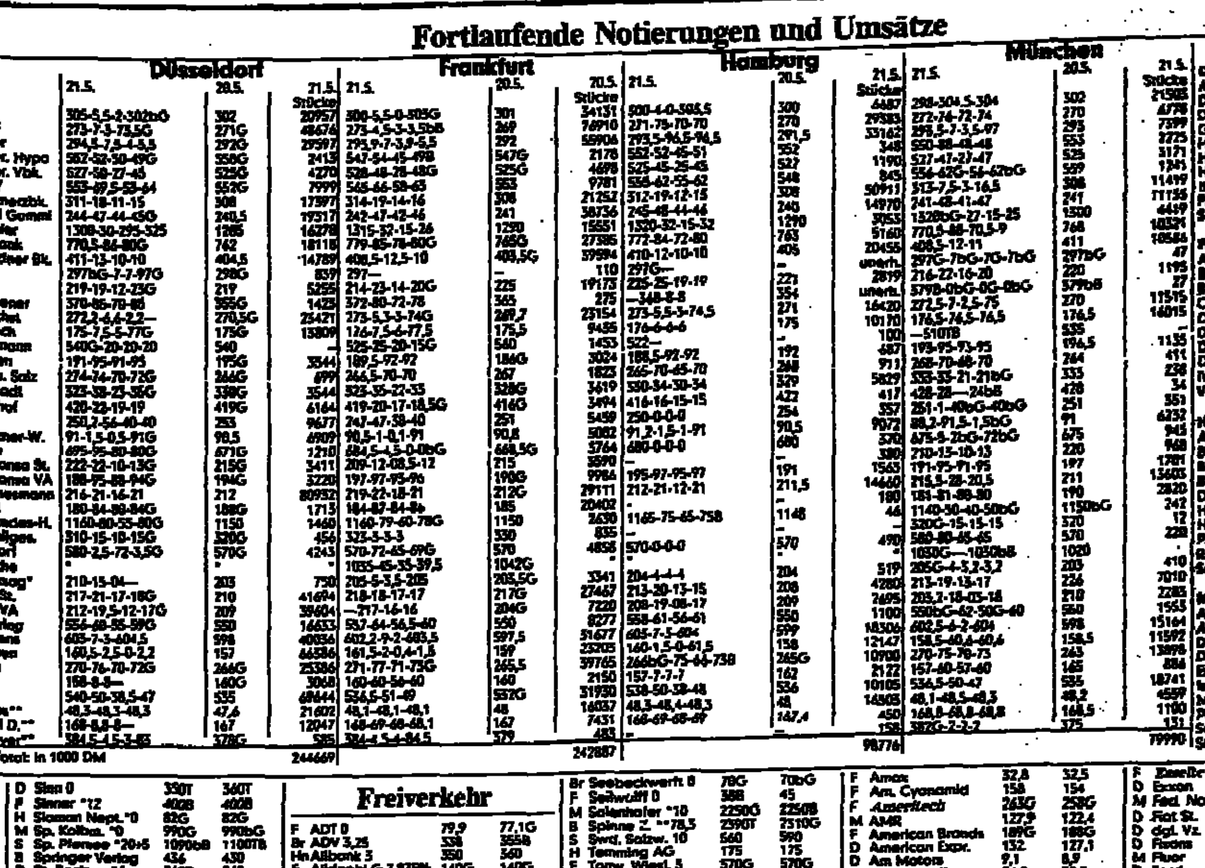
Berlin: Berliner Elektro wurden um 12 DM, DeTeWe und Springer um je 6 DM und Lehmann um 3,40 DM heraufgesetzt. Orenstein büßten 18 DM ein. Kempinski gaben um 4,50 DM und Rheinmetall St. um 4 DM nach.

München: Aigner verminderten um 2 DM, AKS um 7 DM und Dekkel um 4 DM. Gehe verloren 7 DM und Tucher 12 DM. Wanderer legten 20 DM und Leonische Draht 7 DM zu. Knürr stockten um 5 DM und Dywidag um 3,50 DM auf.

Stuttgart: DLW und WMF St. verbesserten sich jeweils um 7 DM. Kolbenschmidt waren um 10,10 DM ermäßigt. Salamander verbilligten sich um 6 DM. Traub wurden um 9 DM zurückgenommen. Stuttgarter Hofbräu St. verloren 15 DM.

Nachbörse: behauptet

WELT-Aktienindex: 271,58 (271,38)
WELT-Umsatzindex: 4468 (5288)
Advance-decline-Zahl: 96 (79)



Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf

	21.5.	20.5.
AEG	305-5,5-2-302bG	302
BASF	273-7-3-73,5G	271G
Bayer	294,5-7,5-4-5,5	292G
Bayer. Hypo	587-52-50-49G	550G
Bayer. Vbk.	527-58-27-45	525G
BMW	553-49,5-53-64	552G
Commerzbk.	311-18-11-15	308
Conti Gummi	244-47-44-45G	240,5
Daimler	1308-30-295-325	1285
Dt. Bank	770,5-86-80G	762
Dresdner Bk.	411-13-10-10	404,5
DUB	297bG-7-7-97G	298G
GHH	219-19-12-23G	219
Harpener	370-86-70-85	355G
Hoechst	272,2-4,6-2,2—	270,5G
Hoesch	175-7,5-5-77G	175G
Holzmann	540G-20-20-20	540
Horten	191-95-91-95	195G
Kali u. Salz	274-74-70-72G	266G
Karstadt	323-38-23-35G	330G
Kaufhof	420-22-19-19	419G
KHD	250,2-56-40-40	253
Klöckner-W.	91-1,5-0,5-91G	90,5
Linde	695-95-80-80G	671G
Lufthansa St.	222-22-10-13G	215G
Lufthansa VA	188-75-88-94G	194G
Mannesmann	216-21-16-21	212
MAN	180-84-80-84G	180G
Mercedes-H.	1160-60-55-80G	1150
Metallges.	310-15-10-15G	320G
Nixdorf	580-2,5-72-3,5G	570G
Porsche	•	•
Preussag*	210-15-04—	203
RWE St.	217-21-17-18G	210
RWE VA	212-19,5-12-17G	209
Schering	556-60-55-59G	550
Siemens	603-7-3-604,5	598
Thyssen	160,5-2,5-0-2,2	157
Veba	270-76-70-72G	266G
VEW	158-8-8—	160G
VW	540-50-38,5-47	535
Philips**	48,3-48,3-48,3	47,6
Royal D.**	168-8,8-8—	167
Unilever**	384,5-4,5-3-85	378G

DM-Total: in 1000 DM

D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Hn = Hannover, B = Berlin, Br = Bremen, M = München, S = Stuttgart. Stücke in 50 DM. *Stücke in 100 DM. **abweichende Stückelung. Kursive Pos.= ausl. Freiverkehr. Ohne Gewähr.

Inland

		21.5.	20.5.
H	Aach M Beti. 10	2340	2340
H	Aach. M. Vers. 7	1655	1700
D	Aach. Rück. 9	2665	7665
D	Aseag *4	430T	430T
M	Act-Gögg. 6	166	167
H	Adca 5	174	182,5
D	Adler 9	356G	355bG
F	AEG 0	503,5	315
D	AEG KABEL 9	465bG	465bG
S	Aesculap 9	445bG	445bG
F	AGAB 5	135,5bG	135,5bG
D	Agrippina *0	3700	3850T

FINANZANZEIGEN

Ausland

Amsterdam

	21.5.	20.5.
ACF Holding	286	285
Aegon	102,5	100,7
Akzo	148,2	145,2
Alg. Bk. Nederl.	554	549
Amev	79,7	77
Amro Bank	97,9	95,7
Berkel's Patent	31,2	31,2
Bijenkorf	75,5	74,5
Bols Lucas	138	137
Bredero	204	205
Buehrmann-T.	167,8	158
Desseaux	147	144
Fokker	87,6	87,3
Gist Brocades	266	260
Océ-v. d. Grinten	455	451,5
Hagemeijer	57,2	57
Heineken Bierbr.	151,7	149,8
KLM	51,8	50,6
Hoogovens Kon.	110,5	107,9
Nationale Ned.	81,3	80
Ned. Lloyd Group	175	169,8
Ommeren van	35	31,5
Pakhoed	53,1	52
Philips	54,5	53,5
Rijn-Schelde	8,58	8,8
Robeco	90,4	89,5
Rolinco	85	82,6
Royal Dutch	189	188,1
Credit Lyonnais Bk.N	92	91
Unilever	435,4	428,5
Ver. Masch.	283	284,8
Volker Stevin	39,4	39
Westland Utr. Hyp.	58	–
Index: ANP/CBS	264,90	261,20

Brüssel

Arbed	3540	3510
Brux. Lambert	3500	3500
Cockerill Ougrée	158	158
Ebes	4585	4580
Gevaert	6270	6260
Kredietbank	15800	–
Petrofina	8150	8010
Soc. Gén. d. Belg.	3245	3245
Sofina	10325	10475
Solvay	8450	8450
UCB	7270	7170
Index	3688,87	3650,36

Hongkong

	21.5.	20.5.
China Light + P.	16,1	16
Hongkong Land	6,2	6,2
Hongk. + Sh. Bk.	7	6,9
Hongk. Teleph.	11,4	11,1
Hutch. Whampoa	29,3	29
Jard Matheson	12,5	12,5
Swire Pac. + A +	12,7	12,5

Kopenhagen

	21.5.	20.5.
Den Danske Bank	330	334
Jyske Bank	580	565
Kopenh. Handelsbk.	280	274
Novo Industri	257	251
Privatbanken	272	264
Ostasiat. Komp.	258	252
Dan. Sukkerfabr.	390	380
For. Bryggerier St.	1150	–
Kgl. Porc. Fabr.	480	400

London

	20.5.	19.5.
AE Lyons	321	320
Anglo Am. Corp.	1200	1237,5
Anglo Am. Gold	6150	6625
Babcock Int.	176	173
Barclays Bank	502	502
Beecham Group	365	363
Bowater	310	313
B.A.T. Industries	370	365
BL	39	38
BLOC Int.	314	314
British Petroleum	578	563
British Aerospace	541	530
British Telecom	228	228
Britoil	185	175
BTR	306	305
Burmah Oil	385	384
Cable Wireless	630	635
Cadbury Schweppes	161	161
Charter Cons.	233	231
Cons. Gold. Fields	457	459
Cons. Murchison	187,5	200
Courtaulds	271	263
De Beers	693	723
Distillers	678	678
Driefontein	1468,75	1468,75
General Electric	188	184
Guinness	300	301
Hawker Siddeley	565	565
ICI	871	882
Imperial Group	347	348
Lloyds Bank	579	577
Lonrho	253	252
Marks & Spencer	199	198
Midland Bank	549	549
Nat. Westminster	745	740
Plessey	224	224
Reckitt & Colman	811	809
Rio Tinto-Zinc	649	652
Rustenburg Plat.	908	943
Shell Transp.	795	785
Thorn Emi	454	454
TI Group	544	541
Trusthouse Forte	151	149
Unilever	1530	1520
Unitech	–	232
Vickers	463	463
Woolworth	–	810
Financial Times	1304,80	1295,60

Luxemburg

	21.5.	20.5.
ARBED	3515	3550
Arico	97	98,5
Audiofina	5800	5800
Bque. Gen. du Lux.	15800	16100
Bque. Int. de Lux.	15500	15800
Belge Minière St.	0,21	0,24
Cegedel	3350	3340
Kredietbank Lux.	18000	18500
PAN Holding	11500	–
SCI Techn.	700	700
SEO	850	850

Madrid

Banco de Bilbao	840	845
Banco Central	650	657
Banco Popular	1035	995
Banco de Santander	678	685
Banco de Vizcaya	1310	1310
Const. Aux. Ferro	–	–
Cros	145	–
Cubiertas	–	–
Dragados	337	337,5
Duro Felguera	650	–
El Aguila	307	319
Esp. del Zinc	–	340
Fasa Renault	–	214
Esp. Petroleos	358	353
Unión Fénix	2280	–
Fecsa	98	87,75
Hidroeléctr. Esp.	126,25	121,75
Iberduero	173,75	177
Macosa	–	–
Papelera	135	–
Seda de Barcelona	430	–
Sevillana de El.	153	151,25
Telefónica	199	202,25
Unión Eléctrica	111,25	106
Explosivos RT	145	148
Urbis	–	205,5
Vallehermoso	200	189,5
Index	178,17	178,09

Mailand

Bastogi	855	857
Dalmine	720	740
Farmitalia C. Erba	22400	23580
Fiat	15980	16350
Fiat Vz.	11900	12150
Gemina	3415	3415
Generali	165500	169000
IFI Vz.	54960	55600
Italcementi	78200	78000
Italgas	–	3580
Lloyd Adriatico	34990	56000
Magneti Marelli	–	5400
Mediobanca	305800	313800
Mondadori A.	–	9590
Montedison	3825	3920
Mira Lanza	59700	60100
Banco Ambrosiano	4400	4590
Olivetti Vz.	11495	11495
dgl. St.	19100	19100
Pirelli SpA	6410	6560
La Rinascente	1360	1408
RAS	75000	76900
SAI Risp.	95300	95000
SIP	–	4150
Snia BPD	7195	7435
STET	6790	6790
Index	–	908,20

New York

Ortszeit: 16.00 h	21.5.	20.5.
Adv. Micro Dev.	26,5	26,875
Aetna Life	59	58,625
Alcan Aluminium	29,5	29,375
Alcoa	38,25	38,125
Allied Signal	48,25	48,25
Allis-Chalmers	–	4,875
AMR Corp.	57,25	57,25
Amax	14	14,125
Amerada Hess Corp.	21	20,875
Am. Brands	84,25	84,25
Am. Can.	70,375	69,75
Am. Cyanamid	72,375	71
Am. Express	58,375	58,5
Am. Home Prod.	82	82
Am. Motors	4	3,875
Am. Tel. & Telegr.	24,375	24,375
Ameritech	118,25	118,125
Amoco Corp.	64,75	65,25
Anchor Hocking	29,25	29,25
Armco Inc.	9,75	9,876
Asarco	16,875	16,875
Atlantic Richfield	55,75	55,25
Avon Products	32,375	32,75
Bally	23,125	22,875
Bk. of America	16,875	16,875
Bell Atlantic	62,25	62
Bell Howell	38,75	38,375
Bethlehem Steel	16,375	15,25
Black & Decker	21,5	21,625
Boeing	55,625	55,375
Borg-Warner	27,375	27,25
Bristol-Myers	76,875	76,75
Brunswick	33,375	33,5
Burlington Ind.	38	38,125
Burroughs	59,125	58,25
Campbell Soup	52	52
Capital Cities Corp.	235,25	233
Caterpillar	51,875	51
CBS	134,5	134
Celanese	208,75	208
Centronics	6,375	6,5
Chase Manhattan	42,125	41,875
Chevron	39,875	39,875
Chrysler	38,125	37,375
Citicorp	57,125	57,375
Clorox	51	50,75
Coca-Cola	106,5	106,5
Colgate	37,625	37,5
Commodore	7,125	7,25
Comwth. Edison	30,375	30,375
Comm. Satellite	35	35,125
Control Data	23,75	23,75
CPC Int.	62	62,25
Curtiss Wright	52,5	52,25
CSX	31,875	32
Deere	31,25	32,375
Delta Airlines	44	43,875
Digital Equipm.	89,5	88,375
Dow Chemical	54	54
Du Pont	79,375	79,25
Eastern Gas-Fuel	26,875	26,875
Eastman Kodak	58,125	57,5
Enron	40,25	40,25
Exxon Corp	58,25	58,125
First Chicago	31,5	31,375
Firestone	22,875	23
Fluor Corp.	18,375	18,5
Ford Motor	76,75	76,5
Foster Wheeler	13,875	14
Fruehauf	39,5	39,25
GAF Corp.	68,125	68,25
General Dynamics	76,375	76
General Electric	77	77
General Instrument.	22,125	22
General Motors	76,25	76,125
Gillette	85,875	85,75
Global Nat. Res.	3,25	3,375
Gen. T. & E.	50,125	49,25
Goodrich	39,625	39,5
Goodyeartire	30,625	30,75
Gould	23,875	23,625
Grace	56,875	57,125
Greyhound	35,25	35
Grumman	27,375	27,625
Halliburton	20,625	20,5
Heinz	40,375	40,375
Hercules	47,875	47
Hewlett Packard	44,25	44,25
Homestake Mining	20,5	20,625
Honeywell	74,5	74,5
IBM	146,625	146,25
Inco Ltd.	12,75	12,875
Inland Steel	21,875	22
Insp. Resources Corp.	5,25	5,5
Int. Tel. & Tel.	44,25	45,75
Int. Paper	56,875	57,375
Jim Walter	41,875	41,375
Kaiser Aluminium	20,375	20,25
Kerr McGee	29,5	29,5
Lehmann	15,875	15,875
Litton Industries	84,5	85,5
Lockheed Corp.	54,5	54,25
Loew's Corp.	64,625	63,875
Lone Star	34,125	34,5
Louisiana Land	30,125	30,25
LTV Corp.	7	7
Mc Dermott A.	18	17,875
Mc Donnel Doug.	78	78,75
Merck & Co.	186	183,625
Merrill Lynch	36,25	36,375
Mesa Petroleum	3,5	3,375
Minnesota M.	99,875	100
Mobil Oil	30,625	30,425
Monsanto	65,875	66,25
Morgan J.P.	86	86,5
Nat. Distillers	40,125	39,75
Nat. Semiconductor	14,125	14,125
Nat. Intergroup	22,25	22,25
Navistar Int. Corp.	9,75	9,875
NCR	53	53,25
Newmont	46,375	46,5
PanAm World	5,75	6
Pfizer	59,75	60,25
Philip Morris	63,75	63,875
Philips Petroleum	10,5	10,5
Pittston	13,875	14
Polaroid	64	62,25
Prime Computer	20,5	20,75
Procter & Gamble	74,75	75,25
RCA	65,625	65,5
Revlon	16	16,25
Reynolds Ind.	43,125	42,625
Rockwell Int.	46,75	46,375
Rorer Group	38,375	38,25
Salomon Inc.	51,375	51,25
Schlumberger	30,5	30,625
Sears, Roebuck	45,75	44,875
Singer	49,625	49,5
Sperry Corp.	72,875	73,25
Stand. Oil Calif.	39,875	39,875
Storage Techn.	4,25	4,25
Tandem	32,625	32,25
Tandy	40	40,25
Teledyne	342,125	337,875
Telex Corp.	63	63,375
Tesoro	11,25	11,25
Texaco	32,375	32,625
Texas Air	32,125	32,375
Texas Instrum.	138	136,25
Tosco	3,75	3,75
Trans World Corp.	43,875	44
Transamerica	33,25	33,5
Travellers	50,375	50,25
Turner Broadcast.	23,5	23,625
UAL	59,5	59,125
Ucal Corp.	–	20,25
Union Carbide	23,375	23,125
Union Oil of Calif.	22,625	22,625
US Gypsum	75,125	74,75
US Steel	20,625	20,75
United Technologies	47,375	47,375
Walt Disney	45,5	45,375
Warner Comm.	49,625	48,375
Westinghouse El.	50,875	50,5
Weyerhaeuser	34,5	34,125
Whittaker	25	25
Woolworth	86,25	84
Wrigley	41,125	40,75
Xerox	58,125	58,25
Zenith Radio	26,5	27
Dow Jones Index	1791,05	1783,98
Stand. & Poors	236,80	236,11

Mitgeteilt von Merrill Lynch (Hbg.)

Oslo

	21.5.	20.5.
Bergen Bank	147,5	150
Borregaard	305	–
Den Norske Cred.	145	147,5
Elkem	107	109,5
Kreditkassen	157,5	158
Norsk Data	225	221
Norsk Hydro	141	142
Storebrand	202,5	207
OSE Ind. Index	332,25	333,25

Paris

	21.5.	20.5.
Air Liquide	813	853
Alsthom Atlant.	544	552
Beghin-Say	508	488
BSN-Gerv.-Danone	3790	3850
Carrefour	3860	3840
Comp. du Midi	6460	6500
Club Méditerranée	520	521
CSF Thomson	1320	1331
Elf-Aquitaine	327	334
France Petrol B	392	406
Hachette	3245	3245
Imetal	86,5	87,1
Lafarge	1473	1515
Lafayette	1501	–
Locafrance	742	769
L'Oréal	3475	3500
Machines Bull	72,1	73,9
Michelin	3014	3010
Moët-Hennessy	2433	2440
Moulinex	90,8	91
Penarroya	67,7	67
Pernod-Ricard	1136	1155
Perrier (Source)	730	725
Peugeot-Citroën	1045	1035
Printemps	681	699
Radio Techn.	970	992
Redoute à Roubaix	1870	1825
Schneider	3625	3625
Sommer Allibert	1300	1578
Usinor	7,4	–
Index: INSEE	152,50	154,60

Singapur

	21.5.	20.5.
Cycle + Car.	1,1	1
Cold Storage	2,7	–
Dev. Bk. of Sing.	5,2	5,1
Fraser + Neave	5,85	5,8
Kl. Kepong	1,5	–
Mal. Banking	2,91	2,86
Nat. Iron	2,88	2,7
OCBC	6,25	6,25
Sime Darby	1,17	1,16
Singapur Land	2,2	2,18
Un. Overs. Bank	3,14	3,12

Sydney

	21.5.	20.5.
ACI	375	376
Ampol. Explor.	190	185
Westpacific Banking	506	502
Bougainville Copper	248	248
Bridge Oil	108	102
Brok. Hill Prop.	850	830
Coles	568	576
CRA	582	576
CSR (Theiss)	310	315
Metals Expl.	30	32
MIM-Holdings	210	208
North Broken Hill	168	165
Oakbridge	83	81
Peko Wallsend	440	440
Poseidon	260	250
Thomas Nat. Tr.	339	338
Wattens Bond	37	37
Western Mining	312	310
Woodside Petr	95	95
Index	1173,10	1185,40

Johannesburg

	21.5.	20.5.
Abercom Inv.		2,05
AE & CI Ltd.	Werte	–
Barlow Rand	lagen	17
De Beers	bei	25,7
Gold Fields	Red.-	39,5
Highveld Steel	Schluß	7,1
Kloof Gold Min.	nicht	21,5
Rembrandt	vor	57
Rustenburg Platinum		32,75
Sasol		–
Vaal Reefs		212,5
RDM Gold Index	–	1117,80
RDM Ind. Index	–	1285,60

Stockholm

	21.5.	20.5.
AGA AB	190	195
Alfa-Laval AB Ser. B	367	372
ASEA Fria	–	345
Atlas Copco AB	219	232
Electrolux AB Ser. B	295	302
Ericsson Ser. B	259	268
Saab-Scania AB	850	–
Sandvik AB	850	–
SKF B	334	341
Volvo B Fria	390	404
J & P Ind. Index	2279,33	2331,65

Tokio

	21.5.	20.5.
Alps	2070	1970
Bank of Tokyo	790	791
Banyo Pharma	954	900
Bridgestone Tire	674	673
Canon	1030	1020
Daikin Kogyo	725	733
Daiwa Sec.	1400	1380
Daiwa House	1360	1320
Eisai	1550	1500
Fuji Bank	1470	1480
Fuji Photo	2260	2240
Hitachi	895	879
Honda	1160	1180
Ikegai Iron	411	418
Kansai El. P.	2250	2270
Kao Soap	1410	1390
Kirin Brewery	1210	1210
Komatsu	477	479
Kubota Iron	350	349
Matsushita El. Ind.	1490	1470
Matsushita El. Wks.	1310	1290
Minolta Camera	837	830
Mitsubishi El.	345	345
Mitsubishi H. I.	366	368
Nikko Sec.	978	951
Nippon El.	1510	1490
Nippon St.	161	161
Nomura Sec	1970	1880
Pioneer	2480	2430
Ricoh	915	903
Sankyo	1360	1340
Sanyo Electric	431	430
Sharp	997	973
Sony	3520	3520
Sumitomo Bank	1770	1790
Sumitomo Marine	870	857
Takeda Chem	1420	1420
Teijin	500	497
Tokio Marine	1150	1140
Tokyo El Power	3690	3650
Toray	539	535
Toyota Motor	1460	1470
Index	1243,00	1235,60

Toronto

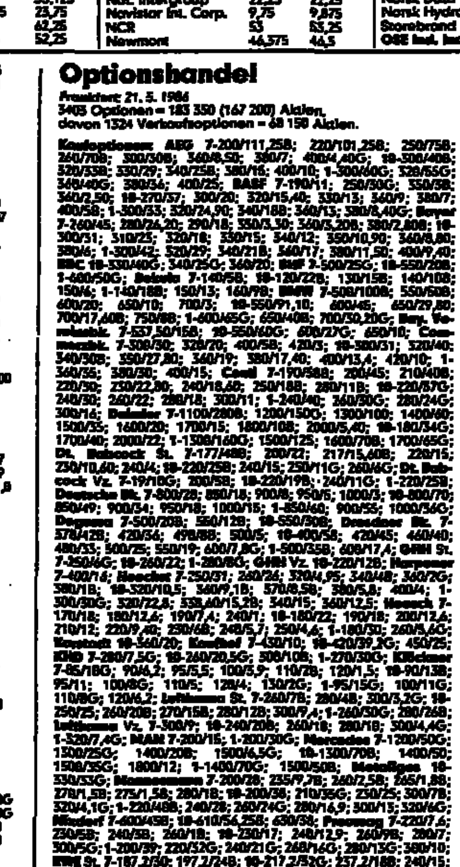
Ortszeit: 16.00 h	21.5.	20.5.
Abitibi Price	24,625	24,875
Alcan Alu.	40,125	40,25
Bk. of Montreal	37,75	32,625
Bk. of Nova Scotia	14,375	14,25
Bell Cda Enterprises	39,5	39,5
Bluesky Oil	2,65	2,7
Bow Valley Ind.	11,875	11,875
Brenda Mines	–	8,375
Brunswick M & Sm.	13	12,875
Cdn. Imperial Bk.	19,25	19,125
Cdn. Pacific	16,75	16,75
Cominco	12,75	12,75
Coseka Res	1,3	1,35
Denison Mines	7,75	7,5
Dome Petroleum	1,72	1,72
Domtar	29,625	29,5
Falconbridge Ltd.	20,75	21
Great Lakes Forest	24,25	24,5
Gulf Canada	15,5	15,5
Gulfstream Res.	0,6	0,6
Hiram Walker Res.	36,5	36,625
Hudson Bay Mng.	7,5	7,5
Husky Oil	8,75	8,75
Imperial Oil -A-	42,875	43
Inco	17,5	17,625
Inter City Gas Ltd.	15,375	15,5
Interprov. Pipeline	–	43,875
Kerr Addison	–	15,5
Lac Minerals	20,625	20,625
Massey Ferguson	3,5	3,5
Moore Corp	32,875	32,75
Noranda Mines	18	17,625
Norcen Energy Res.	13,25	13,25
Northgate Expl.	4,5	4,5
Northern Telecom.	40,125	40,5
Nova An Alberta 'A'	4,9	4,9
Nu West Group	0,38	0,39
Oakwood Petrol	–	4
Placer Development	22,875	22,75
Provigo Inc.	19,375	19,25
Ranger Oil	5,25	5,25
Revenue Properties	2,65	2,65
Rio Algom	23,375	23,125
Royal Bk. of Can.	32	31,875
Seagram	76,75	77,25
Shell Canada	23,5	23,5
Sherritt Gordon	–	6,5
Stelco -A-	26,75	26,625
TransCdn. PipeLines	18	18
Westcoast Transm.	14,5	14,5
Index: TSE 300	3036,90	3039,10

Wien

	21.5.	20.5.
Creditanst. -Bkv.Vz.	2350	2350
Gösser-Brauerei	3500	3450
Länderbank Vz.	2255	2260
Lenzing	1090	1075
Linz Textil	3850	3770
Österr. Brau	3590	3560
Perlmooser Zement	720	718
Reininghaus	900	900
Schwechater Br.	1970	1960
Semperit	209	219
Steyr-Daimler-P.	176	180
Steyrermühl Papier	3180	3150
Universale Hoch	330	324
Veitscher Magnesit	11000	11000
Index	122,76	125,22

Zürich

Alusuisse	690	695
dgl. NA	230	225
Bank Leu	3650	3625
Brown Boveri	1880	1880
Ciba Geigy Inh.	3340	3300
Ciba Geigy Part	2490	2470
Elektr. Watt	3500	3560
Georg Fischer Inh	1520	1545
Mag.z.Globus Part.	1510	1540
H. La Roche 1/10	11075	10800
Holderbank	4700	4550
Italo-Suisse	332	332
Jacobs Suchard Inh.	7625	7700
Jelmoli	3100	3100
Landis Gyr	1910	1900
Mövenpick Inh	6700	6575
Motor Columbus	1615	1610
Nestlé Inh.	8050	7975
Oerlikon-Bührle	1880	1900
Sandoz NA	4800	4890
Sandoz Inh.	12500	12500
Sandoz Part.	1900	1920
Art. A. Saurer	230	230
Schw. Bankges.	5600	5610
Schw. Bankverein	565	563
Schw. Kredit. A. Inh.	3770	3760
Schw. Rückv. Inh.	19400	19400
Schw. Volksb. Inh.	2600	2590
Sika -B-	3950	3950
Gebr. Sulzer Part.	580	–
Swissair	1730	1720
dgl. NA	1360	1410
Winterthur Inh.	7400	7250
Winterthur Part	6300	6300
Zür. Vers. Inh.	8100	8075
Index: Schw. Kred.	519,40	521,60





Inlandszertifikate

	Ausg. 21.5.	Rückn. 21.5.	Rückn. 20.5.
AAR-UNIV.F.I	164,90	157,45	157,45
Adifonds	67,82	63,85	64,08
Adikosta	25,04	24,51	24,36
Adirewa	102,30	99,52	99,50
Aditec	108,63	105,46	105,11
Adiverba	177,84	168,61	169,87
Aegis Eink.-Fds.	39,44	37,55	37,55
Aegis Wachst.-Fds.	64,87	61,77	61,77
AGI Fonds	171,10	162,95	162,95
Akkumula	unerh.	unerh.	195,20
Albingia Rendite Fds.	51,20	49,14	49,48
Alte Kapital Fds.	34,75	34,17	34,14
Allianz-Rentenfonds	124,49	121,46	121,74
Analytik Fonds	34,75	32,31	32,10
Aro-Rendit.	58,94	56,89	57,05
AriDeka	55,27	53,06	53,22
Ascecura I	88,92	88,48	88,48
Austr. Pazifik	50,05	48,59	48,75
Berenberg-U-Fonds	416,49	404,36	403,41
Berenberg-U.-Eff.-F.	52,06	50,59	50,59
Berenberg-U-Renten	125,44	120,43	120,42
BW-Renta-Univ.	54,25	52,95	53,10
BW-Wertberg-Univ.	130,05	128,35	128,84
Colonia Rentenfonds	unerh.	unerh.	49,67
Concentra	36,47	35,58	35,15
dbi-Fonds V I	58,96	58,96	59,17
DekaFonds	52,10	49,50	49,70
DekaRent	33,28	32,31	33,02
DekaSpezial	240,58	236,14	237,14
DekaTresor	61,45	59,95	60,04
DespaFonds	84,11	79,91	79,91
DEVIF-Invest	101,70	96,80	96,80
DEVIF-Rent	56,30	54,60	54,72
DIFA-Fonds	187,30	177,80	177,80
DIFA GRUND	104,72	99,48	99,48
DIT Fonds f. Verm.	67,14	65,50	65,50
DIT Rohstoffonds	71,43	69,54	68,48
DIT Pazifikfonds	108,27	105,12	105,30
DIT Spezial	69,71	67,68	67,15
DIT Technologiefonds	85,47	81,04	79,61
DIT Fds.f.Wd.u.Opt.A	132,83	129,59	127,75
Dt. Rentenfonds	84,69	83,85	82,61
Dt. Vermögensb. Fds. A	38,45	36,42	36,62
dgl. I	51,41	48,96	48,86
dgl. R	28,02	27,21	27,21
DWS Bayern Spezial	98,60	95,89	95,28
DWS Energiefonds	86,75	84,61	84,51
DWS Provesta	82,05	78,14	78,69
DWS Rohstoff Fds.	77,75	75,86	75,95
DWS Technologie Fds.	92,70	90,42	90,51
Fondak	70,91	67,53	67,71
Fondirent	88,65	86,26	86,00
Fondis	65,91	62,77	62,50
Fondra	122,95	107,55	107,76
FT Accuzins	142,28	138,14	137,95
FT Am Dynamik	24,34	22,51	22,27
FT Frankf. Eff. F	138,61	131,68	132,54
FT Interspezial I	28,95	26,49	26,40
FT Interspezial II	33,53	30,68	30,58
FT Interzins	45,60	44,27	44,33
FT Nippon Dynamik	89,44	82,52	82,52
FT Re-Spezial	192,26	182,65	183,05
Gerling Dynamik	68,40	65,46	65,54
Gerling Rendite	56,46	54,81	54,92
GKD-Fonds	74,25	71,40	71,29
Gothaer Rent	100,67	97,17	97,42
Grundbesitz-Invest.	73,50	69,95	69,95
Grundwert-Fonds	132,89	125,96	125,96
Hbg.-M. Rentenfonds	unerh.	unerh.	56,84
Hansainternational	55,88	53,91	53,84
Hansaprofit	–	28,67	28,23
Hansarenta	48,98	47,32	47,45
Hansasecur	66,61	63,44	63,79
Hansazins	49,96	48,27	48,32
Haus-Invest	71,50	68,21	68,21
H-Fonds Nr. 1	115,70	110,10	110,10
dgl Nr. 2	74,80	71,20	71,20
Industria	62,98	61,15	61,07
INKA-Global	84,70	80,60	81,10
INKA-Rent	55,60	53,90	54,00
INKA-Re-Invest	137,30	133,20	133,30
Inrenta	73,56	71,72	71,86
Interglobal	152,44	148,00	146,41
Inter-Renta	40,70	39,49	39,54
Intervest	102,10	97,22	97,59
Interkapital	28,30	26,60	26,70
Int. Rentenfonds	85,78	83,69	82,61
Investa	67,55	64,29	64,85
Investors Fds.	15,91	14,79	14,69
Ivera fonds	61,29	56,08	56,22
Japan-Pazifik-Fds.	77,44	75,18	75,05
Kapitalf. Spezial	138,66	128,26	128,42
Magdeb. W.-Fd.DIT	82,74	78,80	78,48
Medico-Invest	119,84	112,00	112,90
Meriar I	29,71	29,71	29,71
NB Rent	unerh.	unerh.	54,14
Nordcumula	76,36	74,14	74,59
Nordrenta Int.	61,21	59,43	59,40
Nordstern-F. BK	unerh.	unerh.	49,97
Nürnberger Rentenfds.	50,55	48,35	48,27
Oppenh. Int. Rent.	unerh.	unerh.	99,06
Oppenh. Priva-Rent	unerh.	unerh.	110,07
Oppenheim-Privat	unerh.	unerh.	54,04
Oppenheim-Spez. I	unerh.	unerh.	127,08
Oppenheim-Spez. II	unerh.	unerh.	87,41
Plusfonds	74,32	70,78	70,85
Privatfonds	66,71	63,54	63,48
Re-Inrenta	172,80	167,78	168,20
Renditdeka	35,31	34,28	34,37
Rentak	165,45	155,27	155,79
Rentex	110,13	106,82	107,21
Rentenportfonds	57,88	56,19	56,19
Ring Aktien-Fds. DWS	47,85	45,67	45,55
Ring Renten-Fds. DWS	47,95	45,78	45,78
Schmidt-U-Fonds	unerh.	unerh.	unerh.
SMH-Rentenfonds	unerh.	unerh.	unerh.
Südinvest I	67,11	63,91	64,06
dgl. II	78,14	74,42	74,42
dgl. III	27,11	26,32	26,38
dgl. IV	85,03	81,76	81,65
Thesaurent	69,62	67,92	66,82
Thesaurus	226,09	220,58	220,87
Transatlanta	32,20	31,26	30,38
Unifonds	31,80	30,21	30,25
Uniglobal	103,30	98,38	97,44
Unikapital	84,60	82,51	82,55
Unirak	85,95	81,84	81,88
Unirenta	42,49	41,15	41,13
Unispezial I	–	55,42	55,79
Universal-Eff.-F.	unerh.	unerh.	97,11
Unizins	113,86	110,53	110,65
Verm.-Aufbau-F.	122,12	116,50	114,91
Verm.-Ertrag-F.	102,57	98,58	98,09
VICTORIA Rent-Adig	73,72	71,23	71,46

Auslandszertifikate

Austro-Inv. DM	33,20	31,30	31,60
Bond Valor DM	111,92	109,82	110,01
Convert Fund A DM	36,00	34,20	33,70
Convert Fund B DM	107,70	102,40	101,00
CS Money Market DM	1083,19	1083,18	1083,07
Eurinvest DM	95,50	89,60	90,10
Eurunion DM	199,57	183,75	unerh.
Formular Sel. DM	81,57	76,27	77,32
GT Inv. Fund DM	66,40	62,80	63,80
Interpar DM	unerh.	unerh.	27,28
Japan Sel. DM	408,55	392,80	395,55
Unica DM	79,10	76,72	76,60
Amerika-Valor sfr.	515,50	488,00	478,00
Asia Fd. $	304,43	289,93	unerh.
Automation sfr.	129,50	120,50	119,50
Bond-Invest sfr.	65,25	64,80	64,00
Bond Valor Yen	10641,00	10462,00	10517,00
Bond Valor $	125,71	121,41	122,60
Bond Valor sfr.	107,90	105,90	105,85
Bond Valor Ster.	108,78	106,76	107,26
Canasec	654,00	622,00	615,00
CSF-Bonds sfr.	80,25	77,50	77,50
CS Money Market $	1141,66	1141,65	1141,47
CS Money Market Ster.	1102,88	1102,87	1102,59
CS Money Market Yen	102884,0	102883,0	102871,0
Convert Valor sfr.	139,75	137,15	137,40
Convert Valor $	153,55	150,60	153,06
Dreyfus $*	14,00	13,16	unerh.
Dreyfus Internat. $*	49,39	46,43	unerh.
Dreyfus Intercont. $*	49,39	46,43	46,88
Dreyfus Leverage $*	22,48	20,57	unerh.
Energie-Valor DM	175,50	166,80	164,92
Europa Valor sfr.	195,00	185,50	190,75
Fonsa sfr.	199,50	194,50	196,00
Founders Growth $*	9,66	9,66	9,50
Founders Mutual $*	11,00	11,00	10,80
Goldmines Intl.	–	208,00	208,00
Intercont. Tr. sfr.	–	360,25	358,25
Interswiss sfr.	164,50	164,00	164,00
Intervalor sfr.	91,75	88,50	88,00
Japan Portfolio sfr.	1271,50	1196,75	1203,50
Kemper Growth $*	14,49	13,26	13,11
Pacific-Valor sfr.	189,50	177,75	179,00
Pharmafonds sfr.	330,50	306,50	304,50
Pioneer Fond $*	25,51	23,34	23,16
dgl. II $*	20,80	19,05	18,87
Schweizeraktien sfr.	514,25	487,50	494,75
Siat-Imm. sfr.	1750,00B	1740,00G	1740,00G
Siat 63 sfr.	1368,00B	1350,00G	1350,00G
Swissimmob. N.S. sfr.	2575,00	2440,00	2440,00
Swissimmob. 1961 sfr.	1325,00	1260,00	1260,00
Swissvalor sfr.	425,50	413,50	416,75
Technology $*	14,69	13,44	13,30
Technogrowth Fd.	114,01	107,57	108,49
Templeton Growth $*	14,22	13,01	13,05
Universal B.S. sfr.	81,00	77,75	77,50
Universal Fund sfr.	127,99	123,54	122,95
Ussec	821,00	782,00	768,00

*Vortags-Kurs (alle Kursangaben ohne Gewähr für Übermittlungsfehler)

Optionshandel

Frankfurt: 21. 5. 1986
3403 Optionen = 183 350 (167 200) Aktien,
davon 1324 Verkaufsoptionen = 68 150 Aktien.

Kaufoptionen: AEG 7-200/111,25B; 220/101,25B; 250/75B; 260/70B; 300/30B; 360/8,50; 380/7; 400/4,40G; 10-300/40B; 320/33B; 330/29; 340/25B; 380/16; 400/10; 1-300/60G; 320/55G; 340/40G; 380/36; 400/25; BASF 7-190/11; 250/30G; 350/3B; 360/2,50; 10-270/37; 300/20; 320/15,40; 330/13; 340/9; 380/7; 400/5B; 1-300/33; 320/24,90; 340/18B; 360/13; 380/8,40G; Bayer 7-260/45; 280/26,20; 290/18; 350/3,30; 360/3,20B; 380/2,80B; 10-300/31; 310/25; 320/18; 330/15; 340/12; 350/10,90; 360/8,80; 380/6; 1-300/42; 320/29; 340/21B; 360/17; 380/11,50; 400/9,40; BBC 10-330/40G; 340/25G; 360/20; BHF 7-500/25G; 10-550/20B; 1-680/50G; Belsula 7-140/5B; 10-120/22B; 130/15B; 140/10B; 150/6; 1-140/18B; 150/13; 160/9B; BMW 7-500/100B; 550/50B; 600/20; 650/10; 700/3; 10-550/91,10; 600/45; 650/29,80; 700/17,60B; 750/8B; 1-600/65G; 650/40B; 700/30,20G; Bay. Vereinsbk. 7-537,50/15B; 10-550/60G; 600/27G; 650/10; Commerzbk. 7-300/30; 320/20; 400/5B; 420/3; 10-300/31; 320/40; 340/30B; 350/27,80; 360/19; 380/17,40; 400/13,4; 420/10; 1-360/35; 380/30; 400/15; Conti 7-190/58B; 200/45; 210/40B; 220/30; 230/22,80; 240/18,60; 250/18B; 280/11B; 10-220/57G; 240/30; 260/22; 280/18; 300/11; 1-240/40; 260/30G; 280/24G; 300/16; Daimler 7-1100/280B; 1200/150G; 1300/100; 1400/60; 1500/35; 1600/20; 1700/15; 1800/10B; 2000/5,40; 10-180/34G; 1700/40; 2000/22; 1-1300/160G; 1500/125; 1600/70B; 1700/65G; Dt. Babcock St. 7-177/48B; 200/22; 217/15,60B; 220/15; 230/10,60; 240/4; 10-220/25B; 240/15; 250/11G; 260/6G; Dt. Babcock Vz. 7-19/10G; 200/5B; 10-220/19B; 240/11G; 1-220/25B; Deutsche Bk. 7-800/28; 850/18; 900/8; 950/5; 1000/3; 10-800/70; 850/49; 900/34; 950/18; 1000/15; 1-850/60; 900/55; 1000/36G; Degussa 7-500/20B; 550/12B; 10-550/30B; Dresdner Bk. 7-378/42B; 420/36; 498/8B; 500/5; 10-400/58; 420/45; 460/40; 480/33; 500/25; 550/19; 600/7,8G; 1-500/35B; 600/17,4; GHH St. 7-250/6G; 10-260/22; 1-280/8G; GHH Vz. 10-220/12B; Harpener 7-400/18; Hoechst 7-250/31; 260/26; 320/4,95; 340/4B; 360/2G; 380/1B; 10-320/10,5; 360/9,1B; 370/8,5B; 380/5,8; 400/4; 1-300/30G; 320/22,8; 338,40/15,2B; 340/15; 360/12,5; Hoesch 7-170/18; 180/12,6; 190/7,4; 240/1; 10-180/22; 190/18; 200/12,6; 210/12; 220/9,40; 230/6B; 248/5,7; 250/4,6; 1-180/30; 260/5,6G; Horten 10-560/20; Kaufhof 7-430/10; 10-420/39,2G; 450/25; KHD 7-280/7,5G; 10-260/20,5G; 300/10B; 1-270/30G; Klöckner 7-85/10G; 90/6,2; 95/5,5; 100/3,9; 110/2B; 120/1,5; 10-90/13B; 95/11; 100/8G; 110/5; 120/4; 130/2G; 1-95/15G; 100/11G; 110/8G; 120/6,2; Lufthansa St. 7-260/7B; 280/4B; 300/3,2G; 10-250/25; 260/20B; 270/15B; 280/12B; 300/9,4; 1-260/30G; 280/26B; Lufthansa Vz. 7-300/9; 10-240/20B; 260/18; 280/18; 300/4,4G; 1-320/7,4G; MAN 7-200/15; 1-200/30G; Mercedes 7-1300/50G; 1300/25G; 1400/20B; 1500/6,5G; 10-1300/70B; 1400/50; 1500/35G; 1800/12; 1-1400/70G; 1500/50B; Metallges. 10-330/33G; Mannesmann 7-200/28; 235/9,7B; 260/2,5B; 265/1,8B; 270/1,5B; 275/1,5B; 280/1B; 10-200/38; 210/35G; 230/25; 300/7B; 320/4,1G; 1-220/48B; 240/28; 260/24G; 280/16,9; 300/15; 320/6G; Nixdorf 7-600/45B; 10-610/56,25B; 630/38; Preussag 7-220/7,6; 230/5B; 240/5B; 260/1B; 10-230/17; 240/12,9; 260/9B; 280/7; 300/5G; 1-200/39; 220/32G; 240/21G; 260/16G; 280/13G; 300/10; RWE St. 7-187,2/30; 197,2/24B; 10-217,2/32G; 237,2/18B; 240/15; 260/15B; 280/11,9; 1-240/30G; RWE Vz. 7-240/7B; 272,2/13B; 10-217,2/25B; 227,2/19,9B; 260/10B; 1-240/35G; Schering 7-60/26B; 650/8G; 10-650/22,8; 1-560/60G; Kali + Salz 7-270/26B; 280/17,6; 300/9B; 360/0,5; 10-270/30G; 500/15B; 1-320/23G; Siemens 7-650/70G; 600/48; 650/24; 700/7; 750/5; 800/4; 10-600/55G; 650/30; 838/2,2; 1-650/58B; 700/40; 750/35; 800/21,25G; 850/17,4G; Thyssen 7-150/15; 165/10G; 170/8,50; 175/6; 180/5; 185/4; 190/3; 200/2,90; 215/1,50; 10-160/20; 170/14; 180/11; 185/10B; 200/8,40; 220/4,90, 1-170/22,50; 180/18B; 190/16B; 200/10G; 220/8,50; Veba 7-280/20; 290/15B; 300/9; 330/4B; 350/3,40; 10-260/50G, 320/15; 340/9; 380/3G; 1-320/30; 340/20G; 360/16,30; 380/8B; VEW 7-160/26B; 180/10; 190/6; 10-190/9; VW 7-400/180; 500/79; 520/51B; 630/12B; 650/10; 700/5; 750/4,40; 800/3,30B; 10-550/70; 600/47; 650/26; 700/17,50; 720/12B; 750/11; 800/10G; 1-550/80; 600/51; 650/50; 700/30; 750/26; Alcan 7-70/3G; 10-70/5; 75/5,50; 1-75/8,40; Chrysler 1-90/5; Elf 7-70/40B; 100/20B; 110/11B; 10-75/50B; 110/24,50; 1-120/11; General Motors 7-170/15B; 180/8,60B; 10-180/14,40G; 200/8; IBM 7-380/3,50; 10-360/18; 380/15; 400/9,50; 1-360/25; Litton 10-200/15G; 1-190/15G; Norsk Hydro 7-38,10/5,2; 40/4,10; 45/2,60; 50/1,20; 10-40/6,50; 45/4,30; 50/3; 1-40/9,60; 45/7; 50/5; 55/4,00; Philips 7-48,30/4; 50/3,10; 53,80/1,80; 55/1,60; 10-45/9,30; 50/6; 55/4; 60/2,50; 1-50/8,40; 55/6,70; 60/5; 65/3,50; Royal Dutch 7-152,60/18,40B; 160/15; 10-152,60/32B; 170/25G; 1-180/22; Sony 10-55/2,40; 1-55/4G; Sperry 7-140/25B; 10-130/35B; 140/23; 160/9,90G; 170/7G; 180/6; 1-140/28B; Unilever 7-380/40G; Xerox 10-140/6,40G; 150/5,10G; 1-150/11,40G.

Verkaufsoptionen: AEG 7-280/4,6; 290/8G; 300/8,2; 310/10G; 320/20; 340/40G; 350/50G; 10-260/5B; 320/30G; 340/50G; 1-280/15G; 300/20G; 320/40G; BASF 7-250/3; 260/4,5; 270/7; 280/12; 300/25; 310/40B; 10-240/5,9B; 260/9; 270/11; 280/17,1; 290/27G; 300/50; 310/42B; 320/49; 1-260/15,2. 280/24,2; 300/33; 320/51; Bayer 7-247,45/0,6; 270/6; 277,45/7,4; 280/7,50. 290/10,6; 300/12,8; 320/29,1; 10-280/10; 300/14; 320/30B; 1-280/15,4; BHF 1-500/20G; Bay. Hypo 10-540/20G; 1-562/18,5; BMW 7-500/9G; 550/20; 10-500/14,5G; 550/40G; 1-500/25G; 600/65G; Bay. Vereinsbk. 7-560/20G; 10-510/8G; Commerzbk. 7-209/8; 300/9; 320/14; 340/29; 10-290/14,9; 300/18; 320/21; 340/31; 1-300/21G; 320/25; 340/33; Conti 7-240/15; 10-200/6,3; 240/18G; 1-200/7,5G; 220/16,6; Daimler 7-1100/19; 1200/27; 1300/61; 1400/120G; 10-1300/95; 1400/140G; 1500/265B; 1-150/215G; 1100/20G; 1200/80G; 1300/110G; Deutsche Bk. 7-720/10; 750/20G; 800/50; 10-700/20,1G; 750/21,3G; 800/60; 1-700/23,3G; 750/30G; Dresdner Bk. 7-380/7G; 410/15; 420/20G; 440/31G; 10-400/21,3G; 1-420/35G; Hoechst 7-230/1,5; 248,6/3,5; 258,6/3,55; 268,6/5; 270/6G; 278,6/7,5; 280/13; 298,6/23,5; 300/34,5; 318,6/42; 10-240/5,1G; 260/10; 288,6/18B; 1-260/15; 300/40G; Hoesch 160/2,5; 170/5,5; 180/7; 10-150/2,1G; 160/5B; 170/8; 180/13; 190/25B; 1-150/6G; 170/14; 180/18B; 190/26B; Karstadt 7-340/17; 350/27,2; 10-328/20B; 340/22B; Kaufhof 7-420/9G; 430/12; 440/22G; 10-440/28G; 1-420/20G; Klöckner 7-90/3; 95/6; 100/10; 10-85/4,5; 90/5; 95/8; 100/11; 1-90/7G; 95/10B; 100/17; Lufthansa St. 7-260/50; Linde 1-680/19,4G; Mercedes 7-1000/9G; 1100/20G; 1200/55B; 10-1000/20G; 1100/40G; 1200/65,75G; 1-1100/44G; Mannesmann 7-200/7G; 210/8G; 250/35; 255/43B; 10-210/10G; 220/15G; 280/80B; 1-180/13G; 190/10B; 200/15; 220/20; 240/39; 260/49B; Preussag 7-190/8G; 200/16; 220/35G; 250/48B; 260/55B; 10-250/50B; 260/66,25B; 270/68B; 1-200/34,5B; 220/45; 240/56B; RWE St. 7-200/5G; 210/9,5; 220/19; 10-200/15G; 220/23; 1-200/18; 220/30B; RWE Vz. 7-220/8G; Kali + Salz 7-270/8,5G; 1-290/31,5B; Siemens 7-550/10G; 600/23; 618/24; 620/25G; 650/50; 708/110B; 10-550/30G; 600/50; 650/70G; 700/120G; 1-600/65; Thyssen 7-150/2,4G; 155/4; 160/6; 165/6,5; 170/10; 180/18; 185/24B; 10-155/6G; 165/11B; 170/15; 175/16; 180/20G; 1-180/23B; 190/34B; Veba 7-260/6,5; 270/7; 280/15; 290/18; 300/26; 320/46B; 10-260/8; 270/11; 310/40G; 1-260/12G; 280/22G; VEW 10-160/10,6; VW 7-500/12G; 510/18; 520/24; 540/30; 550/35; 600/60; 650/110B; 10-520/30; 550/58; 600/70; 1-500/40G; 650/122; Alcan 7-70/4,8B; 75/8,5B; 10-70/6,5G; Chrysler 1-85/9,9; Elf 10-80/1,5G; 90/1,6G; General Motors 7-170/6B; 180/9G; 10-170/10,6B; 180/16; 1-170/17; 180/18,6B; IBM 7-340/12G; 10-320/10G; 340/25; 360/48; Norsk Hydro 7-40/0,9; 45/5B; 10-40/2,6; 45/5,6B; 1-43,1/5,7B; Philips 7-50/3,1; 53,8/7; 10-50/6; 1-45/3,2; 55/8,6; Sony 1-50/5G; Sperry 10-150/6G; 1-160/10G; Xerox 1-150/36B.

WELT-Aktien-Indizes

Chemiewerte 162,10 (160,82). Elektrowerte 291,78 (293,83). Autowerte 758,74 (753,72). Maschinenbau 156,51 (155,54). Versorgungsaktien. 158,62 (156,60). Banken 396,79 (379,76). Warenhäuser: 136,79 (137,80); Bauwirtschaft 473,01 (474,33). Konsumgüterindustrie 165,04 (166,14). Versicherung. 1479,37 (1497,12); Stahlpapiere 161,25 (162,54)

Kursgewinner (Frankfurt):

V. Seidenw.	230,00	+18,00	+8,4%
Hartmann NA	570,00	+40,00	+8,3%
Commerzbk. Reste	15,60	+0,70	+4,6%
Aach. Münch. Vers.	1720,00	+70,00	+4,2%
Dywidag	205,00	+8,00	+4,0%
Wickrath	335,00	+13,00	+4,0%
Hedit W.	270,00	+10,00	+3,8%
Kraft Rheinf.	522,00	+12,00	+3,8%
Adt	79,90	+2,80	+3,6%
Chem. Brockhues	920,00	+32,00	+3,6%

Kursverlierer (Frankfurt):

Seilwolff	38,00	-7,00	-15,5%
Enka	300,00	-30,00	-9,0%
Papier Weiss	110,00	-10,00	-8,3%
HEW	130,00	-9,00	-6,4%
Rütgers	370,00	-25,00	-6,3%
Lahmeyer	380,00	-25,00	-6,1%
Wanderer	660,00	-40,00	-5,7%
KHD	240,00	-14,00	-5,5%
Brau AG	344,00	-18,00	-4,9%
Münch. Rück NA	2700,00	-140,0	-4,9%

Junge Aktien

Berlin: Hermes 750G, Kötitzer 1850T, VAB 2900T. **Düsseldorf:** BASF 262, Bayer 283, BHF 485G, Hoechst 265, IWK 255T, KSB St 182T, KSB Vz. 170T, Linde 660, Nixdorf 555, Rutgers 365, Salamander 325, Schering 545, VEW 144. **Frankfurt:** Adt 75, Allweiler St. 265G, Allweiler Vz. 220bG, BASF 263, Bayer 282,5, BHF 490T, Commerzbk. 306, Conti Gummi 234, Hoechst 267, IWK 260, KSB St. 207bB, KSB Vz.178bG, Linde 665, Magdeburger Feuer NA 695B, Magdeburger Feuer 1620B, Moto Meter 265G, Nixdorf 537, Pfaff 196,1G, Salamander 325, Schering 549, VEW 149, Wella 800, Ymos 165T. **Hamburg:** Doag 460, Schering 532. **München:** Bayer 285, BHF 490G, Br. Wolk. 300G, Hoechst 268bG, IWK 260, Linde 645TB, Nixdorf 548, Rutgers 345, Schering 550, Stumpf 142G, VAB 2790G, VEW 150,2, Wanderer 690TB.

Bezugsrechte: Frankfurt: Bay. Hypo 21,5.

Devisenmärkte

Zwischen 2,238 und 2,250 wurde der Dollar am 21. Mai gehandelt. Zwar blieb die Grundeinstellung positiv, doch kamen Zweifel auf, ob sich der Kurs über 2,25 etablieren konnte. Nach lebhaftem Beginn gingen die Umsätze kraß zurück. Die Notiz wurde mit 2,2465 ermittelt und der Kurs anschließend am Nachmittag auf 2,243 zurückgenommen. Der Datenkranz von Privateinkommen, Privatkonsum und Konsumentenpreisen vermittelte den Eindruck, daß weiterhin keine inflationären Gefahren vorhanden sind, und konnte heute auf die Zinssätze drücken. Den höchsten Tagesgewinn hatte der Kanadische Dollar mit einem Gewinn von 1,9 Prozent auf 1,644. Schwächer notierten lediglich der Belgische Franc, der Französische Franc, die Dänische Krone und die Spanische Peseta. Amsterdam 2,5315, Brüssel 45,87, Paris 7,1575, Mailand 1541,50; Wien 15,789, Zürich 1,8727, Ir Pfund/DM 3,046, Pfund/Dollar 1,5152, Pfund/DM 3,404

Devisen und Sorten

21.5.1986	Disk.-satz	Frankf. Geld	Devis. Brief	Wechs. Ank.-Kurs[4]	Frankf. Sorten* Ankauf	Frankf. Sorten* Verkauf
New York[1]	6,50	2,2425	2,2505	2,2326	2,18	2,28
London[2]	12,0	3,397	3,411	3,357	3,33	3,48
Dublin[2]	12,8	3,039	3,053	3,002	2,97	3,12
Montreal[1]	8,59	1,640	1,648	1,6252	1,59	1,69
Amsterd.	4,50	88,645	88,865	88,465	87,75	89,50
Zürich	4,00	119,86	120,06	119,85	118,50	121,25
Brüssel	8,75	4,89	4,91	4,869	4,77	4,97
Paris	9,50	31,305	31,465	31,185	30,50	32,25
Kopenh.	7,00	26,94	27,06	26,82	26,25	28,00
Oslo	8,00	29,445	29,565	28,805	28,50	31,25
Stockh.	8,00	31,175	31,335	30,75	30,00	31,75
Mailand[3]**	13,0	1,453	1,463	1,4305	1,40	1,50
Wien	4,00	14,21	14,25	14,207	14,13	14,35
Madrid	8,00	1,569	1,579	1,544	1,52	1,64
Lissabon**	17,5	1,487	1,507	1,435	1,25	1,90
Tokio	3,50	1,3285	1,3315	–	1,29	1,35
Helsinki	8,00	43,28	43,48	42,75	42,25	44,25
La Valetta*	–	–	–	–	5,35	6,10
Nikosia*	–	–	–	–	4,20	4,90
Athen* **	20,5	1,5655	1,6195	–	1,25	1,95
Ankara*	3,50	–	–	–	0,26	0,48
Sydney*	–	1,614	1,633	–	1,51	1,66
Johannbg.*	12,0	0,978	1,012	–	0,70	0,95
Hongkong*	–	28,60	28,88	–	25,50	31,50

Alles in Hundert; [1] 1 Dollar, [2] 1 Pfund; [3] 1000 Lire
[4] Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage, * nicht amtlich notiert
** Einfuhr begrenzt gestattet.

Bundesanleihen

Bundespost

Bundesbahn

Industrieanleihen

Optionsscheine

Länder – Städte

Sonderinstitute

Optionsanleihen

Langläufer deutlich besser

Die vorangegangene freundlichere Tendenz auf dem New Yorker Bondsmarkt war das Signal für einige Ausländer, die in den letzten Tagen nach unten nivellierten langlaufenden Bundesanleihen zu erwerben. Deren Kurse wurden teilweise um mehr als einen Punkt heraufgesetzt. Weniger lebhaft war die Nachfrage nach den anderen öffentlichen Papieren. DM-Auslandsanleihen mit langen Laufzeiten blieben in der Regel unplazierbar. Bei den Pfandbriefen hielt sich die Erholung in bescheidenen Grenzen.

Frankfurt

DM-Auslandsanleihen

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

Anmerkung: *Zinsen steuerfrei; PF = Pfandbrief, KO = Kommunalobligation, KS = Kommunalschatzanweisung, IS = Inhaberschuldverschreibung, RS = Rentenschuldverschreibung, S = Schuldverschreibung. Kurse ohne Gewähr. B = Berlin, Br = Bremen, D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Hn = Hannover, M = München, S = Stuttgart

Warenpreise – Termine

Knapp behauptet schlossen am Dienstag die Goldnotierungen an der New Yorker Comex. Fester ging Silber aus dem Markt. Mit Verlusten schloß Kupfer. Während Kaffee um das Limit niedriger notierte, konnte Kakao zulegen.

Getreide/Getreideprodukte

WEIZEN Chicago (c/bush)

	20.5.	19.5.
Mai	353,00	338,00
Juli	258,00	262,00
Sept.	258,50	262,00

WEIZEN Winnipeg (can.$/t)

Öle, Fette, Tierprodukte

ERDNUSSÖL New York (c/lb) Südstaaten fob Werk

20.5.	19.5.
27,00	27,00

MAISÖL New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk

Genußmittel

Wolle, Fasern, Kautschuk

NE-Metalle

Londoner Metallbörse

Messingnotierungen

Deutsche Alu-Gußlegierungen

Edelmetalle

Internationale Edelmetalle

Erläuterung – Rohstoffpreise

Westd. Metallnotierungen

New Yorker Metallbörse

Zinn-Preis Penang

Energie-Terminkontrakte

Kartoffeln

Bauholz

Devisenterminmarkt

Die Devisentermine blieben am 21. 5. weitgehend unverändert. Die Eurodeports wurden auf Vortagsniveau gehandelt.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,51-0,41	1,41-1,31	2,75-2,55
Pfund/Dollar	0,46-0,44	1,22-1,19	2,13-2,08
Pfund/DM	2,40-1,00	5,40-4,00	9,30-7,90
FF/DM	16-p	28-12	47-31

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 21.5. : Tagesgeld 3,90-4,00 Prozent; Monatsgeld 4,60-4,70 Prozent; Dreimonatsgeld 4,50-4,65 Prozent. FIBOR 3 Mon. 4,65 Prozent, 6 Mon. 4,65 Prozent.
Privatdiskontsätze am 21.5. : 10 bis 29 Tage 3,05 G–2,90B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,05 G–2,90B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 21.5. : 3,5 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 21.5. ; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr.
1 Monat	6⅞-7⅛	4⅝-4⅞	4½-5
3 Monate	6⅞-7⅛	4½-4¾	4½-4¾
6 Monate	6⅞-7⅛	4½-4¾	4¼-4¾
12 Monate	7-7¼	4⅝-4⅞	4¼-4⅝

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxemburg

Ostmarkkurs am 21.5. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 16,50; Verkauf 19,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 15,50; Verkauf 18,50 DM West.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 21.5. folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1000,00	1322,40
5 US-Dollar (Indian)**	650,00	802,50
5 US-Dollar (Liberty)	370,00	502,90
1 £ Sovereign alt	185,50	234,27
1 £ Sovereign Elizabeth II.	173,25	220,31
20 belgische Franken	139,25	184,97
10 Rubel Tscherwonez	189,25	243,11
2 südafrikanische Rand	168,00	213,18
Krüger Rand, neu	751,25	896,33
Maple Leaf	769,50	917,13
Platin Noble Man	931,00	1101,24
Außer Kurs gesetzte Münzen*		
20 Goldmark	223,25	283,01
20 schweiz. Franken „Vreneli"	157,00	207,48
20 franz. Franken „Napoléon"	160,50	211,47
100 österr. Kronen (Neuprägung)	717,75	847,10
20 österr. Kronen (Neuprägung)	143,00	185,82
10 österr. Kronen (Neuprägung)	73,50	100,89
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	332,00	412,48
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	77,25	110,87

*Verkauf inklusive 14 % Mehrwertsteuer
**Verkauf inklusive 7 % Mehrwertsteuer

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Mai 1986 an, Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1986/5 (Typ A) 3,00 (3,00) – 4,50 (3,74) – 5,00 (4,14) – 5,50 (4,46) – 6,50 (4,82) – 7,50 (5,21). Ausgabe 1986/6 (Typ B) 3,00 (3,00) – 4,50 (3,75) – 5,00 (4,16) – 5,50 (4,50) – 6,50 (4,89) – 7,50 (5,32) – 8,00 (5,70) Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 3,50, 2 Jahre 4,25. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 5,50 , Kurs 99,60, Rendite 5,59 .

Nullkupon-Anleihen (DM)

Deutsche Emittenten	Rückzahlung Preis	Rückzahlung Datum	Kurs 21.5.	Rendite in %
BW-Bank E.69	400,00	1.7.95	56,823	6,40
BW-Bank E.70 .	192,16	1.7.95	109,195	6,40
Berl. Bk. E.54	100,00	1.7.95	57,76	6,20
Berl. Bk. E.55	100,00	1.7.00	41,63	6,40
Commerzbank	100,00	22.5.95	55,15	6,84
Commerzbank	100,00	4.8.00	38,50	6,95
Deutsche Bk. 5	287,00	25.1.95	134,00	9.18
DSL-Bank R.264	137,01	2.7.90	109,07	5,70
DSL-Bank R.265	100,00	2.7.90	79,61	5,70
DSL-Bank R.266	100,00	1.8.95	55,08	6,70
Fr. Hyp. KO 468	196,72	1.6.95	111,43	6,50
Hbg. Ldbk. A.2	100,00	15.8.96	51,25	6,75
Hess. Ldbk. 245	100,00	1.6.95	56,69	6,49
Hess. Ldbk. 246	100,00	1.6.00	39,48	6,85
Hess. Ldbk. 247	100,00	1.6.95	56,17	6,60
Hess. Ldbk. 248	100,00	1.7.05	27,34	7,02
Hess. Ldbk. 251	100,00	2.11.05	27,16	6,93
Hess. Ldbk. 255	100,00	4.4.06	25,97	7,02
SGZ-Bank 60	100,00	12.6.95	57,03	6,40
WestLB 600	100,00	2.5.95	56,70	6,55
WestLB 603	100,00	1.6.01	37,15	6,82
WestLB 606	100,00	1.8.06	26,10	6,88
WestLB 500	126,86	16.2.89	111,25	4,95
WestLB 501	137,01	16.2.90	112,60	5,41
WestLB 503	115,76	3.10.88	103,90	4,69
WestLB 504	141,85	1.10.91	105,80	5,63
Emittenten (DM) Ausland				
Österreich	200,00	24.5.95	109,75	6,39
Österreich	294,12	24.5.00	111,50	6,91
Atl. Richfield	$ 100	4.2.92	147,80	11,12
Campbell Soup	$ 100	21.4.92	148,20	10,70
Prud Realty	$ 100	15.1.99	69,40	11,34
Emittenten (Dollar)				
Wells Fargo(AA)	100,00	4.2.88	–	9,26
Pepsi-Co. (AA)	100,00	4.2.92	62,75	8,51
Beatrice Foods	100,00	9.2.92	56,50	10,50
Xerox (AA)	100,00	11.2.92	60,00	9,34
Gulf Oil (AAA)	100,00	2.3.92	59,75	9,32
Gen. Elec.(AAA)	100,00	17.2.93	57,25	8,63
Caterp.Fin (AA)	100,00	11.2.94	49,125	9,64
Penney (A+)	100,00	17.2.94	49,625	9,48
Sears (AA)	100,00	27.5.94	50,00	9,03
Philip Morris/A	100,00	8.6.94	49,00	9,27
Gen. Elec (AAA)	100,00	4.3.95	48,50	8,58

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

Laufzeit Jahre	Rendite* ca.%(Vortag)	Orientierungspreise** bei Nominalzinsen von 5%	6%	7%	8%	9%	10%
1	4,65 (4,65)	100,4	101,2	102,2	103,1	104,1	105,0
2	5,14 (5,10)	99,75	101,4	103,3	105,1	107,0	108,8
3	5,55 (5,51)	98,25	101,0	103,7	106,3	109,0	111,7
4	5,81 (5,80)	96,85	100,7	103,8	107,3	110,8	114,2
5	5,94 (6,01)	95,60	100,3	104,1	108,3	112,5	116,7
6	6,20 (6,22)	93,65	99,00	103,4	108,3	113,2	118,0
7	6,42 (6,45)	91,65	97,15	102,7	108,1	113,6	119,1
8	6,72 (6,70)	89,05	95,05	101,7	107,1	113,1	119,7
9	6,90 (6,90)	86,95	93,50	100,7	106,5	113,1	119,6
10	6,93 (6,95)	85,75	92,80	100,5	106,8	113,8	120,9
15	7,20 (7,20)	79,45	88,40	98,20	106,3	115,2	124,2

*Die Rendite wird auf der Basis aktueller Kupons berechnet (ca. %)
**Aufgrund der Marktrendite errechnete Preise, die von den amtlich notierten Kursen vergleichbarer Papiere abweichen können.

Commerzbank Rentenindex: 112,078 (112,153)
Performance-Rentenindex: 241,000 (241,031)
Mitgeteilt von der COMMERZBANK

New Yorker Finanzmärkte

Fed Funds	20. Mai	6,75
Commercial Paper (Direktplazierung)	30–59 Tage	6,75
	60–270 Tage	6,00
Commercial Paper (Händlerplazierung)	30 Tage	6,80
	60 Tage	6,75
	90 Tage	6,70
Certificates of Deposit	1 Monat	6,60
	2 Monate	6,60
	3 Monate	6,75
	6 Monate	6,75
	12 Monate	6,75
US-Schatzwechsel	13 Wochen	6,21
	26 Wochen	6,23
US-Staatsanleihe	10 Jahre	7,54
	30 Jahre	7,83
US-Diskontsatz		6,50
US-Primerate		8,50
Geldmenge M1	5. Mai	654,7 Mrd. $ (+ 6,1 Mrd. $)
NYSE-Aktienindex (New York) Juni	136,55	134,25
Sept.	137,85	135,35

Mitgeteilt von Hornblower Fischer & Co., Frankfurt

Dollar-Anleihen

Lux. Franc Bonds

Rechnungs-Einheiten

ECU

Euro-Yen

ECU-Tageswerte

SZR-Wert

Die neue ADAC-Pannenstatistik enthüllt, wie oft Starlet und Corolla liegenblieben:

SO GUT WIE NIE.

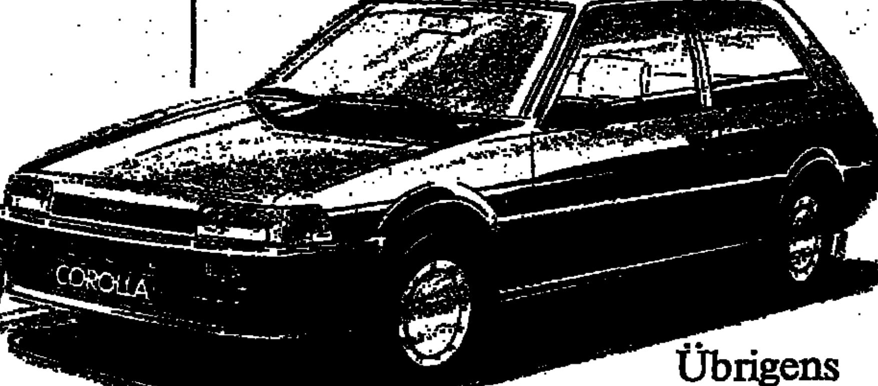
Besser denn je schneiden Autos von Toyota in der ADAC-Pannenstatistik ab. Diesmal belegt Toyota gleich zwei erste Plätze: Der Starlet hatte 1985 die wenigsten Pannen in der kleinen Klasse, der Corolla die wenigsten Pannen in der unteren Mittelklasse. Hat Toyota etwa ein besonders wirksames Zuverlässigkeitsrezept? Wenn man so will, ja. Denn beide, Starlet und Corolla, laufen bereits heute serienmäßig mit Mehrventil-Motoren. Eine Technik, die Toyota besonders früh zur Großserienreife entwickelt hat. Der Erfahrungsvorsprung zahlt sich aus: Die Zuverlässigkeit der Toyota Mehr-



ventiler gilt als kaum zu übertreffen. Und mit Sicherheit ein weiterer Grund: Die Fertigungskontrollen sind bei Toyota besonders streng.

Ein Beispiel von vielen: Motoren werden nicht etwa stichprobenweise geprüft, sondern ausnahmslos jedes Aggregat absolviert einen Probelauf auf dem Prüfstand.

Dieser Doppelsieg ist daher für Toyota kein Zufall. Sondern das Ergebnis intelligenter, ausgereifter Technik, verbunden mit höchster Fertigungspräzision und Qualitätskontrolle.



Radabdeckung Sonderausstattung.

Übrigens fahren Sie mit Starlet und Corolla auch finanziell so gut wie nie zuvor: Mit dem steuerfreien Starlet 1,0 sparen Sie in 3 1/2 Jahren bis zu DM 750,–, mit dem steuerbegünstigten Corolla 1,3 mit 5-Gang-Getriebe bis zu DM 109,– pro Jahr. Dazu das attraktive Finanzierungsangebot:

3,33% effektiver Jahreszins. Anzahlung nur 33%. Laufzeiten 12, 24, 33 Monate über Absatzkreditbank.

Den Starlet bekommen Sie ab DM 12.640,–, den Corolla ab DM 14.740,– unverbindliche Preisempfehlung plus Überführung.

TOYOTA

Nichts ist unmöglich

BMZ

Sammelband über Österreich und die Deutschen

Jenseits des Ausstiegs

Man hat vielfach behauptet, mit dem Lärm um Kurt Waldheim, den ÖVP-Kandidaten für die Bundespräsidentschaft, hätte sich Österreichs deutsche Vergangenheit zurückgemeldet. Eine Teilwahrheit. Die nach dem Zweiten Weltkrieg entstandene Alpenrepublik ist nach Geschichte, Sprache und kultureller Orientierung nie etwas anderes gewesen als eine Republik von Deutschen.

Waldheim, nicht eben ein idealer Protagonist, und die nach ihm benannte Affäre illustrieren folglich eher die immerwährende Gegenwärtigkeit des Deutschen im Lande hinter der Salzach. Denn die Existenz und innere Kohärenz einer Nation haben nur mittelbar mit der wandelbaren Ausdehnung staatlicher Territorien oder mit ephemeren Gebilden wie Verfassungen und Institutionen



zu tun. Wenn auch die Sieger der Weltkriege den Deutschen Österreichs das Selbstbestimmungsrecht verweigerten – die nationale Qualität dieses Volksteils blieb davon unberührt. Freilich: Mehr als eine bloße Verfassungs-Loyalität kann eine solche Republik nur schwer entwickeln – eher schon eine Staatsräson, die auf partikularen und regionalen Interessen gründen mag und für die Wohlfahrt ihrer Bürger nützlich sein.

Otto Scrinzi, Jahrgang 1918, vom rechten Flügel der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ), einer der aussichtslosen Konkurrenten Waldheims, äußert sogar: „In Österreich ist es die Aufgabe der Stunde, sich allen Bestrebungen entgegenzustellen, welche die österreichische Eigenständigkeit auf eine Eigennationalität gründen und aus ihr ausschließlich oder überwiegend begründen wollen."

Scrinzi schreibt dies in dem lesenswerten Sammelband „Österreich und die deutsche Nation", den Andreas Mölzer soeben herausgegeben hat. 31 Autoren aus Österreich, Südtirol und der Bundesrepublik bemühen sich darin, 40 Jahre nach dem apokalyptischen Zusammenbruch mit seinen blickverstellenden Folgen, das Verhältnis Österreichs zu dieser deutschen Nation neu zu bestimmen. Denn für sie ist längst erwiesen, daß die Abkoppelung vom deutschen Schicksal – Hitler ist ein Deutscher, und Beethoven gehört der felix Austria – längst fehlgeschlagen ist. Um es mit den Worten des Salzburger Historiker Fritz Fellner zu sagen: „Österreich war in seiner Vergangenheit nie deutscher als heute, da die wirtschaftliche, kulturelle, wissenschaftliche und gesellschaftliche Verflechtung zur stillschweigend akzeptierten Realität geworden ist."

Nach solchen Zitaten nimmt nicht weiter wunder, daß die Mehrzahl der in diesem Band versammelten Autoren die Österreich-Frage unter einem ganz bestimmten Gesichtspunkt abhandelt: unter dem Aspekt nämlich, welche Rolle die deutschen Staaten bei einer Neuordnung der europäischen Mitte spielen. Es ist in diesem Buch also nicht so sehr von der Genesis österreichischer Sonderstaatlichkeit die Rede, sondern mehr und überwiegend von politischen Konzeptionen. Die Autoren sind sich darüber im klaren, daß die westlichen Partner Bonns dabei Verständnis für ein grundsätzliches Dilemma aufbringen müssen. „Dieses besteht darin, daß eben jener Status quo gesichert und verteidigt werden muß, den es, um der Einheit der Nation willen, zu überwinden gilt." (Gerhard Hubatschek).

Die Dringlichkeit des Themas leitet sich nach ihrer Auffassung vor allem aus zwei Feststellungen ab: daß die Zweiteilung Europas um des Friedens willen aufgehoben werden müsse, weil anders der Kontinent nicht zur Ruhe komme; und daß sich zum anderen die Revitalisierung des deutschen Verlangens nach Wiedervereinigung, bei Linken wie Rechten, in der „DDR" wie in der Bundesrepublik, so unüberhörbar artikuliere, daß von einem zunehmenden Handlungsdruck geredet werden müsse. Oder wie Harald Rüddenklau, Bismarck zitierend, anmerkt: „... daß das deutsche Vaterland nach tausendjähriger Tradition sich auch an der Donau, in der Steiermark und in Tirol noch wiederfindet, in Moskau und Petersburg aber nicht."

HORST STEIN

„Österreich und die deutsche Nation", hrsg. v. Andreas Mölzer. Aula-Verlag, Graz. 450 S., 35 Mark.



Aus der Oberfläche folgt alles andere: „Rudy und Edwin" (1968) von Alex Katz FOTO: KATALOG

Wächter der Kunst: Das Whitney Museum von New York zeigt Alex Katz

Maskenbildner der leeren Gesichter

Wer im New Yorker Whitney Museum im dritten Stock aus dem Fahrstuhl tritt, sieht sich mit Dutzenden von Köpfen konfrontiert. Scharf ausgeschnitten wie Scherenschnitte und bunt bemalt, stehen sie wie Wächter am Eingang einer Ausstellung, die in ihrer kühlen, emotionslosen Zweidimensionalität kaum ihresgleichen hat.

Der Künstler, dem diese Retrospektive gewidmet ist, heißt Alex Katz. Er ist 58 Jahre alt und ähnlich wie die Pop-Künstler seiner Generation von Reklame-Billboards, von TV und Cartoons, von allen Elementen der amerikanischen „popular culture" entscheidend beeinflußt.

Katz, der seit 30 Jahren seine New Yorker Umwelt, seine Freunde und Bekannten scharf und präzise im Bild festhält, ist ein Meister des Plakativen. Ob beim Essen, liegend am Ferienstrand oder posierend als „Pärchen", die Katz-Figuren stehen immer in seltsam festgefrorener Stille in ihren Rahmen, erstarrt unter Katz' dünn und virtuos aufgetragenen Farbflächen. Platte, zweidimensionale Gesichter blicken ohne Regung, Mandelaugen mit langen Wimpern locken wie Reklameposter für Zahnpasta, perfekt gezogene Lippenstift-Konturen wirken, als sei hier ein Maskenbildner am Werk gewesen.

Zwar zwingt Katz seine Gestalten gelegentlich in eine Bewegung – wie in „His behind-the-back pass" (1979), wo zwei Jungen Ball spielen. Doch gibt es zwischen den Spielern keinerlei Kontakt, der Ball hängt in der Luft, die Knaben sind erstarrt, der grüne Rasen könnte Plastik-Astroturf sein.

Man fragt sich hier: Was soll diese Zelebrierung der Banalität des Alltags? Wenn diesen Figuren keinerlei Emotion und Regung anzumerken ist, sie in beziehungsloser Leere nebeneinanderstehen, wozu sie dann porträtieren? Ist das Porträt nicht, in erster Linie, eine psychologische Entdeckungsfahrt, bei der der Künstler sein Sujet exploriert, interpretiert, mit wechselndem Licht übergießt und so zu einer einzigartigen und neuen Wahrheit über den Porträtierten vorstößt?

So gesehen sind Katz' Bilder keine Porträts. Worum es dem Künstler offenbar geht, ist Formales, ist Komposition, ist Oberfläche. „Meine Theorie", hat er ja auch einmal gesagt, „ist folgende: Wenn man die Oberfläche erfaßt hat, folgt alles andere daraus. Ich sehe Stil – die Art und Weise, wie man malt – als das Wesentliche an." Farbe und ihre Wertigkeit, Licht und Schatten und ihre Abstufungen, nebeneinandergesetzte Farbflächen, das ist es, was Katz interessiert, wobei die Tatsache, daß er sich der menschlichen Figur bedient, um diesen Weg zu erforschen, etwas irreführend ist: Man erwartet Erzählerisches oder gar psychologische Interpretation – und fühlt sich zunächst betrogen.

Doch Kunst, so scheint Katz zu sagen, ist nicht dazu da, Erwartungen zu erfüllen. Ganz im Gegenteil: Sie will konfrontieren, herausfordern, vielleicht gelegentlich auch enttäuschen. Das Resultat ist eine Art widerwilliger Respekt, den man Katz wohl zollen muß. Für seine Virtuosität (in „Red Coat", 1982), für die Beharrlichkeit seiner Vision, für die Ökonomie seiner Mittel. (Bis 15. Juni; Katalog 40 Dollar Leinen, 25 Dollar Paperback)

VERA GRAAF

Das „Istituto Italiano per gli Studi Filosofici"

Perle der Wissenschaft

Dem Thema „Hegel und die antike Dialektik" war ein internationales Kolloquium gewidmet, das das „Istituto Italiano per gli Studi Filosofici" und das Institut für Philosophie der Universität Erlangen-Nürnberg in Nürnberg veranstalteten. Unter der Leitung von Prof. Manfred Riedel (Universität Erlangen-Nürnberg) diskutierten führende Wissenschaftler aus Deutschland, Italien, der Schweiz, Frankreich und den Vereinigten Staaten den Weg, auf dem sich die spekulative Dialektik Hegels in der Begegnung mit der Antike ausbildete.

Die interessante Tagung lenkte den Blick der Öffentlichkeit endlich einmal auf das verdienstvolle „Istituto Italiano per gli Studi Filosofici", eine Institution, die in den letzten Jahren wesentlich dazu beigetragen hat, Philosophie und Naturwissenschaft im Bewußtsein ihrer gemeinsamen Verantwortung zusammenzuführen, und die dabei eine vorbildliche internationale, vor allem deutsch-italienische Zusammenarbeit praktiziert.

Das „Istituto" wurde 1975 durch die Initiative von Gerardo Marotta als philosophisches Forschungs- und Lehrinstitut in Neapel gegründet. Gerardo Marotta, einer der großen Kulturförderer unserer Zeit und selbst Schüler des Philosophen Benedetto Croce, stellte dem Institut seine reichhaltige Bibliothek zur Verfügung, die auf philosophische Literatur spezialisiert ist und derzeit 120 000 Bände umfaßt. Marotta ist zur Zeit auch Präsident des Instituts. Inzwischen wurde diesem nach dem Vorbild der französischen „Hautes Ecoles" eine „Scuola di Studi Superiori" angegliedert, an der regelmäßig Seminare für postgraduierte Studenten aus allen europäischen Ländern stattfinden.

Außer zahlreichen Lehr- und Forschungstätigkeiten in Neapel hat das „Istituto" bislang Seminare und Kolloquien in Deutschland, den Niederlanden, Frankreich, England und den Vereinigten Staaten veranstaltet. Neben den Kongressen und Seminaren bildet die Edition von grundlegenden Texten der antiken und neuzeitlichen Philosophie sowie der neueren Wissenschaftsgeschichte einen Schwerpunkt der Arbeit des „Istituto". Darunter befinden sich kritische Textaufgaben und Kommentare der Herkulaneischen Papiere aus der platonischen und der epikureischen Schule. In deutscher Sprache veröffentlichte das „Istituto" eine kritische Ausgabe der Vorlesungen Hegels (herausgegeben von K. H. Ilting) sowie die Reihen „Elea" (unter der Leitung von G. P. Carratelli) und „Spekulation und Erfahrung", die Texte und Studien zur klassischen deutschen Philosophie enthält – letztere in Zusammenarbeit mit dem Hegel-Archiv in Bochum und dem Schelling-Archiv in München. Eine vollständige deutsche Übersetzung der „Szienza Nuova" des Giambattista Vico befindet sich in Vorbereitung. Geplant sind ferner Gesamtausgaben der Werke von Giordano Bruno und Tommaso Campanella sowie eine italienische Übersetzung des Gesamtwerkes von Albert Einstein.

Die Beziehung Neapels zur deutschen Philosophie hat eine lange Tradition. Bereits 1864 veröffentlichte der Hegelianer Theodor Sträter in der Berliner Zeitschrift „Der Gedanke" eine Reihe von Artikeln, die das überraschend lebendige intellektuelle Leben Neapels in der Zeit nach der Bildung des einheitlichen nationalen Staates beschreiben. Wie heute, kam auch zu dieser Zeit in Neapel der klassischen deutschen Philosophie eine besondere Bedeutung zu. Sträter berichtet, wie fruchtbringend das Wort Hegels „Die Geschichte ist der Fortschritt der Menschheit im Bewußtsein der Freiheit" damals durch Bertrando Spaventa und andere Neapolitaner aufgenommen wurde.

Was das „Istituto Italiano per gli Studi Filosofici" gegenüber vergleichbaren kulturellen Einrichtungen auszeichnet, ist der Versuch, die wissenschaftliche Wahrheitssuche mit dem Ethos der politischen und moralischen Verantwortung zu verbinden. In diesem Sinne ist man nicht nur bestrebt, das Erbe der europäischen Philosophie zu bewahren, sondern auch, auf ihren Prämissen neue Formen des Denkens und des Lebens zu erstellen, um so einen Beitrag zur Bewältigung der kulturellen Krisen der Gegenwart zu leisten.

Das „Istituto" weiß sich dabei nicht nur den antiken Philosophenschulen verbunden, die als Lebensgemeinschaften immer auch direkt oder indirekt eine Verbesserung der politischen Verhältnisse zum Ziel hatten, sondern ebenso den Vätern des „Risorgimento" und der Tradition der Hegelschen Philosophie, wie sie in Neapel durch Bertrando Spaventa fortgeführt wurde.

GERHARD KRÄMLING

Die einzige Komödie Alfred Hitchcocks

Pantomime statt Torten

Alfred Hitchcocks Humor war so rabenschwarz, daß manche Leute selbst seine größten Dramen noch für den Ausdruck eines reichlich makaberen Sinnes für Komik hielten", sagte einmal der Schauspieler James Stewart, der unter Hitchcocks Regie in einer Reihe von Thrillern mitgewirkt hat.

Leichte Komödien lagen dem Meister des Kriminalfilms eigentlich überhaupt nicht. Doch als Carole Lombard ihn bat, eine Komödie – mit ihr in der Hauptrolle – zu drehen, sagte er zu. Das Ergebnis ist **Mr. und Mrs. Smith** (ZDF um 23.20 Uhr). Später hat Hitchcock sich nie wieder an Komödien herangewagt. Sein wohl wichtigster Film, „Immer Ärger mit Harry" ist eine Satire, ein Paradebeispiel für seinen schwarzen Humor.

Die Komödie entstand 1941. Vergeblich versuchte Hitchcock Gary Grant für die Rolle des Mr. Smith zu gewinnen. Auch Frederic March und Gregory Brent hatten keine Lust dazu. Eine Woche vor Drehbeginn engagierte Hitchcock Robert Montgomery, der 110 000 Dollar erhielt – mehr als Hitchcock an dem Film verdiente.

Nach teuren Projekten wie „Rebecca" und „Mord" wollte der Regisseur die Kosten für seine Komödie niedrig halten. Die Dreharbeiten dauerten nur zwei Monate, dann wurde das Stück am 30. Dezember 1941 vor ausgewähltem Publikum vorgeführt und sofort zum „besten Film des Jahres" gekürt. Auch bei der offiziellen Premiere am 20. Januar 1942 in der Radio City Music Hall fand es großen Beifall. Hitchcock-Biograph Donald Spoto: „Die Liebesaffäre zwischen dem amerikanischen Publikum und Hitchcock samt seinem besonderen Humor war besiegelt."

Und zu diesem Humor paßte Schmunzeln, kein brüllendes Gelächter. Hitchcock konnte und wollte in der Geschichte eines streitsüchtigen Ehepaares, das plötzlich von der Ungültigkeit seiner Ehe erfährt, gar nicht über seinen Schatten springen und eine Komödie im Stil von Howard Hawks inszenieren. Auch die witzigsten Szenen des Films, etwa jene, in der Mister Smith in einem italienischen Restaurant eine scheußliche Suppe unter großem Ausdruck des Ekels verzehrt, leben von der Pantomime und der Mimik. Für fliegende Sahnetorten war in Hitchcocks Film kein Platz.

MARGARETE von SCHWARZKOPF

Immer mehr kleine Läden füllen Marktlücken

„Tante Emmas" Chance

Alle beklagen den Rückzug von „Tante Emma" aus der deutschen Handelslandschaft – doch wenn sie einkaufen, dann gehen die meisten doch lieber zu Aldi. Ihr Haushaltsgeld wandert in die Kassen der großen Supermärkte, doch sie trauern den menschlichen Kontakten im Laden um die Ecke nach und sind sich vielfach nicht darüber klar, daß sie seinen Untergang selbst betrieben haben.

Widrige Umstände – Grundstücksspekulationen – können zur Schließung kleiner Läden führen, wie in **Unter deutschen Dächern** (ARD um 20.15). Das Stichwort heißt zumeist jedoch „Konzentration", und das bedeutet „kostengünstiger Einkauf bei großem Angebot" – Leistungen, die „Tante Emma" nicht bringen kann: Ihr Jahresumsatz dürfte etwa dem entsprechen, was Aldi, mit rund 18,6 Milliarden Mark größter Lebensmittelhändler, als Portokasse hält.

Die ersten zehn Unternehmen der Branche machen inzwischen fast die Hälfte des gesamten Lebensmittelumsatzes in Deutschland aus; auf sie entfallen mehr als 90 Prozent des gesamten Wachstums in diesem Bereich. Da der Markt selbst nicht mehr wächst, werden die Großen sich auf Kosten der Kleinen ausdehnen.

Man kann das bedauern, aber der Verbraucher hat es so gewollt. Er fährt ja auch gut dabei, denn der Druck der Konkurrenz zwingt den Handel, seine Preise so knapp wie möglich zu kalkulieren. In dieser Hinsicht ist der Kunde König. Andererseits ist er es nicht, denn das Einkaufen in den großen Supermärkten wird immer langweiliger. Das ist die große Chance für „Tante Emma".

Etwa 50 000 „Stubenläden" gibt es noch in Deutschland, die sich, jedenfalls in Ballungsgebieten, interessante Marktnischen erschließen können. Nicht mit einem vollen Lebensmittelsortiment, versteht sich. Doch es gibt Teilbereiche, wie Molkereiprodukte oder Obst und Gemüse, in denen die Großen des Handels oftmals nicht so leistungsfähig sind wie ein kleiner Einzelhändler, der sich jeden Salatkopf selbst am Großmarkt aussucht. Auf dem Land werden Stubenläden oft im Nebenerwerb betrieben.

Allerdings wird die moderne „Tante Emma" sehr viel arbeiten müssen – und reich wird sie auch nicht dabei. Aber wenn sie es richtig anstellt, dann wird sie auch nicht untergehen.

HANNA GIESKES

KRITIK

Vom Warten auf Neuheiten

Alte Gewerkschaftsherrlichkeit, wo bist Du geblieben?" Das Gesangsduo Schobert und Black drückte klarer aus, was der Titel von **5 nach 10** (ZDF) vorsichtig umschrieb: „Gewerkschaften: Große Tradition – gefährdete Zukunft". Wer eine kontroverse Diskussion erwartet hatte – und 5 nach 10 hatte in der Vergangenheit einiges zu bieten – wurde zumindest anfangs enttäuscht.

Eine Stunde lang gab die Prominenz ihre Statements ab. Ernst Breit (DGB), Otto Esser (Arbeitgeberverbände), Horst Mettke (IG Chemie), Reimar Birkwald (IG Metall) und die Professoren Herman Josef Wallraff und Friedhelm Farthmann brachten in ihren Analysen kaum Neues: Die Umschichtung in der Beschäftigung von Arbeitern zu Angestellten, die zunehmende Individualisierung und der Trend zu kleineren Einheiten – sind bekannte Gefahren und Herausforderungen für die Gewerkschaften.

Nach einer Stunde wurde bessere Fernsehkost geboten. Die Problemgruppen Frauen, Jugendliche und Angestellte, die alle nur einen sehr geringen Organisationsgrad aufweisen, waren Thema in der Diskussion mit dem Publikum. Zur besseren Orientierung nannten die Moderatoren Balkhausen und Jungblut Umfrageergebnisse. Jetzt wirkte die Sendung erstmals gegliedert und zielgerichtet. Leider waren auch einzelne Statements der aktiven Gewerkschafter aus dem Publikum oft zu lang. Kritik an den Kollegen Ernst oder Horst wollte auch niemand loswerden.

Dafür sorgte dann jedoch kurz vor Schluß Arbeitgeberpräsident Esser, der den Gewerkschaften selbst eine gehörige Portion Mitschuld an ihrer jetzigen Lage gab – und diese nicht nur in der Veränderung der Arbeitsbedingungen begründet sehen wollte. Nach den Wahlkampfveranstaltungen für die SPD am 1. Mai und wenige Tage vor dem DGB-Kongreß in Hamburg hätte das Thema Einheitsgewerkschaft von den Moderatoren viel früher angeschnitten werden müssen – und nicht erst fünf Minuten vor dem geplanten Sendeschluß durch einen Diskussionsteilnehmer.

THOMAS LINKE

STUDIO

12 961 Ansichtskarten aus der ganzen Welt hat der Kölner Sender **Deutsche Welle** von ihren Hörern erhalten. Sie sind die Antwort auf einen Aufruf vor rund einem Jahr, doch einmal mitzuteilen, wo überall auf der Welt die Deutsche Welle gehört wird. Die Karten kamen aus 151 Ländern – von Samoa und Tonga in der Südsee ebenso wie aus Nepal oder Bhutan in Asien, oder von den Bahamas im Atlantik.

Die fast 13 000 Ansichtskarten sind jetzt Thema einer Ausstellung im Funkhaus der Deutschen Welle in Köln. Die meisten Einsendungen aus dem europäischen Raum kamen aus Polen. Von dort erreichten 673 Karten die Deutsche Welle. 601 Einsendungen kamen aus Spanien. Aus Afrika wurden sehr viele selbstgezeichnete Karten geschickt, weil Ansichtskarten dort kaum oder nur schwer zu bekommen sind. H. J.

*

ARD und ZDF haben wieder **Sommerprogramme** zusammengestellt. Das Erste bietet vom 18. Juni bis zum 12. September eine zusätzliche Stunde Kinderprogramm. Es beginnt jeweils mit der „Klamottenkiste", in deren Mittelpunkt die Komiker Charlie Chaplin und Larry Semon stehen. Auf den Bildschirm zurückkehren – insgesamt 45 Mal – werden die Ingalls aus der Reihe „Unsere kleine Farm".

Das ZDF wiederholt im Juli und August neun Folgen aus der Reihe „Traumschiff". Neu produziert wird ein Freiluft-Magazin: „Fernsehgarten" heißt die Unterhaltungs- und Informationssendung, die aus einem neu erbauten Forum des ZDF-Geländes in Mainz sonntags 105 Minuten lang gesendet wird.

Unter dem Titel „Spiel in Europa" zeigt das ZDF Produktionen der unmittelbaren Nachbarn, wie den mehrfach ausgezeichnete „Oberst Redl" mit Klaus Maria Brandauer. Ferner wurde ein Block mit fünf Spitzenleistungen der Ballettkunst vorbereitet. Die Einrichtung des „Wunschfilms" bleibt auch in diesem Sommer auf der Agenda.

Da viele Fernsehzuschauer in der warmen Jahreszeit erst zum „heute-journal" um 21.45 Uhr einschalten, soll das Magazin um fünf Minuten verlängert werden, um einen umfangreicheren Informationsblock bieten zu können. V.P./dpa

ARD / ZDF

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.45 ZDF-Info
10.00 heute
10.05 Die Hitparade im ZDF
10.50 Die Eisernen
Von Aldo Nicolaj
12.10 Kennzeichen D
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

15.15 Tennis World Team Cup
Übertragung aus dem Rochusclub in Düsseldorf
Moderation: Heribert Faßbender und Hans-Jürgen Pohmann
15.50 Tagesschau
16.00 Marie Paule Belle
16.45 Die Abenteuer von Tom Sawyer und Huckleberry Finn
Die Flucht
17.10 Fußballschule
Der Trainer
17.45 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Unter deutschen Dächern
Auf Treu und Glauben
Vom Untergang einer Ladenzeile
21.00 Der 7. Sinn
21.05 Scheibenwischer
Eine Kabarettsendung
22.00 Titel, Thesen, Temperamente
Themen: Arrividerci Roma – Eine Stadt verhüllt ihr Gesicht. Die Chance des Gewissens – Gespräch mit Psychoanalytiker Horst Eberhard Richter. Lion Feuchtwangers Roman „Erfolg" – Nach sechzig Jahren ein Theaterereignis. Nicht der Künstler macht den Skandal – Protrait des Malers Michael Matthias Prechtl
22.30 Tagesthemen
23.00 Die Fälschung
Deutscher Spielfilm (1981)
Regie: Volker Schlöndorff
0.45 Tagesschau
0.50 Nachtgedanken

ZDF

16.00 heute
16.04 Feste feiern mit ausländischen Mitbürgern
Der Geburtstag des Propheten
In der Zeit, in der die Christen Weihnachten feiern, gedenken die Moslems des Geburtstages ihres Propheten Mohammed. Wie die Lebenswege von Christus und Mohammed, weisen auch die Feierlichkeiten eine Reihe von Ähnlichkeiten auf.
16.35 Verkehrsarena
Moderation: Kalli Hufstadt und Markus Gaedertz
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.45 Der rosarote Panther
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Wanderjahre
19.00 heute
19.30 Kino-Revue der Welterfolge
21.00 Wie würden Sie entscheiden?
Rechtsfälle im Urteil des Bürgers
Der Bienenstich
Moderation: Gerd Jauch
21.45 heute-journal
22.05 Bürger fragen Bundespräsident Richard von Weizsäcker
Der Bundespräsident diskutiert mit Jugendlichen. Themen sind u.a. „Entwicklungshilfe", „Chancen auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt", „Die Zukunft Europas"
Moderation: Reinhard Appel
23.20 Mr. and Mrs. Smith
0.50 heute

III.

WEST
18.00 Telekolleg II
18.30 Die Sendung mit der Maus
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Briefe aus dem Jenseits
Amerikanischer Spielfilm (1947)
Mit Robert Cummings und Susan Hayword
21.45 Welt ohne Schwerkraft
Streifzug durch das alte Varieté
23.45 Tips für Leser
23.55 Nachrichten

NORD
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Die verletzten Kinder
Beobachtungen zum Thema Kindesmißhandlungen
19.15 Die Erde lebt
Eine Senderreihe von David Attenborough
Am Himmel
20.00 Tagesschau
20.15 Die Frau am Fenster
Französischer Spielfilm (1976)
21.50 Berliner Ansichten
22.40 Ich und Du
23.40 Nachrichten

HESSEN
18.30 Vorschau
18.35 Grand Café
18.50 Was tun mit der Zeit?
19.20 Hessenschau
19.50 Drei aktuell
20.00 Ein Mann auf Abwegen
21.25 A ... wie Automobil
21.30 Drei aktuell
21.45 Kulturkalender
22.15 J. Robert Oppenheimer
23.15 Ludwig Richter
Film über den Dresdner Maler

SÜDWEST
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.30 Sag niemals nie
Nur für Baden-Württemberg:
21.00 9 aktuell
21.15 Politik Südwest
Nur für Rheinland-Pfalz:
21.00 Neues um 9
21.15 Landtag aktuell
Nur für das Saarland:
Neues um 9
Treffpunkt Saar 3
Gemeinschaftsprogramm:
21.45 Sport unter der Lupe
22.30 Musikladen
23.15 Nachrichten

BAYERN
18.45 Rundschau
19.00 Sprung in die Wolken
Französischer Spielfilm (1944)
20.45 ... und die Saat ging auf
21.30 Rundschau
21.45 Werkbesuch
Bei Grundig
22.30 Z. E. N.
22.35 Im Gespräch
23.20 Rundschau
23.25 Made in USA
Regie: Jean-Luc Godard

SAT 1

15.00 Marco
Violetta kann's doch
15.30 Lassie
Der Tiger
Anschl. Betty Boop
16.00 Musicbox
17.00 Drei Engel für Charlie
Magisches Feuer
Anschl. Die Saiga-Antilopen
18.00 Boomer, der Streuner
Der Privatdetektiv
Anschl. Dick Tracy
18.30 APF blick
18.45 Aufgeblättert
Das Magazin für die moderne Frau
19.45 Das große Wagnis
Amerikanischer Abenteuerfilm
21.30 APF blick
22.15 Lektüre ist angesagt
22.45 High Chaparral
Mercedes Vega del Granada
Manolito hat sich unsterblich in seine Jugendfreundin, Mercedes Vega del Granada, verliebt. Die beiden planen eine gemeinsame Zukunft
23.35 APF blick



19.00 Nachbar Europa
ARD-Ratgeber: Essen und Trinken
19.45 Europa – Deine Weine
20.00 Tagesschau
20.15 Unter Ausschluß der Öffentlichkeit
Brandstiftung
20.15 Ein Volksfeind
Nach Henrik Ibsen
Ibsens Theaterstück von 1862 gleicht einem Artikel aus der gestrigen Morgenzeitung. Von Industrieabwässern ist da die Rede und von Umweltverschmutzung, von Kommunalpolitik und Interessengruppen.
22.45 Theater des Grauens
Englischer Spielfilm (1972)
0.25 Nachrichten

3SAT

18.00 Mini-ZIB
18.10 Sport-Zeit
19.00 heute
19.10 3SAT-Studio
19.30 Derrick
20.30 Rundschau
Politik und Wirtschaft – aus Schweizer Sicht
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 Kulturjournal
21.45 French Connection II
Amerikanischer Spielfilm (1974)
23.35 Kennwort: Kino
Filmfestspiele in Cannes
0.10 3SAT-Nachrichten



18.35 Komm doch mal in die Küche
Kulinarisches bei RTL-plus
18.53 7 vor 7
19.22 Karlchen
19.30 Knight Rider
20.15 RTL-Spiel
20.20 Filmvorschau
20.30 Backman's River
22.05 RTL-Spiel
22.10 Neu im Kino
22.43 Zeichentrick für Erwachsene
22.48 Wetter
22.50 Wetter / Horoskop / Betthupferl

Schön war die Zeit

Nea. – Zu unserem Glück ahnen wir nicht, was die Steinzeitmenschen darüber denken würden, daß wir ihre Zeit, ihre eigene, unverwechselbare, sicherlich dramatische Zeit, so einfach Steinzeit nennen. Es braucht uns nicht zu stören. Je weiter weg eine Epoche, desto leichter ist es mit dem Namen.

Im Umkehrschluß müßte sich also von selbst verbieten, schon jetzt einen möglichst markanten, einleuchtenden Namen für die 30er und 40er Jahre unseres Jahrhunderts zu suchen. Gewiß, es wimmelt da von Formeln und Floskeln. Die NS-Zeit. Später die Kriegs-, die Bomben-, die Hungerzeit. Aber für den einzelnen geht da vieles ein bißchen drunter und drüber. War es denn nicht auch die Jugendzeit? Oder gar die gute alte Zeit, als das Elternhaus noch stand, der Mann noch lebte, man jung, gesund, voller Pläne und Hoffnungen war?

Dem einen oder anderen Festredner, der so glatt und einfach von der „furchtbaren Zeit der Nazidiktatur" spricht, möchte man mit der Frage ins Wort fallen, ob das Furchtbare wirklich die Zeit war oder nicht doch die Menschen mit dem, was sie getan bzw. nicht getan haben. Umgekehrt rebelliert es in einem, wenn eine Radiosendung mit alten Zarah-Leander-Schlagern ausgerechnet den (seinerseits wieder einem alten Schlager entlehnten) Titel „Schön war die Zeit" trägt.

Aus diesem Wirrwarr der Gefühle und Erinnerungen gibt es offenbar nur einen Ausweg: zurück zum nackten Material, wie bei der Steinzeit. Die ganz Jungen haben diesen Ausweg schon gefunden. Eine neue Sendereihe auf einer der flotten Berieselungswellen trägt den Titel: „Aus der Schellack-Zeit". Die Hörer werden aufgefordert, sich Schallplatten aus den Jahren zu wünschen, als die runden Dinger noch aus eben jenem Schellack gepreßt wurden. Kratzige Erinnerung an eine entschwundene Zeit, die Schellack-Zeit, mit allem Schönen und Schrecklichen, Jugendtraum und Zerstörung, Privatestem und Weltgeschichte. Vielleicht erscheint dies alles denen, die ganz naiv von der „Schellack-Zeit" reden, tatsächlich beinahe schon so fern und unwirklich wie die Steinzeit.

Maxim Gorkis „Sommergäste" im Mannheim

Wo ist der neue Mensch?

Bei der Uraufführung im Jahre 1904, in der Zeit stärkster politischer Gärung, wirkten Gorkis „Sommergäste" wie eine Bombe. Heute aber fehlt zu einer solchen Wirkung die revolutionäre Stimmung jenes Publikums, das aus der im Stück geschilderten Unlust der Figuren zur Revolte erregenden Impulse schaffte. Gorki zeigte die fehlende Revolutionsstimmung als Charakteristikum des Kleinbürgertums. Unter den begeisterten Zurufen während des Applauses ertönte auch der Schrei: „Hurra! Weg mit dem Kleinbürgertum!" Gorki hatte also einen Nerv getroffen.

Das Stück schildert eine Gruppe Menschen, die sich untereinander und mit den ortsansässigen Bekannten jedes Jahr in ihren Ferienhäusern treffen, alles Leute, die sich aus ärmlichen Verhältnissen hochgearbeitet haben, das Leben genießen, ihre Herkunft verdrängen, entwurzelt im sozialen Niemandsland dahintreiben und die revolutionäre Stimmung im Land als Ruhestörung empfinden; außer einigen, die romantische Hoffnungen auf einen neuen Menschen damit verbinden. Es handelt sich um eine Gruppe von Kleinbürgern. Die romantischen unter ihnen fragen nach dem Sinn des Lebens und verlangen, daß etwas getan werde.

„Reden und reden, aber ein Ziel haben wir nicht, unser Leben ist unehrlich, unschön und langweilig". So sagt Varvara, die Frau des Anwalts Basov, der das alles auf ihre übertriebene Lektüre moderner Literatur zurückführt, sie aber wartet auf den angekündigten Besuch des Schriftstellers Salimov. Sie hofft, von ihm den Sinn des Lebens zu erfahren. Leider ist dann Salimov ein ganz gewöhnlicher, alternder Schriftsteller, dem nichts anderes einfällt, als dummes Zeug zu reden.

Zur Belebung der Klagereien und Diskussionen braucht Gorki natürlich Episoden, die überall, nicht nur unter Kleinbürgern, spielen könnten, verkrachte Ehen, mühsame Ehen, Aufschwünge in Ehen, die am nächsten Tag schon wieder abschwingen, und er braucht auch russische Episoden, die nirgends als bei Tschechow spielen können: verschiedene Liebeserklärungen, die keine Erhörung finden. Und da ist noch ein oller Onkel, der seine Fabrik verkauft hat und reich ist und jetzt plötzlich nicht mehr weiß, was er mit seinen arbeitsgewohnten Händen anfangen soll und als letzter die Bühne verläßt: „Die haben mir den Rest gegegeben."

Die Fortschrittlichen sind der Meinung, daß wir anders leben müssen, neue Menschen werden müssen, und genau das ist nicht die Revolution des Gorki-Freundes Lenin. Seit Jesus von Nazareth wartet die Welt vergeblich auf den neuen Menschen. Und da protestiert doch Gorki tatsächlich in den zwanziger Jahren gegen den Verlust aller höheren Werte und singt das Lob Jesu Christi, bis Lenin ihn ins Ausland schickt. Lenin hofft nicht auf neue Welten, sondern auf die veränderten Bedingungen, die den Menschen nolens volens zum gesellschaftlich richtigen Verhalten bringt. Gorki selbst ist also ein liebenswerter romantischer Revolutionär geblieben, *gerade so, wie die besseren Figuren* unter den Sommergästen.

Bleiben in Mannheim, wo das alles unter der Regie von Harald Clemen spielt, die gut angelegten Rollen, der Humor, die chargierten, vergeblichen Liebesbeteuerungen, der dümmlich selbstsichere, geprellte Rechtsanwalt Basov. Bleibt mithin der Unterhaltungswert, mit sozialen Witzen und witzigen Dialogen des Stückes. Und das klein-großbürgerliche Publikum amüsiert sich und bedankt sich herzlich bei den Schauspielern Ernst Alisch (Basov), Hedi Kriegeskotte (Varvara), Berthold Toetzke (Salimov) und den vielen anderen. Und doch, hie und da, hätte man sich von der Regie eine Straffung gewünscht, um dem zeitweiligen Eindruck des Zerflatterns (das im Stück angelegt ist) entgegenzuarbeiten.

RUDOLF KRÄMER-BADONI

Weitere Aufführungen: 23., 26., 30. Mai; Kartenvorbestellung: 0621 / 24824–47

Film von J. Lynn: „Alle Mörder sind schon da"

Rohrzange zum Dessert

Man glaubte sie schon im Filmmuseum verbannt, die Denksportaufgaben der feinen englischen Art. Schließlich sind die schrulligen Amateurschnüffler längst von zynischen Detektiven verdrängt worden, *die ihre Fälle nicht vor knisterndem* Kaminfeuer, sondern auf den sündigen Straßen von San Francisco oder beim harten Einsatz in Manhattan lösen. So überrascht es schon, daß nun ausgerechnet ein amerikanisches Produzententeam (darunter „Blues Brothers"-Regisseur John Landis) den Staub von den britischen Krimijuwelen pusten will: in dem Film „Alle Mörder sind schon da". Der Auftakt läßt hoffen, denn ein gotisches Gruselschlößchen irgendwo in Neu-England gibt den stimmungsvollen Schauplatz der makabren Party ab.

Sechs Personen, alle mit einem mysteriösen Brief eingeladen, fahren während eines heftigen Gewitters vor und müssen prompt erfahren, daß sich ihr unbekannter Gastgeber von einem dubiosen Butler vertreten läßt. Dafür wird jeder Teilnehmer des gespenstischen Dinners zum Dessert mit einer ausgefallenen Mordwaffe ausstaffiert. Noch starren die Damen und Herren indigniert auf Rohrzange und Strick, Dolch und Pistole. Aber wenige Informationen genügen, um ein reges Hauen und Stechen in Gang zu setzen. Pflegte man eben noch artige Konversation, so herrscht Minuten später ein erbitterter Kleinkrieg.

Und wenn sich dann die Leichen auf dem Plüschsofa stapeln, merkt auch der unerfahrene Kinogänger, daß dieser blutige Reigen kaum von einem der feingehäkelten Agatha-Christie-Romane inspiriert sein kann. Pate steht hier vielmehr ein erfolgreiches Brettspiel namens „Cluedo", das die Mörderjagd zum entspannenden Feierabendspaß kultiviert hat. Regisseur Jonathan Lynn ist der Strategie dieses Spiels weitgehend gefolgt und schickt sein Publikum auf eine vertrackte *Schnitzeljagd. Mordmotive* und Gelegenheiten haben sie alle: der zwielichtige Atomphysiker ebenso wie der homosexuelle Politiker, die aufgetakelte Diplomatengattin ebenso wie der attraktive Vamp.

Wenn man sich dennoch eher unterfordert fühlt, liegt dies vor allem an Lynns fataler Liebe zum überdrehten Verwirrspiel. Sein Film nämlich ist derart mit Fußangeln und doppelten Böden überladen, daß der pausenlos manipulierte Zuschauer schließlich eine gesunde Gleichgültigkeit gegenüber des Rätsels Lösung entwickelt. Zudem führen alle Geheimgänge und Falltüren in ein filmisches Niemandsland irgendwo zwischen frechen Slapsticks, Genre-Parodie und ernsthaftem *Indizienkrimi. Da hilft* es auch wenig, daß Stars wie Tim Curry und Lesley Ann Warren dieser Irrfahrt in nostalgische Gefilde wenigstens ab und zu eine amüsante Wendung geben. Glaubhafte Charakterzüge können sie kaum entwickeln, weil sie allzu hartnäckig zu schriller Heiterkeit oder krasser Grausamkeit gezwungen werden.

Kein Zweifel: weder die trügerisch betuliche Miß Marple noch der eitle Hercule Poirot hätten an diese grob gestrichelten Karikaturen ihren kostbaren Grips verschwendet. Dennoch leistet Lynn einen Beitrag zur häuslichen Geselligkeit. Beweist er doch, daß Brettspiele auf den Wohnzimmertisch und nicht auf die Leinwand gehören.

HARTMUT WILMES

Ein Klassiker des amerikanischen Musiktheaters jetzt endlich in Deutschland: Die Ballade von Baby Doe

Der Denver-Clan von einst als Oper

Das war der Goldene Westen! So könnte eine Oper heißen, die seit Jahr und Tag durch die amüsierte Literatur und über amerikanische Spielpläne geistert und die jetzt endlich, am Stadttheater von Bielefeld, zu ihrer überfälligen deutschsprachigen Erstaufführung kam. Tatsächlich heißt sie „The Ballad of Baby Doe", oder deutsch: „Die Ballade von Baby Doe", und sie erzählt eine Geschichte, über die sich schon Generationen von Amerikanern die Augen rot geweint haben, eben die Lebensgeschichte von Baby Doe Tabor, deren Spuren man in Colorado noch heute in jedem Städtchen begegnet. Ein „Denver" unserer Großeltern sozusagen.

Horace W. Tabor, ein Goldgräber wie viele, am Existenzminimum krauchend, war 47 Jahre alt, als plötzlich der große Reichtum über ihn hereinbrach mit einem reichen Silberfund. Er handelte klug, er investierte. Er beteiligte sich an jedem Claim in der Gegend von Leadville. Und das war ein fündiger Boden damals. Das Silber quoll geradezu aus dem Boden, vor allem in der „Matchless Mine". Und Silber hatte in Amerika Wert, denn für das wichtigste Münzmetall des „Silberdollar" zahlte der Staat einen Garantiepreis, doppelt so hoch wie der Weltmarktpreis.

Das luxuriöse Leben, das Tabor nun führen konnte und wollte, wurde von seiner Frau Augusta mißbilligt; sie war eine strenge Puritanerin aus Neu-England, die Sittsamkeit, Demut, Bescheidenheit predigte, Tugenden, die zur Zeit des Gold- und Silberrauschs im Wilden Westen wohl keinen allzu hohen Kurs hatten. Da lernte Tabor die bildschöne Mrs. Doe kennen, frustriert in ihrer Ehe mit einem erfolglosen, versoffenen Goldgräber aus Central City. Tabor und Baby Doe ließen sich beide scheiden.



Der Silber-Tycoon und sein „Baby": Cynthia Makris und Aldo Tiziani in der Bielefelder Aufführung FOTO: FRITZ STOCKMEIER

In Washington, wo Tabor vertretungsweise im Senat saß (er kandidierte dann für Colorado, wurde aber nicht gewählt, konnte sich aber immerhin mit Exzellenz anreden lassen), in der Bundeshauptstadt wurde geheiratet. Eine zwei Meter hohe Hochzeitsglocke aus weißen Rosen schmückte den Festsaal des Willard Hotels, Baby Does Brautkleid aus Brüsseler Spitze und Marabu-Federn hatte 7000 $ gekostet (das Taufkleid ihres ersten Kindes, Lillie, ein Jahr später kostete dann 15 000 $) und zur Krönung der Festlichkeit machte Tabor seiner jungen Frau jene Brillanten zum Geschenk, die nach der Sage *(und amerikanischer Überzeugung)* einst der Königin Isabella von Spanien gehört hatten und die sie verkaufte, um Columbus' erste Expedition in die Neue Welt auszurüsten. Selbstredend war der Präsident der Vereinigten Staaten, der Garfield-Nachfolger Chester A. Arthur, zu Gast, wohingegen auf Augustas Betreiben einige Senatoren-Ehefrauen die Teilnahme am Bankett ablehnten.

Baby Does Hochzeitskleid kann man heute im Staatsmuseum von Colorado besichtigen, die vergoldeten Stühle aus Baby Does Suite im Windsor von Denver stehen heute im Teller House von Central City. Die Luxushotels, die Geschäftshäuser und *vor allem die Opernhäuser, die* Tabor in Leadville und Denver errichten ließ und stiftete, tun zum Teil noch heute ihren Zweck. Dort gastierten Adelina Patti und Sarah Bernhardt, dorthin kam, was gegen Gold und Silber nur zu haben war. Jeden Abend, den Baby Doe Tabor ins Theater ging, hatte ihr Horace die Loge über und über mit weißen Lilien schmücken lassen. Aber auf den Theatervorhang waren Kingsleys traurige Verse gestickt: „So flüchtig sind des Menschen Werke, zu Staub und Erde kehren sie. Das Alte, Heilige – wie Träume schwinden sie."

Es kam der Silberkrach von 1896, als Präsident McKinley für den Dol*lar die alleinige Golddeckung* dekretierte. Der Reichtum der Tabors schmolz in Windeseile dahin, zumal Tabor viel Geld einsetzte zur Unterstützung des Gegenkandidaten von McKinley, William J. Bryan, wegen dessen silber-freundlicher Politik. Aber Bryan unterlag. Die meisten Unternehmen von Tabor fallierten, zwei Minen, darunter die Matchless Mine, konnte er halten. Er selbst arbeitete zeitweise als Taglöhner, später als Postmeister von Denver. Und alle Welt wartete darauf, daß sich Baby Doe, noch immer bildschön, nun scheiden lassen würde.

Sie blieb bei Tabor und zog nach dessen Tod 1899 in eine Bretterhütte bei der Mine, nachdem Tabor sie beschworen hatte, wenigstens an der Matchless Mine festzuhalten; sie würde noch Millionen bergen. Dort harrte sie in bitterster Armut aus, schuftete schwer und erfror dort im Winter 1933 bei einem Schneesturm. Jahre nach ihrem Tod fanden Prospektoren in der Matchless Mine größere Uranvorkommen.

Das alles, wohlgemerkt, ist wahr, ist amerikanische Geschichte, auch wenn kein Romanautor Reichtum, Macht und Liebe hätte besser verbinden können. Und mit nur geringen Abweichungen von der Wirklichkeit erzählt auch die Oper mit dem Libretto von John Latouche und der Musik von Douglas Moore diese Geschichte so, wie sie passiert ist. Das Stück kam 1956 bei den sommerlichen Festspielen im alten Opera House von Central City heraus, nachhaltiger wirkten seine Einstudierungen an der New York City Opera, deren letzte mit Beverly Sills als Baby Doe von der Deutschen Grammophon-Gesellschaft auf Platten herausgebracht wurde.

Um Moores flotte Mischung aus Opern-Verismo à la Mascagni und Musical auszukosten, eine Mischung, die ziemlich nah an Bernsteins „West Side Story" herankommt, wenngleich mir Moores Ohrwürmer noch lieber sind als die von Bernstein, um das wirklich gut zu hören, greift man tatsächlich besser zur Platte als zu der musikalisch sehr biederen Bielefelder Aufführung unter Rainer Koch als Dirigent und John Dew als Regisseur, der hier keine handwerklich überzeugende Arbeit abgeliefert hat. Die Hauptpartien fallen Cynthia Makris als Baby Doe, Aldo Tiziani als Tabor und Jane Henschel als Augusta Tabor zu: Mit etwas mehr Nachhilfe von Regie und Dirigent möchten wohl auch sie das Stück noch besser in den Griff bekommen.

REINHARD BEUTH

Nächste Aufführung: 28. Mai; Karten: 0521 / 17 70 77

Pilgerfahrt in die Hochburg des Humanismus: Basel ehrt Leben und Werk des Erasmus von Rotterdam

Ein christlicher Streiter für Torheit und Frieden

Bis in unsere Tage ist der Strom der Erasmus-Pilger zu seiner Grabstätte im Basler Münster nie versiegt. Die ältesten Kritzeleien zeugen von Verehrern aus der Renaissance – die heutigen reisen aus der ganzen Welt an, nicht zuletzt aus Japan. Woraus entspringt jene Faszination, die hier zu einem Personenkult geführt hat, wie er selten einem Gelehrten *zuteil wurde?*

Das Basler Historische Museum gibt Antwort mit einer umfassenden Ausstellung, einem Persönlichkeits- und Zeitbild, das neben dem Werk und dessen Auswirkungen auch in die private Sphäre dieses Größten aller Humanisten reicht.

Die eindringlichste Forderung des Erasmus von Rotterdam – Frieden und Toleranz unter den Menschen – hat nichts an Aktualität eingebüßt. Es mag an der Unbestechlichkeit liegen, mit der er seine Anliegen vertritt, an seinem glaubhaften Engagement, nicht zuletzt an seiner geistreichen Selbstironie, daß in ihm immer der große Menschenfreund erkannt worden ist. Wenngleich auch zuweilen mit Spott bedacht, weil der körperlich Schmächtige seinen Kampf bloß mit der Feder auszufechten hatte, so ist ihm die Hochachtung doch nie versagt geblieben. Sein Begräbnis, das ihm 1536 als Katholik im reformierten Basler Münster an einem Ehrenplatz zuteil wurde, gibt davon eindrücklich Zeugnis. Daß bei den letzten Ausgrabungen sein echtes Grab zum Vorschein kam und damit die *leidige Syphilis-Theorie ad acta* gelegt werden konnte, wird jene Anhänger besonders erfreuen, die Erasmus noch immer als Vorbild verehren.

Basel war seit jeher stolz auf die Tatsache, daß der Gelehrte den größten Teil seiner Schaffenszeit in dieser Stadt verbracht hat. Es war ein Raubdruck seiner „Adagia", einer Sammlung kommentierter antiker Sprichwörter und Redensarten, der ihn auf den Basler Drucker Johannes Froben aufmerksam gemacht hatte. Mit diesem Nachdruck, der viele Verbesserungen im griechischen und lateinischen Text enthielt, erwies sich Frobens Offizin als die führende humanistische Druckerei nördlich der Alpen. Bis zu Erasmus' Tod sollten acht weitere Auflagen erscheinen.

Daß die Zeitkritik, die er mit seinen Kommentaren verband, die öffentliche Meinung beeinflußt hat, geht daraus hervor, daß die Kirche später große Teile des Werks auf den Index setzte. Der Erfolg jedoch machte Erasmus zum ersten Publizisten, der von seinen Schriften leben konnte. Das gab ihm die Möglichkeit, seinem Motto „Concedo nulli" nachzuleben, *ohne von einem der Mächtigen seiner* Zeit abhängig zu sein.

Als uneheliches Kind eines Priesters und einer Arzttochter war er 1469 in Gouda geboren worden, legte im Kloster Steyn die Gelübde ab und wurde zum Priester geweiht. In Paris studierte er am Collège Montaigu und wurde von seinem Schüler und späteren Mäzen William Lord Mountjoy nach England eingeladen, wo er sich mit Thomas Morus befreundete. Sein erstes Buch, die erwähnten „Adagia", erschienen 1500 in Paris, während er in Löwen bei Martens sein erstes Hauptwerk, „Handbuch des christlichen Streiters", herausbrachte. Nach einem Studienaufenthalt in Italien entwarf er das Thomas Morus gewidmete *„Lob der Torheit", das bis heute* ein Bestseller geblieben ist. In der Basler Ausstellung wird als besondere Kostbarkeit das sonst der Öffentlichkeit nicht zugängliche Exemplar gezeigt, das der 18jährige Hans Holbein d. J. mit Randzeichnungen versehen hat.

Die später erschienene Übersetzung des Neuen Testaments aus dem griechischen Urtext wurde zur epochemachenden Grundlage für Luthers Bibelarbeiten und damit auch für die Vorbereitung der Reformation. Mit seiner 1517 publizierten Friedensklage „Querela pacis" postulierte Erasmus die Wahrung des Friedens als wichtigste Aufgabe der Politik. Die Schrift erschien auch in deutscher Sprache und erfuhr sogleich ei*ne Unzahl von Nachdrucken. Mit* seiner vehementen Argumentation gegen den Krieg besitzt das Werk gerade jetzt – im UNO-Jahr des Friedens – eine zentrale Bedeutung. Auf die Macht des wohl überlegten Wortes, wie es Erasmus propagiert hat, ist auch heute noch zu hoffen. (Bis 7. Sept., Katalog 35 sfr.)

EDITH SCHWEIZER-VÖLKER



„Elfenbeinrotbaum" (1981) von Yu Feng, aus der Kölner Ausstellung FOTO: KATALOG

Köln: Das Museum für Ostasiatische Kunst zeigt zwei Malerinnen aus China

Blumen, Berge, Wasser, Wolken

Der Titel „Zwei chinesische Malerinnen" klingt konventionell, und konventionell scheint auch zu sein, was da in Kölns Museum für Ostasiatische Kunst zu sehen ist. Yu Feng, 1917 unweit Hangzhou, einst Zentrum der Malerei unter den südlichen Song, geboren, hat stets in China gelebt. Ihre Gemälde entsprechen mit Blumen in zarten Farben und Tuschlandschaften von Bergen, Wasser und Wolken unseren Vorstellungen von chinesischer Malerei.

Chow Cung-cheng, 1908 in Anhui geboren, aber seit den 20er Jahren lebt sie im Westen, wurde 1931 in Politikwissenschaften promoviert (Paris), lehrte in Leyden und Berlin und lebt nun schon seit langem in Bonn. Der Malerei wandte sie sich erst 1951 zu. Sie studierte in Hamburg bei Alfred Mahlau (Lehrer von Horst Janssen) und danach bei Willi Baumeister. Abstrakte Kompositionen bestimmen ihre Bilder. Bei genauerem Hinsehen sind es jedoch nicht nur die traditionellen roten Siegel, die auf chinesische Bildgestaltungen verweisen. Bei ihren späten Bildern verzichtet sie auf den Pinsel und trägt die Farbe direkt mit den Fingern auf. Das ergibt spröde Linien, scheinbar ohne konkrete Bedeutung. Doch in Verbindung mit dem Titel entwickelt sich ein Bild, das mit bizarren Zweigen und bergigen Landschaften traditionelle Themen der chinesischen Malerei aufnimmt.

Aber das ist nicht die einzige Verbindung zur Herkunft der Malerin. Auch die Fingermalerei gehört zu dieser Überlieferung. Vor allem der Exzentriker Gao Qipei (um 1672–1734), einst ein berühmter General, der sich später der Malerei zuwandte und seine Bilder mit Haaren, Fingern und Fingernägeln malte, hat später geradezu Schule gemacht.

Yu Feng ist Schülerin von Qi Baishi, einem Traditionalisten und Neuerer zugleich. Er hielt sich zwar weitgehend an die überlieferten Stilformen, bereicherte den Kanon der Malerei jedoch um eine Fülle neuer Themen und benutzte sehr viel stärkere Farben, als sonst in der Tuschemalerei üblich war. Das klingt auch in den Bildern von Yu Feng nach, die mit wenigen Ausnahmen – dem fast abstrakten, in graublauen Tönen gehaltenen „Strudel" oder der „Wasserquelle im Großen Nordosten" in verschiedenen Erdfarben – freundlich bunt erscheinen. Allerdings sind diese Bilder nicht ohne Doppelsinn.

Der „Elfenbeinrotbaum" nimmt zum Beispiel eine Metapher der Literatur auf, die für den Widerstand gegen die Kulturrevolution – während der auch Yu Feng sieben Jahre interniert und mit Mal- und Schreibverbot belegt war – stand. Der Schriftsteller Li Jui schrieb nämlich während der Haft trotz Schreibverbots mit einer roten Medizin, die mit dem Elfenbeinrotbaum farbverwandt ist. Neu sind solche Verschlüsselungen nicht. Der Bambus, ein scheinbar rein formales Motiv, symbolisierte in der Yuan-Zeit (1271–1368) den Widerstand der Literatenmaler, die sich weigerten, dem neuen Kaiser aus der Mongolen-Dynastie zu dienen.

Das Konventionelle, das bei uns oft mit einem Achselzucken als unzeitgemäß beiseitegeschoben wird, hat für die Chinesen also eine recht ambivalente, Aktuelles einschließende Bedeutung (Bis 29. Juni; Katalog 5 Mark).

PETER DITTMAR

JOURNAL

Pulitzer-Preis 1986 für Joseph Lelyveld

DW. New York

Den Pulitzer-Preis, die renommierteste Auszeichnung in Amerika für besondere publizistische Beiträge auf journalistischem, literarischem und musikalischem Gebiet, erhält in der Sparte „Non-fiction" in diesem Jahr Joseph Lelyveld. Lelyveld erhält die Auszeichnung für sein Buch „Move your shadow", das unter dem Titel „Die Zeit ist schwarz – Tragödie Südafrikas" in deutscher Übersetzung im Verlag Ullstein vorliegt. Der Autor, 1937 in Cincinnati geboren, ist sei 1962 Korrespondet der „New York Times".

Roselius-Sammlung bleibt erhalten

lni, Worpswede

Die sog. Roselius-Sammlung, 31 Gemälde der ersten Worpsweder Malergeneration, bleibt als Ganzes erhalten. Sie werde auch künftig der Öffentlichkeit zugänglich sein, erklärte Niedersachsens Wissenschaftsminister Johann-Tönjes Cassens. Die Sammlung war von Ludwig Roselius zum Verkauf angeboten worden. Ein Konsortium, gebildet aus dem Land Niedersachsen, der Bundesrepublik, dem Landkreis Osterholz und der niedersächsischen Sparkassenstiftung, hat die Sammlung geschlossen gekauft.

Briefe von Victor Hugo in Leningrad entdeckt

AFP, Leningrad

37 unveröffentlichte Briefe von Victor Hugo, die zwischen Mai und Oktober 1859 geschrieben worden waren, sind in den Archiven der Saltikow-Schedrin-Bibliothek in Leningrad wiedergefunden worden. Bis auf zwei waren sie alle an den Verleger Noel Parfait gerichtet, der die Herausgabe von mehreren Hugo-Werken leitete. Kopien dieser Schreiben wurden von Leningrad nach Paris gesandt, wo sie in eine Ausgabe der Korrespondenz von Victor Hugo aufgenommen werden, die in Kürze erscheint.

Die „Public Library" wird 75 Jahre alt

dpa, New York

Die einen verehren sie als „Tempel des Wissens", andere rühmen sie als „Kathedrale des Wortes". Doch für die meisten Bewohner von New York ist sie schlicht eine Volksbücherei. Die Public Library im Herzen von Manhattan feiert heute mit Ausstellungen und einem Gala-Diner ihr 75jähriges Bestehen. Der Umfang der Bibliothek beläuft sich auf 29 Millionen Bände, abgefaßt in 3000 Sprachen und Dialekten.

Schlechte Zeiten für die *Quinzaine des Réalisateurs*

AFP, Cannes

Eine der renommierten Parallel-Veranstaltungen bei den Filmfestspielen von Cannes, die „Quinzaine des Réalisateurs", hat in diesem Jahr möglicherweise zum letzten Mal stattgefunden. Nach der Einweihung des neuen Festspielhauses 1983 hatte die „Quinzaine" ihre Filme in dem alten Gebäude vorführen können, das nun abgerissen werden soll. Eine Ausweichmöglichkeit ist bisher nicht in Sicht, da die Kapazitäten des neuen Festspielhauses voll ausgelastet sind.

Schauspielschule Bochum besteht seit 25 Jahren

lnw, Bochum

Die jüngste der neun öffentlichen Schauspielschulen in der Bundesrepublik, die Westfälische Schauspielschule in Bochum, blickt in diesem Jahr auf ihr 25jähriges Bestehen zurück. Über 200 junge Schauspieler haben in dieser Zeit ihre Ausbildung absolviert. Den Anstoß zur Gründung hatte der damalige Generalintendant des Bochumer Schauspielhauses, Hans Schalla, gegeben. Heute wird die Schule von Otto Wilhelm geleitet.

Lajos Barta gestorben

Der ungarische Bildhauer Lajos Barta ist, wie erst jetzt bekannt wurde, in der vergangenen Woche in Köln im Alter von 87 Jahren gestorben. Barta, 1965 aus Budapest in die Bundesrepublik emigriert, gehörte zu jenen „Abstrakten", die sich in den 30er Jahren in Paris um die von Arp inspirierte Gruppe „Abstraction Création" sammelten und die eine „Befreiung vom Gegenstand" nur insofern betrieben, als die Entwicklung von organischen Formen eine Erweiterung des traditionellen Kanons bedeutete. Seine Plastiken sind Erfindungen, die zum Beispiel Blüten oder Tiere unabhängig von physikalischen Gesetzmäßigkeiten erschufen und sie zu freien Symbolen innerer Zustände und Träume sublimierten. Bartas Großplastiken stehen in öffentlichen Anlagen von Cannes, Paris, London, Mailand, Köln, Bonn und Budapest. Für den kommenden Sommer war so etwas wie eine „künstlerische Rückkehr" in seine Heimat vorgesehen: Budapest bereitet eine große Retrospektive des einst verfemten Bildhauers vor.

L. S. M.

Als Zugabe ein ganzes Konzert zum halben Preis

Horowitz begeistert die Berliner, Berlin begeistert Horowitz

KLAUS GEITEL, Berlin

Daran kann sich sogar Peter Gelb vom Columbia Artists Management aus seiner zwölfjährigen Tätigkeit für Vladimir Horowitz, den Klavierzaren, nicht erinnern: daß der Maestro spontan ein Zusatzkonzert anberaumt hätte. Gerade das aber ist nun in Berlin *passiert. Horowitz, sonst* eher geneigt, sich rar zu machen, bleibt eine Woche länger als vorgesehen in der Stadt. Er spielt ein zweites Mal in der Berliner Philharmonie (am 24. Mai, *16.30 Uhr) und noch dazu zu men*schenfreundlich halbierten Preisen. Die Musikwelt ist baff.

Dabei kam es zu dieser stürmischen Liebe zu Berlin durchaus nicht *auf den ersten* Blick. Im Gegenteil. Die Besichtigung der Philharmonie durch Horowitz und Frau Wanda war durchaus nicht zugunsten Scharouns, des Architekten, ausgefallen. Die Horowitz' fanden den Konzertsaal schier fürchterlich. Die Stimmung stand haarscharf auf Absage. Der futuri*stische Bau schmeckte dem* Ehepaar nicht. Der war ja auch ganz was Neues. Bislang hatte Horowitz immer in neoklassischen Sälen gespielt: in Konzert-Hochburgen, in denen man andächtig zu ihm auf dem Podium hinaufschauen mußte. In Berlin aber, vor den philharmonischen Rheinterrassen Scharouns, *sah man* im Gegensatz dazu rundum von allen Seiten auf den Klavierspieler nieder. Das war schon verwirrend.

Aber es war auch herausfordernd. *Horowitz*, der *alte* Klavierstratege, witterte etwas ganz Neues: das pianistische Bad in der Menge inmitten dieser Musikmanege, die Hör- wie Schaulust auf einen einzigen Punkt konzentriert – den Pianisten.

Schriftliche Zusage auf der Speisekarte

Diese Atemlosigkeit von allen Seiten: das war die Attraktion. Horowitz genoß sie. Sein Konzert war kaum zu Ende (mit einer halbstündigen Ovation), da ließ der Pianist unter der Hand nachfragen, ob der Saal am kommenden Wochenende abermals zur Verfügung sei. Noch am selben Abend, beim Essen mit Kultursenator Hassemer, gab Horowitz seine Zusage zu einem Zusatzkonzert schriftlich – auf der Speisekarte.

Aber auch sonst genoß Horowitz seinen Berlin-Aufenthalt. Auf gut altrussische Pianistenmanier verbrach*te der 82jährige, von Frau Wanda* assistiert, die Nachtstunden nach seinem Konzert beim Roulette im Casino. Man darf schließlich nichts unversucht lassen, die Gage aufzubessern. Er besuchte die Oper, spazierte herum. Bis nachts um vier amüsierte er sich, schlaflos, in seiner Hotelsuite mit Videofilmen.

Nun fehlt nur noch Franz Mohr

Kaum hatte er die Zusage zum neuen Konzert gegeben, fing gleich die Arbeit an. Der Komponist Aribert Reimann, als frischgebackener monegassischer Musikpreisträger nach Berlin heimgekehrt, lieh dem Maestro noch am Pfingstmontag die fehlenden Noten für das revidierte Programm, damit Horowitz mit dem Üben beginnen könne. Nun bleibt *nur noch zu hoffen*, daß auch Franz Mohr aus New York wiederkehrt, der Klavierstimmer, ohne den kein Horowitz-Konzert möglich ist. Bis dahin bleibt alles beim alten. Zumindest das Pianisten-Menü. Es rekrutiert sich wechselnd aus Hühnchen und Seezunge, beides gekocht und stets reichlich aufgetragen.

Seezunge gab es demnach auch beim Diner im Gästehaus des Senats, nachdem Horowitz und Frau Wanda sich in das Goldene Buch der Stadt Berlin eingetragen hatten. Horowitz saß zwischen Frau Diepgen und Frau Stresemann, der Frau des langjährigen Philharmoniker-Intendanten. Den wiederum bewunderte Frau *Wanda Horowitz-Toscanini, als Sohn* des früheren Außenministers. Das Protokoll hatte sie selbst zwischen den Regierenden Bürgermeister und Stresemann jr. plaziert. Beide bemühten sich, sie lächeln zu machen, und das gelang wiederholt.

Frau Wanda, sonst eher mißtrauisch auf der Hut, eine One-Woman-Schutztruppe für den Maestro, *gab sich lind. Auch sie war offensicht*lich von Berlins höflicher Lustigkeit angetan, und tatsächlich: Die Tischrunde versprühte etwas sonst eher Undeutsches – waschechten Charme. Und da in den Senatskannen auch der unentbehrliche Pfefferminztee dampfte, war es für Horowitz und *Frau Wanda sichtlich* ein durchweg genußreicher Abend.

Der Schöpfer Brasilias, Oscar Niemeyer, soll nun São Paulo das Gesicht für das 21. Jahrhundert geben

Niemand sieht Oscar Niemeyer seine 78 Jahre an. Er wirkt rüstig, alert, unternehmungslustig – und raucht *die Zigaretten* noch kettenweise. „Ich fühle mich fit", sagt der alte Mann lapidar.



Der Architekt Oscar Niemeyer ist bereits zu seinen Lebzeiten eine legendäre Gestalt. Als „Vater von Brasilia" gefeiert, geriet der Marxist später ins Kreuzfeuer der Kritik. Seine Vision vom Zusammenleben aller Klassen in einer Reißbrett-Stadt haben sich nicht verwirklicht. Jetzt schmiedet er neue Pläne – für São Paulo.

Grüne Lunge für einen Moloch aus Beton

Er braucht seine Kräfte. Im November will Brasiliens berühmtester Architekt als kommunistischer Abgeordneter in den Kongreß einzie*hen. Gleichzeitig möchte* er die letzte Herausforderung seiner bewegten Karriere meistern: die Erneuerung der 15-Millionen-Metropole São Paulo, ein auf umgerechnet 1,2 Milliar*den* Mark veranschlagtes Projekt.

Die größte Industriestadt Lateinamerikas soll ein frisches Gesicht für das 21. Jahrhundert erhalten. Sie wird, wenn Niemeyer seine Vorstel*lungen verwirklichen kann, mensch*licher, friedlicher und umweltfreundlicher sein. So plant der Architekt einen etwa 18 Kilometer langen Gürtel von Grünanlagen, Wohn- und Bürogebäuden am *südlichen* Ufer des noch stark verschmutzten Tietê-Flusses. Eine grüne Trasse in ostwestlicher Richtung *soll* entstehen, wo sich heute der Massenverkehr mehrspurig durch eine gigantische Asphalt- und Betonlandschaft quält.

Erste Skizzen Niemeyers mit *handschriftlichen Anmerkungen* liegen vor. Bereits in ihnen wird seine Idee deutlich, Wohn-, Verwaltungs- und Kommunikationsbereiche zu verzahnen. Eine Metrolinie soll den Grüngürtel mit den Stadtteilen nördlich des Tietê verbinden. Zur Zeit zeichnet ein Team von Architekten aus São Paulo detaillierte Pläne des ehrgeizigen Projekts, das im Volksmund bereits den Namen „kolossale Bratwurst" führt.

São Paulo leidet unter dem Problem vieler *lateinamerikanischer* Millionenstädte: Die Bevölkerung wächst unkontrolliert. Hunderte Menschen aus den Provinzregionen strömen täglich in diese *Ballungszo*ne auf der Suche nach einem besseren Leben, das oft lange auf sich warten läßt. Die meisten hausen in einem der Slums und verstärken das Heer der Straßenhändler.

Andere Städte des Subkontinents hinterlassen einen noch chaotischeren Eindruck – Caracas, Lima, Mexico-City etwa. Diese Stadt entwickelte sich mit 18 Millionen Menschen zur größten Metropole der Welt. São Paulo bietet zudem eine prächtige *Wolkenkratzer-Kulisse* mit einfallsreichen Konstruktionen wie dem gewölbten Italia-Gebäude.

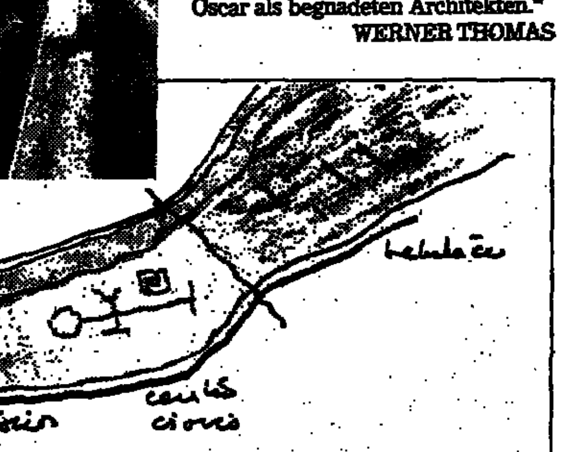
Oscar Niemeyer, der in Rio de Janeiro wohnt, ist eine legendäre Per*sönlichkeit. Er gilt* als „Vater von Brasilia", obgleich der Städteplaner Lucio Costa, heute 84, und der Landschaftsarchitekt Roberto Burle Marx, heute 76, die futuristische Hauptstadt mitgestaltet haben. Sein *Lebenswerk geriet jedoch* im Laufe der Jahre ins Kreuzfeuer der Kritik.

Die 26 Jahre alte Stadt, die 1,6 Millionen Einwohner zählt, wurde ein Opfer überdimensionaler Planungen. Die Menschen verlieren sich in einer riesigen Weite. Brasilia reflektiert *trotz einiger* Korrekturen kalte Monumentalität. Enttäuschend für den marxistischen Architekten war die Tatsache, daß sein Integrationsgedanke, die „Wohngemeinschaft" *aller Bevölkerungsschichten*, nicht in Erfüllung ging. Statt dessen sind die ärmeren Leute durch die hohen Lebenshaltungskosten in die Trabantenstädte getrieben worden, wo neue Slumbezirke entstanden.

Es ist lange still gewesen um Niemeyer. Während der 21jährigen Regierungszeit der Streitkräfte (1964 bis 1985) verschwand Brasiliens prominentester Kommunist aus dem Rampenlicht der Öffentlichkeit. Er widmete sich nur noch privaten Aufträgen. In der Endphase der Militärherrschaft durfte er aber das allseits *bewunderte Denkmal* für den Expräsidenten Juscelino Kubitschek entwerfen. Dann übertrug ihm Rios sozialistischer Gouverneur Leonel Brizola den Bau einer Karnevals-Anlage und die Errichtung von Schulen in Armenvierteln.

Ironischerweise verdankt Oscar Niemeyer den größten Auftrag seit dem Brasilia-Projekt einem politischen Kontrahenten: dem ehemaligen Präsidenten Janio Quadros, der Ende letzten Jahres mit konservati*ven Parolen zum zweiten* Mal die Bürgermeisterwahlen in São Paulo gewinnen konnte. Antikommunist Quadros meinte nur: „Ich schätze Oscar als begnadeten Architekten."

WERNER THOMAS



Als erste europäische Zeitung veröffentlicht die WELT Niemeyers Entwurf für eine Neugestaltung São Paulos. Wo sich heute der Massenverkehr mehrsporig durch eine triste Asphalt- und Betonlandschaft quält (Foto), soll ein 18 Kilometer langer Grüngürtel mit Wohn- und Bürogebäuden entstehen. Die Zeichnung trägt handschriftliche Anmerkungen des Architekten in Portugiesisch.

Die Deutschen werden immer egoistischer

AP, Bonn

Immer mehr Deutsche sehen im „privaten Glück" den wahren Sinn des Lebens. Nach einer Umfrage des Allensbacher *Instituts* für Demoskopie ergibt sich für die Westdeutschen eine immer eindeutigere Tendenz zu stärkerem Selbstbezug, „um nicht Egoismus zu sagen", wie Allensbach anmerkt. *Während 1974* noch 48 Prozent der Meinung waren, daß der Sinn ihres Lebens darin liege, „glücklich zu sein" und „viel Freude zu haben", waren es Anfang dieses Jahres schon 62 Prozent.

Der Trend zum Ich zeigt sich auch *darin, daß Lebenssinn weniger aus* dem Engagement für andere, sondern vor allem aus der Befriedigung eigener Bedürfnisse und Wünsche zu ziehen sei. Daß „Lebensgenuß" Lebenssinn vermittele, *glaubten 1974 nur 27* Prozent, 1986 aber 44 Prozent.

„Wo Hingabe an andere als Dummheit gilt und nur noch das eigene Glück und Glück der Allernächsten vor Augen steht, dürften wir schon bald tatsächlich in eine soziale Eiszeit geraten", meint das Institut. Im Leben etwas zu leisten und es zu etwas zu bringen, war 1974 noch für 54 Prozent Lebenssinn, heute nur noch für 47. Geachtet zu sein, Ansehen zu genießen war 1986 für 40 Prozent wichtig, *1974* für 36 Prozent.

„Amtfrau" ist amtlich

DW. Hannover/Saarbrücken

Niedersachsens Justizminister Remmers hat Verständnis dafür, wenn eine Frau nicht „Amtmännin" genannt werden will. Deshalb hat er jetzt einer Regelung zugestimmt, nach der Beamtinnen auch die Bezeichnung „Amtfrau" wählen können. Auch die SPD-Regierung des Saarlandes nimmt sich der Frauen an. Sie verfügte ihre Gleichstellung in amtlichen Texten. Künftig heißt es also auch „Bürgerinnen".

Neues Mittwochs-Lotto

dpa, Mainz

Am 4. Juni werden erstmals zwei Ziehungen des neuen „Lotto am Mittwoch" vorgenommen und vom ZDF ausgestrahlt. Moderatorin ist die erfolgreichste deutsche Fechterin und „Sportlerin des Jahres", Cornelia Hanisch. Die Spielformel lautet dann nicht mehr „7 aus 38", sondern wie beim Samstagslotto „6 aus 49". Hauptattraktion des neuen „Lotto am Mittwoch" ist, daß es künftig zwei *Ziehungen gibt.*

Rekordpreis für Puppe

AP, London

Ein französischer Sammler hat jetzt bei einer Versteigerung des Londoner Auktionshauses Sotheby's eine deutsche Puppe in der Tracht eines



Dienstmädchens aus dem Jahre 1909 für umgerechnet 68 400 Mark erworben. *Es ist* der höchste Preis, der jemals für eine deutsche Puppe bezahlt worden ist.

ZU GUTER LETZT

Die Einwohner des englischen Städtchens Basingstoke fühlten sich an das Sprichwort erinnert: Das Geld liegt auf der Straße. Der Fahrer eines Geldtransporters hatte die Tür des gepanzerten Fahrzeugs nicht richtig geschlossen. Daraufhin waren 32 Säcke mit 50-Penny-Münzen auf das Pflaster gefallen und geplatzt.

WETTER: Mäßig warm

Lage: Die Ausläufer eines Tiefs bei Island erfassen den Norden Deutschlands. Im Süden setzt sich Hochdruckeinfluß durch.

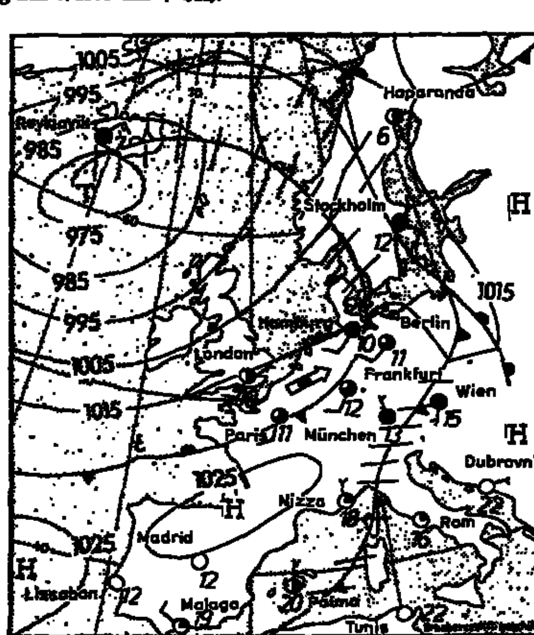
Vorhersage für Donnerstag: Im Norden gelegentlich etwas Regen oder einzelne Schauer. Tageshöchsttemperaturen 17 bis 20 Grad. Im Süden kaum Niederschlag, nur im Südosten anfangs noch etwas Regen. Tagestemperaturen 19 bis 22 Grad. In der Nacht Abkühlung auf Werte um 10 Grad. Im Süden schwacher Wind aus unterschiedlichen Richtungen. Im Norden mäßiger Wind aus Südwest bis Süd.

Weitere Aussichten: Vor allem im Süden heiter bis wolkig, Temperaturen wenig geändert.

Sonnenaufgang am Freitag: 5.21 Uhr*, Untergang: 21.17 Uhr; **Mondaufgang:** 21.23 Uhr, Untergang: 4.44 Uhr (* in MESZ, zentraler Ort Kassel).

Vorhersagekarte für den 22. Mai, 8 Uhr

Hochdruckzentrum
Tiefdruckzentrum
wolkenlos
heiter
halb bedeckt
wolkig
bedeckt



Temperaturen in Grad Celsius und *Wetter vom Mittwoch, 14 Uhr (MESZ):*

Deutschland:		
Berlin	23	bw
Bielefeld	16	bw
Braunlage	19	bw
Bremen	17	bw
Dortmund	17	bd
Dresden	22	he
Düsseldorf	20	he
Erfurt	20	bd
Essen	17	he
Feldberg/S.	9	Ne
Flensburg	15	R
Frankfurt/M.	20	bw
Freiburg	20	bw
Garmisch	23	bw
Greifswald	21	bd
Hamburg	15	bd
Hannover	20	bw
Kahler Asten	16	bw
Kassel	20	bd
Kempten	21	bw
Kiel	15	bd
Koblenz	20	bw
Köln-Bonn	17	bw
Konstanz	21	bd
Leipzig	23	bw
List/Sylt	13	bw
Lübeck	18	bd
Mannheim	21	bw
München	24	he
Münster	17	he
Norderney	17	he
Nürnberg	22	bw
Oberstdorf	20	bw
Passau	22	he
Saarbrücken	18	bw
Stuttgart	18	R
Trier	16	bw
Zugspitze	6	Ne
Ausland:		
Algier	27	he
Amsterdam	17	he
Athen	23	bw
Barcelona	22	he
Belgrad	26	he
Bordeaux	18	bw
Bozen	29	bw
Brüssel	18	he
Budapest	28	bw
Bukarest	26	he
Casablanca	21	he
Dublin	10	he
Dubrovnik	24	he
Edinburgh	12	bw

Ort	°C	Wetter
Faro	20	he
Florenz	29	he
Genf	18	R
Helsinki	20	wl
Hongkong	28	Rs
Innsbruck	25	bw
Istanbul	19	bd
Kairo	23	he
Klagenfurt	28	he
Konstanza	25	he
Kopenhagen	13	bd
Korfu	25	he
Las Palmas	20	he
Leningrad	17	bw
Lissabon	19	he
Locarno	25	bw
London	11	R
Los Angeles	15	bw
Luxemburg	16	bw
Madrid	19	wl
Mailand	27	he
Malaga	25	he
Mallorca	25	bw
Moskau	19	Gw
Neapel	25	he
New York	17	Sp
Nizza	22	he
Oslo	15	R
Ostende	16	he
Palermo	25	he
Paris	16	he
Peking	31	wl
Prag	18	bd
Rhodos	23	he
Rom	26	he
Salzburg	26	he
Singapur	32	he
Split	26	he
Stockholm	21	wl
Straßburg	21	bw
Tel Aviv	27	wl
Tokio	18	bd
Tunis	30	wl
Valencia	24	wl
Varna	21	bw
Venedig	25	he
Warschau	20	he
Wien	22	bw
Zürich	20	bd

bd = bedeckt; bw = bewölkt; Gr = Graupel; Gw = Gewitter; he = heiter; IW = in Wolken; Ne = Nebel; R = Regen; Rs = Regenschauer; S = Schneefall o. Schneeschauer; Sp = Sprühregen; Sr = Schneeregen; wl = wolkenlos; - = keine Angabe

Gemälde-Räuber drohen Goya zu verbrennen

SAD/AP, Dublin

Aus der weltberühmten Sammlung des britischen Multimillionärs Sir Alfred Beit in dem Adelssitz Russborough House bei Dublin sind 17 alte Meister im Schätzwert von über 35 *Millionen* Mark gestohlen worden. Darunter sind Vermeers „Briefschreiberin" und Goyas „Dame im schwarzen Kleid", die zu den 19 Bildern zählten, die bei dem Gemäldediebstahl *1974 aus diesem Schloß von der Eng*länderin Rose Dugdale entwendet worden waren, einer Erbin aus der High Society, die später als Ira-Terroristin verurteilt wurde.

Die gestohlenen Gemälde sind nach Meinung des ehemaligen Direktors der Dubliner Nationalgalerie, James White, „praktisch unverkäuflich". Niemand könnte so töricht sein, viel Geld dafür zu bezahlen, obwohl er nur zu gut weiß, daß ein Echtheitsnachweis erforderlich wäre. Deshalb *kann das Motiv wohl nur Erpressung* sein. Gestohlen wurden „Der Kavalier" von Frans Hals, „Die Küchenmagd" von Velasquez, ein Metsu, sechs Murillos und Gemälde von Gainsborough und Reynolds. Die Räuber haben unterdessen damit gedroht, die Gemälde zu verbrennen, *falls die Versicherung eine ausgesetz*te Belohnung von rund 530 000 Mark nicht zurückzieht. Der greise Millionär hat es trotzdem abgelehnt, mit den Dieben zu verhandeln.

Der Präsident wich keiner Frage der Jugend aus

CHRISTIAN GEYER, Bonn

Ein wenig gemischte Gefühle habe er schon, wenn er die 1200 „Doppelfüßler" auf dem gepflegten Rasen der Villa Hammerschmidt sehe. Bundespräsident Richard von Weizsäcker freute sich trotzdem, daß sein Park zum traditionellen Jugendempfang „im besten Sinne des Wortes voll besetzt" war. Etwa 50 Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Kultur waren der Einladung des Staatsoberhauptes gefolgt, um sich den Fragen der Jugendlichen zu stellen. Zu ihnen gehörte Arbeitsminister Blüm, Familienministerin Süssmuth und der hessische Umweltminister Fischer, der sich in der optisch „roten Ecke" der Gewerkschaftsjugend wohlzufühlen schien.

„Herr Bundespräsident, darf ich Ihnen eine abstrakte Frage stellen?", wollte eine Schülerin aus Dortmund wissen. „Abstrakt denken kann ich nicht", gab Weizsäcker zurück und *bat das Mädchen um einen Kartoffel*chips. Bei seinem Rundgang durch die Informationsstände, an denen sich Jugendinitiativen aus allen Teilen der Bundesrepublik vorstellten, suchte Weizsäcker das persönliche Gespräch und ließ sich auch von gelegentlich aufkommenden Sprechchö*ren nicht aus der Ruhe bringen*. Als ihm einige Jugendliche zuriefen: „Atomkraft – es ist fünf nach zwölf", erwiderte Weizsäcker: „Das würde ich nicht sagen. Denn das hieße Ausstieg und Resignation, die wir nicht wollen". In der anschließenden Diskussion präzisierte er seinen Standpunkt zur Kernenergie. Nie*mand könne verantwortlich fordern:* „Heute, sofort, gilt es, die Kernenergie ersatzlos abzuschaffen." Er wehrte sich dagegen, daß bestimmte Parteien versuchten, aus der Energieversorgung *kurzfristig* politisches Kapital zu schlagen. Man müsse vielmehr auskundschaften, ob es technische Optionen für eine langfristige Alternative zur Kernenergie gäbe.

„Wir müssen nicht nur lernen, mit der Natur verantwortlich umzugehen, sondern auch mit dem Mitmenschen, dem Nachbarn", erinnerte Weizsäcker die Mitglieder der Aktion „Tote Dose", die ihren Gastgeber mit dem Slogan begrüßten: „Einweg ist kein Weg, Mehrweg ist der Weg". Als ein Student beklagte, daß in unserer Gesellschaft das Kind mehr und mehr als „Schadensfall" betrachtet werde, bekräftigte Weizsäcker: „Europa kann es sich nicht leisten, kein Interesse für Kinder zu haben".

Von Tobias Dick, dem Bundessieger Biologie bei „Jugend forscht", ließ sich der Bundespräsident das *Thema seiner prämierten Arbeit* nennen: „Erkennung und Aktivierung von L-Tyrosin durch Tyrosyltransfer – Ribonukleinsäure-Synthese vom Bazillus stearothermophylus".